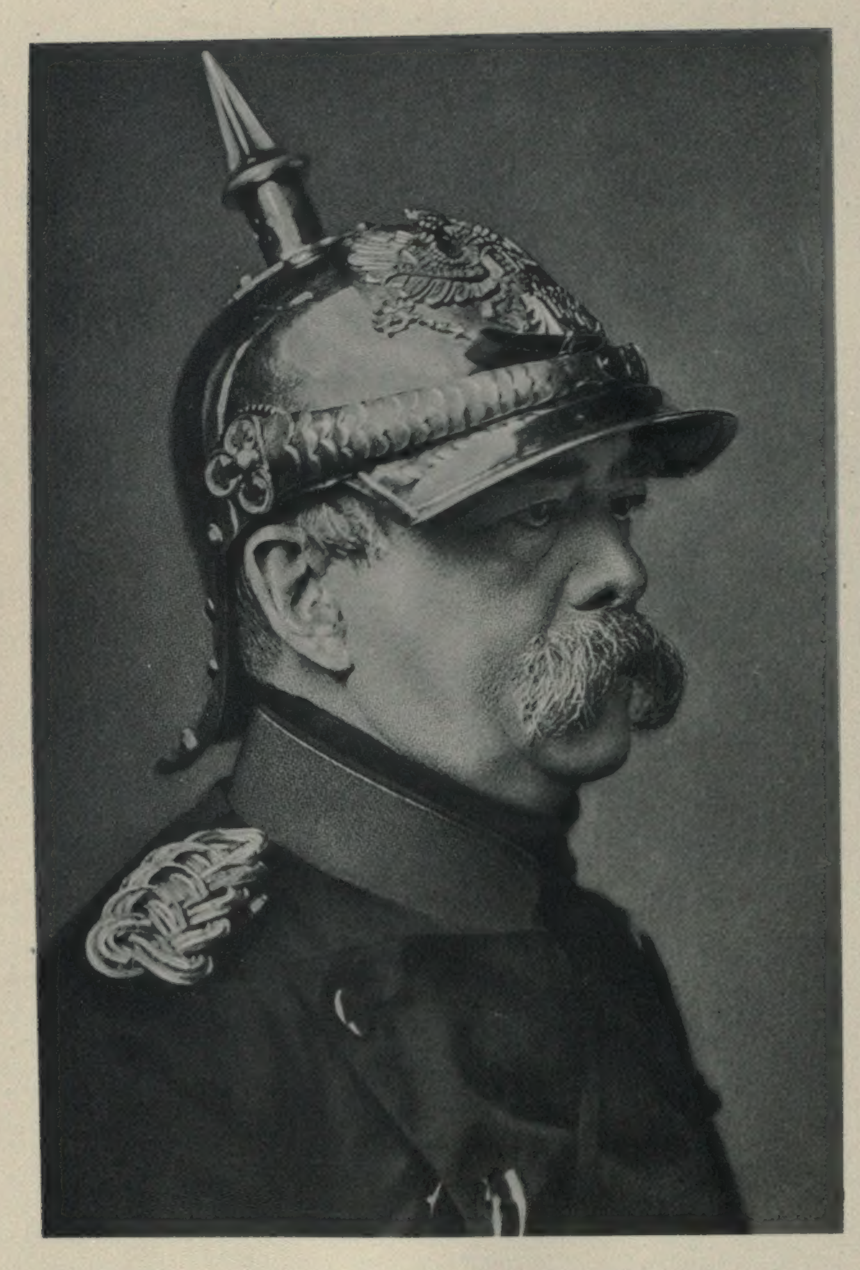

IN TRINITATE ROBUR

Bismarck



Reichskanzler Fürst von Bismarck
Nach einer Photographie.

Bismarck

Ein Bild seines Lebens und Wirkens

von

Dietrich Schäfer

Mit Textzeichnungen
von Arthur Kampf

II. Band

Verlag von Reimar Hobbing in Berlin
1917


DD
218
S3
Bd.2
LIBRARY
JUN 13 1968
UNIVERSITY OF TORONTO

Ministerpräsident und Bundeskanzler
(1866—1870).



1. Beendigung des Konflikts.



Zweifellos war Bismarck bis zur großen Entscheidung des Jahres 1866 im Sinne der üblichen Parteigruppierung ein konservativer Mann. Die große Mehrzahl der Zeitgenossen, insbesondere auch seiner Landsleute, haben in ihm nur den Verteidiger des Bestehenden und zwar des Bestehenden im Sinne des Veralteten, Verkommenen, nicht mehr Berechtigten gesehen. Und doch kann für geschichtliche Betrachtung kein Zweifel bestehen, daß die Tätigkeit dieses konservativen Politikers ihr eigentliches Gepräge bis dahin durch Niederbrechen und Einreißen, Zersetzen und Zerstören erhalten hatte. Allein so war es ihm möglich geworden, die überlebten historischen Gebilde zu beseitigen, den Bundestag und was auf ihm beruhte: Österreichs deutsche Stellung und das Machtspielen, die Selbstherrlichkeit und Selbstgerechtigkeit der deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Er hatte den Boden freigelegt für Neubauten; jetzt mußte der schaffende Staatsmann sich betätigen.

Oberflächlicher Betrachtung kann der Wandel als ein Zwiespalt in der Natur des Mannes erscheinen; er ist überaus häufig von Zeitgenossen und

von Späteren so aufgefaßt worden. Und doch umschließt die zwei Naturen in der Brust des Helden eine sie beherrschende Einheit. Er kannte als höchstes und letztes Ziel nur Deutschlands staatlichen Zusammenschluß, die Entwicklung seines Volkes zu Macht und Größe, zu Glück und Wohlfahrt, die allein auf fester staatlicher Ordnung sicher ruhen können. Der Weg dahin aber lag klar vor seinem Blick. Er konnte nur durchmessen werden in Fühlung mit den Zeitgedanken, im Anschluß an sie.

Die aber waren beherrscht nicht nur von dem Verlangen nach national begründeten und abgegrenzten, sondern auch nach liberal regierten Staatsgebilden. Für sie waren Volkstum und Volkswille die führenden Gewalten im staatlichen Leben. Niemals hat Bismarck diesen Gedanken vorbehaltlos zugestimmt; er war viel zu wenig doktrinär, um sich als Staatsmann je auf unverbrüchliche Grundsätze festzulegen. Aber er wußte längst, daß er ohne Beachtung, Berücksichtigung, ja Benutzung der Zeitströmungen nicht regieren könne, unter keinen Umständen in prinzipientreuem, unentwegtem Widerstande gegen sie. Es galt, die Schätze, die im Bestehen des preußischen Staates für Deutschlands Zukunft bereit lagen, die gefestigte Krongewalt, die straffe Staatszucht, lebendig zu erhalten, sie für unser ganzes Volk wirksam, vorbildlich zu machen. Über sie hat Bismarck in der Folgezeit schützend seine Hand gehalten; soweit sie nicht gefährdet wurden, hat er nicht nur dem nationalen, sondern auch dem liberalen Gedanken genügend Bewegungsfreiheit gegönnt, befruchtend auf unser Volksleben zu wirken, vor allem in der Grundfrage, der gesicherten, geordneten Mitarbeit an der Regierung von Staat und Reich.

Die erste und vornehmste Aufgabe, die zur Lösung stand, Voraussetzung aller weiteren Erfolge, war die Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens zwischen Preußens Regierung und Volk.

Ein englisches Sprichwort sagt: „Nichts hat besseren Erfolg als der Erfolg.“ Auch die Erfahrung von 1866 belegt seine Richtigkeit. Bismarck hat noch anderthalb Jahrzehnte später im Reichstage daran erinnert, was geschehen wäre, hätte der Krieg mit einer Niederlage geendet. „Die alten Weiber hätten Sie zu Hause mit Besenstielen totgeschlagen“, hatte ihm „einer seiner Kameraden“ auf dem Schlachtfelde von Königgrätz gesagt.

Jetzt begrüßte ihn allgemeiner Jubel. Zu sehr war Preußens Volk von soldatischem Geist durchdrungen, als daß nicht schon der Krieg an sich auf seine politischen Ansichten umgestaltend hätte wirken sollen. Nun die Siege! Die Politik des so heftig bekämpften Ministers hatte eine glänzende Rechtfertigung erfahren. Im Hinblick auf die auswärtigen Verwicklungen war das Abgeordnetenhaus am 9. Mai auf Antrag des Staatsministeriums aufgelöst worden. Am Tage von Königgrätz wurde neu gewählt. Der entscheidende Sieg konnte noch keine Wirkung äußern; gleichwohl zeigte das neue Haus eine völlig veränderte Zusammensetzung. Die konservative Partei, in der Konfliktszeit auf 11 Mitglieder zurückgegangen, stieg auf mehr als 100; nahezu die Hälfte der Abgeordneten konnte als regierungsfreundlich gelten. Man stand der Volksvertretung ganz anders gegenüber als bisher. Der Gedanke der Versöhnung drängte sich beiden Teilen wie von selber auf. Es ist aber nicht leicht geworden, ihn in geeigneter Form durchzuführen.

Bismarck hat von vornherein einen Ausgleich als Frucht der zu erringenden kriegerischen Erfolge in Aussicht genommen. Gegen die Kabinette hatte er zu den Waffen gegriffen; nun ihr Widerstand gegen die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung niedergeschlagen war, hatte der gegen Preußens Volk gebrauchte Zwang seinen Zweck erreicht. An seine Stelle mußte, wollte man zum Ziele gelangen, das Einvernehmen treten. Nur so war es möglich, haltbare staatliche Ordnung zu schaffen.

Diese Überzeugung war auch im Ministerium vertreten. Von der Heydt, der am 5. Juni an Bodelschwinghs Stelle die Leitung der Finanzen übernommen hatte, war nur unter der Bedingung eingetreten, daß ein Ausgleich mit der Volksvertretung gesucht werde. Er hat dann selbst die Form entworfen, in der nach seiner Meinung Indemnität beim Landtag nachzusuchen sei, ist aber mit seiner Vorlage, in der zugestanden war, daß die in der Konfliktszeit gemachten Staatsausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehrten, auf Widerstand bei den Kollegen gestoßen. Die Mehrheit der Minister legte Gewicht darauf, daß das Recht der Regierung, auch ohne verfassungsmäßig zustande gekommenes Budget gesetzlich festgelegte, fortlaufende Ausgaben zu leisten, ein Recht, das heute ernstlich nicht mehr bestritten wird, ausdrücklich gewahrt, kein „Schuldbekenntnis“ abgelegt werde.

Dem entsprach ein Thronrede-Entwurf des Ministers des Innern, Eulenburgs. Beide Vorlagen sind ins Hauptquartier gegangen, und der König hat sich noch vor Nikolsburg auf Bismarcks Rat für den liberalen von der Heydts entschieden. Da die Gegner sich damit aber nicht zufrieden gaben, sondern unter der Führung des Justizministers von der Lippe erneut Vorstellungen an den König richteten, auch führende Konservative, darunter Kleist-Retzow, widersprachen, ist der König in seinem Entschlusse wankend geworden. So ist es auf der Heimfahrt von Prag nach Berlin im Eisenbahnwagen zu der „viele Stunden langen Unterredung" mit dem Könige gekommen, von der Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" erzählt. Er vertrat die Anschauung, daß im Nachsuchen der Indemnität nicht ein Schuldbekenntnis liege, sondern eine Aufforderung an die Volksvertretung, die Handlungsweise der Regierung als „richtig und pflichtmäßig" anzuerkennen. Der König erwies sich Bismarcks Vorstellungen zugänglich. Aber noch als Greis erinnerte sich dieser, daß die Unterredung für ihn „sehr angreifend war, weil sie stets in vorsichtigen Formen geführt werden mußte". Der Kronprinz, der zugegen war, beteiligte sich nicht an dem Gedankenaustausch, ließ aber durch den „leichtbeweglichen Ausdruck seines Mienenspiels sein volles Einverständnis" mit Bismarck erkennen, dessen dringender Wunsch es war, die Frage im Einvernehmen mit dem Thronfolger beantwortet zu sehen.

Für Bismarcks Haltung ist die Überzeugung maßgebend gewesen, daß der „nationalen Politik die Sehnen durchschnitten, die Bahn deutscher Politik verschüttet" sein würde, wenn man jetzt nicht zu einer Verständigung mit der Volksvertretung gelangte. Die Waffen hatten geleistet, was allein sie leisten konnten; der weitere Ausbau des Werkes konnte nur durch „moralische Eroberungen" vollzogen werden. Hatte Preußens Führer bisher als deren Gegner, deren Verächter gegolten, so sollte Deutschland Gelegenheit gegeben werden, umzudenken.

So konnte die Thronrede, mit welcher der König am 5. August den Landtag eröffnete, das erlösende Wort sprechen, das weithin im Lande Widerhall weckte und den erfochtenen Siegen erst die rechte Weihe gab. Es ward daran erinnert, daß in den letzten Jahren kein Staatshaushalt vereinbart worden sei, und ausdrücklich anerkannt, daß die Staatsausgaben dieser Zeit der gesetzlichen Grundlage entbehrten, aber auch hervorgehoben, daß man nach

gewissenhafter Prüfung in pflichtmäßiger Überzeugung unter dem Zwange einer „unabweisbaren Notwendigkeit" gehandelt habe; „man hege das Vertrauen, daß die jüngsten Ereignisse dazu beitragen werden, die unerläßliche Verständigung insoweit zu erzielen, daß der Regierung in bezug auf die ohne Staatshaushaltsgesetz geführte Verwaltung die Indemnität erteilt werde".

Die am 14. August eingebrachte Vorlage wurde am 3. September mit 230 gegen 75 Stimmen angenommen, allerdings nicht ohne daß Bismarck Anlaß gefunden hatte, gegenüber versuchter Unterschiebung falscher Motive darauf hinzuweisen, daß „dem Ministerium viele Vorwürfe gemacht worden seien, der der Furchtsamkeit noch nicht". Der Adresse, mit der das Haus der Abgeordneten die Thronrede beantwortete, hatten nur 5 Mitglieder ihre Zustimmung versagt.

Der Geist der politischen Versöhnlichkeit, der hier wirksam wurde, hat auch fernerhin Bismarcks Verhalten geleitet. Der gesunde Wirklichkeitssinn, unerläßliche Vorbedingung alles durchgreifenden Schaffens, war in dem Begründer deutscher Einheit zu lebendig, als daß er sich von Parteianschauungen hätte gefangen nehmen lassen. Mehr als es den bisherigen Helfern und Gesinnungsgenossen manchmal erwünscht und richtig schien, fast ängstlich ist Bismarck bemüht gewesen, den durchkämpften Konflikt vergessen zu machen und neuen Zwistigkeiten vorzubeugen. Sein Kollege, der Minister des Innern, Graf Eulenburg, hat in dieser Zeit über ihn geäußert: „Bismarck ist gar nicht wieder zu erkennen. Die dümmsten Fragen und Einwendungen beantwortet er mit unermüdlicher Geduld und mit, ich kann nur sagen, kindlicher Liebenswürdigkeit. Er ist ein zu merkwürdiger Mensch". Des Mannes unvergleichliche Fähigkeit, sein Handeln ausschließlich dem einen Ziele dienstbar zu machen, hat an den Erfolgen der nächsten Jahre, an dem Ausbau des vergrößerten Preußens zum Deutschen Reiche einen kaum zu überschätzenden, gar nicht hinweg zu denkenden Anteil.

---

2. Beginn der Neuordnung.

Bismarck hat in den Gedanken und Erinnerungen erklärt, daß er in diesen Jahren äußerlich mit den Verhältnissen Preußens zu den neu erworbenen Provinzen und den übrigen norddeutschen Staaten, innerlich aber mit der Stimmung der auswärtigen Mächte und der Erwägung ihrer politischen Verhältnisse beschäftigt gewesen sei. Daß das Erreichte nur etwas Vorläufiges sein konnte, war klar, ebenso aber auch, daß eine weitere Ausdehnung preußisch-deutscher Macht in größerem oder geringerem Umfange auf europäischen Widerstand stoßen werde. Ihn in Schranken zu halten, war die zu lösende Aufgabe, Vorbedingung ihrer Lösung aber, Zweifel an der inneren Festigkeit der neuen Bildung im Auslande möglichst wenig aufkommen zu lassen. So entschloß sich Bismarck, „jeden Schachzug im Innern darauf zu prüfen, ob er den Eindruck der Solidarität" im Auslande fördern oder schädigen könne; das ist ihm die Richtschnur für die Politik der nächsten Jahre geworden. Das zarte Pflänzlein einheitlichen gesamtdeutschen Staatsgefühls hat sich so unter seiner behutsamen Pflege zum starken Baum entwickelt und nach und nach in unserem Volke alle anderen politischen Überzeugungen und Empfindungen überschattet.

Sicher lag sein Gedeihen auch weiten Kreisen am Herzen, die Bismarcks Gegner gewesen waren. Aber die Meinungsverschiedenheiten über den einzuschlagenden Weg waren durch den Erfolg, der vorläufig in seinem Sinne errungen worden war, keineswegs ausgeglichen. Die Richtung, welche die Einigung hatte herbeiführen wollen auf Grund eines gleichmachenden Volkswillens, hatte kaum eine erhebliche Schwächung erfahren und beharrte in dieser Bahn auch, als der Zusammenschluß zunächst erfolgen sollte auf Grund freiwilliger oder erzwungener Verständigung der Kabinette. Sie neigte nach wie vor zu scharfem Vorgehen gegen Sonderrechte und Sondereinrichtungen der Einzelstaaten und gegen Ansprüche ihrer angestammten Herren. Im Landtag kam das zum Ausdruck, und Bismarck mußte wiederholt mahnen, von den Bundesstaaten nicht mehr Opfer zu fordern als unerläßlich. Er dachte die Schwierigkeiten der Verbindung „auf deutsche Art zu überwinden,

durch Schonung der Eigentümlichkeiten und allmähliche Eingewöhnung, nicht, wie es bei romanischen Völkern üblich, mit einem Schlage". Gerade unter den Männern, die leidenschaftlich gegen den „Bruderkrieg" geredet hatten, fanden sich Kritiker, denen das Maß der Ausnutzung des Sieges gegen die Überwundenen nicht genügte. Bismarck hatte im Landtag die Weisheit zu lehren, daß die Politik nicht die „Aufgabe der Nemesis habe, sondern zu tun, was für den Staat eine Notwendigkeit sei". Er mußte nörgelndem Tadel der grundsätzlichen Gegner die zuversichtliche Erwartung entgegenhalten, daß „eine spätere Geschichte" anerkennen werde, daß „die Benutzung der Siege eine ziemlich kühne war", und mußte daran erinnern, daß man sich mit Recht um so schwerer entschließe zu „einer Ausbeutung des Sieges, die nicht mehr den Charakter des Mutes, sondern den der Waghalsigkeit trage", je größer die gesicherten Errungenschaften schon seien. Er hatte sich in derselben Weise zu wehren wie in Nikolsburg, nur nach der entgegengesetzten Seite hin.

Dem Landtage ist die Frage des Wahlgesetzes für den zu begründenden Norddeutschen Bund vorgelegt worden.

Sie war durch die einleitenden Schritte, die gleichzeitig mit der Loslösung Preußens vom Deutschen Bunde getan waren, vor der Öffentlichkeit schon gewissermaßen entschieden. Am 10. Juni 1866 hatte Bismarck den deutschen Regierungen, am 14. dem Bunde mitteilen lassen, daß die Berufung einer deutschen Gesamtvertretung auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 geplant werde; am 16. Juni war eine Aufforderung an die Staaten Norddeutschlands ergangen, die nötigen Anordnungen zu treffen für die Durchführung der Wahl. Das Reichswahlgesetz vom 12. April 1849 gewährte ein allgemeines und direktes Wahlrecht für alle unbescholtenen Bürger des damals geplanten deutschen Reiches.

Wenn Bismarck so in entscheidender Stunde auf die Tätigkeit des Frankfurter Parlaments zurückgriff, die er doch so nachdrücklich wie nur möglich bekämpft hatte, so bestimmte ihn dazu zunächst die Tatsache, daß die Reichsverfassung von 1849 zeitweise von zahlreichen und insbesondere von fast allen denjenigen Regierungen anerkannt worden war, deren Vereinigung jetzt in Frage stand. Auf die Zustimmung der Regierungen zu den von ihm ge-

planten Neuerungen legte Bismarck aber nicht nur zu Anfang, sondern auch weiterhin und mit Recht ein Hauptgewicht. Sie kamen jetzt in die Lage, verwerfen zu müssen, was sie früher gebilligt hatten, wenn sie Widerspruch erheben wollten. Das ist denn auch in erwähnenswerter Weise nicht geschehen.

Bestimmend aber war nicht nur Rücksicht auf die Regierungen, sondern auch auf das deutsche Volk. Soweit es liberal dachte — und das tat doch die große Mehrheit aller derjenigen, die zur Bildung einer öffentlichen Meinung mitwirkten —, hing es an der Verfassung von 1849. Daß ihre Durchführung durchkreuzt worden war, galt diesen Kreisen fortgesetzt als ein schweres Unrecht und ein großes Unglück, das unserem Volke widerfahren war. Wenn jetzt der Boden anerkannt wurde, aus dem diese Verfassung gewachsen war, anerkannt wurde von dem Staatsmanne, der nicht ohne Grund als ihr geschworener Gegner gegolten hatte, so mußte das versöhnend wirken, die Neigung zur Mitarbeit, die Hoffnung auf eine trotz allem gedeihliche Weiterentwicklung beleben.

Es kam aber noch etwas Weiteres hinzu. Bismarck hatte die Erfahrung machen müssen, daß die von ihm am 21. April 1849 empfohlene Änderung des preußischen Wahlrechts auf die Dauer nicht die erwartete Wirkung hatte. Sie hatte zwar mehr und mehr die von ihm herbeigewünschte „Aristokratie der Intelligenz" ans Ruder gebracht, aber gerade diese Volkskreise erwiesen sich als von den politischen Zeitideen beherrscht, wurden die Träger der Opposition. Das demokratische Wahlrecht der Reichsverfassung konnte auch andere Schichten der Bevölkerung emporbringen und hat das tatsächlich getan. Das glaubte Bismarck jetzt nicht so sehr fürchten zu sollen, begrüßte es eher. Seine Vorstellungen vom Volksgeiste waren zumeist begründet auf Bekanntschaft mit der ländlichen Bevölkerung, insbesondere jener der alten preußischen Provinzen, und haben sich von der so geformten Auffassung nie völlig gelöst. Er sah da vor allen Dingen, und mit gutem Recht, den königstreuen Sinn und den Preußenstolz, der in seinen bäuerlichen Landsleuten lebte. Zwischen dem Gutsherrn und seinen Hintersassen, zwischen sich und den neben ihm sitzenden freien Bauern hatte er als echter ostelbischer Junker besten Schlages einen tieferen Gegensatz niemals entdecken, nie auch empfinden können. Großstadt- und massenhafte Industriebevölkerung hatte er nie kennen gelernt; es gab das ja auch noch nicht, als er sich zum Manne auswuchs.

Was er in der Aachener Zeit von gewerblichem Leben gesehen hatte, war ganz anderen Schlages, trägt heute noch ein anderes Gepräge. So konnte er sich der Vorstellung hingeben, in der vollen Teilnahme des kleinen Mannes an allen politischen Rechten möglicherweise ein Heilmittel zu finden gegen die Schäden, die er kennen gelernt und sich gewöhnt hatte, besonders schmerzlich zu empfinden. Schon im April 1866 hat er seine Auffassung mit den Worten gekennzeichnet: „Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Überzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgeoisieklassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen".

Diese Überzeugung ist in der Folgezeit nicht immer in Bismarck lebendig geblieben. Unter seinen besten Anhängern und Mitarbeitern haben zu allen Zeiten nicht wenige ihre Richtigkeit bestritten, und die Ansichten über den Wert unseres Reichstagswahlrechts gehen bis auf den heutigen Tag weit auseinander. Als Quelle alles Heils kann man es preisen, als Quelle alles Unheils verurteilen hören. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck rückwärts blickend bemerkt, daß er 1866 „kein Bedenken getragen habe, die damals stärkste der freiheitlichen Künste, das allgemeine Wahlrecht, mit in die Pfanne zu werfen, um das monarchische Ausland abzuschrecken von Versuchen, die Finger in unsere nationale Omelette zu stecken". Er fügt hinzu, daß „er nie gezweifelt habe, daß das deutsche Volk, sobald es einsehe, daß das bestehende Wahlrecht eine schädliche Institution sei, stark und klug genug sein werde, sich davon frei zu machen. Kann es das nicht, so ist meine Redensart, daß es reiten könne, wenn es erst im Sattel sitze, ein Irrtum gewesen". Das deutsche Volk ist bis jetzt nicht in die Lage, auch nicht einmal in ernste Versuchung gekommen, diese Probe auf seine Stärke und Klugheit anzustellen, und seit dem 4. August 1914 sind Zweifel berechtigt, ob es jemals in eine solche Lage kommen wird. Was wir an diesem Tage und seitdem erlebten, gibt die beruhigende Zuversicht, daß wir

auf Grund des allgemeinen Wahlrechts einen Reichstag besitzen, der zwar keineswegs erfreulich zusammengesetzt ist, der aber wie ein Mann bereit ist, Einheit und Freiheit von Reich und Volk zu verteidigen. So lange das der Fall ist, wird das deutsche Volk schwerlich „einsehen", daß das bestehende Wahlrecht eine „schädliche Institution" sei; es wird wohl vorziehen, sich weiter mit ihm zu behelfen. Hätte Bismarck unsere gegenwärtige Feuerprobe erlebt, er möchte sich mit diesem Mangel seines Werkes wieder ausgesöhnt haben. Gegenüber ausgesprochenen Verdächtigungen ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß Bismarck sich niemals durchaus abfällig über das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat. Wir haben bis jetzt keinen Anlaß, es als eine verhängnisvolle Wendung unserer Geschichte zu beklagen, daß der Begründer unseres Reiches anknüpfte an die Bewegung von 1848/49, der er selbst so feindlich gegenüber gestanden hatte, in der aber das Herzblut unseres Volkes pulsierte, und der er nun selbst mit klarem Blick und geschickter Hand einen der Ecksteine seines neuen Werkes entnahm.

Die Mittel- und Kleinstaaten haben den vorbereitenden Schritt zur Berufung einer norddeutschen Volksvertretung gutgeheißen, ohne sich erst noch mit ihren Landesvertretungen ins Benehmen zu setzen. Preußen, das die Reichsverfassung nie anerkannt hatte, war in einer anderen Lage. Um hier Gültigkeit zu erlangen, mußte das Reichswahlgesetz mit dem Landtage vereinbart werden.

Gerade gegen die Angriffe der Linken, deren Wortführer besonders Schulze-Delitzsch und Virchow waren, mußte der Ministerpräsident hier seine Vorlage verteidigen. Man hielt nicht zurück mit Anerkennung der errungenen Erfolge, fand aber, daß sie nicht konsequent durchgeführt, wiederum in Kabinetts- statt in Volkspolitik ausgelaufen seien. Man vermißte die Festlegung von „Grundrechten", tadelte, daß zu große Rücksicht auf die Regierungen genommen worden sei; anstatt eines bloßen Wahlgesetzes hätte dem preußischen Landtag ein Verfassungsentwurf für den zu gründenden Bund vorgelegt werden sollen; Verhandlungen mit den Regierungen könnten nicht an die Stelle der Beratung in den preußischen gesetzgebenden Körperschaften treten. Virchow schlug Ablehnung der Vorlage vor und forderte die Einbringung eines Verfassungsentwurfs für den Norddeutschen Bund.

Mit überlegener Sachlichkeit hat Bismarck diese Kritik zurückgewiesen. Er legte dar, daß man die Reichsverfassung nicht im preußischen Abgeordnetenhause fertig machen könne, und hob hervor, daß der materielle Widerstand der zu vereinigenden Regierungen wohl nicht groß sei, er „den rechtlichen aber nicht so gering anschlagen könne". Gegenüber der vorhandenen Neigung zu gewaltsamer Einordnung alles Widerstrebenden blieb er der besonnene Staatsmann, der schonsam an das Bestehende anknüpft, es nur hinwegräumt, wo es wirklich im Wege steht. Er hatte vollen Erfolg. Selbst ein Antrag auf Gewährung von Tagegeldern wurde am 12. September mit 152 gegen 124 Stimmen verworfen, weil er geeignet schien, das Einvernehmen der Kabinette zu gefährden.

Das Jahr 1866 hat Preußen einen Gebietszuwachs gebracht, wie es ihn in gleicher Bedeutung noch nicht erlebt hatte, da die Erwerbungen von 1815 nur zum Teil neu, zum Teil auch Austauschbesitz waren. Staatsumfang und Bevölkerungszahl waren ziemlich um ein Viertel des bisherigen Bestandes gewachsen. Die Einzelheiten der Neuerwerbungen fanden auch im preußischen Volke nicht überall Billigung; nicht allein der König hat Landgewinn südwärts gewünscht. Andrerseits sind mancherlei Einwände erhoben worden gegen die Entthronung der regierenden Häuser in Hannover, Kurhessen und Nassau. Bismarck ist darin aber fest geblieben. Osten und Westen der preußischen Monarchie drängten nach einer territorialen Verbindung; der Staat blieb gefährdet, so lange sie nicht gesichert war. 1866 hatte das erwiesen. Den Hinweis auf die Teilung Sachsens im Jahre 1815 lehnte Bismarck ab. Im hannoverschen und auch im hessischen Fürstenhause sah er dauernd gefährliche Nachbarn, auch wenn sie nur im Besitz der Hälfte ihres Landes geblieben wären.

Die Bevölkerung der annektierten Gebiete hat sich verhältnismäßig rasch in die neuen Verhältnisse hineingefunden. Das änderte aber nichts an der Tatsache, daß zunächst für den vollen Anschluß an Preußen nicht allzuviel Stimmung vorhanden war. In der Freien Reichs- und deutschen Bundeshauptstadt Frankfurt fehlte sie ganz; sehr wenig war sie bei den Schleswig-Holsteinern verbreitet, die sich ihres Herzogs beraubt sahen, mehr in Hannover. Hier hatte unter Bennigsens und Miquels Führung die liberale und nationale Opposition gegen die Regierung Georgs V. eine Partei geschaffen, die den An-

schluß an Preußen vor allem als einen Fortschritt in deutschem Sinne ansah. Ihr stand aber ein nicht minder starker stramm welfischer Volksteil gegenüber, der im Anschluß an die Katholiken des Königreichs und ihren Führer Windthorst, den bisher einflußreichsten Minister Georgs V., sich bald fest organisierte. Ihr Widerstand fußte vor allem auf dem „Rechtsboden", der ein Kriegs- und Eroberungsrecht ausschließen sollte, und es half gegenüber diesen Starren, die besonders im Adel und unter den Geistlichen zahlreich waren, dem Ministerpräsidenten nicht allzuviel, wenn er mit dem Reichtum an sicheren und jederzeit verfügbaren Geschichtskenntnissen, der ihn nicht nur vor allen seinen Gegnern, sondern auch vor allen Staatsmännern überhaupt ausgezeichnet hat, den schlagenden Nachweis führte, daß die Krone Hannover ihr Herrschaftsgebiet mindestens in gleichem Umfange wie Preußen durch Gewalt zusammen gebracht habe. Nur in Kurhessen und Nassau fand sich eine Bevölkerungsmehrheit, die, verdrossen über langjährige Mißregierung, den Übertritt zu Preußen als eine Art Erlösung begrüßte. Nassau war, abweichend von den beiden anderen Staaten, ein richtiger Mittelstaat von Napoleons Gnaden.

Das Gesetz über die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen-Kassel, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit der preußischen Monarchie ist am 7. September vom preußischen Abgeordnetenhause mit 273 gegen 14 Stimmen gutgeheißen worden; am 1. Oktober 1867 sollte die preußische Verfassung in den neuen Landesteilen in Kraft treten. An dem gleichen Tage, da dieser Erfolg errungen wurde, hat Bismarck einen Gesetzentwurf über die Vereinigung der Herzogtümer Holstein und Schleswig mit der Monarchie vorgelegt und um „rasche Erledigung, vielleicht durch summarische Behandlungsweise, in der Schlußberatung" gebeten. Die Bitte ist erfüllt, schon am 12. September dem Regierungsantrage gemäß beschlossen worden. Aber es geschah doch nicht, ohne daß Kritik an Bismarcks Verfahren geübt und der Angegriffene genötigt worden wäre, seine deutsche Politik noch einmal in längerer Rede zu rechtfertigen, sie gegen den von Twesten erhobenen Vorwurf zu verteidigen, daß sie des Rechtsgrundes entbehre, und über den Artikel 5 des Prager Friedens über Volksabstimmung in Nordschleswig, den Napoleon verlangt und durchgesetzt hatte, aufzuklären; er habe „Sr. Majestät unumwunden

dazu geraten, wie die Vermittlungsvorschläge uns vorgelegt wurden à prendre ou à laisser, einzuschlagen und anzunehmen und nicht wie ein verwegner Spieler das Ganze nochmals aufs Spiel zu setzen".

Am 25. September erhielt der bisherige „Freiheitsfeind" einen weiteren Beleg, daß er Boden in der Zweiten Kammer hatte. Es handelte sich um einen Antrag der Regierung auf Gewährung eines Kredits von 60 Millionen Talern „zur Deckung der Kosten des Krieges gegen Österreich und in Deutschland" durch Aufnahme einer Staatsanleihe oder Ausgabe von Schatzanweisungen. Das Geld sollte der Regierung zur Hand sein, wenn Gefahren drohten. Die Bewilligung erschien nicht gesichert. Bismarck wurde verständigt, daß sein persönliches Erscheinen den gewünschten Erfolg herbeiführen werde. In kurzer Ansprache hat er den Abgeordneten auseinandergesetzt, daß „die Vorlage weniger vom rechnungsmäßigen als vom politischen Standpunkte aufzufassen sei". Er wies auf die europäische Lage hin, ohne sie doch irgendwie näher zu kennzeichnen „zu einer Zeit, wo Schweigen das richtigste Mittel ist, die Gefahren zu beschwören, wo jede Aussprache von Seiten der Regierung einer verdeckten oder offenen Herausforderung der Gefahr ähnlich sieht". Das Vertrauen, um das er bat, wurde ihm bis weit in die Reihen der Linken hinein gewährt. Die Forderung ward mit 230 gegen 83 Stimmen, im Herrenhause einstimmig bewilligt.

---

3. Begründung des Norddeutschen Bundes.

Am 20. September hatte Bismarck am Einzuge der aus dem Felde heimkehrenden Truppen teilgenommen; zwischen Moltke und Roon ritt er vor dem Könige durch das Brandenburger Tor und die Linden entlang. Am 26., am Tage nach der erfolgreichen Landtagssitzung, ist er in Urlaub gegangen, erholungsbedürftig. Sein Legationsrat von Keudell machte ihm den Vorschlag, „für den Winter in den Süden, etwa an die Riviera", zu gehen, „um dann im Frühjahr für die Errichtung des Norddeutschen Bundes zu wirken". Er erhielt die Antwort: „Das ist gut gemeint, aber unpraktisch. Man muß das Eisen schmieden, so lange es glüht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß im Frühling noch dieselbe patriotisch gehobene Stimmung vorhanden sein wird wie jetzt, wenn sie nicht bald stoffliche Nahrung erhält, wenn die aufgeregten Leute nicht bald recht viel zu tun bekommen. In Pommern sagen die Frauen, wenn die Stunde der Entbindung naht: ‚Jetzt muß ich meiner Gefahr stehen'. Das ist gegenwärtig mein Fall. Wenn ich nicht ganz abgehe und ein anderer die Sache macht — ich weiß dazu allerdings niemand vorzuschlagen —, dann muß ich es darauf ankommen lassen, ob ich zugrunde gehe oder nicht; dann kann ich nicht ein halbes Jahr spazieren gehen, sondern ich muß an die Ramme, sobald meine ruinierten Nerven einigermaßen zusammengeflickt sind. Ich will deshalb auf einige Wochen an die Ostsee gehen".

Er reiste zunächst zum Vetter von Bismarck-Bohlen auf Karlsburg bei Greifswald. Am 30. September schrieb die Gattin von dort an Keudell: „Herr v. Thile möchte den König bitten, Edwin zu veranlassen, sich das Reden zu verkneifen". Manteuffel hatte sich anläßlich von Landtagsverhandlungen einmal wieder in seiner Sechsfußmanier vom 26. September 1865 über Nordschleswig ausgelassen. Am 6. Oktober kamen die Gatten nach Putbus auf Rügen, ganz wohl, „gingen auch fröhlich zu Bett, wurden aber schon nach zwei Stunden aufgeweckt von den furchtbarsten Qualen, die mein armer geliebter Bismarck in dem allerschrecklichsten Magenkrampf litt, den er ganz plötzlich bekommen; ich weiß durchaus nicht wovon". Der Fürst

holte ihn herüber in ein Gartenhaus, das er selbst mit seiner Familie bewohnt hatte, als das Schloß abgebrannt war. Und nun folgten lange Wochen banger Sorgen. Schon in Karlsburg hatte Bismarck sich schlechter gefühlt, als da er noch in Berlin war; es fehlte der unmittelbare Zwang zur Anspannung, den sein erschöpfter Organismus brauchte. Es kamen wieder Zeiten „wie in Hohenfelde", nicht in so schwerer, dauernder Krankheit, aber mit völligem Zusammenbruch der Nerven. Weniger als damals konnte der Kranke die Politik ganz abschütteln; sie ging ihm nach. Die Verhandlungen mit den deutschen Staaten waren noch keineswegs abgeschlossen. Selbst der in den deutschen Angelegenheiten bewanderte Savigny, „ein wahrer Schatz für mich", konnte seinem Meister nicht alles recht machen. An den Schriftleiter der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, der sich auch sonst unbesonnener Artikel schuldig machte, diktierte er anläßlich eines Ausfalls gegen den badischen Minister Freydorff die Mahnung: „Braß muß den Kleinstaaten, die wir gewinnen wollen, nicht immer die Großmachtsfaust unter die Nase reiben". Die unlösbare Fühlung mit den Vorgängen in Berlin sorgte für fortdauernde größere und kleinere Erregungen. Doch genas der Kranke allmählich; er war nicht bettlägerig, konnte täglich etwas spazieren gehen, fühlte sich aber über die Maßen matt. „Weder Wein noch Zigarren schmecken ihm." Noch am 6. November klagt die Gattin: „Wenn der geliebte Bismarck nur erst wieder rauchen und Wein trinken könnte". Doch wurden die täglichen Gänge und Ausflüge länger; auch vor der Jagd brauchte er bald nicht mehr zurückzuschrecken. Aber dann kamen die Ansprüche der Geselligkeit. „Die Insulaner sind rappeltoll nach seinem Anblick und quälen Putbus um Diners mit Bismarck; es ist doch gräßlich, daß der Arme ‚nirgends sei Ruh' hat", schrieb die Gattin am 8. November: „Ich ängstige mich halbtot, daß er um den 15. nach Berlin zurück will, gleich in die Arbeit hinein, und doch noch gar nicht Kraft genug dazu hat".

Er hat sich doch 14 Tage länger halten lassen; am 1. Dezember hat er die Geschäfte in Berlin wieder übernommen.

Dort nahmen ihn aber die Amtspflichten bald wieder voll in Anspruch. Am 3. Januar schrieb die Gräfin: „Man dankt Gott, wenn der Tag beginnt und schließt ohne erhebliche Sorgen, und freut sich über jede Jagd, die das Haupt der Familie vom Schreibtisch reißt und den armseligen Nerven Er-

frischung bringt. Die Woche vor Weihnachten gab's so viele norddeutsche Bundes- und Ministersessionen und Diners mit diesen wundervollen Gespielen bei König und Kronprinzen, daß der arme Bismarck wieder ganz matt von allen Anstrengungen und ich in großer Angst um ihn war. Dann fuhr er am zweiten Feiertag zu Dietze-Barby und von dort nach Meisdorf zu Asseburg und kehrte Sonntag abend so munter zurück, daß alle Sorge verweht war. Leider fand sich am Montag ein gründlicher justizministerieller Ärger wegen Hannover, der aber in einer noch spät abgeschmetterten strengen Weisung an Voigts-Rhetz" (den Generalgouverneur in Hannover) „und in Silvesterpunsch ertränkt wurde".

Die nächsten Monate haben besonders der Gestaltung des Norddeutschen Bundes gedient. Es wurde ihm noch vor seiner Begründung ein weiteres Ziel gesteckt. Die Thronrede, mit welcher König Wilhelm am 9. Februar 1867 den Landtag verabschiedete, schloß mit den Worten: „Ich werde es als den höchsten Ruhm meiner Krone ansehen, wenn Gott mich berufen hat, die Kraft meines durch Treue, Tapferkeit und Bildung starken Volkes zur Herstellung dauernder Einigkeit der deutschen Stämme und ihrer Fürsten zu verwerten". Dieses Ziel ist nicht einen Augenblick mehr aus den Augen verloren worden.

Bis zum 21. Oktober 1866, an welchem Tage als letzter der Friede mit Sachsen zum Abschluß kam, waren alle norddeutschen Staaten in einem vorläufigen Bündnis geeinigt, das bis zum 18. August des nächsten Jahres Gültigkeit haben sollte. Am 15. Dezember 1866 versammelten sich ihre Bevollmächtigten in Berlin, über den Verfassungsentwurf zu beraten. In der Eröffnungsrede erklärte Bismarck es als selbstverständlich, daß „den einzelnen Regierungen Beschränkungen ihrer Unabhängigkeit zum Nutzen der Gesamtheit zugemutet" werden müßten, gab aber dem festen Vertrauen Ausdruck, daß „der einmütige Wille der verbündeten Fürsten und Freien Städte, getragen von dem Verlangen des deutschen Volkes, seine Sicherheit, seine Wohlfahrt, seine Machtstellung unter den europäischen Nationen durch gemeinsame Institutionen dauernd verbürgt zu sehen, alle entgegenstehenden Hindernisse überwinden werde". Sein Vertrauen ist gerechtfertigt, die Einigung den Regierungen aber auch erleichtert worden.

Noch in Putbus, um die Mitte des November, hat Bismarck sich über die Grundzüge der Bundesverfassung in einem längeren Diktat ausgelassen, das nach Berlin ging; dort ist ihre Gestaltung dann fortgesetzt Gegenstand seines Nachdenkens gewesen. Aber erst am Nachmittag des 13. Dezember begann die Niederschrift des Entwurfs auf Grund eines neuen Diktats an Lothar Bucher „teils im Wortlaut, teils in Anweisungen zur Ausarbeitung", dem dieser dann in der folgenden Nacht „mit Einschaltung ministerieller Vorarbeiten" die endgültige Form gab. Am 14. nachmittags lag die Niederschrift dem Kronrat vor, „wurde in der Nacht gedruckt und am 15. den Bevollmächtigten zugestellt"; während sie schon versammelt waren, wurden noch eben fertig gewordene Abzüge verteilt. Es ist ein Beispiel Bismarckscher Arbeitsweise.

Die Vorlage konnte sicheren Erfolg haben, weil die Grundgedanken zu voller Klarheit ausgereift waren. Es lagen, als Bismarck in Putbus die Sache zu gestalten anfing, Entwürfe vor. Bismarck ist seinen eigenen Weg gegangen, unbeirrt von Doktrinen, nur von dem einen Gedanken erfüllt, dem neuen Werke innere Kraft und dadurch Dauer zu sichern. Er vermied alles, was ihm als staatsrechtlicher Formelkram erschien. Sein Auge war allein auf Schaffung und Sicherung von Macht gerichtet, die stark genug wäre, den Zusammenhalt zu verbürgen, möglichst wenig fühlbar aber in allem, was dafür in Betracht kam. Dieses Ziel konnte nur erreicht werden in tunlichstem Anschluß an das Bestehende, vor allem in sorgfältigster Schonung der überlieferten monarchischen, überhaupt der einzelstaatlichen Ordnung.

Wie dem deutschen Volke, so hat Bismarck auch den Regierungen gegenüber an Vorhandenes angeknüpft. Hatte die Reichsverfassung von 1849 den Boden hergeben müssen, auf dem die neue deutsche Volksvertretung sich zusammenfinden sollte, so der Deutsche Bund die Grundlage für die Machtverteilung unter den einzelnen Staaten. Sie behielten in der neuen Bundesverfassung genau so viel Stimmen, wie sie im Plenum des Bundestages gehabt hatten; Preußen eignete sich die der einverleibten Staaten an. So bekam es 17 Stimmen, denen 26 nichtpreußische gegenüberstanden. Es konnte also, obgleich ihm ziemlich 4/5 aller Norddeutschen angehörten, seine Genossen im Bunde mit den eigenen Stimmen nicht majorisieren, was ja ein wirkliches Bundesverhältnis unmöglich gemacht hätte. Die Ge-

fahr, überstimmt zu werden, erschien Bismarck nicht bedrohlich. Der ganze Entwurf ist getragen von dem Bestreben, der führenden Macht den genügenden Einfluß zu sichern, um nötigenfalls den Zusammenhalt zu erzwingen, den einzelnen Gliedern aber als selbständigen Staatswesen neben dieser Notwendigkeit die möglichste Bewegungsfreiheit zu lassen. Es war die denkbar geschickteste Verbindung fortschrittlicher und beharrender Gedanken, die hier Wirklichkeit wurde, die Arbeit des Genius, der deutsche Verhältnisse kannte und sich in Art und Wesen seines Volkes eingelebt hatte wie kaum je ein anderer.

Die norddeutsche Bundesverfassung hat nur auf wenigen Gebieten staatlichen Lebens volle Einigung gebracht, im Kriegswesen, in der Vertretung gegenüber dem Auslande, in Post und Telegraphie und in der Handelsflagge. Es war das unbedingt Notwendige; alles übrige, was wünschenswert sein konnte, blieb der weiteren Entwicklung überlassen. Bismarck wollte bewußt zunächst nur einen richtigen Bundes-, keinen monarchischen Einheitsstaat. Die Beratungen der Regierungsvertreter hat das außerordentlich erleichtert.

Am 24. Februar 1867 konnte in Berlin der konstituierende norddeutsche Reichstag zusammentreten. Bismarck war selbst zweimal gewählt, in seinem heimatlichen Bezirke, den beiden Jerichowschen Kreisen, gleich im ersten Wahlgange mit großer Mehrheit, in Elberfeld in einer Stichwahl. Er hat für Jerichow angenommen.

Die Thronrede, mit welcher der König die Versammlung eröffnete, wies auf die Schwierigkeiten bei der Entstehung der Vorlage hin und mahnte zur Zurückhaltung in ihrer Kritik. Die durchaus vorherrschende Stimmung der Versammelten war national, für den Zusammenschluß. Die Mahnung war doch nicht überflüssig. Allzuweit gingen die Anschauungen noch auseinander, und zu wenig waren ihre Vertreter gewöhnt, sie großen, allgemeinen Zielen mit sicherer Unterscheidung unterzuordnen.

Schon im Landtage war trotz der Erfahrungen des letzten Jahres die Heeresfrage wieder aufgetaucht. Die stattliche Mehrheit, die sich bei der Indemnitätsvorlage zur Aussöhnung mit der Regierung bereit gefunden hatte, war keineswegs geschlossen der Meinung, daß nun die Frage der Heeres-

organisation auch endgültig geregelt sei. Ziemlich die Hälfte der Abgeordneten neigte nach wie vor der Ansicht zu, daß über das bloße Geldbewilligungsrecht hinaus die Formation des Heeres selbst auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen sei, dachte also den Streit wieder aufzunehmen gerade an dem Punkte, wo er begonnen hatte, an einem Punkte, in dem Preußens König weder nachgeben konnte noch wollte. Die Prinzipien drohten wieder aufeinander zu stoßen. Am 14. Dezember 1866 hat das Haus der Abgeordneten mit 14 Stimmen Mehrheit einen Beschluß gefaßt, nach welchem die von der Regierung für die Neuausstattung des Heeres in der bisher umstrittenen Form geforderten 44 Millionen Taler nur bewilligt wurden mit dem Vorbehalt, daß man damit auf eine gesetzliche Regelung der Heeresorganisation nicht verzichte. Nicht ohne Mühe ward ein Ausgleich gefunden, der es ermöglichte, am 18. Dezember einen gesetzmäßig vereinbarten Etat zu verabschieden, den ersten, der seit Bestehen der preußischen Verfassung rechtzeitig zustande gekommen ist.

So konnte es nicht überraschen, daß auch im konstituierenden norddeutschen Reichstage die Heeresfrage bald ein Kampfgebiet wurde. Sie ist das auch weiterhin in den deutschen Volksvertretungen geblieben. So erklärlich es geschichtlicher Betrachtung ist, daß parlamentarische Machtbestrebungen sich gerade hier besonders häufig und nachdrücklich versuchen, so bedenklich, ja gefährlich war und ist dies für unser Staatswesen, das inmitten von Großmächten emporwachsen mußte und sich zu behaupten hat, das allein mit den Waffen hat begründet werden können und allein auf sie gestützt sich halten kann. In der Generaldiskussion über die Verfassung ging Bismarck am 11. März auch auf diese Frage ein. Es ist die berühmte Rede, die mit den Worten schloß: „Setzen wir Deutschland so zu sagen in den Sattel! Reiten wird es schon können". Es machte jetzt doch mehr Eindruck als in der Konfliktszeit, wenn Bismarck erklärte, daß sich solches Beginnen „gegen die Fundamente der Sicherheit und der staatlichen Existenz" richte, daß die Bundesarmee nicht abhängig werden dürfe von einem jährlichen Votum. In Erinnerung an seine Schönhauser Kämpfe mit dem Hochwasser der Elbe hatte er „den Eindruck eines Deichverbandes, in welchem jedes Jahr nach Kopfzahl darüber abgestimmt werde, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. Aus solchem Deichverbande würde er ein-

fach ausscheiden. Da wäre ihm das Wohnen zu unsicher, und er würde sich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal diejenigen, die die Wirtschaft mit freier Weide wünschen, über diejenigen, die mit bestellten und wasserfreien Äckern wirtschaften, die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserflut zugrunde gingen". Er fragte, was man denn „einem Invaliden von Königgrätz antworten werde", wenn dieser nach dem Ergebnis des großen Krieges frage; ob er wohl zufrieden sein werde mit dem Bescheide, daß das Recht der Volksvertretung „gerettet sei, jedes Jahr die Existenz der Armee in Frage zu stellen".

Die Versammlung hat sich bereit gefunden, die Friedenspräsenzstärke bis zum Schluß des Jahres 1871 auf ein Prozent der Bevölkerung festzulegen und die Mittel bis dahin mit 225 Taler für den Kopf zu bewilligen. Die Ausdehnung der preußischen Wehrpflicht auf das gesamte Norddeutschland bedeutete ein Anwachsen der wehrpflichtigen Bevölkerung von noch nicht 20 auf nahezu 30 Millionen. Das schien eine Erleichterung zu rechtfertigen. Die Landwehr zweiten Aufgebots ist in der norddeutschen Bundesverfassung weggefallen; die Heerespflicht ist auf zwölf Jahre herabgesetzt worden, sieben Jahre Präsenz und Reserve und fünf Jahre Landwehr, ohne gesetzliche Rückwirkung jedoch auf den preußischen Staat, der seine gesteigerte Macht nicht ohne besondere Lasten genossen, das im französischen Kriege auch zu fühlen bekommen hat.

Die Heeresfrage war altüberliefert. Nicht nur aus Preußens Verfassungsleben, sondern auch aus dem der kleineren deutschen Staaten, ja aus der gesamteuropäischen Entwicklungsgeschichte heraus, übertrug sie sich auf Deutschlands Volksvertretung, um nicht wieder aus ihr zu verschwinden. Ein anderer roter Faden, der den Reichstagsverhandlungen bleiben sollte, ward neu eingeflochten in Gestalt der Forderung nach verantwortlichen Bundesministerien.

Nicht nur die linksstehenden Männer, sondern auch die Liberalen von ausgeprägt nationaler Richtung, die in Fragen der großen Politik sich Bismarcks Führung fügten, Bennigsen, Miquel, Lasker, vertraten sie mit überzeugtem Nachdruck. Dem entsprechenden Antrag hat sich Bismarck mit größter Entschiedenheit widersetzt. Es war ihm klar, daß die Leitung des

Bundes in Preußens Hand bleiben mußte, und daß sich das nur ermöglichen ließ, wenn der preußische Ministerpräsident nicht nur selbst höchster Bundesbeamter war, sondern als solcher auch die einzelnen Verwaltungsleiter der Bundesangelegenheiten bestimmte und anwies, eine Einsetzung dieser zu selbständiger Verantwortlichkeit nicht stattfand.

Die Frage erhielt für ihn ihre Wichtigkeit vor allem durch ihre Verbindung mit der auswärtigen Politik. Wie er einst abgelehnt hatte, Ministerpräsident zu sein, ohne zugleich das Auswärtige zu leiten, so forderte er als Inhaber dieser Stellung maßgebenden Einfluß auf die Leitung des Bundes. Wie bisher in seiner Auffassung der Aufgabe Preußens, so war und blieb auch in den Fragen, welche die neue Staatsbildung stellte, unerschütterlich herrschend die Überzeugung, daß Deutschlands Zukunft von nichts so sehr abhängig sei wie von einer richtigen Handhabung der auswärtigen Politik. Schlagend hat er dem am 27. März gegen Lasker Ausdruck gegeben: „Der Herr Vorredner hat mir zwar schmeichelhaftes Vertrauen für die auswärtige Politik, aber gemäßigtes Mißtrauen in bezug auf meine Vorliebe für die Entwicklung der Volksfreiheit ausgesprochen. Er tut mir, glaube ich, in letzter Beziehung unrecht. Ich habe niemals in meinem Leben gesagt, daß ich der Volksfreiheit mich feindlich entgegenstellte, sondern nur gesagt und natürlich unter der Voraussetzung rebus sic stantibus: Meine Interessen an den auswärtigen Angelegenheiten sind nicht nur stärker, sondern zur Zeit allein maßgebende und fortreißende, so daß ich, soviel ich kann, jedes Hindernis durchbreche, welches mir im Wege steht, um zu dem Ziele zu gelangen, welches, wie ich glaube, zum Wohle des Vaterlandes erreicht werden muß. Das schließt nicht aus, daß auch ich die Überzeugung des Vorredners teile, daß den höchsten Grad von Freiheit des Volkes, des Individuums, der mit der Sicherheit und gemeinsamen Wohlfahrt des Staates verträglich ist, jederzeit zu erstreben, die Pflicht jeder ehrlichen Regierung ist".

Bennigsens Antrag auf Einführung verantwortlicher Bundesministerien ist mit 140 gegen 124 Stimmen abgelehnt worden.

Im verfassunggebenden Reichstag hat sich Bismarck zum erstenmal amtlich über das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen. Seine Einführung erregte Bedenken bis in die linksliberalen Kreise hinein; wäre es nicht von

Bismarck vertreten worden, es wäre kaum Gesetz geworden. Am 28. März hat er in die Verhandlungen mit einer längeren Darlegung eingegriffen. Er hat den ausgesprochenen Verdacht zurückgewiesen, daß man „in Verbindung mit den Massen ein Komplott gegen die Freiheit der Bourgeoisie zur Errichtung eines cäsarianischen Regiments beabsichtigt". Er hat erklärt, man habe einfach genommen, was vorgelegen, und wovon „man glaubte, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, weitere Hintergedanken nicht gehabt". Er „kenne kein besseres Wahlgesetz"; man werde jedes annehmen, „dessen Vorzüge nachgewiesen werden". Damals hat Bismarck die unendlich oft wieder hervorgeholten scharfen Äußerungen über das preußische Dreiklassenwahlsystem getan: „Ja, meine Herren, wer dessen Wirkung und die Konstellationen, die es im Lande schafft, etwas in der Nähe beobachtet hat, der muß sagen, ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgend einem Staate ausgedacht worden". Die folgende Einzelkritik enthält sicher unleugbare Wahrheiten; aber es ist unverkennbar, daß diese Worte gesprochen sind in der lebendigen Erinnerung an die durchfochtenen, aufreibenden Kämpfe der Konfliktsjahre, und daß sie um so weniger Beweiskraft haben, je mehr sie herangeholt werden von Leuten, die grundsätzlich radikale Doktrinen vertreten. Einem Antrag Fries, der geheime Stimmenabgabe verlangte, hat Bismarck nicht widersprochen; er ward angenommen. So kam der Norddeutsche Bund in den Besitz des liberalsten Wahlrechts, das damals irgend ein auf monarchischer Grundlage ruhendes Staatswesen besaß.

In eben dieser Rede sprach Bismarck sich auch über die beantragte Errichtung eines Oberhauses aus. Er erklärte sie für ein „jedem Konservativen willkommenes Prinzip"; ein Oberhaus stelle einen „Hemmschuh" dar, „an der Staatsmaschine angebracht, um an abschüssigen Stellen ein zu rasches Fortgleiten zu hindern". Er lehnte es aber für den Bund ab mit Gründen, die noch heute Gültigkeit haben. In Gestalt des Bundesrats bestehe ein Oberhaus, dem der König von Preußen als primus inter pares selbst angehöre. Man könne dieses Oberhaus nicht vervollständigen durch Personen, die keine Landeshoheit besitzen, auch kein anderes neben ihm errichten. Das würde anstatt des berechtigten Zweikammersystems ein Dreikammersystem ergeben.

Am 17. April 1867 konnte Bismarck vor versammeltem Reichstag die Erklärung abgeben, daß die verbündeten Regierungen die Bundesverfassung nach den Beschlüssen der Abgeordneten angenommen hätten. Der Norddeutsche Bund war begründet; am 1. August sollte seine Verfassung in Kraft treten. Die Thronrede, mit der König Wilhelm noch selbigen Tages den verfassunggebenden Reichstag schloß, konnte vollberechtigt sagen, daß man „die weitere Entwicklung mit Zuversicht der Zukunft überlasse".

4. Die Luxemburger Frage. Dotation. Varzin.

Auch in diesem vorbereitenden Reichstag ist schon eine Frage der auswärtigen Politik zur Verhandlung gekommen.

Das Großherzogtum Luxemburg war seit 1815, das Herzogtum Limburg seit 1839 Glied des Deutschen Bundes; das Großherzogtum gehörte auch zum deutschen Zollverein, seine Hauptstadt war Bundesfestung und hatte als solche eine preußische Besatzung. Der Landesherr, der König der Niederlande, war aber nicht aufgefordert worden, für dieses sein Besitztum dem Norddeutschen Bunde beizutreten. Am 18. März wurde die Stellung des Großherzogtums von dem sächsischen Demokraten Schraps unter heftigen Ausfällen auf die preußische Politik zur Sprache gebracht, und ein anderer, bundesfreundlicher Sachse, von Carlowitz, äußerte Zweifel über die Haltung der süddeutschen Staaten bei einem Zusammenstoß Frankreichs mit Norddeutschland.

Die Frage hatte, als sie so aufgeworfen wurde, einen hochpolitischen Charakter. Napoleon hat seine Versuche, doch noch einen Ländergewinn zu erlangen, nach dem Fehlschlag des August 1866 schon nach wenigen Wochen wieder aufgenommen. Er suchte eine Verständigung mit Bismarck über eine Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, jenes als Entschädigung für Preußens Vergrößerung, dieses um den Preis seiner Zustimmung zum Zusammenschluß Nord- und Süddeutschlands; zu gemeinsamer Sicherung des Planes bot er ein Bündnis an. Er wünschte Preußens Vermittlung, den König der Niederlande zur Abtretung Luxemburgs geneigt zu machen. Bismarck hat ausweichend geantwortet; weder zu einem Bündnis, noch zur Vermittlung werde sein König zu bewegen sein, allenfalls zur Neutralität. Der Kaiser möge selbst mit dem König der Niederlande verhandeln.

Solche Verhandlungen hatten begonnen und wurden in der Presse erörtert, als die Sache im Reichstag zur Sprache gebracht ward. Bismarck konnte den ersten Redner über Preußens Beziehungen zu den Niederlanden beruhigen und feststellen, daß auf die Zugehörigkeit Luxemburgs und Limburgs zu Deutschland weder Verzicht geleistet, noch ein Anspruch erhoben

worden sei. Die Bedenken über die Haltung Süddeutschlands konnte er zerstreuen, indem er erklärte, daß „diejenigen Beziehungen zwischen Nord- und Süddeutschland, die er neulich nur anzudeuten sich erlaubt habe, bereits seit dem Friedensschluß vertragsmäßig verbürgt seien". Unmittelbar darauf, am 20. und 23. März, sind die gelegentlich der Friedensverhandlungen im August des vorigen Jahres mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse, die deren bewaffnete Macht im Kriegsfall unter Preußens Oberbefehl stellten, im Staatsanzeiger veröffentlicht worden. Sie waren dem französischen Hofe nicht mehr unbekannt, erregten die politischen Kreise in Paris aber nicht wenig. Carlowitz, der Luxemburg in den Bund einbeziehen wollte, erwiderte Bismarck, daß, wenn es ihm gelingen werde, den Großherzog dazu geneigt zu machen, er sich vielleicht werde sagen können, eine europäische Frage geschaffen zu haben, ob etwas Weiteres, bleibe abzuwarten.

Die Verhandlungen zwischen Paris und dem Haag haben noch im März zu einer Vereinbarung geführt, nach welcher der König der Niederlande die Abtretung des Großherzogtums gegen eine Geldentschädigung zusagte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war zu erregt, als daß der leitende Staatsmann sie hätte unbeachtet lassen können; so erklärte er sich bereit, am 1. April eine Interpellation über diese Verhandlungen zu beantworten, die Bennigsen stellen wollte; vielleicht hat er sie selbst angeregt. Es war mit ihr die Anfrage verbunden, ob die Regierung entschlossen sei, die alte Verbindung des Großherzogtums mit Deutschland und insbesondere das preußische Besatzungsrecht auf jede Gefahr hin dauernd sicherzustellen.

Am genannten Tage erschien Benedetti bei Bismarck, wünschte Glück zum Geburtstag und erklärte zugleich, daß er eine wichtige Mitteilung zu machen habe; es handelte sich um die amtliche Mitteilung über den französisch-niederländischen Vertrag. Bismarck war gerade im Begriff, in den Reichstag zu gehen, und forderte Benedetti auf, ihn zu begleiten. Auf dem Wege durch den Garten des Auswärtigen Amtes und die Königgrätzer nach der Leipziger Straße, wo damals an der Stelle des jetzigen Herrenhauses das Reichstagsgebäude lag, erzählte Bismarck dem Botschafter, daß er gehe, um eine Interpellation über Luxemburg zu beantworten. Er ließ ihn wissen, was er sagen werde: „Ich denke zu antworten, der Regierung sei

allerdings bekannt, daß solche Verhandlungen schweben; der König der Niederlande habe über unsere Auffassung der Sache angefragt. Unsere Antwort habe dahin gelautet, zunächst wären wohl die anderen Großmächte zu befragen; auch müßten wir auf die öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht nehmen. Ob nun im Haag ein Vertrag abgeschlossen oder nicht, sei uns unbekannt. Ich sei deshalb nicht in der Lage, auf die zweite Frage mit ja oder nein zu antworten, glaube aber, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen werde". Er fügte hinzu: „Auf diese Weise kann der Anlaß zu einem Bruch vermieden werden; wenn ich aber sagen müßte, ich wisse, daß ein Abtretungsvertrag geschlossen sei, dann wäre bei der hochgradigen Erregung der Gemüter im Reichstage eine Explosion zu erwarten, deren Folgen verhängnisvoll werden könnten".

Man war an der Tür des Reichstagsgebäudes angekommen. Auf Bismarcks Frage: „Wollen Sie mir bei dieser Sachlage jetzt noch eine kurze Mitteilung machen", antwortete Benedetti: „Nein".

Die Interpellation, die von Bennigsen in glänzender Rede unter jubelndem Beifall des Hauses begründet wurde, ist entsprechend beantwortet worden. Bismarck wies noch darauf hin, daß das Großherzogtum Luxemburg durch die Auflösung des Bundes seine volle Souveränität wiedererlangt habe, daß es nicht wünschenswert sei, einen fremden Machthaber als Glied des Bundes zu haben, und daß im Großherzogtum die höheren Schichten der Bevölkerung den Anschluß nicht wünschten aus Abneigung gegen Preußen und seine Erfolge, die unteren nicht aus Unlust, die Lasten auf sich zu nehmen, die „eine ernsthafte Landesverteidigung notwendig mit sich führe". Der Redner nahm auch Anlaß, der Anerkennung zu gedenken, die der Minister Rouher in der französischen Kammer der preußischen Politik gezollt habe, daß sie „die Empfindlichkeit der französischen Nation zu schonen suche", und fügte hinzu, daß man „zu einer solchen Politik Anlaß gefunden habe und finde in der gerechten Würdigung der Bedeutung, welche die freundschaftlichen Beziehungen zu einem mächtigen und ebenbürtigen Nachbarvolke für die friedliche Entwicklung der deutschen Frage haben müsse".

Die Schwierigkeiten, die der zweite Teil der Anfrage bot, umging Bismarck: „Der Wortlaut dieses zweiten Teiles ist ein solcher, wie er einer Volksver-

tretung, die auf dem nationalen Boden steht, wohl anstehen mag; er gehört aber nicht der Sprache der Diplomaten an, wie sie in Behandlung internationaler Beziehungen, so lange dieselben im friedlichen Wege erhalten werden können, geführt zu werden pflegt". Daß er das Anerbieten der niederländischen Regierung, bei Verhandlungen zwischen Preußen und Frankreich zu vermitteln, abgelehnt habe mit der Bemerkung, daß „Verhandlungen dieser Art nicht schwebten", ward mit großer Befriedigung vernommen. Der Schluß aber erntete, so vornehm zurückhaltend die Ausdrucksweise war, freudigen Beifall: „Die verbündeten Regierungen glauben, daß keine Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten und deutscher Bevölkerungen beeinträchtigen werde; sie hoffen imstande zu sein, solche Rechte zu wahren und zu schützen auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und ohne Gefährdung der freundschaftlichen Beziehungen, in welchen sich Deutschland bisher zur Genugtuung der verbündeten Regierungen mit seinen Nachbarn befindet. Sie werden sich diesen Hoffnungen um so sicherer hingeben können, je mehr das eintrifft, was der Herr Interpellant vorher zu meiner Freude andeutete, daß wir durch unsere Beratungen das unerschütterliche Vertrauen, den unzerreißbaren Zusammenhang des deutschen Volkes mit seinen Regierungen und unter seinen Regierungen betätigen werden".

Bismarck hatte wiederum die erhebende und stärkende Genugtuung, daß sein Vertrauen auf seines Volkes nationale Empfindungen berechtigt war.

Der französisch-niederländische Vertrag ist unter dem Eindruck dieser Reichstagsverhandlung nicht zur Vollziehung gekommen; Frankreich hat dem Abschluß des „europäischen" Handels ohne jeden eigenen Vorteil zugestimmt. Auf Vorschlag Rußlands hat vom 7. bis 11. Mai in London eine Konferenz der Mächte stattgefunden, die den Vertrag von 1839 unterzeichnet hatten, vermehrt durch Italien, das auf seinen Wunsch zugezogen wurde. Es ward vereinbart, daß das neutralisierte Luxemburg von Preußen geräumt, die Festung aber geschleift werde. Von deutscher Seite war strenge der Rechtsboden festgehalten worden: nach der Auflösung des Bundes konnte es Bundesfestungen nicht mehr geben.

Bei Freunden und Gegnern hat das weithin in Deutschland Mißbilligung gefunden. Man war der Meinung, daß eine passende Gelegenheit, mit Frankreich abzurechnen, unbenutzt geblieben sei; vaterländischer Sinn

fühlte sich enttäuscht, gekränkt. Die Gegner Preußens versäumten nicht, es laut und lärmend der Schwäche zu zeihen, des Zurückweichens, wo es die nationale Ehre und deutsches Recht hätte verteidigen sollen. Im ersten wirklichen Reichstage des Norddeutschen Bundes hat der junge Bebel, einer der vier Sozialdemokraten der Versammlung, sich zum Wortführer dieses Vorwurfs gemacht, den „Verlust Luxemburgs" beklagt. In Ausführungen, die überaus klar in Bismarcks Seele blicken lassen, hat dieser erwidert. Er hat die Rechtslage betont. Sie war der Grund, daß „wir vermieden, diese Frage bis aufs Äußerste zu treiben, und ich glaube, Se. Majestät der König hat sich den Dank der deutschen Nation dadurch erworben, daß er der für einen krieggewöhnten Monarchen, für ein kriegerisches Volk naheliegenden Verführung, die öffentliche Meinung aufzuregen und seinem bisher siegreichen Heere von neuem das Signal zum Kampfe zu geben, widerstanden hat auf die Gefahr hin, von solchen, welche ihn aus dem Standpunkt wie der Herr Vorredner angreifen, verdächtigt zu werden. Dadurch, glaube ich, hat Se. Majestät sich den Dank des deutschen Volkes erworben, wie das auch hier von einer den Regierungen entgegenstehenden Seite" — es war der Fortschrittsmann Franz Ziegler, der vor Beginn des 66er Krieges seinen Breslauer Wählern zugerufen hatte: ‚Das Herz der Demokratie ist allemal da, wo die Fahnen des Landes wehen' — „im Anfange der Diskussion anerkannt worden ist, indem die Mäßigung, die in diesem Falle gezeigt worden ist, gerühmt wurde. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere in den Krieg zu führen oder zu begleiten, und infolgedessen auch in erhöhtem Maße das Bedürfnis, auf dem Schlachtfelde und im Lazarette dem Krieger in das brechende Auge sehen zu können, ohne sich sagen zu müssen: Diesen Krieg hätte ich mit Ehren vermeiden können".

Gegen Keudell hat Bismarck sich damals geäußert: „Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen." Darüber, daß Bismarck niemals daran gedacht hat, eine Besitzergreifung Luxemburgs durch Frankreich ruhig hinzunehmen, können Zweifel nicht bestehen. Die Annahme schlüge seiner ganzen früheren wie späteren Haltung ins Gesicht; durch Redewendungen, die er gebraucht hat, kann man sie nicht belegen; sie gehören ins diplomatische Handwerk. Nicht nur den Norddeut-

schen Bund, sondern auch die süddeutschen Staaten und selbst Österreich hat Bismarck ins Feld zu führen gedacht und die nötigen Vorbereitungen getroffen. Daß die von außen drohende Gefahr die innere Einigung erleichterte, das Zustandekommen der Verfassung förderte, bedarf keiner weiteren Darlegung.

Vom 6. bis 14. Juni 1867 hat Bismarck im Gefolge des Königs, welcher der Einladung des Kaisers zur Weltausstellung Folge leistete, in Paris zugebracht. Auch der Kronprinz war Teilnehmer der Reise. Es war damals, daß Kaiserin Eugenie ihren Eindruck von der Begegnung in die Worte faßte: „Es ist eine imponierende Rasse, die teutonische". Bismarck wurde vom amtlichen Frankreich mit der gewohnten Freundlichkeit empfangen. Der Marschall Vaillant sagte ihm nach einigen Tagen: „Wissen Sie, daß Sie einen ausgezeichneten Eindruck auf uns machen? Jedermann sagt: Wahrhaftig, das ist ein guter Kamerad (bon bougre)". Als Bismarck nach der großen Parade dem Marschall seine Bewunderung der schönen Truppen aussprach, erwiderte dieser: „Vielen Dank, Herr Graf! Aber Ihr Preußen seid neben uns zu groß geworden; wir müssen eines Tages die Degen kreuzen". Bismarck antwortete lächelnd: „Kreuzen wir sie also!"

Am 5. Dezember 1866 hat das Abgeordnetenhaus dem Könige auf Antrag der Regierung 1½ Millionen Taler als Dotation für Männer bewilligt, die sich im letzten Kriege ein besonderes Verdienst erworben hätten. Die Namen der in Aussicht Genommenen waren von den Regierungsvertretern wohl in der Kommissionsberatung, nicht aber im Gesetzentwurf genannt worden; es waren die fünf Generale Roon, Moltke, Herwarth v. Bittenfeld, Steinmetz, Vogel von Falkenstein. Die Kommission fügte die Namen in den Entwurf ein und glich die gebotene Zurückhaltung des Ministerpräsidenten dadurch aus, daß sie seinen Namen als ersten in die Liste setzte; entsprechend hat das Haus beschlossen. Der König hat dem leitenden Staatsmann am 12. Februar 1867 400 000 Taler aus der Summe zugewiesen: „Im Rückblick auf den entscheidenden Wendepunkt, an welchen die Geschicke Preußens durch die ruhmwürdigen Kämpfe des vergangenen Jahres gelangt sind, wird es den spätesten Geschlechtern unvergessen sein, daß die

Erhebung des Vaterlandes zu neuer Macht und unvergänglichen Ehren, daß die Eröffnung einer Epoche reicher und mit Gottes Hilfe segensvoller Entwicklung wesentlich Ihrem Scharfblicke, Ihrer Energie und Ihrer geschickten Leitung der Ihnen anvertrauten Geschäfte zu danken war". Der König fügte der Überweisung den Wunsch hinzu, daß die Dotation „durch fideikommissarische Anordnungen zu einem Grund- oder Kapitalbesitze bestimmt werde, welcher mit dem Ruhme Ihres Namens auch Ihrer Familie dauernd erhalten bliebe".

Solcher Anerkennung gegenüber konnte Bismarck es über sich ergehen lassen, daß der Berliner Magistrat den Antrag des Oberbürgermeisters Seydel, ihn zum Ehrenbürger der Hauptstadt zu ernennen, am 22. Juni ablehnte.

Nichts konnte Bismarcks Neigungen mehr entsprechen als des Königs an die Auszeichnung geknüpfter Wunsch. Unmittelbar nach Schluß des Reichstags, in den Tagen vom 18. bis 24. April, besuchte er Varzin, das damals im Kreise Schlawe lag, später auf Bismarcks Betreiben zum Kreise Rummelsburg geschlagen worden ist, zu dem auch Reinfeld gehörte. Die Herrschaft war im Besitz des Grafen Blumenthal; am 23. April hat Bismarck sie von ihm erworben. So wurde er selbst ansässig in der Gegend, „wo man allnächtlich die Wölfe und die Kassuben heulen hört". Reinfeld liegt 25 Kilometer weiter östlich.

Gegen Ende Juni ist er zum ersten Male zu längerem Aufenthalt auf sein neues Besitztum gereist; nach Beschaffung einer ersten Einrichtung hat er die Seinigen nachkommen lassen und bis zum 2. August dort geweilt. Gleich am 27. Juni schreibt er der Gattin: „Daß ich vor Deiner Herkunft nochmals in Berlin erscheine, glob' ich schwerlich. Schildere nur meine Stimmung so angegriffen, daß ich den sichtlichen Ersatz der Kur nicht durch die Strapazen dieser Reise gefährden könnte." Die ausgedehnte Herrschaft liegt an der Wipper und zu beiden Seiten ihres sich hinschlängelnden Tales. Von den landschaftlichen Schönheiten der hinterpommerschen Seenplatte fehlt ihr kaum eine. Vor allem entzückte Bismarck der reiche Waldbestand. Er wurde nicht müde, ihn zu Fuß und zu Pferd, „bergsteigend und sumpfwatend" zu durchstreifen. „Es gibt doch sehr dicke Buchen hier, auch Balken und Blöcke, Wüsteneien, Schonungen, Bäche, Moore, Heiden, Ginster,

Rehe, Auerhähne, undurchdringliche Buch- und Eichenaufschläge und andere Dinge, an denen ich meine Freude habe, wenn ich dem Terzett von Taube, Reiher und Weihe lausche oder die Klagen der Pächter über die Untaten der Sauen höre". Er hat in diesen Tagen mit dem Bruder Bernhard, der mit ihm von Kniephof herübergekommen war, um Überlassung seines Anteils an diesem Besitztum verhandelt. Er hatte es auch dort wieder „reizend" gefunden. „Sie lassen mich nur niemals allein, und ich habe mir dort mit den Bäumen mehr zu sagen als mit den Menschen". Sein Herz hing an der Natur; daß er ihr so früh entrissen worden war, hat ihn nur noch mehr an sie gekettet. Und es war die Natur des deutschen Nordens, deren Reize nie vergißt, wer sie einmal empfunden hat. Varzin ist ihm für eine ganze Reihe von Jahren der Boden geworden, aus dessen Berührung ihm immer neue Kräfte für den Kampf in der großen Welt zuwuchsen.

---

5. Erster norddeutscher Reichstag. Preußischer Landtag 1867/68. Verhältnis zu den Konservativen.

Am 14. Juli ward Graf Bismarck zum Kanzler des Norddeutschen Bundes ernannt. Da die ihm allein zur Verfügung stehenden Kräfte des preußischen Auswärtigen Amts für den neuen Betrieb nicht ausreichten, sah er sich genötigt, eine Bundeskanzlei einzurichten. An ihrer Spitze wünschte er einen in Handelssachen erfahrenen Mann bürgerlicher Herkunft; als solchen ersah er sich den in Zollvereinsverhandlungen seit langem bewährten Rudolf Delbrück, einen Sohn des Erziehers Friedrich Wilhelms IV. und Wilhelms I. Er ward Präsident des Bundeskanzleramts.

Vom 10. September bis zum 26. Oktober 1867 war der erste norddeutsche Reichstag in Berlin versammelt. Die nationale Richtung, mit der Bismarck zu arbeiten wünschte und allein arbeiten konnte, überwog. Doch mußte er auch hier wieder für die Autorität des Bundespräsidenten in Heeressachen eintreten, andererseits über die Beziehungen zu Süddeutschland aufklären und beruhigen. Bismarck hatte bis dahin kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, seiner Meinung Ausdruck zu geben, daß er das Werdende nicht für etwas Fertiges und Abgeschlossenes halte, hatte immer wieder auf die in Aussicht genommene Vereinigung mit dem Süden hingewiesen, auch schon vor der Veröffentlichung der Schutz- und Trutzverträge sein festes Vertrauen klar bekundet, daß er das Zusammenstehen von Nord und Süd im Falle eines Angriffs für vollständig sicher halte. Artikel 71 des Bundesverfassungsentwurfs nahm eine vertragsmäßige Regelung des Verhältnisses zu den süddeutschen Staaten in Aussicht, wie eine solche ja auch im Prager Frieden vorgesehen war. Die Thronrede, welche den verfassunggebenden Reichstag schloß, hatte ausdrücklich hervorgehoben, daß „die Hoffnungen, welche uns mit unseren Brüdern in Süddeutschland gemeinsam sind, ihrer Erfüllung näher gerückt" seien, und die, welche 12 Tage später den preußischen Landtag eröffnete, sagte offen heraus: „Der neu errichtete Bund umfaßt zunächst nur die Staaten Norddeutschlands; aber eine

innige nationale Gemeinschaft wird dieselben stets mit den süddeutschen Staaten vereinigen".

So konnte niemand zweifelhaft sein, daß Bismarck den gegenwärtigen Zustand als einen vorübergehenden ansah. Gleichwohl mußte er auch im ersten Reichstag das Vertrauen neu befestigen. Gegenüber Zweifeln an dem Wert der Bündnisse, die laut wurden, trat er mit der größten Entschiedenheit für die Vertragstreue der süddeutschen Regierungen ein. Er konnte sich auf ein persönliches Erlebnis berufen: „Ich erinnere mich sehr genau, daß ein Mann von deutscher Gesinnung und lange Zeit der Gegner Preußens, Freiherr von der Pfordten, in dem Augenblicke, als ich ihm bei den Friedensverhandlungen erklärte, daß wir auf die beabsichtigten Erwerbungen im rechtsmainischen Franken verzichteten unter der Bedingung, daß das ihm dem Prinzip nach bekannte Bündnis von Bayern angenommen werde, daß der Freiherr von der Pfordten unter der lebhaftesten Betätigung seiner inneren Bewegung mir mit Feierlichkeit erklärte, hieran sähe er, wie sehr meine deutschen Gesinnungen verleumdet würden, und wie ein deutsches Herz in meinem Busen schlage so gut wie in dem seinigen". Da bemerkt worden war, daß die süddeutschen Staaten wohl die Vorteile des Zollvereins genießen, die Last der Bündnisse aber vielleicht nicht tragen möchten, erwiderte Bismarck, daß die wirtschaftliche Gemeinschaft mit der Wehrgemeinschaft Hand in Hand gehe; er werde sofort die Zollverträge kündigen, wenn die Bündnisse in Frage gestellt würden.

Auch im preußischen Landtage, der vom 15. November 1867 bis zum 29. Februar 1868 tagte, mußte Bismarck seine deutsche Politik des schonenden Maßhaltens, des behutsamen Weiterbauens verteidigen. Es ward ein Antrag gestellt, daß der Etat des preußischen Auswärtigen Amtes auf den Norddeutschen Bund übernommen und die innerhalb des Bundes bestehenden preußischen Gesandtschafts- und Konsulatsposten aufgehoben werden möchten. Virchow tadelte heftig, daß der Etat mit Pensionen für fremde Staatsdiener belastet werde, die ehemals die heftigsten Feinde Preußens gewesen seien. Er konnte sich nur „zwei Möglichkeiten denken. Entweder ist trotz aller Gloire des Norddeutschen Bundes noch nicht der Zeitpunkt gekommen, wo wir imstande sind, das Ausland zur Anerkennung des Norddeutschen Bundes zu bringen, anstelle der preußischen Gesandten nord-

deutsche zu setzen, oder man könnte meinen, die finanzielle Grundlage des neuen Bundes sei eine so enge, daß es unmöglich ist, auf die Schultern des Bundes die Diplomatie zu legen; wenn das letztere der Grund sein sollte, so muß ich sagen, daß ich im Interesse Preußens die Dauer des Norddeutschen Bundes möglichst abgekürzt zu sehen wünschte". Er fügte erläuternd hinzu, daß die Abkürzung ja durch eine Erweiterung zu einem gesamtdeutschen Bunde erfolgen könne.

Auch auf diesen verbissenen Erguß persönlicher Abneigung und völliger politischer Urteilslosigkeit hat Bismarck mit staatsmännischer Ruhe geantwortet. Er betonte es als sein Hauptbemühen, die Empfindlichkeit der Bundesgenossen nicht zu verletzen; sie hätten einen Anspruch auf tunlichste Achtung vor ihren überlieferten Hoheitsrechten; Mangel an solcher Achtung hätte 1849/50 entscheidend zum Mißlingen der Unionspläne beigetragen.

Zwei Tage später (11. Dezember) bot der am 18. Juli zwischen Preußen und Waldeck geschlossene Vertrag, der die Verwaltung des Fürstentums dem großen Nachbarstaat übertrug, ohne doch die Stellung des Landesherrn irgendwie anzutasten, Gelegenheit, nochmals auf diese Verhältnisse einzugehen. Mehr in der Richtung auf Einheit zu erstreben, als man bedürfe, das habe sich, erklärte Bismarck, nach seiner Überzeugung noch immer als politischer Fehler herausgestellt. Man müsse sich streng an die Bundesverfassung halten und deren Durchführung überall, wo die Auslegung zweifelhaft sein könne, weitherzig und mit wohlwollender Billigkeit handhaben. Er bestritt entschieden, daß, wie der Abgeordnete Twesten behauptete, die Existenz der Kleinstaaten, wie dieser Vertrag erweise, als Glieder des Bundes eine Unmöglichkeit sei. Im Namen der Bundesverfassung verwahrte er sich dagegen: „Wir haben die Existenz dieser Kleinstaaten verfassungsmäßig garantiert, also ist sie möglich". Er mahnte, an der Zahl der bestehenden Souveränitäten nicht zu rühren, „keine Spur von Gelüst zu zeigen, sie zu vermindern". Er wandte sich gegen den „preußischen Partikularismus", der die Lasten beklage, die das Königreich für Waldeck übernehme. Er glaubte die Sprache wieder zu vernehmen, die er acht Jahre lang im Bundestage zu Frankfurt gehört habe. Vorteile zu ernten, sei jeder gern bereit gewesen; bei nationalen Einrichtungen habe man sogleich über Lasten geklagt; ohne solche könne aber nationale Freiheit, nationale Ehre nicht bestehen.

Ähnliche Gedankengänge wiederum darzulegen, gaben die Verhandlungen Anlaß, die Anfang Februar 1868 über die Deckung der dem Könige von Hannover und dem Herzoge von Nassau vertragsmäßig gewährten Abfindungssummen aus dem der Regierung bewilligten 60-Millionen-Fonds und die Ausstattung der Provinz Hannover mit einem besonderen Provinzialvermögen geführt wurden. Der Urheber des Krieges von 1866 vertrat auch hier möglichstes Entgegenkommen gegen die entthronten Fürsten; man dürfe ihnen „nicht mehr Nachteile zufügen, als die Sicherstellung der nationalen Gesamtpolitik bedinge". Die Opfer zu verlangen, die „Preußen zu seiner Sicherheit, zur Erfüllung seines deutschen Berufs nicht entbehren könne", sei seine Pflicht gewesen, „Eroberungen oder Gewinne außerhalb dieses höheren nationalen Zwecks zu suchen, habe den politischen Zielen Preußens fern gelegen". Er erklärte, daß noch nach Nikolsburg erwogen worden sei, ob die Abfindung etwa in der Form der Rückgabe von gewissem Landbesitz, wie einst bei Heinrich dem Löwen und dem Ernestiner Johann Friedrich, erfolgen könne, aber daß eine Abfindung zu leisten sei, darüber seien Zweifel nicht gekommen, würden auch deutscher Denkweise und deutschem Staatsbrauch fremd gewesen sein. Er betonte, daß die auswärtige Politik der Regierung „es als ihre Aufgabe betrachte, diejenigen Empfindungen, die in Deutschland und außerhalb Deutschlands durch die neue Ordnung der Dinge verletzt seien, nach Kräften zu versöhnen". Die Entstellung einer seiner Äußerungen veranlaßte ihn, nochmals entschieden der Behauptung zu widersprechen, die er schon gleich bei ihrem ersten Auftauchen am 27. Januar 1863 bestritten hatte, daß er jemals gesagt habe: „Macht geht vor Recht". Er wollte nicht, daß aus einem seiner Worte jetzt wieder wie damals „durch die Geburtshilfe des Herrn Vorredners" (Twesten) „ein fliegendes Wort gemacht werde". Er hat in der Reichstagssitzung vom 13. März 1869 noch einmal Gelegenheit genommen, die Behauptung zurückzuweisen.

Die Gewährung eines Provinzialfonds an die Provinz Hannover, der ihr aus ihrem angesammelten beträchtlichen Landesvermögen zufließen sollte, stieß auf Widerstand bei Angehörigen fast aller Parteien. Man sah darin eine Zurücksetzung der alten Provinzen, die man nicht „als Stiefkinder behandeln lassen wollte". Bismarck mußte ausführen, daß es sich nicht um

einen Versuch handele, Sympathien zu gewinnen, sondern darum, daß man den Entwicklungsgang des hannoverschen Landes, wie er von der früheren Regierung in Aussicht gestellt war, nicht unterbreche. Er versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, wie die Vernachlässigung der Landesverteidigung, der Hannover die Ansammlung der Summe verdankte, sich selbst strafe. Begütigend wirkte, daß er die Absicht aussprach, der provinziellen Selbstverwaltung weitere Ausdehnung zu geben, was dann in der Folgezeit geschehen ist. Die Vorlage wurde aber nur mit fünf Stimmen Mehrheit und gegen die Konservativen Gesetz. Dem Vertreter des Wahlkreises Naugard-Regenwalde, Diest-Daber, der deren Haltung begründete, erwiderte Bismarck: „Wenn der Herr Vorredner sich vor bösen Worten der Wähler in seinem Kreise fürchtet, wenn er nach Hause kommt, so empfehle ich ihm dafür nur das Rezept, zu sagen, er habe mit mir gestimmt, und ich bin sicher, man wird ihm verzeihen".

Es war nicht die erste offene Differenz mit den alten Parteifreunden. Schon im Dezember 1866 hatte er im Herrenhause gegen Kleist-Retzow selbst bemerkt: „Verfassungsleben ist ein beständiger Kompromiß" und einen Monat später gegen seinen einstmaligen Gönner Senfft-Pilsach: „Ein großer Staat regiert sich nicht nach Parteiansichten". Wenn er aussprach, daß „der Mensch fortschreitet und mit der Entwicklung durch die Geschichte fortschreiten muß", und daß „es ein trauriger Ruhm ist, immer nur an denselben Ansichten wie vor fünfzig Jahren festzuhalten", und er „sich glücklich schätze, nicht zu den Leuten zu gehören, die mit den Jahren und mit den Erfahrungen nicht lernen", so waren diese Wahrheiten und Mahnungen zwar zunächst an seine radikalen Kritiker gerichtet, aber sie forderten doch auch nach anderer Richtung volle Beachtung. Es war aber natürlich, daß er durch Gegensatz zu den Konservativen innerlich viel empfindlicher getroffen wurde als durch Kampf mit den gewohnten Gegnern. „Er dachte ernstlich daran zurückzutreten, da mit solchen Freunden nicht zu regieren sei". Die nervösen Leiden stellten sich mit erneuter Heftigkeit ein: „Fußleiden, Gallenergüsse, Neuralgie im Gesicht". Er hat noch am Tage der Abstimmung, am 6. Februar 1868, Urlaub auf unbestimmte Zeit erbeten und erhalten, Berlin allerdings nicht verlassen.

Die alten Parteigenossen haben den Zusammenstoß nicht minder schmerzlich empfunden. Sie fühlten sich in ihrer großen Mehrzahl so wenig schuldig wie

Bismarck selbst. Sie vermißten die Rücksichten, die sie als seine alten Freunde und langjährigen Stützen glaubten beanspruchen zu können, die nötigen Eröffnungen über seine Absichten, gelegentlich auch die orientierende Verständigung über unabänderliche königliche Entschließungen. Sie nahmen Anstoß an seinem lebhafteren Verkehr mit den Führern der Liberalen, fühlten sich unverdient zurückgesetzt. Dem Kanzler und Ministerpräsidenten aber fehlte es an Zeit und Kraft, neben den übrigen Erfordernissen seiner Stellung auch diesen Wünschen zu genügen, fortgesetzt die herkömmliche Verbindung mit der Partei zu unterhalten.

Ein Mittelsmann, der sie hätte sichern können, hat sich nicht gefunden. Bismarcks Jugendfreund und langjähriger Vertrauter Moritz Blanckenburg hat die Lösung der alten Beziehungen schmerzlich beklagt; er genoß großes Ansehen bei den Parteifreunden, konnte und mochte sich aber über gelegentliches Eingreifen hinaus der Lösung der Aufgabe nicht widmen. Eifrig ist Roon in diesen Jahren bemüht gewesen, auszugleichen. Beide Männer fanden an Bismarck auszusetzen, waren aber durchdrungen von der Unentbehrlichkeit des „großen Zauberers", der noch Größeres zu vollbringen habe. Daß der Führer der Konservativen, Bismarcks und der Seinigen Freund Graf Eberhard Stolberg, Präsident des Herrenhauses, im Juli 1869 Oberpräsident von Schlesien wurde, hat erschwerend gewirkt. Die Beziehungen wurden in diesen Jahren mehr und mehr unbefriedigend. Die alten Gefährten fühlten sich gekränkt, verletzt. Bismarck war unwillig, daß sie ihm nicht ohne weiteres folgten. Es war ihm klar, daß er nur in engerer Fühlung mit den Liberalen das deutsche Ziel erreichen werde. Den Konservativen wie bisher persönlich nahe zu bleiben, hinderte ihn nicht wirkliche Entfremdung; die Aufgabe überstieg sein physisches Können.

Es ist daher völlig verkehrt, von einem inneren Wandel in dieser Zeit zu reden. Was der Führer zur deutschen Einheit wollte, war und blieb das gleiche. Die Mittel, es durchzusetzen, mußten wechseln. Er hatte dem preußischen Staate die unentbehrlichen Machtmittel erstreiten müssen im Kampfe mit einer liberalen Opposition. Weiter kommen konnte er jetzt nur, wenn er die gemäßigteren Gegner zu dauernder Gefolgschaft gewann. Denn die Anschauungen, die sie vertraten, waren doch diejenigen, die in den führenden Schichten der Gesamtheit des deutschen Volkes den breitesten Boden

hatten. In seiner Grundauffassung war und blieb Bismarck ein konservativer Mann; darüber können seine Handlungen auch für die Folgezeit keine Zweifel lassen. Es war ihm aber klar, daß Preußen und Deutschland ihrer Bestimmung nicht entgegengeführt werden konnten durch Einschwören auf Parteigrundsätze. Er war angewiesen auf das Vertrauen, das Preußen, das Deutsche ihm auch ohne solches Verpflichten schenken mochten. Nur so konnten sie ihm eine Stütze, er ihnen ein Führer sein. Er ist in die Lage gekommen, dieses Vertrauen bald von der einen, bald von der andern, nicht selten auch von beiden Seiten beanspruchen zu müssen. Die Erfolge von 1866 hatten ihn aus dem bestgehaßten zu einem vielgepriesenen Manne gemacht. Sich einigermaßen in dieser Stellung zu behaupten, war die unerläßliche Vorbedingung für weiteres Gelingen. Sie stellte geradezu übermenschliche Anforderungen an seine Kraft. Sie war auch ohne Schroffheiten gar nicht zu erfüllen, und so ist mancher, der seine Persönlichkeit gegen den Gewaltigen glaubte einsetzen zu müssen, irre an ihm geworden, zu dem Urteil gelangt, dem Manteuffel zu Beginn seiner Schleswiger Tätigkeit Anfang Oktober 1865 anläßlich seiner Verwaltungsstreitigkeiten mit dem Ministerpräsidenten in einem Briefe an Roon mit den Worten Ausdruck gab: „Graf Bismarck kann nur Maschinen oder politische Gegner erzeugen“.

---

6. Kämpfe um die innere Fortentwicklung.

Die Regierungstätigkeit der nächsten Zeit zeigt in allen Fragen, in deren Beantwortung Parteigegensätze mitspielten, weit mehr das Bemühen zu hemmen als vorwärts zu treiben. Auch die versöhnte Opposition verzichtete nicht auf das Bestreben, Verfassung und Verwaltung in Bund und Staat in ihrem liberalen Sinne auszubauen oder umzugestalten. In der Frühlingssession des Norddeutschen Reichstags 1868 mußte Bismarck zum Antrag Waldeck auf Gewährung von Tagegeldern Stellung nehmen. Er war Gegner von Diäten. In dieser Frage schwebten ihm englische Verhältnisse als Muster vor. Demokratischen Anschauungen war in der Bundesverfassung mehr Rechnung getragen als irgendwo sonst in Europa in einem monarchischen Staatswesen. In der Diätenlosigkeit sah Bismarck ein Gegengewicht gegen allzu großen Einfluß der Massen und hat demgemäß seinen Verfassungsentwurf gestaltet. Er ist Zeit seines Lebens bei dieser Auffassung geblieben; das spätere Abweichen von ihr hat sicher das Machtverhältnis zwischen Volksvertretung und Regierung zugunsten der ersteren verschoben. Dem Antrag gegenüber verzichtete Bismarck, „auf die Gründe, welche für oder gegen Diäten sprechen können, von neuem einzugehen"; er warnte nur vor zu raschem Rütteln an der Verfassung. Er wies darauf hin, daß die ganze Bundesverfassung, wie sie vorliege, ein Kompromiß sei. „Wir haben nachgegeben, Sie haben nachgegeben. Kaum sitzen Sie darin, so wollen Sie das, was Sie mit der einen Hand gegeben haben, mit der anderen zurückziehen. Das ist kein Spiel, wie wir es vorausgesehen und verstanden haben, und auf das wir uns werden einlassen können. Wer das Ansehen der Kompromisse nicht ehrt, der ist für eine konstitutionelle Verfassung überall nicht reif; denn das Verfassungsleben besteht aus einer Reihe von Kompromissen; diese heute zu geben und morgen zurückzunehmen, ist keine konstitutionelle Politik".

Der Antrag Waldeck wurde doch nur mit 97 gegen 92 Stimmen abgelehnt.

Mit aller Entschiedenheit bekämpfte Bismarck fortgesetzt den Versuch, die Entwicklung der Verteidigungsmittel des Landes abhängig zu machen

von der Erweiterung der parlamentarischen Rechte; er lehnte es ab, „das Recht zu erkaufen, das Land zu verteidigen". Einen Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Beamten der Bundesschuldenverwaltung zog er zurück, weil ein Amendement Twesten-Miquel zur Annahme gelangte, das die Beamten nicht nur der Regierung, sondern auch dem Reichstag verantwortlich machte. Ihm drängte sich sofort der Zusammenhang auf, in dem dieser Zusatz zur Regierungsvorlage mit der Bundesanleihe zum Zweck des Ausbaus der Marine stand, die in der letzten Session bewilligt worden und mit deren Durchführung der Bundeskanzler beauftragt worden war.

In gleicher Weise ablehnend verhielt er sich gegenüber den Bestrebungen, die sich auf Beeinflussung der auswärtigen Politik richteten. Er wollte nicht antworten, als im Dezember 1868 im Abgeordnetenhause angefragt wurde, ob die bestehende Kartell-Konvention mit Rußland vom Jahre 1857 nach ihrem Ablauf erneuert oder durch eine ähnliche ersetzt werden würde. Daß die Interpellation überhaupt gestellt werden konnte, bezeichnete er als „einen Beweis von dem großen Unterschied, der zwischen der Auffassung der Herren Interpellanten über die Pflichten und Aufgaben des auswärtigen Dienstes und der meinigen herrschen muß". Er wies darauf hin, daß ihm „zugemutet werde, mit vollem Bewußtsein eine strafbare Handlung zu begehen". Denn das würde es sein, wenn ein Beamter des Auswärtigen Ministeriums Mitteilungen machen wollte über dessen Absichten. Eine Handlung, die er als Chef des Ministeriums disziplinarisch oder gar gerichtlich zu verfolgen haben würde, traue man ihm selber zu: „Ich muß es im Prinzip ein für allemal — die Ausnahmefälle können nur sehr selten sein — ablehnen, über schwebende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten, über bevorstehende Verhandlungen mit auswärtigen Mächten öffentlich Auskunft zu geben; denn es liegt ja auf der Hand, daß, wenn man vorher und in verpflichtender Weise die Stellung der Königlichen Regierung zu den zu verhandelnden Fragen festgelegt hat, von eigentlichen Unterhandlungen in dem einen oder dem anderen Sinne, von irgend einer Verwertung der Sache für das Interesse des Landes nicht mehr die Rede sein kann". Er unterließ es dabei nicht, auf die Neigung der Abgeordneten hinzuweisen, das autokratische Rußland zu bekämpfen, die darin zutage trete, daß man die gleichen Bestimmungen in Konventionen mit anderen Staaten nicht bekrittele.

Im Reichstage des nächsten Jahres forderte Twesten auf, in Veröffentlichungen, wie sie nach dem Muster der englischen Blaubücher fast in allen Ländern üblich geworden seien, Auskunft zu geben über die Leitung der auswärtigen Politik. Bismarck antwortete: „Sobald die Befriedigung des ausgesprochenen Bedürfnisses ein wesentliches Element bilden sollte, um uns gegenseitig in einer friedlichen und zufriedenen Stimmung zu erhalten, will ich versuchen, ihm Rechnung zu tragen". Unter allgemeiner Heiterkeit meinte er: „Sollten die Herren darauf bestehen, so werde ich versuchen, für das nächste Jahr etwas Unschädliches zusammenzustellen", fügte aber hinzu, er schrecke vor der Arbeitslast einigermaßen zurück. Er erinnerte daran, daß in bewegten Zeiten amtliche Veröffentlichungen stets rasch und in größerer Zahl hinausgegeben worden seien: „Da wurden Depeschen Schlag auf Schlag täglich in den amtlichen Blättern veröffentlicht. Solche Momente werden jedesmal wieder eintreten, wenn brennende Fragen vorliegen, da nach der heutigen Situation Europas, nach dem heutigen Stande der Zivilisation es unmöglich ist, aus heimlichen, vielleicht später aus der Geschichte zu erratenden Kabinettsgründen große politische und vielleicht sogar kriegerische Aktionen vorzunehmen. Man kann nur noch aus nationalen Gründen, aus Gründen, welche in dem Maße national sind, daß ihre zwingende Natur von der großen Mehrheit der Bevölkerung anerkannt wird, Krieg führen, wenigstens meiner Auffassung nach. Sie können daher, wenn wir anfangen, Depeschen amtlich zu veröffentlichen, es fast immer als ein Symptom einer ziemlich ernsten Situation ansehen. Es ist der Ausdruck des Wunsches, daß das Publikum Kenntnis davon nehme, wie die Sachen liegen, weil wir entschlossen sind, dieselben weiter zu verfolgen auf die Gefahr hin, daß wir der Beteiligung der öffentlichen Meinung in ihrer vollen Kraft bedürfen werden".

In den vier Jahren zwischen seinem Regierungsantritt und dem österreichischen Kriege hat Bismarck kaum je Gelegenheit gehabt, seine Auffassung von der öffentlichen Behandlung auswärtiger Angelegenheiten vor den Abgeordneten grundsätzlich darzulegen; hier ist es geschehen. Er hat an ihr festgehalten, so lange er Staat und Reich lenkte. Er war jederzeit bereit, nationale Wünsche und Strömungen in seine Berechnungen einzustellen. Er besaß eine fast untrügliche Fähigkeit, sie zu erkennen und in ihrer Kraft

und Nachhaltigkeit richtig einzuschätzen, setzte auch Vertrauen auf sie; aber sie blieben immer doch nur Mittel und Werkzeuge zur Verwendung in seiner Hand. Die staatsmännische Tat behielt er sich selber vor, ließ sich zu ihr nicht drängen, zu vorzeitigen Kundgebungen nicht bewegen.

Zu harten Zusammenstößen ist es schon damals auch in Finanz- und Steuerfragen gekommen.

Der Etat des Bundes war aufgebaut auf den Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Post; ergänzend kamen nach Bedarf die Matrikularbeiträge hinzu. Die neue Last dieser Leistungen und der Wegfall jener Einnahmen wurden in Preußen nicht ausgeglichen durch die Übernahme der Ausgaben für die bewaffnete Macht auf den Bund. Dazu kam, daß das Jahr 1867 für den Osten der Monarchie in Folge von Mißwachs ein wahres Notjahr war. Die Folge waren ernste Schwierigkeiten in den preußischen Finanzen.

Sich eingehender mit diesem Zweige der Verwaltung zu befassen, war nie Bismarcks Aufgabe gewesen. Es ist bezeichnend für die Genialität des Mannes, daß er auch hier von vornherein den gangbaren Weg erkannte und dann unbeirrt durch fachmännische oder andere Bedenken auf ihm beharrte. Geleitet wurde er auch dabei von den politischen Erfordernissen. Er sagte sich, daß der Bund — später das Reich — sich nur einleben könnten, wenn sie das staatliche Sonderleben möglichst wenig störten. Dazu war es notwendig, sie finanziell tunlichst selbständig zu machen, die Matrikularbeiträge, bei deren Erhebung nach der Kopfzahl der Bevölkerung auf deren verschiedene Leistungsfähigkeit in den einzelnen Staaten keinerlei Rücksicht genommen war, nach Kräften einzuschränken, möglicherweise sie ganz entbehrlich zu machen. Das konnte allein geschehen durch Steigerung der dem Bunde verfassungsmäßig zustehenden Einnahmen, der Zölle und Verbrauchssteuern, und durch Eröffnung von Einnahmen, die sich aus dem wachsenden und mehr und mehr sich einheitlich gestaltenden Verkehr ergeben konnten.

Es erwuchs aus dieser Auffassung alsbald ein scharfer Konflikt mit dem „Goldonkel" von der Heydt, der 1848—1862 sowohl im Kabinett Manteuffel wie unter Hohenzollern das Handels-, unter Hohenlohe dann das Finanzministerium verwaltet hatte. Zurückgetreten, als Bismarck die Ge-

schäfte übernahm, hatte er sich doch willig finden lassen, seine fachmännische Tüchtigkeit in dessen Dienst zu stellen, als beim Ausbruch des Krieges Bodelschwinghs Leitung der Finanzen versagte. Zwei Tage nach Königgrätz war er ins Ministerium eingetreten und hatte es verstanden, die erforderlichen Mittel ohne Inanspruchnahme des Geldmarktes bereitzustellen. Jetzt ging er nicht mit Bismarck einig; er hatte den König selbst und das ganze Ministerium für sich. Er hielt es für richtig, die Fehlbeträge aus vorhandenem Staatsvermögen zu decken; Bismarck suchte dauernd zu helfen, die Gelegenheit zu benutzen, um die Notwendigkeit erhöhter Einnahmen allgemeinem Verständnis näherzubringen. Aus Varzin schrieb er im Oktober 1868 an von der Heydt: „Es scheint mir überhaupt keine gute Wirtschaft, vom Kapital zu zehren; dann aber würde durch eine solche Maßregel die Sachlage bemäntelt und die fehlerhafte Politik derer, welche uns hindern, die Zoll- und Bundeseinnahmen zu erhöhen, nicht in das richtige Licht gesetzt. Daß die Opposition auf Verminderung des Staatsvermögens und auf Verhinderung der Bewilligung dauernder Einnahmen des Staates bedacht ist, wundert mich bei dem Mangel an politischem Instinkt, der dieselbe auszeichnet, keineswegs; diesen Herren liegt der Gedanke, daß sie selbst einmal für den Staat verantwortlich sein könnten, noch zu fern. Wer aber die Politik als Staatsmann und als Patriot handhaben will, darf meines Erachtens sich auf dergleichen nicht ohne dringende Not einlassen. Das richtige Auskunftsmittel für uns ist Tabak, Petroleum, Gas, Zucker, Branntwein usw. Auf dem Wege dazu verlieren wir ein volles Budgetjahr, vielleicht zwei, wenn wir uns jetzt herbeilassen, mit dem Staatsvermögen als Palliativ vor den Riß zu treten". Er wünschte nicht „den Notstand der Finanzen durch eine mehr österreichische als preußische Maßregel zu überbrücken", sondern „strengstes Festhalten an dem altpreußischen Grundsatze, daß die laufenden Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden und daß die laufenden Ausgaben auf die Höhe der vorhandenen Deckung beschränkt bleiben müssen, solange nicht Gefahr des Vaterlandes eine Abweichung von dem Satze rechtfertigt".

Entsprechende Vorlagen sind dem Reichstage im Frühling des nächsten Jahres gemacht worden. Sie gingen nicht durch, obgleich Bismarck seine ganze Beredsamkeit für sie aufbot. Es zeigte sich wiederum das Bestreben,

die Gelegenheit zur Erweiterung der parlamentarischen Rechte zu benutzen. Der preußische Finanzminister sollte die Leitung der Finanzen des Bundes als verantwortlicher Bundesminister übernehmen. Auch beim Heerwesen ward wieder der Hebel angesetzt. Man wollte den Fehlbedarf durch Ersparnisse am Militär decken. Bismarck dachte nicht daran, „Regierungsrechte für Geldbewilligung zu verkaufen"; er warnte davor, „im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß die Ausgaben für die Armee unproduktive Ausgaben seien. Wie ein Dach vor dem Wetter schützt, ein Deich vor Überschwemmung, so schützt auch unsere Armee unsere Produktivität in ihrem ganzen Umfange". Es war eine der Wendungen, in deren richtigem Gebrauch er Meister war, wenn er bemerkte: „Ich bin überzeugt, die Herren würden an diesem Bau nicht so oft rütteln, wenn sie nicht ganz sicher wären, daß sie ihn nicht einreißen".

In der Reichstagssession von 1867 kehrte auch, von Twesten und Graf Münster vertreten, von Abgeordneten aller Parteien unterstützt, der Antrag auf verantwortliche Bundesministerien wieder. Bismarck wurde, wie Keudell erzählt, als er diesen Antrag zu Gesicht bekam, von einem Magenkrampf befallen. Er bekämpfte ihn am 16. April in einer längeren Rede zunächst wieder mit einem Hinweis auf die Neuheit der Verfassung, an der so rasch zu rütteln nicht ratsam sei; er sah in ihm eine Mißtrauenskundgebung gegen die bisherige Tätigkeit des Bundesrats, dessen Ausschüsse die Regierung handhabten. „Ein ähnlicher Antrag auf Schmälerung der Rechte des Reichstages, wie sie hier in bezug auf die Rechte des Bundesrats beabsichtigt wird, würde einen Sturm der Entrüstung erregen, gegen die die schüchterne Abwehr der Mitglieder des Bundesrats gar keinen Vergleich aushalten würde". Sehr nachdrücklich betonte er die Tendenz der Unifikation, die in dem Antrage liege; er ziele auf Einschränkung der Rechte und des Einflusses der Einzelstaaten, ihrer Bevollmächtigten zum Bundesrat. Das habe nicht nur für die norddeutschen, sondern auch für die süddeutschen Regierungen Bedeutung: „Es bedeutet nach Süddeutschland hin soviel, als wenn man sagen wollte: auf euch rechnen wir sowieso nicht mehr; wir schließen unser norddeutsches Staatswesen ab, ohne weiter auf euren Beitritt zu warten". Er wies auf die partikularistischen Neigungen des Südens hin;

den Partikularismus wollte er aber nicht mehr beeinträchtigen als unbedingt nötig. Er sah in ihm eine „Basis der Schwäche, aber auch nach einer Richtung eine Basis der Blüte Deutschlands". Er gab gerne zu, daß die Bundesverfassung „eine sehr unvollkommene" sei. „Sie ist nicht bloß in der Eile zustande gekommen, sondern auch unter Verhältnissen, in denen der Baugrund ein sehr schwieriger war wegen der Unebenheiten des Terrains, das doch benutzt werden mußte. Wir können die Geschichte der Vergangenheit weder ignorieren, noch können wir, meine Herren, die Zukunft machen; das ist ein Mißverständnis, vor dem ich auch hier warnen möchte, daß wir uns einbilden, wir könnten den Lauf der Zeit dadurch beschleunigen, daß wir unsere Uhren vorstellen. Mein Einfluß auf die Ereignisse, die mich getragen haben, wird zwar wesentlich überschätzt; aber doch wird mir gewiß keiner zumuten, Geschichte zu machen; das, meine Herren, könnte ich selbst in Gemeinschaft mit Ihnen nicht, eine Gemeinschaft, in der wir doch so stark sind, daß wir einer Welt in Waffen trotzen könnten; aber die Geschichte können wir nicht machen, sondern nur abwarten, daß sie sich vollzieht. Wir können das Reifen der Früchte nicht dadurch beschleunigen, daß wir eine Lampe darunter halten, und wenn wir nach unreifen Früchten schlagen, so werden wir nur ihr Wachstum hindern und sie verderben. Ich möchte Ihnen deshalb doch mehr Geduld empfehlen, der Entwicklung Deutschlands Zeit zu lassen".

Sehr stark betonte er seine Abneigung gegen eine kollegialische Ministerverfassung überhaupt. Er erklärte sie für „einen staatsrechtlichen Mißgriff und Fehler, von dem jeder Staat sobald als möglich loszukommen suchen sollte". Er sprach von der Schwierigkeit, einen gleichberechtigten Kollegen zu überzeugen, und jeder sei „umgeben von einer Reihe streitbarer Räte". Er wünschte, genau entgegengesetzt der Auffassung des Reichstags, Preußen möge nach dem Muster der Bundesverfassung nur einen verantwortlichen Minister haben. „Wer einmal an der Spitze eines Ministeriums gestanden hat und gezwungen gewesen ist, auf eigene Verantwortung Entschließungen zu finden, schreckt zuletzt vor dieser Verantwortung nicht mehr zurück; aber er schreckt zurück vor der Notwendigkeit, sieben Leute zu überzeugen, daß dasjenige, was er will, wirklich das richtige ist. Das ist eine ganz andere Arbeit, als einen Staat zu regieren". Er weigerte sich offen,

einen verantwortlichen Kollegen neben sich zu dulden: „Ich stütze mich auf mein verfassungsmäßiges Recht. Wie das Bundeskanzleramt ausgestattet ist, so habe ich es übernommen; ein Kollege würde an demselben Tage, wo er es wird, mein Nachfolger werden müssen".

Seiner Rede gab Bismarck trotz der Schärfe des Widerspruchs doch einen versöhnlichen Schluß. Er fühle sich persönlich nicht irgendwie verletzt, da er wisse, daß man dasselbe wolle, „Deutschland diejenige Gestaltung geben — im Norden und im Süden, wenn wir können —, in der es am stärksten und am einigsten ist. Über die Wege, die dazu führen, können wir sehr verschiedener Meinung sein. Bewahren wir uns aber das Bewußtsein, daß wir diesem gemeinschaftlichen Ziele mit gleicher Treue und mit gleicher Hingebung hüben wie drüben zustreben, und machen wir aus Meinungsverschiedenheiten über die zu ergreifenden Mittel und Wege keine persönlichen Vorwürfe! Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmeinenden entweder an seinem Verständnis oder an seinem guten Willen zu zweifeln". Er erklärte zum Schluß „die englische Stellung eines Ministerpräsidenten überall für ausreichend, um die nötige Einheit der Leitung herzustellen", und schloß unter großer Heiterkeit mit der Bemerkung: „Es fehlen bloß einige Ministertitel, und damit würde ich gar nicht so ängstlich sein".

Er hätte außer auf englische auch auf amerikanische Regierungsweise hinweisen können.

Der Antrag Twesten-Graf Münster wurde doch mit 111 gegen 100 Stimmen angenommen.

Inhalt und Wesen Bismarckscher Staatsleitung werden hier in Hauptzügen deutlich erkennbar. Es gibt für ihn keine maßgebenden Verfassungsformen, keine unumgänglichen konstitutionellen Erfordernisse. Die Form muß, ohne Rücksicht auf die Doktrin, sich dem Zweck fügen. Dieser aber liegt beschlossen in der Aufrichtung eines lebensfähigen deutschen Staates. Was diesem Ziele nähert, ist recht, was seine Erreichung hindert, verwerflich. Es lebt aber in Bismarck das Gefühl, daß doch nur er selbst sicher zu ihm hinführen kann; es lebt in ihm unbezwinglich, unwiderstehlich. Dem oberflächlichen oder übelwollenden Beurteiler kann es scheinen, als

wirke hier persönlicher Ehrgeiz; den Mitlebenden und Mitstrebenden mußte es vielfach so erscheinen. Aber es war nicht das, nicht Anmaßung oder Ruhmsucht, sondern der unbezähmbare Drang nach Vollendung eines Werkes, dessen Umrisse ihm vorschwebten, dessen Gefüge sich aber nur suchend und prüfend gestalten ließ. Die Arbeitsgenossen mußte er nehmen, wo sie zu gewinnen waren, wo sie ihm vertrauen, sich ihm hingeben mochten. Es konnte nicht ausbleiben, daß sie oft an ihm irre wurden, er an ihnen; ging doch der Weg nicht immer gerade voran. So wechselten die Begleiter, auch der Führer schien nicht immer derselbe zu sein. Und doch lebte in ihm ein Menschengeist nicht nur von übergewaltiger Kraft, sondern auch von geschlossenster Einheitlichkeit.

Auch aus der besprochenen Frage ergab sich eine Trennung. Der Weg zur Gesundung der Finanzen, den Bismarck zu betreten wünschte, hatte sich zunächst als nicht gangbar erwiesen. Aber auch von der Heydt gelang es nicht, der Schwierigkeiten in seiner Art Herr zu werden. Er stieß im preußischen Abgeordnetenhause auf Widerstand, der ihn veranlaßte, im Oktober 1869 um seine Entlassung einzukommen. Sein rheinischer Landsmann Otto Camphausen trat an seine Stelle. Bismarck hat von der Heydts große Verdienste, insbesondere in der Kriegszeit, mit warmen Worten anerkannt, sein Ausscheiden doch als eine Klärung der Lage empfunden. Es war eine Zeit, in der er sich einmal wieder am „Ressortpatriotismus" der Ministerkollegen besonders heftig aufregte. Ein paar Wochen vor der Entscheidung schrieb er aus Varzin an Motley in der burschikosen Art, die er diesem Jugendfreunde gegenüber immer beibehalten hat: „Ich weiß nicht, ob ich bald nach Berlin gehe, vor dem 1. Dezember schwerlich. Ich möchte gern abwarten, ob mir der Landtag nicht den Gefallen tut, einige meiner Kollegen zu erschlagen; wenn ich unter ihnen bin, so kommt die Schonung, die man mir gewährt, den andern auch zugut. Unsere Verhältnisse sind so sonderbar, daß ich zu wunderlichen Mitteln greifen muß, um Bindungen zu lösen, die gewaltsam zu zerreißen mir manche Rücksichten verbieten". Er wünschte wieder mit Motley darüber zu streiten, „ob Byron und Goethe in Vergleich zu stellen sind". Einige Tage zuvor hatte er wieder „einen Anfall von krampfartigen Magenschmerzen mit Gallenerbrechen, wie er ihn seit Putbus nicht erlebte". Er

mußte es sich versagen, zur silbernen Hochzeit der Schwester zu kommen. „Ich hätte Dich so gern als Großmutter und Silberbraut im Staate gesehen und Dir das Zeugnis gegeben, daß Du die vorzeitigen Ehren des Alters trägst wie unsere Rosen den heutigen Oktoberschnee; sie sehen nur um so frischer unter ihm aus. Ich hätte so gern ganz abgetragene Betrachtungen über traumhafte Flüchtigkeit des Lebens mit Dir neu aufgebügelt". Er spricht wehmütig über die vergebliche Jagd nach dem Glück: „Ist es nur mein Fehler, daß mir die gegenwärtige Station immer unbehaglicher erscheint als alle früheren, und daß man nicht aufhört, rastlos vorwärts zu treiben in Hoffnung auf eine bessere?" Er wünscht der Schwester von Herzen, daß sie das Fest in „der befriedigten Stimmung feiere, in der man dem Zeitpostillion zurufen möchte: Schwager, fahr sachte! Ich finde mich recht undankbar gegen Gott, daß ich zu dieser Stimmung des Behagens niemals gelange und doch nach meiner eigenen Einsicht so viel Grund dazu hätte, wenn ich an Frau und Kinder denke und vor allem an meine Schwester und an so manches andere in Staat und Haus Erstrebte und, wenn es erreicht war, nicht Gewürdigte. Ich hoffe, daß ich besser werde, wenn ich nicht mehr Minister bin; darauf muß ich alle vertrösten, die an mir zu tragen haben".



7. Die weitere deutsche Einigung. Zollparlament.

Die Jahre zwischen den beiden großen Kriegen sind vor allem Jahre der Vorbereitung für den Ausbau des Bundes zu dem kleindeutschen Reiche, wie es durch die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments im März 1849 festgelegt war. Für Bismarcks Tätigkeit blieb das der Leitgedanke. Im Prager Frieden war ein Bund der Südstaaten vorgesehen. Es war ein Plan, den die Fremden hineingebracht hatten; seine Ausführung ist nie ernstlich versucht worden. Bismarck hat deshalb auch keinen Anlaß gehabt, hindernd dazwischen zu treten. Er konnte versuchen, die Verbindung mit dem Süden, die durch den Zollverein gegeben war, nicht nur festzuhalten, sondern weiter auszugestalten. Alsbald nach der Begründung des Norddeutschen Bundes, am 8. Juli 1867, ist unter den beteiligten Staaten ein Vertrag geschlossen worden über die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins. Er brachte wichtige Neuerungen. Das Einspruchsrecht der einzelnen Staaten fiel weg; ein Zoll-Bundesrat zusammen mit einem Zoll-Parlament sollte über die gemeinsamen Angelegenheiten entscheiden. Die Verhandlungen mit auswärtigen Mächten führte Preußen. Vom 27. April bis 23. Mai 1868 tagte dann in Berlin das erste Zollparlament; zu den 297 Abgeordneten, die der Norddeutsche Reichstag zählte, traten 85 aus den süddeutschen Staaten, gewählt auf der Grundlage desselben Wahl-

rechts. Ein wesentliches Stück der norddeutschen Bundesverfassung war damit auf den Süden übertragen.

Die Neuerung war auch sonst ein ganz erheblicher Schritt vorwärts zur vollen Vereinigung. Sie brachte zum ersten Male Süddeutsche als Angehörige einer politischen Körperschaft in die preußische Hauptstadt; manches Vorurteil ist dort geschwunden. War doch im allgemeinen dem Deutschen des Südens der Norden des Vaterlandes viel weniger vertraut als umgekehrt, ist das wohl heute noch. Die Verhandlungen sind auch ohne Störung verlaufen. Bismarck hat nur einmal Anlaß genommen, einzugreifen, da aber in bezeichnender Weise. Der Württemberger Probst hatte es für angezeigt gehalten, gegen eine Erweiterung der Zuständigkeit des Zollbundes in der Richtung auf einen staatlichen Zusammenschluß zu reden und seine Bedenken mit einem Hinweis auf die auswärtigen Gegner begründet. Bismarck erhob sich sofort zu der Erklärung, daß weder er noch überhaupt ein Norddeutscher irgend etwas gesagt habe, was die Bedenken des Abgeordneten rechtfertige, daß es vielmehr allein und ausschließlich in der freien Entschließung des Südens liege, ob er dem Norddeutschen Bunde beitreten wolle oder nicht: „Selbst wenn Sie den Wunsch aussprächen, diese Ihre Selbständigkeit aufzugeben, sich dem Norddeutschen Bunde zu nähern, will ich lieber sagen, so müßten Sie diesen Wunsch schon so motivieren, daß er auf beiden Seiten dieselbe günstige Beurteilung fände. Sie halten uns für viel empressierter, als wir es sind". Er schloß seine kurze Erwiderung mit den Worten: „Dem Herrn Vorredner aber und allen, die dasselbe Thema mit ihm behandeln, gebe ich zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet". Lebhafter Beifall folgte seinen Worten.

Wenn Bismarck sich hier streng auf der Linie der Zollvereinsaufgaben hielt, so ist das nur einer der zahlreichen Belege gerade aus diesen Jahren, daß die volkstümliche Vorstellung vom „Kürassierstiefel" den Staatsmann Bismarck schlecht charakterisiert. Er hat es meisterhaft verstanden, die Früchte reifen zu lassen. Ruhe, Geduld und Selbstbeherrschung standen ihm in der Behandlung auswärtiger Angelegenheiten, in Fragen der großen Politik so gut wie unerschöpflich zu Gebote. Der „Kürassierstiefel" ist nur erschienen, wenn er am Platze, wenn er das rechte Mittel war. Es gab

niemand in Deutschland, dem die deutsche Einheit mehr am Herzen gelegen hätte als dem Kanzler des Norddeutschen Bundes. Er hatte mit den süddeutschen Regierungen die Augustverträge des Jahres 1866 schließen und dadurch französischer Gefahr nach Möglichkeit vorbeugen können. Er wußte aber gut, daß der Entschluß der Regierungen, im Fall der Not mit Preußen zusammenzustehen, noch keineswegs die Willigkeit der Bevölkerung zu politischem Zusammenleben mit Norddeutschland in sich begriff. Die Rede des Abgeordneten Probst war dafür nur ein Beleg unter tausenden. In Bayern war so ziemlich alles, was katholisch war, in Württemberg die das Land beherrschende Demokratie, die spätere „süddeutsche Volkspartei", durchaus gegen die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu einem Deutschen Reich unter Preußens Führung. Bismarck sprach für seine Person lautere Wahrheit, wenn er erklärte, daß der Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo finde. Er hielt nicht zurück aus Besorgnis vor Frankreichs Eingreifen; aber er wußte, daß eine haltbare deutsche Einheit nur geschlossen werden könne auf Grund freier Zustimmung der süddeutschen Bruderstämme oder wenigstens ihrer großen Mehrzahl, und er war gewillt zu warten, bis die zu haben sein werde.

Seiner innersten Gesinnung gab er doch auf dem Festmahl Ausdruck, das zum Schluß der Session die Mitglieder des Zollparlaments vereinigte: „Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Überzeugung mit nach Hause nehmen, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden für jegliche Lage des Lebens."

Der Übergang zur vollen Einheit ließ sich nur erreichen, wenn der Grundcharakter der von Bismarck angestrebten Neuordnung erkannt wurde, wenn die Überzeugung sich verbreitete, daß er beabsichtige, die Selbständigkeit der Einzelstaaten tunlichst zu schonen, ihnen nicht mehr zu nehmen, als für die Zusammenfassung zu einem einheitlichen Gesamtwillen unerläßlich war. So ist Bismarck unentwegt bedacht gewesen, Befürchtungen in dieser Richtung tunlichst den Boden zu entziehen: „Ich habe mir in der Bundespolitik, solange ich die Ehre habe, auf sie einen Einfluß zu üben, als unverbrüchlichen Grundsatz gestellt und mich wohl dabei befunden, daß es nicht ratsam ist, die Autonomie der einzelnen Regierungen auch nur um

eines Haares Breite weiter zu beschränken und zu bekämpfen, als es notwendig ist zur Erfüllung der großen nationalen Zwecke, welche dem Bunde obliegen", erklärte er in der Reichstagssitzung vom 16. März 1869. „Wenn wir die Bundespolitik so auffassen, daß wir im Bundesrat eben einfach abstimmen, zusammenzählen und, wo 22 Stimmen sind, sagen, der hat recht, wo nur 21, der hat unrecht, und versuchen für Preußen zu seinen 17 Stimmen die nötigen dazu zu gewinnen, ja, meine Herren, dann wäre das Geschäft für mich sehr vereinfacht und viel angenehmer. Aber so behandeln wir die Sachen nicht. Jede Regierung hat das Gefühl, daß die Möglichkeit der Abstimmung im Hintergrunde steht, und richtet das Maß ihres Widerstandes danach ein. Nun liegt aber zwischen souveränen, verbündeten Regierungen die Sache anders als zwischen einzelnen Mitgliedern eines Abgeordnetenhauses; man braucht die Waffe der Majorität mit mehr Schonung, und ich glaube, man tut im Interesse der Bundespolitik wohl daran. Wir suchen die Regierungen, die mit uns nicht gleicher Meinung sind, zunächst zu überzeugen und suchen ihre Übereinstimmung zu gewinnen; namentlich wenn gewichtige Stimmen widersprechen, verhandeln wir mit ihnen, machen Kompromisse und Konzessionen, so lange wir glauben, sie machen zu können. Erst wenn wir glauben, das nicht mehr zu können, sagen wir: dann muß die Sache zur Abstimmung kommen, und es kommt unter Umständen auch vor, daß recht starke Minoritäten überstimmt werden, und daß Preußen vollen Gebrauch von den 17 Stimmen, die ihm unter den 43 zu Gebote stehen, macht, ohne sich an die entgegenstehenden Ansichten, die zu überzeugen nicht möglich war, zu kehren. Daß dies aber unter allen Umständen geschehe, ohne Auswahl zwischen den Sachen, um die es sich handelt, halte ich für die Befestigung des Bundes nicht nützlich, vielmehr für ein Prinzip, welches die Konsolidierung, noch mehr aber eine Erweiterung des Bundes absolut a limine ausschließt".

Diese Darlegung seiner Grundsätze für die Leitung des Bundes und die Behandlung seiner einzelstaatlichen Glieder gab Bismarck gelegentlich einer Debatte des Reichstags über die Unverantwortlichkeit parlamentarischer Redner. Bismarck hat stets die Meinung vertreten, daß der Abgeordnete bereit sein sollte, die Verantwortung für seine parlamentarischen Äußerun-

gen auch außerhalb des Hauses zu übernehmen, hat sich aber der gegenteiligen Auffassung der Mehrheiten gefügt und der Unverantwortlichkeit keinen ernsten Widerstand entgegengesetzt. Jetzt wandte er sich gegen den Anspruch des Reichstags, daß ein mit großer Mehrheit gefaßter Beschluß auch für alle Landtage der Einzelstaaten gelten sollte. Darin sah er einen Übergriff, dem er unter dem Gesichtspunkte seiner allgemeinen deutschen Politik entgegentrat. In gleichem Sinne riet er im Mai von einem Eingreifen in die mecklenburgische Verfassungsfrage ab, dabei besonders betonend, daß Mecklenburg-Schwerin sich 1866 rückhaltlos Preußen zur Verfügung gestellt habe.

Im Reichstag des Jahres 1870, der vom 14. Februar an tagte, wurde die Erweiterung des Bundes nach Süden aus dem Kreise der Mitglieder heraus in Anregung gebracht. Die Thronrede hatte betont, daß „die Anbahnung der im Artikel IV des Prager Friedens vorgesehenen Verständigung über die nationale Verbindung des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten der Gegenstand unausgesetzter Aufmerksamkeit sei“, hatte darauf hingewiesen, daß die bestehenden Verträge „der Sicherheit und Wohlfahrt des gemeinsamen deutschen Vaterlandes die zuverlässigen Bürgschaften gewähren, welche die starke und geschlossene Organisation des Nordbundes in sich trage, und daß das Vertrauen, welches die süddeutschen Verbündeten in diese Bürgschaften setzten, auf voller Gegenseitigkeit beruhe“. Im Anschluß an den Vertrag zwischen dem Norddeutschen Bunde und dem Großherzogtum Baden über Gewährung gegenseitiger Rechtshilfe, den Bismarck dem Reichstage zur Genehmigung vorlegte, stellte Lasker den Antrag, der Reichstag wolle bei Annahme des Vertrags beschließen, zu erklären, er spreche den unablässigen nationalen Bestrebungen, in denen Regierung und Volk des Großherzogtums vereinigt seien, seine dankende Anerkennung aus, erkenne in diesen Bestrebungen den lebhaften Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und nehme mit freudiger Genugtuung den möglichst ungesäumten Anschluß an den bestehenden Bund als Ziel derselben wahr.

Baden nahm im Süden eine Sonderstellung ein. Nationale und liberale Anschauungen hatten weiter und tiefer im Lande Wurzel gefaßt als in

Bayern; Abneigung gegen Preußen und Norddeutschland war weniger verbreitet als in Württemberg. Wohl gehörte ein fast ebenso großer Bruchteil der Bevölkerung dem katholischen Glauben an wie in Bayern, aber besonders im oberen Baden trug der Katholizismus eine andere Färbung als dort. Die Wessenbergschen Traditionen waren noch nicht vergessen. Obgleich das Großherzogtum 1848/49 ein Hauptschauplatz offener Revolution gewesen war, nahm es im folgenden Jahre doch an der Unionspolitik teil. Es folgte eine Periode der Reaktion, aber die preußische „Neue Ära" führte bald auch zu einer Umwälzung in Baden. Die neuen Minister Roggenbach und Mathy waren Führer des deutschen Liberalismus. Am 14. Juni 1866 hat sich Baden am Bundestage der Abstimmung enthalten. Nur ungern hat Großherzog Friedrich, König Wilhelms Schwiegersohn, sein Kontingent marschieren lassen. Nach dem Kriege hatte Baden die norddeutsche Wehrverfassung angenommen. Seine Streitkräfte waren nach preußischem Muster neu geordnet; auf Grund eines Vertrages konnten seit Herbst 1869 Badener in Norddeutschland, Norddeutsche in Baden ihrer Wehrpflicht genügen. War Anschluß an den Nordbund auch nicht der allgemeine Wunsch des Landes, so konnte von tiefer greifender Abneigung noch viel weniger die Rede sein; Regierung und Kammermehrheit waren dafür. So schien Laskers Antrag durchaus am Platze, wurde auch stark unterstützt. Gleichwohl hat sich Bismarck gegen ihn erklärt.

Er stellte in seiner Rede zunächst nachdrücklich fest, daß dieser Antrag ihm „vollständig fremd" sei, daß er ihm „überraschend" und „im höchsten Grade unerwünscht komme". Er beklagte sich scharf über diesen „politischen Fehler". Der Antrag „liefert mir von neuem den Beweis, wie schwer es ist für große parlamentarische Versammlungen, dasjenige Maß von Selbstbeschränkung im eigenmächtigen, unverabredeten Hineingreifen in die auswärtige Politik zu erreichen, welches allein die exekutive Gewalt befähigt, in der ununterbrochenen und intimen Anlehnung mit den Parlamenten, wie wir sie wünschen, auswärtige Politik zu betreiben. Insofern als ein solcher Antrag, eine solche Diskussion hier ans Tageslicht kommt ohne die mindeste Verabredung mit mir, und ohne daß Sie sich darüber vergewissern, daß die Abgabe der Erklärung, die zu geben sie mich nötigt, mir nicht im höchsten Grade unerwünscht sei — meine Herren, in dieser Weise können

wir keine gemeinsame Politik treiben; wenigstens entziehen Sie mir jede Stütze, die Sie bereitwillig mir zu gewähren früher allerdings in Aussicht gestellt haben".

Er sprach seine Überzeugung dahin aus, daß Baden als nationaler Posten im Süden „nützlicher und förderlicher" sei als im Lager des Nordens; er wies noch einmal darauf hin, daß es töricht gewesen sein würde, Bayern im Jahre 1866 durch Abtrennung der fränkischen Lande auf seinen alten Bestand herabzudrücken und dadurch dauernd zu entfremden: „Schreiben Sie es der kürzlichen Beteiligung an landwirtschaftlichen Verhandlungen zu, wenn ich ein triviales Bild gebrauche, gewissermaßen den Milchtopf abzusahnen und das übrige sauer werden zu lassen". Er ging des breitern auf die Lage ein, die entstehen würde, wenn Baden allein dem Norddeutschen Bunde angeschlossen werde; er mahnte, nicht zu unterschätzen, was man schon besitze; das Haupt des Nordbundes habe in Süddeutschland eine Stellung, wie seit Kaiser Rotbart kein deutscher Kaiser sie gehabt habe; man möge nicht so auf neue Etappen drängen: „Genießen Sie doch einen Augenblick froh, was Ihnen beschieden, und begehren Sie nicht, was Sie nicht haben". Er machte darauf aufmerksam, daß die Großherzoglich Hessische Regierung sich zum Eintritt in den Bund freiwillig nicht entschließen werde, und bemerkte zu dem Zwischenruf: „Da muß man sie zwingen" kühl: „Nein, das beabsichtigen wir nicht".

Miquel meinte, die deutsche Frage sei keine Frage „der höheren diplomatischen Kunst, sondern ein Gegenstand der Volkspolitik", und mußte sich von Bismarck sagen lassen, daß er nicht wisse, was der Herr Vorredner unter Volkspolitik verstehe, ein Wort stelle bekanntlich zur rechten Zeit sich ein: „Versteht er darunter die öffentliche Meinung, die im Jahre 1866 in Adressen uns bestürmte, diesen Krieg nicht zu führen, versteht er darunter die Verweigerung der Mittel, diesen Krieg zu führen? Das war Volkspolitik, wenn die Sache irgend einen Begriff hat, und ich glaube, man weiß es uns Dank, daß wir damals die Sache besser verstanden haben als diese Volkspolitik". Er wehrte sich gegen Miquels Auffassung seiner Darlegungen, als ob er gesagt habe, er wolle entweder ganz Süddeutschland oder nichts, betonte die Gefahr, die darin liege, daß solche Mißverständnisse weiter verbreitet würden unter dem großen Publikum, das nur Zeitungen

seiner Partei lese, und erklärte zum Schluß: „Im übrigen, ich komme ungern — Sie haben mir früher vorgeworfen, daß ich, wenn die Gründe mir ausgingen, etwa erklärte: dann spiele ich nicht mehr mit; dann helfen Sie sich, wie Sie können — ich komme ungern auf ein solches Thema; aber Herr von Blanckenburg, wie er sprach," (er hatte zu Beginn der Debatte vorgeschlagen, aus dem Laskerschen Antrage den Satz vom möglichst ungesäumten Anschluß wegzulassen, und hatte das begründet) „sagte ganz richtig: verstehen Sie die Sache besser, so müssen Sie Bundeskanzler werden, so ist es ganz unrichtig, daß Sie dort sitzen, denn die öffentliche Politik Deutschlands kann von den Stühlen nicht geleitet werden, sie muß hier geleitet werden. Wissen Sie alles besser als ich, so setzen Sie sich hierher, und ich werde mich auf jene Stühle setzen und will diejenige Kritik üben, die mir eine zwanzigjährige Erfahrung in den Geschäften deutscher Politik an die Hand geben wird; aber ich versichere Sie, mein Patriotismus wird mich schweigen lassen, wenn ich fühle, daß Sprechen zur Unzeit ist".

Was Bismarck bei dieser Gelegenheit gesagt hat, gehört zum Schärfsten, aber auch zum Inhalt- und Wirkungsreichsten seiner parlamentarischen Äußerungen. Die vollendete Meisterschaft in der Behandlung von Fragen der großen Politik spricht aus jedem Satze, ihre feste Verankerung nicht nur in der Kenntnis der diplomatischen Lage, sondern auch in klarstem geschichtlichen Verständnis und in sicherem geographischen und landeskundlichen Wissen. Es ist ihm auch gelungen, den Abgeordneten klar zu machen, daß der Beitritt Badens zum Norddeutschen Bunde nicht, wie Lasker gesagt hatte, als „ein Anfang der Vollendung", sondern als „ein Anfang der Hemmung" anzusehen sei. Der Antrag wurde zurückgezogen. Am Abend des Tages hat Bismarck gescherzt: „Die beredten Herren sind wie Damen mit kleinen Füßen; sie stecken sie in enge Stiefel und halten sie einem bei jeder Gelegenheit unter die Nase".

Mehrere Male hat Bismarck in dieser Session bei der Beratung des Entwurfs eines einheitlichen Strafgesetzbuchs das Wort genommen, darunter dreimal gegen die Abschaffung der Todesstrafe, welche Forderung er als eine „kränkliche Sentimentalität der Zeit" bezeichnete. Noch in den letzten Tagen der Session mahnte er zu einheitlichem Beschluß in der Straf-

rechtsfrage und wies u. a. darauf hin, daß für die Beseitigung der Todesstrafe alle diejenigen eingetreten seien, die den Norddeutschen Bund überhaupt nicht wollten. Sie war am 1. März mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen worden; bei der dritten Beratung am 24. Mai wurde mit 127 gegen 118 Stimmen die Beibehaltung beschlossen. Am 15. März hatte Bismarck erklärt, daß er die Versuchung begreife, in der jede Partei, welche glaube, über die Majorität der Versammlung verfügen zu können, sich befinde, jede wichtige, den Bundesregierungen besonders am Herzen liegende und unsere nationale Aufgabe fördernde große Vorlage gewissermaßen als ein trojanisches Pferd zu benutzen, um im Innern desselben eine Anzahl Gewappneter gegen die Burg der gesamten Gesetzgebung in die Mauern Ilions einzuführen. Es werde dabei gerechnet auf das Maß der Liebe, welches die Regierungen zu ihrem eigenen Kinde haben werden, daß sie eine starke Belastung lieber akzeptieren würden, als auf die Durchführung ihrer Vorlagen verzichten.

Die Thronrede, mit welcher der König am 26. Mai 1870 die Session und damit zugleich die erste Legislaturperiode des Norddeutschen Reichstags schloß, konnte auf ein reiches Ergebnis gemeinsamer gesetzgeberischer Tätigkeit hinweisen, auf die großen Vorteile des festgelegten gemeinsamen Indigenats, auf die Bundesflotte und den Schutz der deutschen Schiffahrt, die Tätigkeit der Gesandtschaften und Konsulate für die Angehörigen des Bundes im Auslande, die Befreiung der deutschen Ströme durch Abschaffung der Elbzölle und Regelung der Flößerei, auf verkehrsfördernde Postverträge mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika, auf die erfreuliche Entwicklung des Bundesheeres und der Bundesmarine, die Ordnung des Bundeshaushalts, die Förderung der Herstellung gemeinsamer Rechtsinstitutionen und der Errichtung eines obersten Bundesgerichtshofes und zuletzt, aber als Wichtigstes, auf das Zustandekommen eines gemeingültigen Strafgesetzbuchs, das nur gelingen konnte durch beiderseitige, der Volksvertreter wie der Regierungen, „Opfer an Überzeugungen". Die Rede schloß mit der Versicherung: „Wenn wir der deutschen Nation mit Gottes Hilfe die Weltstellung gewinnen, zu der ihre geschichtliche Bedeutung, ihre Stärke und ihre friedfertige Gesittung sie berufen und befähigen, so wird Deutschland den Anteil nicht vergessen, den dieser Reichstag an

dem Werke hat, und für den Ich Ihnen, geehrte Herren, wiederholt Meinen Dank ausspreche".

In kurzen drei Jahren hatte der Norddeutsche Bund sich unendlich viel fester in unserem Volke eingelebt als sein Vorgänger, der Deutsche Bund, in einem halben Jahrhundert. Der maßgebende Teil des deutschen Volkes war mit Bismarcks Kriegs- wie Friedensarbeit ausgesöhnt.

---

8. Erschütterte Gesundheit, Verhältnis zum Könige.



Es war ein glänzender Erfolg. Aber der Sieger ist seiner nicht recht froh geworden, nicht weil es noch nicht der volle Erfolg war, sondern weil er nur hatte errungen werden können mit Aufbietung fast auch der letzten Kräfte. Bismarck ist mehr als einmal der Ermattung nahe gewesen, befallen von Zweifeln, ob er weiter werde aushalten können, ob es ihm vergönnt sein werde, die Lebensarbeit zum vollen Abschluß zu bringen. Hätte nicht die Berührung mit dem unentbehrlichen Landleben ihn immer wieder einigermaßen ins Gleichgewicht gebracht, er möchte der übernommenen Last kaum gewachsen geblieben sein.

Noch vor Schluß der zweiten Reichstagssession, am 17. Juni 1868, ist Bismarck wieder mit unbegrenztem Urlaub nach Varzin gegangen; er war am 29. Mai, nachdem er noch der Parade auf dem Tempelhofer Felde beigewohnt hatte, plötzlich an rheumatischer Affektion des Rippenfells erkrankt. Erst am 2. Dezember hat er nach Berlin zurückkehren können. Seine Nerven waren wieder schwer erschüttert. Am 23. Juli klagte er dem Bruder: „Ich enthalte mich noch auf Monate aller Geschäfte und verlerne fast die seit Wochen nicht geübte Kunst des Schreibens. Schlaf fehlt, selten über zwei Stunden ohne längeres Wachen dazwischen".

Als Keudell am 15. August hinauskam und einen tüchtigen Kanzleibeamten des Chiffrierbureaus mitbrachte, konnte Bismarck dessen Anwesenheit nicht vertragen, weil er nach Arbeit fragte. „Sie drückt mir auf die Nerven. Lassen Sie ihn nur gleich wieder nach Berlin zurückkehren". Keudell fügt hinzu, daß seines Wissens nie wieder ein Kanzleibeamter in Varzin gewesen sei. Graf Alexander Keyserling kam mit seiner „schönen, hochgebildeten Tochter" auf drei Tage nach Varzin. Am zweiten Tage äußerte Bismarck zu Keudell: „Ich bin so elend, daß die Gegenwart

meines liebsten Jugendfreundes mir auf die Nerven fällt, ja, daß ich mich im stillen auf den Moment seiner Abreise freue".

In diesem Zustande traf ihn ein störender Unfall. Körperlich fühlte sich der Kanzler nicht schwach. Er pflegte weite Ritte zu machen. Am 22. August unternahm er mit Moritz Blanckenburg, der gekommen war, ihn zu besuchen, und mit Keudell einen solchen Spazierritt. Blanckenburg schreibt darüber an den Onkel Roon: „Wir ritten längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenwege Trab, er unmittelbar vor, Keudell hinter mir. Denke Dir mein Erstarren, als ich ganz plötzlich folgendes Bild sich vor mir abspinnen sehe: der kleine, breite Fuchs, den er ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke, und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase in der Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte, nämlich daß der Fuchs vollständig „heesterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Zentner Gewicht!) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte aber so schnell, nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß, ohne Atem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend, umherging. Ich war in dem Moment vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren, was natürlich mein erster Gedanke war; auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so daß wir bis jetzt hoffen, daß alles ohne weitere Folgen abgegangen ist. Er ritt noch Schritt $1/4$ Stunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. Der Arzt kann nichts finden. Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade sehr stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagt. Er trank — wie er sagt — am Tage vor dem Sturz zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Zigarren".

Dauernde Folgen hat der Unfall nicht gehabt, wohl aber Muskelschmerzen zurückgelassen, die durch den ganzen September anhielten. „Jedenfalls hindert dieser in jeder Beziehung wunderbare Vorfall die Genesung der Nerven", fügt Blanckenburg hinzu, und Roon antwortet mit dem

Dankesruf: „Gott sei gepriesen, der die Hand zwischen die beiden Rücken gehalten“.

Über Politik redete Bismarck in dieser Zeit ungern; er war übersättigt von ihr. „Ein einziges Mal vor dem Sturz“, schreibt Blanckenburg, „fing er mit mir ein wenig von Politik an zu sprechen über innere Angelegenheiten. Das war aber mehr wie einer, der vieles, sehr vieles Gebrechen sieht, aber keine Macht hat, es zu ändern, etwa als wenn ich über dies oder das räsoniere, gar nicht, als wenn er Premier und dafür ebenso gut verantwortlich“.

Im Herbst begannen die Differenzen mit Heydt über die Finanzen. Die Tagung des Landtages brachte im Winter bewegte Debatten über Hannover und Kurhessen.

Mit dem König von Hannover war am 29. September 1867 ein Vertrag geschlossen worden, der ihm eine Abfindung von 16 Millionen Taler zugestand. Der Vertrag schloß, wie Bismarck im Landtage auseinandersetzte, keine Anerkennung des Prager Friedens und des neuen Besitzrechts in sich; aber man erwartete doch, daß Georg V. sich ruhig verhalten, nicht mehr agitieren werde, „bound in honour“. Trotzdem hat der König in Frankreich die Welfenlegion errichten lassen und unterhalten. Die Folge war eine Verordnung, durch die am 2. März 1868 das Vermögen des Königs mit Beschlag belegt wurde; sie wurde dem Landtage des nächsten Winters in Gesetzesform zur Genehmigung vorgelegt und mußte von Bismarck selbst gegen den Abgeordneten, ehemaligen hannoverschen Minister, Windthorst am 29. Januar 1869 in eingehenden Darlegungen verteidigt werden.

Am nächsten Tage hatte er einen entsprechenden Gesetzentwurf über Beschlagnahme des kurfürstlich hessischen Vermögens zu vertreten. Der Kurfürst hatte im September des voraufgehenden Jahres ein Manifest an alle auswärtigen Mächte gerichtet. Nicht ohne sorgfältige Überwachung hatte der Leiter der preußischen Regierung die Umtriebe der Depossedierten in ihren Einzelheiten erkunden können. Da warf man ihm im Landtage Spionagedienst vor. Bismarck glaubte, „Dank zu verdienen, wenn man sich dazu hergebe, bösartige Reptilien zu verfolgen bis in ihre Höhlen hin-

ein, um zu beobachten, was sie treiben". Die Äußerung hat der Bezeichnung „Reptilienfonds" den Ursprung gegeben. Im Herrenhause hatte er beide Gesetzentwürfe am 13. Februar noch gegen den Widerspruch der Grafen Münster und Riedesel zu rechtfertigen. Er wies hier darauf hin, daß er die Beziehungen Hannovers zu Preußen wiederholt in voller Offenheit mit hannoverschen Staatsmännern besprochen und ihnen erklärt habe, daß bei einem Konflikt mit Österreich Hannovers Stellung nur an Preußens Seite sein könne; König Georg habe viel mehr erhalten, als er besessen habe; trotzdem setze seine Presse das Verleumden gegen Preußen fort und hetze durch die Agitation im Auslande friedlich gesinnte Völker gegen einander. Mit Rücksicht auf diese Hergänge hat die Thronrede zur Eröffnung des Norddeutschen Reichstags am 4. März 1869 das Vertrauen auf den Frieden betont, „den zu stören auswärtigen Regierungen die Absicht, den Feinden der Ordnung die Macht fehlt".

Da Vortrag beim König, Ministerialsitzungen, Konferenzen, Verkehr mit Gesandten fast täglich doppelt und dreifach belasteten, auch die Vorbereitung einer neuen Kreisordnung nicht ohne Schwierigkeiten sich vollzog, fühlte Bismarck sich dem Ende seiner Kräfte wieder nahe. Ein Einzelvorfall gab den Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Am 21. Februar 1869 hat der Kanzler und Ministerpräsident um seine Entlassung gebeten.

Die endgültige Regelung der finanziellen Wünsche und Ansprüche der Stadt Frankfurt sollte durch ein Gesetz geschehen, dessen Entwurf, nachdem er alle Instanzen ordnungsmäßig durchlaufen hatte, am 1. Februar beim Landtage eingebracht worden war. Gleichzeitig aber mit der Ermächtigung zur Einbringung des Entwurfs hatte der König den Frankfurter Magistrat wissen lassen, daß er auch jetzt noch mit der Regierung Verhandlungen über eine vertragsmäßige Regelung der Angelegenheit führen könne. Da das Vorteile versprach gegenüber der gesetzmäßigen Erledigung, hatte der Magistrat der Anregung Folge gegeben und ein Abkommen erlangt, das der Stadt für ihre Ansprüche eine Summe von zwei Millionen Gulden aus der Staatskasse zusagte. Dementsprechend ist dem Landtage ein neuer Gesetzentwurf vorgelegt worden. Bismarck hat das nicht hindern können.

Er hat dem Könige seinen Rücktritt angeboten. Roon meldete er am 22., daß er unwohl sei und nicht ausgehen, auch dem Bundesrat nicht präsi-



Generalfeldm. Graf Albrecht von Roon
Kriegsminister
Nach einer Photographie.

dieren könne, und fügte hinzu: „Gern spräche ich Sie heut; ich bin mit meinen Kräften wieder fertig; ich kann die Kämpfe gegen den König gemütlich nicht aushalten".

Roon hat ihn noch an demselben Abend gesehen. Es war inzwischen eine Zuschrift vom Könige gekommen, die Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" mitgeteilt hat. Sie lautete: „Überbringer dieser Zeilen" (Kabinettsrat Wehrmann) „hat mir Mitteilung von dem Auftrage gemacht, den Sie ihm für sich gegeben haben. Wie können Sie nur daran denken, daß ich auf Ihren Gedanken eingehen könnte? Mein größtes Glück ist es ja, mit Ihnen zu leben und immer fest einverstanden zu sein. Wie können Sie Sich Hypochondrien darüber machen, daß meine einzige Differenz Sie bis zum extremsten Schritt verleitet. Noch aus Varzin schrieben Sie mir in der Differenz wegen der Deckung des Deffizits, daß Sie zwar anderer Meinung wie ich seien, daß Sie aber bei Übernahme Ihrer Stellung es Sich zur Pflicht gemacht hätten, daß, wenn Sie pflichtmäßig Ihre Ansichten geäußert, Sie Sich meinen Beschlüssen fügen würden. Was hat denn diesmal Ihre so edel ausgesprochene Absicht von vor 3 Monaten so gänzlich verändert? Es gibt nur eine einzige Differenz, ich wiederhole es, die in Frankfurt a. M. Die Usedomiana habe ich gestern noch ganz eingehend nach Ihrem Wunsch besprochen, schriftlich; die Hausangelegenheit wird sich schlichten; in der Stellenbesetzung waren wir einig, aber die Individuen wollen nicht. Wo ist da also Grund zum Extrème? Ihr Name steht in Preußens Geschichte schöner als der irgend eines preußischen Staatsmannes. Den soll ich lassen? Niemals. Ruhe und Gebet wird alles ausgleichen. Ihr treuester Freund Wilhelm".

Am Morgen nach der Besprechung schien es Roon doch noch angezeigt, den Freund zu ermahnen, sein Antwortschreiben „so zu fassen, daß ein Einleiten möglich bleibt". Er wies darauf hin, daß das „gestern empfangene fast zärtliche Billett den Anspruch der Wahrhaftigkeit mache"; der König wolle wohl nicht, könne aber auch nicht eingestehen: „Ja, ich habe sehr Unrecht getan und will mich bessern". Der Freund schloß seine Mahnung mit den Worten: „Es ist ganz unzulässig, daß Sie die Schiffe verbrennen. Sie dürfen das nicht. Sie würden sich damit vor dem Lande ruinieren, und Europa würde lachen. Die Motive, die Sie leiten, würden

nicht gewürdigt werden; man würde sagen: Er verzweifelte, sein Werk zu vollenden; deshalb ging er. Ich mag mich nicht ferner wiederholen, höchstens noch in dem Ausdruck meiner unwandelbaren und treuen Anhänglichkeit".

Bismarck hat dem Rat entsprochen. Am 22. hatte er mit Roon verabredet, daß beide am 24. gemeinsam zum Könige gehen wollten. Am letztgenannten Tage aber meldete sich Roon bei Bismarck unwohl und erklärte, „es müsse bis morgen ausgesetzt werden". Zugleich fragte er, ob Bismarcks Brief abgegangen sei. Er erhielt sogleich die Antwort: „Vor einer Stunde abgesandt, um Aufschub der Entscheidung bis nach dem Reichstage bittend". Der Reichstag sollte am 4. März zusammentreten, und die Dauer der Session konnte auf ein Vierteljahr oder mehr veranschlagt werden. Wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" sagt, daß er nach des Königs Schreiben und nach dem Briefe Roons vom 23. seinen „Antrag auf Verabschiedung zurückgenommen habe", so ist das, streng genommen, nur mit der zeitlichen Begrenzung richtig. Allerdings sollte der endliche Ausgang schon in den nächsten Tagen entschieden werden, so daß Bismarck wohl so erzählen durfte.

Wir besitzen sein Schreiben vom 24. und des Königs Antwort vom 26. Februar. Jenes ist im Entwurf, von Bismarck diktiert, und in der endgültigen Fassung bekannt; Bismarck hat eigenhändig gestrichen, korrigiert, ergänzt. Er knüpft die Gedanken klarer und fester, feilt an Wendungen und Ausdrücken, mildert sie, ohne den Inhalt abzuschwächen. Er will dem König erklären, wie er zu seinem Antrage gekommen. Eine einzelne Meinungsverschiedenheit würde ihn niemals zu einem so ernsten und seinem eigenen Gefühle so sehr widerstrebenden Schritte bestimmt haben. Die Auffassung seiner Stellung im Dienste Sr. Majestät sei noch die, welche er von Varzin aus bekannte; die Unzulänglichkeit seiner Kräfte und seiner Gesundheit für die von Sr. Majestät geforderte Art des Dienstes habe ihn veranlaßt, zum ersten Male in seinem Leben um Entlassung aus dem Dienste zu bitten. Er habe vor drei Monaten seine Kräfte überschätzt.

Wenn er so die Ursachen des Versagens in s i c h sucht, so unterläßt er doch auch nicht, so wahrheitsgemäß wie ehrerbietig auf das hinzuweisen,

was ihn in der Handlungsweise des Herrn beirrt. Seine Auffassung von Dienstpflicht ist noch die alte, „wenn auch Ew. Majestät im Frankfurter Falle nicht die Gnade gehabt haben, mich zur pflichtmäßigen Äußerung meiner Ansicht zu berufen, bevor Allerhöchstdieselben Ihre Entschließungen faßten. Meine Bereitwilligkeit, mich den Befehlen Ew. Majestät unterzuordnen, nachdem Allerhöchstdieselben meine Gegengründe erwogen haben werden, ist in diesem Falle nicht in Frage gekommen. Die Entschließungen Ew. Majestät sind durch andere, dem Ministerium nicht angehörige Organe vorbereitet und nach Frankfurt gemeldet worden".

Er setzt kurz und treffend die Schwierigkeiten seiner Stellung auseinander: „Die Gesamtheit der mir obliegenden Dienstgeschäfte ist selbst dann nur mit Aufwand jeder Kraft zu erledigen, wenn mir von Allerhöchstdero Seite jede Erleichterung gewährt wird, welche in der Auswahl des mitarbeitenden Personals, in dem vollsten Maße des Allerhöchsten Vertrauens und in der dadurch gestatteten Freiheit der Bewegung liegen kann. Unmöglich aber wird die Leistung, wenn sie nicht von einheitlichem Zusammenwirken aller der berufenen Organe mit Ew. Majestät getragen wird, und wenn Geschäfte, welche ordnungsgemäß erledigt sind, zur wiederholten Behandlung unter erneutem Dissense der Beteiligten gelangen müssen. Es ist an sich leichter, Entschließungen zu fassen und auszuführen, als die Richtigkeit derselben überzeugend nachzuweisen. Die schwere Hemmung, welche in der Friktion des künstlichen Räderwerks eines konstitutionellen Staates liegt, hat bisher den regelmäßigen Gang der Geschäfte nicht auffällig gestört. Die Aufgabe, über schwierige Fragen die Übereinstimmung zwischen Ew. Majestät und acht Ministern herzustellen und, nachdem sie gewonnen, die Fühlung mit drei parlamentarischen Körperschaften zu erhalten, die nötige Rücksicht auf verbündete und fremde Regierungen zu nehmen, hat bisher annähernd gelöst werden können. Meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens lag die entscheidende Vorbedingung dieser Lösung in dem Umstande, daß Ew. Majestät bisher niemals, solange ich die Ehre habe, in Allerhöchstdero Dienste zu sein, eine nach Anhörung der Minister gefaßte Entschließung späterhin wieder in Zweifel gezogen, und daß Ew. Majestät für die Arbeiten eines jeden verantwortlichen Ressorts vor Festlegung oder Abänderung einer Entschließung jederzeit den von Ew. Majestät selbst dazu verordneten

Rat gehört haben. Wenn in jüngster Zeit außeramtliche Einflüsse Ew. Majestät Interesse für einzelne lokale Fragen lebhaft anzuregen verstanden haben, ohne gleichzeitig einer Verantwortlichkeit für die Gesamtheit der Geschäfte unterworfen zu sein, und wenn auf diesem Wege Entschließungen, welche Ew. Majestät auf Vortrag der Minister gefaßt und kundgetan haben, modifiziert werden und in erneuter Verhandlung wochenlang die Arbeitskraft der Minister in Anspruch nehmen, so wird dadurch die Geschäftslast der von Ew. Majestät berufenen Minister über die Möglichkeit der Leistung gesteigert. Auch die anstrengendste Arbeit hinterläßt das Gefühl, daß die laufenden Geschäfte unerledigt bleiben".

Das Schriftstück bespricht des weiteren die Wahrnehmung, daß des Königs Allerhöchstes persönliches Wohlwollen für jeden seiner Diener gegenüber dem strengen Bedürfnisse des Dienstes ein zu großes Gewicht habe. Es belegt sie mit längeren Darlegungen über den Gesandten am italienischen Hofe, Herrn von Usedom, und den Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, Sulzer. 1859 hatte Bismarck gegenüber dem Prinzregenten der Nachfolgerschaft Usedoms in Frankfurt nachdrücklich widersprochen; noch in den „Gedanken und Erinnerungen" gedenkt er Usedoms grober Verfehlungen im Dienst: „Ein brouillon, kein Geschäftsmann". Jetzt erinnert er den König daran, daß er sich seit 1864 fortgesetzt, aber erfolglos über Usedoms Pflichtwidrigkeiten beschwere. In den „Gedanken und Erinnerungen" erklärt er die Neigung des Königs zu dem Gesandten mit dessen hoher Stellung im Freimaurerorden und fügt hinzu: „Indem ich jetzt nach mehr als 20 Jahren die betreffenden Papiere wieder lese, befällt mich eine Reue darüber, daß ich damals, zwischen meine Überzeugung von dem Staatsinteresse und meine persönliche Liebe zu dem Könige gestellt, der ersteren gefolgt bin und folgen mußte. Ich fühle mich heute beschämt von der Liebenswürdigkeit, mit welcher der König meine amtliche Pedanterie ertrug. Ich hätte ihm und seinem Maurerglauben den Dienst in Florenz opfern sollen".

Das Eingehen auf diese Einzelheiten entschuldigt Bismarck mit dem Wunsche, nicht in den Verdacht der Überhebung zu gelangen, die darin liegen würde, daß er wegen einer einzelnen Geldfrage Se. Majestät verlassen wolle, und schließt zusammenfassend: „Zu meiner ehrfurchtsvollen

Bitte, mich des Dienstes zu entheben, bin ich lediglich durch meine Unfähigkeit veranlaßt, Ew. Majestät Ihrem Willen entsprechend zu dienen. Die Erfahrungen der letzten Monate haben mir die freudige Zuversicht geraubt, der Erfüllung meiner Pflichten noch gewachsen zu sein. Die an sich großen Schwierigkeiten dieser Pflichten werden durch Gegenströmungen gesteigert, gegen die anzukämpfen ich nicht die Kraft fühle. Die Kämpfe, welche mir im Amte oblagen, haben mir die Ungnade hochstehender und die Abneigung einflußreicher Personen zugezogen. Mein einziges Äquivalent dafür hat in der Zufriedenheit Ew. Majestät gelegen, und Allerhöchstdieselben können in Ihrer erhabenen Stellung es nicht nachempfinden, wie schwer jeder Augenblick der Unzufriedenheit, ja jede Meinungsverschiedenheit mit seinem Königlichen Herrn auf dem Herzen eines anhänglichen Dieners lastet und welchen Anteil die Gemütsbewegung stets an meinem körperlichen Leiden hat. Ew. Majestät wollen mit dieser Schwäche Nachsicht haben, da sie ein Ausfluß, wenn auch ein krankhafter, der Liebe zu Ew. Majestät Person ist. Aber sie macht mich unfähig, den Ansprüchen des Dienstes in der Art, wie Ew. Majestät ihn erfordern, zu genügen. Ich habe nicht das Gefühl, daß mir ein langes Leben beschieden ist, und fürchte, daß meine Organisation zu ähnlicher Schlußentwicklung neigt wie die des hochseligen Königs. Ich kann nicht den Anspruch erheben, daß Ew. Majestät auf meine krankhaften Zustände in dienstlichen Sachen Rücksicht nehmen. Es versteht sich, daß ich die Verhandlungen mit dem Reichstage, der vor der Tür ist, nach Ew. Majestät Willen führen werde, wenn Allerhöchstdieselben mir nur die Aussicht gewähren wollen, daß ich demnächst mich zurückziehe und die Zeit, die Gott mir noch beschieden, in Zurückgezogenheit der Ruhe und der dankbaren Erinnerung an die Gnade widme, mit der Ew. Majestät mich beglückt haben".

Der König hat schon am 26. Februar in langem, eigenhändigem Schreiben geantwortet. Er ist erfreut, daß er auf sein „sehr flüchtiges, aber desto eindringlicheres Billett" die erwartete Antwort erhalten hat: „Dank, herzlichen Dank, daß Sie meine Erwartung nicht täuschten". Er erkennt die Triftigkeit der Hauptgründe Bismarcks an, erinnert aber daran, daß er ihn im Dezember bei Wiederübernahme der Geschäfte eindringlich aufgefordert habe, sich jede mögliche Erleichterung zu verschaffen. Leider scheine es, daß eine solche Erleichterung nicht angängig gefunden worden sei, nicht

einmal die Abbürdung Lauenburgs, das noch immer nur in Personalunion mit Preußen verbunden und dessen besonderer Minister Bismarck war (es ist erst 1876 mit eigener Zustimmung in den preußischen Landesverband eingetreten). Des näheren werden die Fälle Sulzer, Usedom, Frankfurt a. M. erörtert; der König legt dar, daß er Bismarcks Wünsche nicht unberücksichtigt gelassen habe. Im Falle Frankfurt sei ihm die Gesetzvorlage mit dem Begleitbericht in derselben Stunde vorgelegt worden, in der auch seine Unterschrift gefordert worden sei. Er läßt gelten, was über die Schwierigkeiten des Inganghaltens der Staatsmaschine gesagt war, bestreitet aber, daß er es an Vertrauen zu Bismarck und den anderen Räten der Krone habe fehlen lassen. „Kann ein Monarch seinem Premier ein größeres Vertrauen beweisen als ich, der Ihnen zu so verschiedenen Malen und nun auch jetzt zuletzt noch privat Briefe zusendet, die über momentan schwebende Fragen sprechen, damit Sie sich überzeugen, daß ich nichts der Art hinter Ihrem Rücken betreibe? Ich sollte glauben, daß ich mein Vertrauen kaum steigern könnte. Daß ich aber überhaupt mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die in gewissen gewichtigen Augenblicken sich vertrauensvoll an mich wenden, das werden Sie selbst nicht verlangen".

Zum Schluß kommt der König wieder auf seines Dieners Gesundheitszustand zurück, auf seine Stimmung, die er eine krankhafte nenne, auf seine Sehnsucht nach Ruhe: „Das alles verstehe ich vollkommen; denn ich fühle es Ihnen nach. Kann und darf ich deshalb daran denken, mein Amt niederzulegen? Ebensowenig dürfen Sie es. Sie gehören sich nicht allein, sich selbst an. Ihre Existenz ist mit der Geschichte Preußens, Deutschlands, Europas zu eng verbunden, als daß Sie sich von einem Schauplatz zurückziehen dürfen, den Sie mit schaffen halfen. Aber damit Sie sich dieser Schöpfung auch ganz widmen können, müssen Sie sich Erleichterung der Arbeit verschaffen, und bitte ich Sie inständigst, mir dieserhalb Vorschläge zu machen. So sollten Sie sich von den Staats-Ministerial-Sitzungen losmachen, wenn gewöhnliche Dinge verhandelt werden. Delbrück steht Ihnen so getreu zur Seite, daß er Ihnen manches abnehmen kann. Reduciren Sie Ihre Vorträge bei mir auf das Wichtigste usw. Vor allem aber zweifeln Sie nie an meinem unveränderten Vertrauen und an meiner unauslöschlichen Dankbarkeit!"

In diesem Briefwechsel spiegeln sich Wesen und Beziehungen der beiden Männer in wunderbarer Klarheit. Die Offenheit kann von beiden, die Ehrerbietung von der einen, die Herzlichkeit von der andern nicht größer sein. Es stehen sich zwei Charaktere von ebenbürtiger Reinheit und Sicherheit gegenüber, zwischen denen nicht immer Einklang ist, von denen keiner aber den andern in seiner Betätigung hemmen oder gar ausschalten möchte. Was Bismarck den Verkehr mit seinem Herrn erschwerte, war im Grunde dasselbe, was seine Beziehungen zu alten und neuen politischen Freunden so schwierig gestaltete. Alle Fäden der Leitung von Staat und Bund liefen in seiner Hand zusammen. Wer möchte sagen, daß er sich einen ohne Nachteil für das Ganze hätte entgleiten lassen können, wie es der König mit der Erwähnung von Lauenburg anzudeuten scheint. Waren sie doch mehr oder weniger alle verknüpft mit dem einen Ziele, das ihm vor Augen stand. Falsches Ziehen auch nur eines Drahtes konnte das ganze Werk in Unordnung bringen.

So war äußerste Anspannung des Handhabenden unvermeidlich, unentbehrlich. Auch wenn die Vorstellung der Unersetzlichkeit weniger berechtigt gewesen wäre, als sie wirklich war, hätte sie sich in dieser Lage mit einer gewissen Naturnotwendigkeit herausbilden müssen. Erschwerend kam hinzu die Verpflichtung geselligen und urbanen Verkehrs auch mit Persönlichkeiten, zu denen keine anderen als politische Beziehungen bestanden und die nicht immer sympathisch waren, eine Anforderung, der Bismarck zu jeder Zeit und in allen Stellungen gerecht geworden ist. Nicht lange nach diesem Tiefstand seiner Stimmung, eben mit dem Reichstage, mit dem er als letztem noch arbeiten wollte, ehe er sich zurückzöge, hat er im April 1869 die berühmten parlamentarischen Wochenabende begonnen.

Der König hatte Vertrauen zu seinem Diener, nach den beiden erfolgreichen Kriegen unbegrenztes Vertrauen; er war überzeugt von seiner bedingungslosen Zuverlässigkeit. Das schloß aber lange noch keine blinde Nachfolge in sich. König Wilhelm war von jeher gewohnt, sich in inneren wie äußeren Fragen des Staatslebens ein eigenes Urteil zu bilden, zu diesem Zwecke Rat zu vernehmen von mehr als einer Seite. Jedenfalls überwog des berufenen Dieners Rat jeden andern; aber es verstand sich von selbst, daß er nicht allein und ausschließlich entscheidend sein konnte. Die endgültige Entschließung lag doch immer, nicht nur der Form, sondern auch

der Sache nach, beim Monarchen. Da konnte es nicht fehlen, daß es manchmal Mühe kostete, sie ihm in Bismarcks Sinne abzuringen, Mühe, die der Minister und Kanzler allzu schwer auf sich lasten fühlte. Aber es war nicht anders: „Daß ich mein Ohr den Stimmen verschließen sollte, die sich in gewichtigen Augenblicken vertrauensvoll an mich wenden, das werden Sie selbst nicht verlangen!" Damit mußte auch Bismarck sich zufrieden geben.

Und er hat das getan. Er ist auf sein Entlassungsgesuch nicht zurückgekommen. In einem Briefe, den Fürst Karl Anton von Hohenzollern im April 1869 an seinen Sohn Karl in Rumänien schrieb, wird die Lage auf eine sachlich richtige Formel gebracht, frei von jeder Herzensteilnahme: „Das Verhältnis zwischen dem König und Bismarck ist gerade nicht sehr glänzend; doch ist das Verbleiben Bismarcks im Amte eine eiserne Notwendigkeit; deshalb wird es zu keiner Krise kommen". Bei seinem Eintritt in die Leitung des Staates hatte der Minister den König von der geplanten Abdankung zurückgehalten, jetzt der König den Minister an seine Pflicht gefesselt. Sie waren aufs neue und durch die Gewalt der Tatsachen mit einander verbunden.

Am 22. Juni sind Reichstag und Zollparlament des Jahres 1869 geschlossen worden; am 1. Juli siedelte Bismarck wieder nach Varzin über. Am 23. schreibt er dem Bruder, daß es ihm gut gehe, er nur allnächtlich von 2 bis 5 nicht schlafe. „Ich wache eigentlich erst auf, wenn ich zwei Meilen geritten bin." Er hatte den württembergischen Minister Varnbüler zu Besuch, dem er als einem eingefleischten Partikularisten wenig wohlgesinnt war: „Ich trabe ihn täglich vier Stunden zu Pferde und drei zu Fuß in der Hitze ab und hoffe, der schwäbischen Rinde einige deutsche Keime einzuokulieren". Das Befinden ließ doch fortgesetzt zu wünschen übrig. Er war, wie die Gattin schreibt, „noch immer mit seinem Muskelwesen nicht in Ordnung, ob neuer Rheumatismus oder Sturzerinnerung; er hat bei allen stärkeren Bewegungen immer noch recht empfindliche Schmerzen". Thile, der in Berlin die Geschäfte des Auswärtigen Amtes besorgte und zwischen dort, Varzin und Ems „Federball spielte", berichtete am 13. August an Keudell: „Der Chef more solito eigensinnig, quänglig, bald in minima ohne Akten-

kenntnis hineintapsend, bald auf erhebliche Dinge jedes Eingehen störrisch abweisend. Aber was tut's? Wenn seine Gesundheit gehörig wiederhergestellt wird, dann können wir dreist fragen: ,Was kostet Europa?'"

Daß auch Varzin mit seinen ländlichen Anforderungen und Zerstreuungen ihn nur recht teilweise der Politik zu entziehen vermochte, war gegeben. Sie beschäftigte ihn unausgesetzt. Gegen Ende August erregte ihn Roon, der an Rücktritt dachte, weil die Angehörigen der ihm unterstellten Marine nicht als Preußen, sondern als Bundesbeamte gelten sollten. In einem geradezu klassischen Schreiben voll reifster politischer Weisheit setzte Bismarck dem Freunde am 27. August auseinander, daß es sich bei Errichtung der Bundesmarine nicht um eine Verkleinerung Preußens und seines Königs, sondern um eine Unterordnung der ihm Verbündeten handele. Er sagte ihm scherzend voraus, daß aus dem Kampf mit dem Könige dieser als Sieger, Roon aber als Minister hervorgehen werde.

Zwei Tage später war er selbst in einer „analogen Lage". Er diktierte ein Schreiben an Roon, weil dieser, der ihn als Ältester im Ministerium in seiner Abwesenheit vertrat, eine an Bismarck gerichtete Kabinettszuschrift in Berlin gegengezeichnet hatte, in der die vom Bundeskanzler vollzogene Ernennung eines Hannoveraners zum Oberpostdirektor in Frankfurt a. M. beanstandet und bemängelt wurde. Das Diktat sollte in Berlin ins Reine geschrieben und so an seine Adresse befördert werden. Im gleichzeitigen Privatbriefe an Roon aber schrieb er: „Ich bin totmatt und gallenkrank". Er witterte „weibliche Einbläserei"; er könne aber „weder mit der Postkamarilla noch mit Harems-Intriguen bestehen. Ich habe seit 36 Stunden nicht geschlafen, die ganze Nacht Galle gespien, und mein Kopf ist wie ein Glühofen trotz Umschläge. Es ist aber auch, um den Verstand zu verlieren. Da mag der Kuckuck noch ralliierter Hannoveraner sein, wenn die Leute en bloc für minorenn erklärt werden, oder Bundes- resp. Post-Kanzler, wenn man mit solchen Abfertigungen zur Ruhe verwiesen wird. Wenn der Karren, auf dem wir fahren, zerschlagen werden soll, so will ich mich wenigstens vom Verdachte der Mitschuld frei halten. Es ist Sonntag; sonst fürchte ich, daß ich mich an Leib und Seele schädigen würde, um meinem Ingrimm Luft zu machen. Wir sind vielleicht beide zu zornig, um die Galeere weiter rudern zu können; man muß"

(ein Seitenhieb auf von der Heydt) „Herz und Gewissen aus bergisch-märkischem Aktien-Pergament haben, um das zu ertragen. Gute Nacht. Wollte Gott, ich könnte schlafen!"

Gegen Ende September wünschte Bismarck Freund Blanckenburg herbei, „um sich einmal gründlich ausschelten zu können, sich auszuschütten". Roon antwortete er auf dessen Mitteilungen aus dem „Stillleben mit den Gespielen" und auf seine „schweren politischen Bedenken" mit einem „Gemeinplatz", fügte aber hinzu, „er habe wenigstens 20 Bogen Variationen dazu, die er nicht schreiben möge, weil er die schmutzige Arbeit mit Tinte nicht liebe". Roon wollte aber nur nach Varzin kommen, wenn er gewünscht werde, nicht „um sich am Phosphoreszieren seines Geistes zu ergötzen oder in seine neuesten politischen Feldzugspläne einweihen zu lassen".

Es waren vor allem die Differenzen mit Heydt, die Bismarck beschäftigten. Er wollte nichts wissen von einer Verdeckung des Defizits, vor allem nicht durch finanzielle Maßnahmen, welche die Landwirtschaft beschwerten; man müsse „Steuern fordern oder Ausgaben streichen"; Itzenplitz (der Handelsminister), der selbst „den Fuchs nicht beißen wolle, verlange, daß er brieflich den Goldonkel morde"; aber er habe ihn und die anderen Kollegen auf Selbsthilfe verwiesen. „Mein Verbleiben mache ich nicht gerade vom Ausscheiden des vergoldeten Onkels abhängig, wenn ich mich auch freuen würde, ihn freiwillig, befriedigt und mit Suum cuique" (dem Schwarzen Adlerorden) „scheiden zu sehen"; für Heydts Person habe er „ein gewohnheitsmäßiges Wohlwollen". Blanckenburg fand Bismarck „fest entschlossen, unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entlasse". Er erklärte am 8. Oktober Bismarcks Krankheit für unheilbar, „wenn er in Varzin fortfahre, so ungesund zu leben wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, ½ Stunde Billard und dann die eigentlich nicht zu vermeidende Arbeit bis 10—11 Uhr und das bewußte kalte Nachtessen, natürlich kein Schlaf bei gestörter Verdauung".

Im November beendete Bismarck in Varzin eine Karlsbader Kur. Am 20. schrieb er an Roon: „Ich befinde mich in einem Zustande, den die

Ärzte als Karlsbader Krisis bezeichnen, und der mich vollständig erschöpft; ich werde zur leeren Flasche, wenn das morgen so beibleibt. Sitzen und Schreiben ist mehr, als ich ohne Übermüdung heute leisten kann, und der Königliche Herr, durch badische Familien-Korrespondenz gestachelt, schreibt mir eigenhändige Briefe, deren Beantwortung einen politisch-historischen Doktor-Kursus manu propria von mir verlangt. Diese badische Unruhe — es handelte sich um den Anschluß an den Norddeutschen Bund — tölpelt in jede politische Berechnung störend hinein. In dem Moment, wo Fleury" (der französische Gesandte) „in Petersburg die Sturmglocke über Nordschleswig läutet, sollte man die Tonart abwarten, die sie gibt". Er schließt: „Ich schließe meine Kur mit heut, soll noch drei Wochen still sitzen und Diät halten — in der Gänsezeit! — und hoffe dann Weihnachten mit Ihnen zu feiern".

Das war ihm doch nicht beschieden. Sein Herbert, Saxoborusse in Bonn, erhielt auf einer Mensur im November einen Hieb über den Kopf. Durch Hinzutreten der Rose wurde die Wunde bedenklich. Das hat Bismarck am 4. Dezember von Varzin nach Berlin und am 23. von dort nach Bonn geführt, wo die Gattin schon seit Anfang des Monats weilte. Dort feierten beide das Fest mit dem genesenden Sohne. Bis zum 14. April 1870 war der Kanzler dann in Berlin. Er siedelte an diesem Tage wieder nach Varzin über, inmitten der Tagung des Reichstages und eine Woche vor dem Zusammentritt des Zollparlaments. Er erkrankte dort alsbald wieder bedenklich; am 17. mußte sein Arzt, Dr. Struck, von Berlin herbeigerufen werden; er blieb bis zum 23. „Ich war immer und immer, Tag und Nacht bei Bismarck," schreibt die Gattin am 11. Mai an Keudell; „ihn griff jedes selbstgesprochene oder gehörte Wort an, und ich ängstigte mich dauernd halb tot, weil er seit Hohendorf noch nie so krank gewesen, und ich gar nicht absehen mochte, was daraus werden sollte. Nachher, als er so viel Kraft gewonnen, um das Zimmer zu verlassen, bin ich stets mit ihm gegangen und gefahren".

Mit dem Eintritt der Frühlingswitterung ging es doch weiter aufwärts. Er konnte am 21. Mai nach Berlin reisen, fühlte sich aber, als er am 23. im Reichstage zu einheitlichem Beschluß in der Strafrechtsfrage mahnte, noch schwach. Trotzdem hat er am 25. noch die unverzügliche Bewilligung eines

Zuschusses von 10 Millionen Franken zur Gotthardbahn vertreten und ist vom 1. bis 4. Juni mit seinem Könige nach Ems gereist zu einer Zusammenkunft mit Kaiser Alexander II. Am 8. vertauschte er die Hauptstadt wieder mit dem Landsitz; er hatte auf sechs Wochen Urlaub genommen. Die Ruhe sollte jäh unterbrochen werden.



Der Deutsch-Französische Krieg.



I. Deutschland und Frankreich zwischen den beiden Kriegen.

Die politische Stimmung während der kurzen Jahre des Norddeutschen Bundes kann man wechselndem Frühlingswetter vergleichen. Begründer und Leiter des neuen Staatswesens konnten mit ihren Erfolgen zufrieden sein und gaben ihrer Befriedigung mit gutem Grunde Ausdruck. Auch im deutschen Volke ward weithin die preußische Führung mit anderen Augen angesehen als vor dem Zusammenstoß von 1866; man lebte der Hoffnung, nicht nur, daß dem Frühling der Sommer folgen, sondern auch, daß er eine volle Ernte bringen werde.

Aber die Auffassung, die sich mit dem Geschehenen nicht versöhnen lassen wollte, war keineswegs machtlos geworden. Sie lebte fort im geeinigten Norden, wo der Bundeskanzler unausgesetzt gegen sie auf dem Posten sein mußte, und war stark, ja in der Masse des Volkes durchaus vorherrschend, im Süden. Die Kabinette dort hatten sich in den Schutz- und Trutzverträgen mit Preußen dem deutschen Gedanken gefügt; das Volk war innerlich lange nicht gewonnen. Es fehlte nicht an Äußerungen blinden und verbissenen Preußenhasses. Man zweifelte, man bestritt, daß der eingeschlagene Weg je zu einer lebensfähigen deutschen Einheit führen könne, und hat sich redlich bemüht, zu hemmen und hintanzuhalten, was man nicht herbeiwünschte. Wer die Jahre bewußt mit durchlebt hat, oder wer heute ihren Äußerungen nachgeht, in dem kann kein anderer Eindruck vorwalten als der des unsicher Werdenden, des Auf und Ab, Hin und Her der Meinungen

und Strömungen, in deren wogendem Kampfe nur ein fester und freudiger Glaube an Deutschlands Zukunft feste Stellung gewinnen konnte.

Der Zwiespalt in der öffentlichen Meinung wog um so schwerer, als das Ausland ihn mit Spannung verfolgte und überwiegend mit Hoffnungen und Erwartungen begleitete, die nicht sehr freundlich für den neuen Genossen der europäischen Staatenwelt waren. Kaum irgendwo sind Preußens Erfolge mit ungeteilter Sympathie aufgenommen worden. Bei unserm westlichen Nachbarn begegneten sie einstimmiger Ablehnung. Da war niemand in Frankreich, dem die in Deutschland sich vollziehende Umgestaltung nicht Befürchtungen erweckte für das eigene Volk.

Wer die Entstehung des Deutsch-Französischen Krieges richtig erfassen will, kann nicht anders als von dieser Tatsache ausgehen. So gewiß in dem deutschen Streben nach Einheit keinerlei Angriffstendenz gegen Frankreich lag, und so klar das jedermann sein mußte, der diese Einheitsbestrebungen auch nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hatte, so fest waren alle Kreise Frankreichs davon überzeugt, daß ein deutscher Einheitsstaat nicht geduldet werden dürfe. Die Geschichte bietet unendlich zahlreiche Belege dafür, daß überlieferte politische Vorstellungen und Empfindungen im Leben der Völker durchaus die Oberhand behalten über selbst die nächstliegenden sachlichen Beweggründe; die Art, wie Frankreich nach 1866 dem Kriege mit Deutschland zutrieb, ist einer der schlagendsten.

In dieser Bewegung ist aber nicht Napoleon III. der Führer gewesen. Die Frage nach der Verteilung der Schuld am Kriege kann richtig nur beantwortet werden mit der Verurteilung des französischen Volkes. Es läßt sich die Auffassung vertreten, daß dieses Volk nicht von jeher und zu allen Zeiten eroberungssüchtig war; seit den Tagen der Revolution und des Korsen war es das gewiß. Es ist seitdem das französische Volk, nicht sein jeweiliger Herrscher gewesen, der Frankreich zum Moment der Unruhe in Europa gemacht hat. Napoleon III. hat 1866 wider Willen geschehen lassen; er hätte sich gleichwohl mit der vollendeten Tatsache und wahrscheinlich auch mit einer Verbindung von Süd- und Norddeutschland abgefunden, wenn sein Volk für eine solche Politik zu haben gewesen wäre. Aber das wollte in Deutschlands Einigung nichts anderes sehen als eine Schwächung Frankreichs.

Die Auffassung ist verständlich genug. Erstand in Mitteleuropa neben dem italienischen ein geeinigter deutscher Staat, so war es mit Frankreichs führender Stellung auf dem europäischen Kontinent vorbei. Nicht daß sein bisheriger Einfluß ohne weiteres auf die neuen Staatengebilde übergegangen wäre; indem aber sie sich seiner Einwirkung entzogen und neben den bisher mächtigeren Nachbar traten, büßte dieser an Ansehen ein. Daß ein Zusammenstehen der drei zahlreichsten und entwickeltsten Kulturvölker des europäischen Festlandes für sie selbst und für die ganze Menschheit von unendlichem Segen werden konnte, ist kaum irgend einem der Zeitgenossen zum Bewußtsein gekommen, liegt heute noch ganz und gar außerhalb der herrschenden politischen Denkweise unserer westlichen wie südlichen Nachbarn.

So haben berufene und unberufene Wortführer des französischen Volkes nach 1866 keine Gelegenheit vorübergehen lassen, Tadel, Hohn und Spott über den Herrscher zu ergießen, der Italien sich einigen und Preußen eine Führerstellung in Deutschland hatte gewinnen lassen. Das Schüren des nationalen Ehrgeizes war für die Opposition ein bequemes und wirksames Mittel, ihrer Verurteilung der napoleonischen Regierungsweise, der „Fälschung aller liberalen Institutionen", einen starken patriotischen Grundton und damit die nötige Wucht und Schärfe zu geben. Der Kaiser konnte das nicht unbeachtet lassen; er mußte erkennen, daß es um seine Krone ging. Sie war verloren, wenn er Frankreich nicht die ungestüm verlangte nationale Genugtuung verschaffte.

Er mochte doch den Krieg nicht suchen, ihn nicht vom Zaun brechen. Er verfügte nicht mehr über die Zuversicht, mit der er nach einander gegen Rußland und Österreich zu den Waffen gegriffen hatte. Er ist früh gealtert; die Krisis von 1866 traf ihn gebrechlichen Leibes. Doch hat er pflichtmäßig seinen Staat zum Waffengange vorzubereiten gesucht. Aber da traf er das französische Volk wie König Wilhelm und Bismarck das preußische. Seine Rüstungsvorlagen stießen auf Widerstand. Man verlangte eine starke Politik, stellte sich aber schwierig in Bewilligung der unentbehrlichen Mittel. So trieb Frankreichs Volk einer Katastrophe entgegen, für die es sehr zu Unrecht versucht hat, allein seinen Herrscher verantwortlich zu machen.

Napoleon III. hat den Krieg, der ihm unausweichlich erscheinen mußte, nicht allein durch Rüstungen vorzubereiten gesucht. Er hat sich auch nach Bündnissen umgesehen.

Da kam vor allem Österreich in Frage. Der Kaiserstaat hat den Verlust seiner deutschen Stellung doch nicht so ohne weiteres verschmerzt. Zur Leitung seiner auswärtigen Angelegenheiten wurde schon im Oktober 1866 der Freiherr von Beust berufen, der bisherige langjährige Leiter der sächsischen Politik und als solcher fast unentwegt Gegner Preußens, Bismarck durch die Konflikte der letzten Jahre geradezu persönlich verfeindet. Im Februar 1867 ward er zum österreichischen Ministerpräsidenten, im Juni zum Reichskanzler ernannt. Als im März gelegentlich des Luxemburger Handels die Verträge Preußens mit den süddeutschen Staaten veröffentlicht wurden, sah er seine Hoffnungen auf Wiederherstellung näherer Beziehungen zum deutschen Süden vernichtet. Er sprach von einem Bruch des Prager Friedens und hatte so wenig Empfindung für Bismarcks ungeheures vaterländisches Verdienst, daß er die Abschlüsse als „ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise" und als „das Äußerste, was an Machiavellismus geleistet werden könne", bezeichnete. Ein von bayerischer Seite eingeleiteter Versuch, Österreich für eine Verständigung mit dem Norddeutschen Bunde und den süddeutschen Staaten über Erhaltung des Friedens in Europa zu gewinnen, begegnete schroffer Ablehnung; für den Juni war eine Reise Franz Josephs nach Paris verabredet.

Da kam die Nachricht, daß des Kaisers Bruder Maximilian das mexikanische Unternehmen, zu dem er von Napoleon verleitet worden war, mit dem Leben hatte büßen müssen. Beusts diplomatisches Geschick hat auch diese Schwierigkeit leicht überwunden. An die Stelle der Pariser Reise trat ein Beileidsbesuch des französischen Kaisers in Salzburg im August 1867, der im Oktober von Franz Joseph in Paris erwidert wurde. Zu irgend welchen festen Vereinbarungen ist es aber gelegentlich dieser Zusammenkünfte nicht gekommen, und auch die weiteren Verhandlungen haben nicht dazu geführt, daß eine Verpflichtung Österreichs, bei einem französisch-norddeutschen Kriege zugunsten Frankreichs einzugreifen, vertragsmäßig festgelegt worden wäre. Der Leiter der ungarischen Politik, die durch den Ausgleich von 1867 zu selbständiger Geltung neben der österreichischen gelangt war, Graf Andrassy, hat hemmend eingegriffen; der Ungar konnte einen Wieder-

eintritt Österreichs in seine frühere deutsche Stellung nicht wünschen. Aber die Politik der Donaumonarchie blieb doch unter Beusts Führung auf Hemmung jeder Vermehrung preußischen Einflusses in Deutschland gerichtet. „Das ist Frankreichs Sache wie die unsere auf Grund der übernommenen Verpflichtungen", schrieb Beust noch, als der Krieg schon erklärt war. Er war in den Zielen völlig einig mit Napoleon und dem französischen Volke; er wollte kein „Überfluten des Teutonismus".

Bei dieser Sachlage war es von kaum zu überschätzender Bedeutung, daß bald nach Beginn des Jahres 1870 auch angefangen wurde, an einer militärischen Verständigung der beiden Mächte zu arbeiten. Im Februar und März war Erzherzog Albrecht, der Sieger von Custozza, in Frankreich und nahm Fühlung mit den militärischen Autoritäten; im Juni kam Napoleons Adjutant General Lebrun nach Wien. Es sind Beratungen gepflogen worden über die wirksamste Art, Preußen zu bekämpfen. Der Erzherzog drängte auf ein französisches Vorgehen in Süddeutschland, weil es Österreichs Mitwirkung gleichsam herausfordere; Franz Joseph, der Lebrun am 14. Juni empfing, hat das gebilligt.

Auch Italien suchte Napoleon zur Mitwirkung heranzuziehen. Daß seine Franzosen 1867 den Papst bewahrt hatten vor den Garibaldianern und nun fortgesetzt Rom besetzt hielten, stand zwar zwischen ihm und Viktor Emanuel; seiner Klerikalen wegen konnte sich der Kaiser schwer entschließen, in diesem Punkte nachzugeben. Aber Italiens König war ihm anderseits zu großem Danke verpflichtet und sah sich nicht behindert durch nationale Antipathien seines Volkes. So mußte deutscherseits bei einem Kriege gegen Frankreich auch mit Italien als möglichem Gegner gerechnet werden.

Daß der Kanzler des Norddeutschen Bundes die Lage vollkommen überschaute, braucht kaum bemerkt zu werden. Napoleons Zwangslage erkannte er klar. Die fortgesetzten, fast fieberhaften Bemühungen des Kaisers um Vorteile, mit denen er Frankreich hätte beruhigen können, spielten sich ja zum großen Teile in der Form von Verständigungsversuchen mit Preußen über mögliche Gebietserwerbungen ab. Die französischen Kammerverhandlungen offenbarten der Welt, was Frankreichs Volk erregte. Daß es nicht wollte, was Bismarck als Ziel unentwegt im Auge behielt und behalten

mußte, was 1866 durch Frankreichs Dazwischentreten gehindert worden war, lag für jedermann offen zutage. Es war ein unversöhnlicher Gegensatz; daß er sich ohne Krieg werde ausgleichen lassen, wurde auf keiner der beiden Seiten geglaubt. Wenn man sich von Frankreich her in Abrüstungsvorschlägen gefiel, so handelte es sich um nichts weiter als um politische Schachzüge. Es wäre ein Vorteil gewesen, hätte man die überlegene preußische, jetzt allgemein norddeutsche Wehrordnung durchlöchern können. Hoffnung auf Erfolg schöpfte man aus den fortgesetzten innerdeutschen Versuchen gegen den „Militarismus", wie das Schlagwort unserer jetzigen Gegner lautet. Unter allen Umständen hoffte man auf diese Weise der norddeutschen Bundesleitung Schwierigkeiten zu bereiten, ihr Widersacher zu erwecken. Es ist ein Spiel, das bis auf die Gegenwart hin von allen uns feindlichen Mächten getrieben worden ist, und dem es an einem gewissen Erfolge in unserem zu politischem Denken erst langsam heranreifenden Volke nie gefehlt hat.

In einem Bericht, den Benedetti am 5. Januar 1868 seiner Regierung erstattete, zeichnete er die Lage durchaus richtig. Bismarcks Ziel sei die Einigung Deutschlands, und da habe er die ganze Nation hinter sich; Frankreich müsse sich klar darüber werden, ob es eine Einigung Deutschlands dulden könne oder nicht; je nachdem sei Friede oder Krieg.

Trotzdem hat es in den vier Jahren fast vollständig an unmittelbaren Kriegsdrohungen gefehlt. Napoleon hat, wie es seine Lage ja auch erforderte, sich angelegentlich bemüht, sein Volk über die in Deutschland eingetretenen Veränderungen zu beruhigen. In seinen für die europäische Politik fast maßgebend gewordenen Thronreden hat er in diesen Jahren fortgesetzt volltönende Friedensversicherungen gegeben. Anderseits hat auch Bismarck wiederholt hervorgehoben, daß niemand an Krieg denke, daß alle Mächte einig seien in dem Wunsche nach Erhaltung des Friedens. Es war die Sprache der Diplomatie, die zu ihrer berechtigten, weil unumgänglichen Geltung kam.

Damit war völlig vereinbar, daß französische Stimmen die Unverletzbarkeit der Ehre und Würde Frankreichs betonten, Deutschlands Einigung als eine europäische Frage bezeichneten, während Bismarck keinen Zweifel ließ, daß Deutschland fremde Einmischung in sein Einigungswerk nicht dulden

werde. Er hat den Anschluß des Südens nicht betrieben. Als aber die österreichische und die französische Regierung nach der Salzburger Zusammenkunft zu beruhigen versuchten, gab er in einem Rundschreiben an die Vertreter des Norddeutschen Bundes nicht nur seiner Genugtuung Ausdruck, daß die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht in der Weise, wie die ersten Nachrichten es voraussetzen ließen, Gegenstand der Besprechungen gewesen seien, sondern stellte auch fest, daß sich von neuem gezeigt habe, wie wenig das deutsche Nationalgefühl den Gedanken ertrage, die Entwicklung der Angelegenheiten der deutschen Nation fremder Einwirkung oder anderen Rücksichten als den auf deutsche Interessen ausgesetzt zu sehen. Er berief sich darauf, daß er alles vermieden habe, die nationale Bewegung zu überstürzen, alles getan, sie fruchtbringend, nicht zerstörend wirken zu lassen, und betonte, daß das gelingen werde, wenn das Ausland alles vermeide, was in Deutschland die Befürchtung erwecken könne, es sei Gegenstand fremder Pläne.

Bis dicht vor Ausbruch des Krieges haben die beiderseitigen Friedensbeteuerungen fortgedauert. Noch am 30. Juni 1870 erklärte der Leiter des französischen Ministeriums, Ollivier, im gesetzgebenden Körper: „In keiner Zeit war die Aufrechterhaltung des Friedens mehr gesichert als jetzt. Wohin man auch blickt, kann man nirgend eine Frage entdecken, die Gefahr in sich bergen könnte“, und zwei Tage später versicherte Staatssekretär von Thile, der den Kanzler während seiner Abwesenheit vertrat, dem österreichischen Geschäftsträger in Berlin „mit sichtbarem Wohlgefallen, daß in der politischen Welt beinahe ausnahmslose tiefe Ruhe herrsche“. Die zur Zeit entscheidenden Stellen betonten beiderseits die Sicherheit des Friedens, zweifellos in aufrichtiger Meinung. Da brach das Feuer, das unter dünner Decke glimmte, plötzlich in lodernder Flamme empor, rascher noch, als wir es jetzt erlebten. Wie hat das geschehen können?

---

2. Die spanische Thronfrage und die hohenzollernsche Kandidatur.

Der Gedanke der Kandidatur eines Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Königsthron ist schon aufgetaucht, als Isabella ihn noch innehatte. Im Herbst (wahrscheinlich Oktober) 1866 sah Frau O'Shea, die Witwe eines reichen, in Madrid seßhaften Bankiers, in Biarritz einige Herren zum Essen bei sich, unter ihnen auch den Grafen Georg von Werthern-Beichlingen, damaligen preußischen Gesandten in Madrid, bis 1864 in Lissabon, und den spanischen Cortesdeputierten und Staatsrat Salazar y Mazarredo (letzterer der Muttername). Da Isabellas Sturz in dem Kreise als unvermeidlich angesehen wurde, kam die Rede auf ihren etwaigen Nachfolger. Nachdem „alle möglichen" Kandidaten aufgezählt und das Für und Wider erwogen worden war, hat Graf von Werthern gesagt, „sie möchten suchen, so lange sie wollten, auf den einzigen, ganz geeigneten würden sie doch nur ganz zuletzt oder gar nicht verfallen; es sei einer der katholischen Hohenzollern, am besten der mit einer portugiesischen Prinzessin verheiratete Erbprinz Leopold". Er war der älteste Sohn des Fürsten Karl Anton, Preußens Ministerpräsidenten der „Neuen Ära". Von Werthern beteuert, daß er den Namen ganz allein von sich aus ohne irgendwelche Fühlung oder Verständigung mit seiner Regierung genannt habe, und das ist sicher in vollem Umfange wahr, zweifelhaft dagegen, ob hier wirklich zum ersten Male von einem Hohenzollern als zukünftigem spanischen Könige die Rede war.

Isabellas Regiment ist im September 1868 zu Ende gegangen. Zu den Kandidaturen, die alsbald in der Presse erörtert wurden, gehörte im nächsten Monat auch schon die eines hohenzollernschen Prinzen. Die Sache war damit weltkundig, wenn sie auch, wie es mit Preßerörterungen zu geschehen pflegt, rasch wieder aus dem Gesichtskreis verschwand. In einem Leitartikel der Madrider Zeitung „Epoca" hat Salazar am 6. Februar 1869 darauf hingewiesen, welche Bedeutung die Kandidatur für den iberischen Gedanken, den dereinstigen Zusammenschluß Spaniens und Portugals, habe. Leopolds Gemahlin Antonia war die Schwester des regierenden Königs von Por-

tugal, Ludwigs I.; Leopolds Schwester Stephanie war mit dessen Vorgänger und älterem Bruder Peter V. vermählt gewesen.

Daß ein Hohenzoller möglicher-, ja wahrscheinlicherweise auf Widerspruch bei der französischen Regierung stoßen werde, ist sogleich beim ersten Erörtern der Frage in der Presse wie sonst bemerkt worden. Man hat bald in Paris Anlaß gefunden, sich näher mit ihr zu beschäftigen. Am 27. März berichtete Benedetti aus Berlin dorthin, daß der spanische Gesandte in Wien, Rancès y Villanueva, der bis kurz vor Isabellas Vertreibung Gesandter in Berlin gewesen war, dort einen Besuch gemacht habe, angeblich zu Königs Geburtstag. Er wirft die Frage auf, ob das etwa im Zusammenhang stehe mit einer Kandidatur Hohenzollern. Rancès habe zweimal Bismarck besucht, zu welchem Zweck habe nicht in Erfahrung gebracht werden können. Am 31. hat Benedetti auf telegraphische Anweisung von Paris versucht festzustellen, ob die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ernsthaft gemeint sei.

Bismarck war auf einige Tage nach Varzin gereist; so fragte der Gesandte beim Unterstaatssekretär an. Thile verneinte auf das entschiedenste, daß zwischen Bismarck und Rancès über diese Angelegenheit verhandelt worden sei, und versicherte auf das bestimmteste, daß ihm nichts von einem solchen Plane bekannt sei; er bekräftigte das unaufgefordert mit seinem Ehrenwort. In seinem Bericht schenkt Benedetti den Worten Thiles auch unbedingt Glauben, zieht aber in Zweifel, daß Thile stets in Bismarcks Absichten vollständig eingeweiht sei. Er ward einige Tage später nach Paris befohlen und hat die Sache mit dem Kaiser besprochen, welcher der Meinung war, daß man einer solchen Kandidatur zuvorkommen müsse. Er hat seinen Gesandten beauftragt, Bismarck selbst darauf anzusprechen.

Das ist geschehen. Am 11. Mai berichtet Benedetti über seine Unterredung mit Bismarck. Der habe nicht geleugnet, daß er die Frage mit dem König und mit Karl Anton von Hohenzollern erörtert habe; aber beide hätten wenig Meinung für die Sache wegen der großen inneren Schwierigkeiten Spaniens; der König werde entschieden abraten; der Fürst sei durch die Erfahrungen mit dem jüngeren Sohne Karl (seit Mai 1866 Fürst von Rumänien) gewitzigt, da sein Vermögen stark in Anspruch genommen werde. Bismarck erkannte an, daß der Prinz die spanische Krone nicht annehmen

könne ohne Genehmigung des Königs; aber er vermied zu erklären, daß der König eine solche Genehmigung versagen werde, obgleich Benedetti wiederholte Versuche in der Richtung machte. Er kam nur immer wieder darauf zurück, daß die Schwierigkeiten sehr groß seien, die Annahme der Kandidatur nicht ratsam erscheine. Er ließ anderseits einfließen, daß Prinz Friedrich Karl nicht abgeneigt gewesen sein würde, sein Glück zu versuchen; es stehe ihm aber das unübersteigliche Hindernis der Religion entgegen, das in Spanien selbst durch eine Konversion nicht überwunden werden könne. Auch würde der Prinz, ein so ausgezeichneter Militär er sei, kaum Herr der politischen Schwierigkeiten werden. Näheres über diese Kandidatur und ihre Umstände mitzuteilen, ließ sich Bismarck nicht herbei.

Benedetti setzt seinem Bericht hinzu, wenn man Bismarcks Worten glaube, müsse man notwendig auf den Gedanken kommen, daß dem Prinzen kein Anerbieten gemacht worden sei oder wenigstens, daß er es ungünstig aufgenommen habe. Tatsächlich war auch ein Anerbieten noch nicht gemacht.

Die Lage wird durch die wiedergegebenen Äußerungen völlig klar. Man würde sie ganz und gar falsch auslegen, wollte man aus ihnen herauslesen, daß Bismarck irgendwie an dem Aufkommen der hohenzollernschen Kandidatur beteiligt gewesen sei. Sie ist ohne sein Zutun zustande gekommen. Er hat sich aber, als sie vorhanden war, nicht veranlaßt gesehen, ihr entgegenzuwirken. Daß er anderseits bereit gewesen sei, sie zu fördern und zur vollen Entwicklung zu bringen, darf man seinen Äußerungen im Mai 1869 nicht entnehmen. Er handelte genau so, wie er in seiner Stellung mußte. Es entging ihm so wenig wie anderen, daß in dieser Kandidatur für die französische Regierung ein Moment der Beunruhigung lag; es kam ja auch schon in der Tatsache der Anfrage zum deutlichen Ausdruck. Aber er hatte nicht den geringsten Anlaß, dem Hergange diese Seite seiner Bedeutung zu nehmen oder sie auch nur abzuschwächen. Ja, er durfte das als Staatsmann gar nicht. Die Beziehungen der beiden Regierungen waren äußerlich korrekt; aber beide wußten, daß die Ziele ihrer Politik in einem Gegensatz standen, dessen friedlicher Ausgleich wenig wahrscheinlich war. Auch Benedetti gibt der Überzeugung Ausdruck, Deutschland könne sich

nicht weiter einigen ohne Frankreichs Zustimmung und Mitwirkung. Da war es Bismarcks Pflicht, keinen Vorteil aus der Hand zu geben, der gegnerischen Regierung nirgends eine Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen. Auch konnte er seinen König nicht binden.

Die Lage ist von der französischen Regierung auch richtig erfaßt worden. Am Tage vor der Besprechung mit Bismarck hat der französische Minister des Auswärtigen bei Benedetti noch telegraphisch angefragt, ob Prinz Leopold in Lissabon gewesen sei, und die Antwort erhalten, daß das nicht wahrscheinlich, aber mit Sicherheit nicht festzustellen sei. Dann hat man die Sache ruhen lassen. Im vollen Einverständnis mit seiner Regierung hat Benedetti sich um weitere Auskunft oder Zusagen nicht bemüht, und bis zu den Vorgängen in Ems, im Juli 1870, ist die hohenzollernsche Kandidatur nicht wieder Gegenstand von Besprechungen zwischen französischen und deutschen Staatsmännern gewesen.

Und das, obgleich der französischen Regierung inzwischen bekannt wurde, daß die Sache anfing, festere Gestalt zu gewinnen. Im September 1869 ist sie an die Hohenzollern selbst herangetreten. Salazar hat in Erinnerung an das Gespräch von Biarritz den Grafen von Werthern in München aufgesucht und ihn um Einführung bei Karl Anton von Hohenzollern gebeten. Er hatte vom Ministerpräsidenten, General Prim, den Auftrag erhalten, den Fürsten um Genehmigung einer Kandidatur des Prinzen Leopold zu bitten. Werthern hat den Spanier am 16. September auf die Weinburg bei Rorschach am Bodensee begleitet, wo Karl Anton sich aufhielt. Salazar wurde empfangen, und das Ergebnis einer mehrstündigen Unterredung war, daß der Fürst den Antrag in Erwägung ziehen wollte. Werthern ist am Abend des folgenden Tages nach München zurückgekehrt, Salazar in der Nähe geblieben. Er hat weiter mit dem Fürsten und nicht nur mit dem Erbprinzen, sondern auch mit Karl von Rumänien verhandelt, der gerade anwesend war. Karl hat es abgelehnt, die Donaufürstentümer mit Spanien zu vertauschen, Leopold nach dem Zeugnis seines Bruders nicht allzuviel Neigung gezeigt, eine Absage aber nicht erteilt. So hat Salazar die Hoffnung nicht aufgegeben. Im Gegenteil, er schrieb am 20. an Graf Werthern nach München: „Ich gehe morgen, von meiner Reise wohl befriedigt, nach Paris. Um jeden Anschein einer Drohung gegen Frank-

reich[1] zu vermeiden, werden wir uns bemühen, dem Kaiser die Kandidatur annehmbar zu machen. Es bleibt dann nur noch nötig, daß König Wilhelm sie annimmt".

Salazar ist in Paris gewesen, und auch Prim ist dorthin gekommen, von dem Salazar im Badeorte Vichy (Dep. Alliers) seinen Auftrag empfangen hatte. In einer Unterhaltung mit dem Kaiser hat dieser gegen Prim geäußert: „Warum sollten sie nicht an den Prinzen von Hohenzollern denken, der mein Verwandter ist?" Leopolds Großmutter, Großherzogin Stephanie von Baden, und Napoleons III. Mutter, Königin Hortense von Holland, waren Geschwisterkinder, Töchter von Claude bzw. Alexander Beauharnais. Bald darauf ist auch Benedetti nach Paris gekommen. Am 11. Oktober hat er Karl von Rumänien aufgesucht, der dort einige Tage weilte, auch den Kaiser zweimal sah. Drouyn de l'Huys, der kurz zuvor aus der Leitung des Ministeriums des Äußern geschieden war, hat den Kaiser brieflich auf die Kandidatur aufmerksam gemacht. Allerdings war Leopold damals nicht der einzige Kandidat. Aber es kann nicht ernstlich bezweifelt werden, daß die französische Regierung über den Stand der Dinge unterrichtet war, Anlaß, ihn zum Gegenstand von Erörterungen mit der norddeutschen Bundesleitung zu machen, aber nicht gefunden hat. Prinz Leopold hat das im August 1870 noch ausdrücklich und mit berechtigtem Unwillen über das spätere Auftreten Napoleons hervorgehoben.

Salazars Hoffnungen haben sich zunächst nicht erfüllt. In Sigmaringen konnte man sich nicht entschließen, zuzustimmen, spanischerseits aber führte man auch noch andere Verhandlungen, insbesondere mit zwei Prinzen des Hauses Savoyen. Erst als sie ergebnislos verlaufen waren, ist man nachdrücklicher auf die hohenzollernsche Möglichkeit zurückgekommen. Mitte Februar 1870 sind Briefe Prims nicht nur an den Fürsten und Erbprinzen, sondern auch an den König von Preußen und Graf Bismarck gegangen. Damit war der Schwerpunkt der Verhandlungen nach Berlin verlegt. Bismarck hat jetzt bestimmter Stellung genommen.

[1] Im Briefe heißt es menace à la *Prusse;* ich halte das für einen Schreibfehler, nicht, wie Fester, Neue Beiträge zur hohenzollernschen Thronkandidatur in Spanien S. 29 möchte, für beabsichtigt.

Salazar war wieder Überbringer der Briefe. Ihn zu empfangen, lehnte König Wilhelm ab; er wies ihn an den Kanzler. Der ist alsbald mit großer Wärme für Annahme eingetreten. In einer Denkschrift hat er dem Könige dargelegt, daß die Sache für Deutschland von großer Bedeutung sei; politisch sei es unschätzbar, im Rücken Frankreichs ein befreundetes Land zu haben; auch wirtschaftlich dürften sich Spanien wie Deutschland Vorteile versprechen. Er hat die entgegenstehenden Bedenken doch nicht zu zerstreuen vermocht. Der König blieb dabei, dem Erbprinzen die Entscheidung zu überlassen, die er nicht zu beeinflussen wünsche.

Am 15. März hat dann in dieser „höchst wichtigen Familienangelegenheit", wie Karl Anton schreibt, im Anschluß an ein Herrenessen, das der Fürst einem kleinen Kreise gab, unter Vorsitz des Königs eine Beratung stattgefunden, an der außer dem Kronprinzen und den beiden Hohenzollern Bismarck, Roon, Moltke, Schweinitz (Gesandter in Wien), Thile und Delbrück teilnahmen. Die Herren sprachen sich einstimmig für die Kandidatur aus; sie sei die Erfüllung einer preußisch-patriotischen Pflicht. Trotzdem hat Leopold am nächsten Tage „aus vielen Gründen, nach schweren Kämpfen" erklärt, daß er ablehnen müsse. Vom Vater ist dann sein dritter Sohn, Friedrich, vorgeschlagen worden. Er hielt sich gerade in Italien auf und wurde von dort herbeigerufen. Auf die Benachrichtigung von diesen Hergängen hat Karl aus Bukarest geantwortet, er „hoffe noch immer, daß Leopold sein letztes Wort in dieser spanischen Angelegenheit noch nicht gesprochen habe".

Und so ist es gekommen. Auch Friedrich hat nach längerem Schwanken am 21. April abgelehnt. Karl Anton schreibt am nächsten Tage: „Ein großer historischer Moment ist für das Haus Hohenzollern verloren gegangen. Hätte der König befohlen, so würde Friedrich gehorcht haben. Hiermit wäre diese Sache abgetan, und die äußerst interessanten Verhandlungen können bei den Akten ruhig schlafen, bis in ferner Zukunft einmal ein Historiker die Geschichte unseres Hauses schreiben wird".

Inzwischen aber hatte Bismarck die Sache in die Hand genommen.

Am 3. April hat er den Major von Versen, einen vielgewandten und auf abenteuerlichen Fahrten in Südamerika mit dem Spanischen vertraut gewordenen Reiteroffizier, unter Mitwissen und Billigung des Königs zu-

sammen mit seiner „rechten Hand", Lothar Bucher, nach Spanien geschickt. Sie sind dort außerordentlich freundlich aufgenommen worden. Als sie am 6. Mai nach Berlin zurückkehrten, hatten sie die Überzeugung gewonnen, daß die Annahme der Kandidatur dringend zu empfehlen sei. Bismarck weilte krank in Varzin. Versen hat am 12. Mai dem Könige Bericht erstattet, ist dann aber angewiesen worden, in seine Garnison Posen zurückzukehren. Dem Monarchen erschien der Bericht infolge des freundlichen Empfanges zu rosig gefärbt. Versen durfte doch seine Auffassung noch dem Kronprinzen vortragen, und dieser hat ihm am 20. einen Brief an Karl Anton gegeben, mit dem er nach Düsseldorf und, da er dort den Fürsten nicht traf, weiter nach Nauheim reiste. Er hatte in Düsseldorf aber den Erbprinzen gesprochen, der gewisser Skrupel in betreff seiner Verpflichtung gegen das hohenzollernsche Haus und Spaniens Volk nie recht Herr geworden war. Mit Briefen von ihm und dem Vater konnte er zum Kronprinzen zurückkehren, der den Sohn völlig umstimmen und die Sache beim Könige vertreten sollte. Inzwischen war am 21. Mai Bismarck nach Berlin zurückgekehrt: er war durch Bucher wohl schon von allem unterrichtet. Versen hat er jetzt im Reichstag gesprochen. Er hat an Karl Anton geschrieben, daß er ungesäumt auf Leopold einwirken möge, sich im Interesse Deutschlands für die Annahme zu entscheiden. Am 4. Juni von Ems zurückgekehrt, hat er Bucher zum zweiten Male nach Spanien geschickt, doch nur mit mündlichen Aufträgen und mit der gemessenen Weisung, den König und die Königliche Regierung aus dem Spiele zu lassen, die Sache allein mit den Hohenzollern zu regeln.

In der zweiten Hälfte des Juni ist dann in Sigmaringen der entscheidende Entschluß gefaßt worden.

Dorthin hatte Versen den Erbprinzen von Reichenhall geholt; auch Bucher war dort. Salazar ist am 19. Juni ebenfalls gekommen. Am 23. konnte er mit der Zusage der Annahme nach Madrid reisen.

Aus Ems, wo König Wilhelm vom 20. an weilte, war dessen Genehmigung eingeholt worden; Bucher hatte Leopolds Schreiben dorthin gebracht. Die Zustimmung war in der Form gegeben, daß der König nicht glaube hindern zu können; „er wollte nicht die Verantwortung übernehmen, die Annahme zu verbieten".

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Bismarck vom März oder auch schon vom Februar 1870 an die Annahme der Kandidatur mit einem gewissen Nachdruck betrieben hat. Seine Haltung war eine wesentlich andere als vor einem Jahre. Aus dem Zuwarten war ein tätiges Eingreifen geworden. Man kann es quellenmäßig nicht belegen; aber solange nicht das Gegenteil klar erwiesen ist, muß als eine Tatsache gelten, daß diese Änderung im Zusammenhang steht mit dem Wandel in der allgemeinen politischen Lage. Bei einem Staatsmann — und Bismarck darf nur als solcher beurteilt werden — versteht sich das von selbst. Er hat anfangs mit der Möglichkeit eines spanisch-französischen Bündnisses gerechnet. In diesem Sinne hat er die Revolution im September 1868 als ein „wirksames Zugpflaster zugunsten des Friedens" bezeichnet. Die Verhandlungen über ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis steigerten den Wert guter Beziehungen zu Spanien; sie verdichteten sich im Februar 1870 zu Versuchen, militärische Verabredungen zu treffen. Der hätte ein schlechter Leiter der preußisch-norddeutschen Politik sein müssen, der demgegenüber sich nicht bemüht hätte, die eigene Position zu stärken. Am 9. März hat Bismarck den Wunsch ausgesprochen, daß die Zeitungen den verlängerten Aufenthalt des Erzherzogs Albrecht in Paris beachten möchten. Am 21. März berichtet Benedetti an seinen Minister, Bismarck habe ihm gesagt, der König habe viermal an einem Tage an ihn geschrieben, weil er beunruhigt gewesen sei durch eine Nachricht des Herrn von Usedom, die den Glauben erwecke, daß Italien mit Frankreich geheime Verhandlungen führe, denen Österreich nicht fremd bleibe. Wenn Benedetti hinzufügt, daß das leider völlig unbegründet sei, so beweist das nur, wie wenig der Gesandte — nach Napoleons Brauch — über dessen politische Schritte unterrichtet war.

Man kann entgegnen, daß ein hohenzollernscher König auf Spaniens Thron keine erhebliche Stärkung der deutschen Stellung bedeutet haben würde, obgleich Bismarcks Äußerung, daß es „unschätzbar sei, im Rücken Frankreichs ein freundliches Land zu haben", dem gegenübersteht. Wer so urteilt, wird leicht auf den Gedanken kommen, daß Bismarck weniger eine Stärkung Deutschlands als eine Brüskierung Frankreichs erstrebt habe. Man hat ihn beschuldigt, er habe zum Kriege reizen wollen, weil er von Deutschlands militärischer Überlegenheit überzeugt gewesen sei. Bei den

Franzosen und zahlreichen anderen Deutschfeinden gilt das als eine erwiesene Tatsache. Dem muß unbefangene Forschung auf das entschiedenste widersprechen; von Beweisen kann nicht die Rede sein. Aber auch wenn diese Hypothese richtig wäre, würde sie irgend welchen Vorwurf rechtfertigen? Einigung Deutschlands und Friede mit Frankreich waren zwei völlig unvereinbare Dinge. Bismarck hat sich wiederholt gegen Vorbeugungskriege ausgesprochen. Aber diese Bezeichnung paßt doch nur — Bismarck hat sie nie anders gebraucht — auf Kriege, die begonnen werden, eine Macht schwach zu erhalten oder unschädlich zu machen, von der man Feindseligkeiten erwartet. Carthaginem esse delendam ist das klassische Beispiel für einen Vorbeugungskrieg. 1870 handelte es sich um einen Krieg, der nicht nur unvermeidlich war, der von beiden Seiten auch so angesehen wurde. Da war es Pflicht beider Teile, sich den für jeden günstigen Zeitpunkt zu sichern. Wenn Bismarck das angestrebt und erreicht hat, so ist das sein Verdienst, nicht seine Schuld. Frankreich erstrebte mit seinen Bündnissen das gleiche, hatte nur keinen Erfolg. Seine Pläne wurden von Bismarck durchkreuzt. Unser Volk ist ihm dafür zu Dank, zu größtem Dank verpflichtet. Der Deutsche, der die fremden Anschuldigungen gedankenlos oder auf Grund krankhaften Unparteilichkeitsstrebens nachbetet, versündigt sich an seinem Vaterlande.

Man kann auf den Gedanken kommen, daß Bismarck von vornherein seine Hand im Spiele gehabt habe, daß er insbesondere den Anstoß gegeben habe zu den neuen Versuchen der Spanier bald nach Beginn des Jahres 1870. Irgendwelche Beweise sind dafür schlechterdings nicht zu erbringen. Aber auch wenn sie vorhanden wären, würden sie vollen Anlaß geben, Bismarcks Umsicht und Geschick zu rühmen, nicht, sein Verhalten zu tadeln. Es wäre wahrlich nichts Unstatthaftes gewesen, sondern nur ein Beleg, daß er staatsmännisch zu denken und zu handeln verstand. Er hat es während seiner Gesandtenzeit der preußischen Politik mehr als einmal zum schweren Vorwurf gemacht, daß sie keine positiven und offensiven Ziele habe; er hat darauf hingewiesen, daß es nicht genüge, sich gegen Bestrebungen der Gegner zu wehren, sondern daß man ihnen selbst Aufgaben stellen müsse. Die hohenzollernsche Thronkandidatur bedeutete nach Bismarcks Auffassung für Deutschland einen Vorteil. Da mußte es für ihn gleichgültig sein, wie

Frankreich sie aufnahm. Er hatte keinerlei Anlaß, Rücksicht zu nehmen auf eine Macht, von der er wußte, daß sie ein unversöhnlicher Feind der deutschen Einigung war, Rücksichtnahme wäre ja doch nur als Furcht und Schwäche ausgelegt worden. Bismarck aber hat gerade in diesen Tagen mit vollem Recht wieder und wieder betont, daß man unter keinen Umständen die Vorstellung aufkommen lassen dürfe, als fürchte sich Preußen.



3. Frankreichs Einspruch. Die Emser Depesche.

Dieser Haltung ist Bismarck, wie ja von ihm auch gar nicht anders erwartet werden konnte, auch im weiteren Verfolg der Dinge unentwegt treu geblieben. Sein Tun trägt in allen großen Fragen immer den Charakter geschlossenster Einheitlichkeit.

Ein Zufall hat verhindert, daß der Annahme der Kandidatur alsbald die Wahl folgte. Salazar hatte seine Ankunft in Madrid für den 26. Juni angekündigt; eine Verstümmelung der Depesche machte daraus den 9. Juli. So waren die Cortes bis Ende Oktober vertagt worden. Ohne diesen Zwischenfall wäre Frankreich vor eine vollendete Tatsache gestellt worden; es hat ihm aber die bevorstehende Verwirklichung des Planes als Kriegsfall genügt.

Karl Anton und Leopold haben stets in Abrede gestellt, daß ihre Schritte in irgendwelcher feindlichen Absicht gegen Frankreich unternommen worden seien, und an der Aufrichtigkeit dieser Erklärungen ist nicht zu zweifeln. Es ist in Frankreich auch nicht unbekannt geblieben, daß die besprochenen Verhandlungen geführt wurden und ein Ergebnis in Aussicht stand. Äußerungen, die Prim am 11. Juni in einer Sitzung der Cortes getan hat, sind allgemein nicht anders aufgefaßt worden. Trotzdem glaubte der Leiter der französischen Politik, seit dem 15. Mai der bisherige Botschafter in Wien, Herzog von

Gramont, der „größte Dummkopf Europas", wie ihn Bismarck genannt hat, den völlig Überraschten spielen zu sollen, als ihm amtliche Mitteilung zuging.

Die ist ihm bekanntlich in doppelter Weise geworden. Da die vertagten Cortes zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen werden mußten, die Wahl vorzunehmen, ließ sich die Sache nicht länger geheimhalten. So hat Prim am 2. Juli abends dem französischen Botschafter in Madrid, Mercier, Mitteilung gemacht, am nächsten Tage im Auftrage Prims der spanische Botschafter in Paris, Olozaga, der französischen Regierung. Zugleich brachte die Agentur Havas die Nachricht aus Madrid.

In doppelter Form ist auch Gramont sofort an die preußische Regierung herangetreten, mittels Anfrage des französischen Geschäftsträgers in Berlin, Le Sourd, der den beurlaubten Benedetti vertrat, im Auswärtigen Amt bei Thile und in einem Gespräch mit dem norddeutschen Botschafter in Paris, Freiherrn von Werther, der im Begriffe stand, am 5. in Urlaub nach Ems zu gehen, und ersucht wurde, von dort zu berichten. Ehe noch von einer der beiden Stellen Bescheid kommen konnte, hat Gramont am 6. im gesetzgebenden Körper in Beantwortung der bestellten Interpellation Cochery die bekannte Erklärung abgegeben, die von „der fremden Macht sprach, die einen ihrer Prinzen auf den Thron Karls V. setze", und von dem Entschluß der Regierung, „ihre Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwäche zu erfüllen".

Es ist nebensächlich, wie diese Erklärung zustande gekommen ist, wer ihre Urheber sind, oder was zu solcher Schroffheit des Auftretens veranlaßt hat. Klar ist, daß diese Verbindung von Anschuldigung und Drohung zu einer diplomatischen Niederlage Preußens führen mußte oder zum Kriege. Dem gaben Mitglieder der radikalen Opposition in der Kammer sogleich Ausdruck: „Der Minister des Äußern hat zugleich den König von Spanien ernannt und den Krieg erklärt". Nur durch einen Rückzug hätte man noch dem Äußersten entgehen können. Einen solchen verbot aber Frankreichs innere Lage; hätte man sich dazu entschließen wollen, so wäre das dritte Kaiserreich wohl unhaltbar geworden. Daß die Schroffheit hätte vermieden werden können, bedarf keiner Erörterung. Bismarck hat am 16. Juli in seiner Erklärung an den Bundesrat das Richtige gesagt: „Hätte dem fran-

zösischen Kabinett allein daran gelegen, zur Beseitigung dieser Kandidatur die guten Dienste Preußens in Anspruch zu nehmen, so hätte sich denselben in einem vertraulichen Benehmen mit der preußischen Regierung dazu der einfachste und geeignetste Weg dargeboten". Aber man gefiel sich darin, „das Kaudinische Joch für Preußen bereit" zu halten.

Die Ereignisse haben sich bekanntlich außerordentlich rasch entwickelt. Gramont brannte vor Ungeduld, sie zu schneller Entscheidung zu treiben. Er wollte durchaus die preußische Regierung treffen. Am 8. reiste Benedetti auf seine Weisung von Wildbad, wo er in Urlaub war, nach Ems; am nächsten Tage hatte er Audienz. König Wilhelm nahm sofort klar Stellung. Er wollte keinen Krieg, aber ebensowenig wollte er Gramont zu dem erwünschten Triumph verhelfen. Benedetti mußte sich sagen lassen, daß die preußische Regierung den Verhandlungen durchaus fernstehe, daß der König nur als Haupt der Familie beteiligt sei, daß er sich bei Karl Anton und Leopold erkundigen werde, was sie zu tun gedächten, und die Antwort dem Gesandten sogleich mitteilen.

Die Antwort hat auf sich warten lassen, da der Erbprinz auf einer Alpenreise war. Am 11. wurde Benedetti eine zweite Audienz bewilligt. Gramont drängte, den König dahin zu bringen, daß er die Annahme der Kandidatur ausdrücklich verbiete. Natürlich gelang das nicht. Der König kam aber entgegen, indem er noch an demselben Tage Werther nach Paris sandte. Der Gesandte ist dort am nächsten Mittag angekommen und gegen 3 Uhr bei Gramont gewesen. Zu der Unterredung ist der spanische Botschafter hinzugekommen mit der Nachricht, daß soeben ein Telegramm Karl Antons eingetroffen sei mit der Meldung, daß Leopold von der Kandidatur zurücktrete, um „eine untergeordnete Familienangelegenheit nicht zu einem Kriegsvorwande heranreifen zu lassen". Es ist möglich, vielleicht wahrscheinlich, daß dieser Entschluß gefaßt worden ist auf Anraten des Königs. Er hatte die Annahme nie befürwortet, sie nur geschehen lassen und wollte ehrlich den Frieden. Aber der war durch dieses Entgegenkommen nicht mehr zu erhalten.

Unmittelbar bevor Werther bei Gramont erschienen war, hatte dieser, schon unterrichtet von Werthers Ankunft, an Benedetti in Ems telegraphiert,

unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß ein Verzicht des Prinzen von Hohenzollern übergeben werde durch den König von Preußen. So erklärten er und Ollivier dem Botschafter, daß der Verzicht des Prinzen Nebensache sei; sie verlangten einen Brief des Königs an den Kaiser, daß Se. Majestät, indem sie den Prinzen zur Annahme der Krone ermächtigt habe, nicht habe glauben können, den Interessen oder der Würde der französischen Nation entgegenzutreten. Von einer Zusicherung für die Zukunft ist im Gespräch noch nicht die Rede gewesen.

Eine solche zu fordern, ist aber Benedetti noch selbigen Abends angewiesen worden. Ob und wie da Napoleon selber entscheidend eingegriffen hat, auch wie weit er mit dem Verhalten Gramonts in den voraufgegangenen Tagen einverstanden oder gar selbst die treibende Kraft war, ist eine Frage, die mit voller Sicherheit und Klarheit zur Zeit nicht beantwortet werden kann, vielleicht nie beantwortet werden wird. Es war die Forderung, die zum Bruche führte und führen mußte.

Am nächsten Tage (13. Juli) spielten sich die bekannten Hergänge in Ems ab. Am Morgen brachte ein Extrablatt der Kölnischen Zeitung die Nachricht von Leopolds Rücktritt. Der König, dem es durch Abeken überbracht wurde, hat es sofort dem Botschafter zustellen lassen, der „sagen ließ, daß er die Nachricht schon gestern Abend aus Paris erhalten hätte“. Als der König ihm auf der Promenade begegnete, redete er ihn an und fügte, als Benedetti bemerkte, daß ihm das schon telegraphisch aus Paris gemeldet sei, hinzu, daß er die Sache nun als erledigt ansehe. Der erhaltenen Weisung folgend, brachte Benedetti jetzt aber die Forderung vor, daß der König bestimmt versichere, niemals wieder seine Zustimmung zu einem solchen Plane geben zu wollen. Er wiederholte sie dringender, als sie abgelehnt wurde, bat zweimal, ihre Bewilligung nach Paris telegraphieren zu dürfen. Der König hat das verweigert und das Gespräch abgebrochen. Es ist die berühmte Szene, die sich dem Volksbewußtsein eingeprägt hat. Sie vollzog sich durchaus in höflicher Form, wenn auch die Dauer und die geahnte Wichtigkeit des Gesprächs das anwesende Publikum aufmerksam machten. Benedetti hat recht, wenn er bemerkt: „Es gab da weder Beleidiger noch Beleidigten“. Er ist persönlich der Meinung gewesen, daß man mit dem geschehenen Verzicht hätte zufrieden sein sollen.

Im Laufe des Vormittags ist dann Werthers Bericht über seine Unterredung mit Gramont eingetroffen. Es verlautete auch von weiteren Forderungen Frankreichs betreffend die dauernde Trennung des Südens, Mainz und Nordschleswig; Gramont hatte geäußert, es „gelte jetzt, die dauernde Verstimmung zwischen Frankreich und Deutschland zu beseitigen". Das war nicht geeignet, des Königs Stimmung zu verbessern. Gegen 1 Uhr kam aus Sigmaringen Karl Antons Brief mit näheren Nachrichten über den Verzicht. Der König hatte Tags zuvor Benedetti versprochen, daß er ihn rufen lassen werde, sobald dieser Bericht eintreffe. Er beschloß jetzt, den Botschafter nicht mehr zu empfangen; durch den Adjutanten vom Dienst ließ er ihm die in Aussicht gestellte Mitteilung machen. Darauf hat Benedetti, angespornt durch eine neue Depesche Gramonts, wiederum verlangt, daß der König den Verzicht des Prinzen gutheiße und die Versicherung für die Zukunft gebe. Durch den Adjutanten ist ihm der Bescheid geworden, daß der König die Verzichtleistung billige in demselben Sinne und demselben Umfange, wie das früher mit der Annahme der Kandidatur geschehen sei, in betreff der Bürgschaft für die Zukunft aber auf die Erwiderung vom Vormittag verweise. Ein im Laufe des Nachmittags nochmals von Benedetti gestelltes Gesuch um Audienz ist abschlägig beschieden worden.

Inzwischen (3 Uhr 50) war eine Depesche nach Berlin abgegangen, die dort kurz nach 6 eintraf. Sie stellte am Schluß dem Bundeskanzler „anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden solle". Bismarck trat jetzt in volle Aktion.

Von Sigmaringen war Bucher über Ems zu ihm nach Varzin gereist. Der Kanzler war also über die Annahme der Kandidatur aufs beste unterrichtet, wie er auch über den Gang der Unterhandlung offenbar stets auf dem laufenden erhalten worden ist. Daß die Annahme so plötzlich Anlaß zum Kriege werden sollte, kam ihm doch völlig überraschend. Das brüske Auftreten Gramonts hat er nicht voraussehen können. Selbst wer sich in der Annahme gefällt, daß er einen Kriegsfall hat schaffen wollen, wird nicht leugnen können, daß ihm der Erfolg unerwartet kam. Am 26. Juni

äußerte er Herrn von Schlözer gegenüber, daß er einem völlig ruhigen Sommer entgegensehe; auch nach Gramonts Kaiserrede wünschte er noch, daß ihm von Ems her nicht „zuviel Tinte in seinen Karlsbader Mühlbrunnen gegossen werde". Aus seinen Äußerungen über die Kandidatur geht mit Deutlichkeit hervor, daß sie ihm wohl als ein Vorteil Deutschlands erschien, und daß er sie als solchen nicht aus Rücksicht auf Frankreich aufgeben wollte, nicht aber als eine ernstere Gefährdung des Nachbarreiches oder seiner regierenden Dynastie. Wenn die seit dem Frühling geführten Verhandlungen geheim gehalten worden sind, so ist das geschehen, damit der Plan nicht durchkreuzt werde, nicht aber um Frankreich durch Überraschung zum Kriege zu reizen. Die Angehörigen der hohenzollernschen Familie und die Unterhändler sind ehrlich der Meinung gewesen, daß die Kandidatur dem Kaiser Napoleon und Frankreich nicht ernstlich nachteilig oder mißfällig sein könne.

Gleich am 5. Juli hat Bismarck seinen König telegraphisch gebeten, sich eine ruhige Auffassung der Lage zu bewahren. Als Gramonts Ausfall im französischen gesetzgebenden Körper bekannt wurde, war es ihm klar, daß es erschwert sei, die Sache wieder einzurenken. Er hat, wie sein König in Ems, stets die Stellung eingenommen und hat sie auch später immer vertreten, daß Preußen amtlich mit der Kandidatur nie etwas zu tun gehabt habe. Der König hatte als Angehöriger seines Hauses, Bismarck als Privatmann gehandelt. In Frankreich ist geltend gemacht worden, daß das Volk das nicht unterscheide. Das war richtig; aber es traf nicht nur für Frankreich, sondern auch für Deutschland zu. Gelang es, den König von Preußen an Stelle des hohenzollernschen Prinzen zum Verzicht zu bewegen, so wäre das nicht nur dem französischen, sondern auch dem deutschen Volke als ein Erfolg Frankreichs, eine Niederlage Preußens erschienen. Das hatte der Leiter der norddeutschen Politik unter allen Umständen zu vermeiden. Es wäre ein Schlag gewesen, den Preußens „deutscher Beruf" in Jahrzehnten nicht verwunden haben würde. Denn noch waren die Neider und Hasser der norddeutschen Vormacht in Deutschland überaus zahlreich. Es verstand sich also von selbst, daß sie keinen Schritt zurückweichen durfte.

Von französischer Seite ist immer und immer wieder betont worden, daß man seine Forderungen stellen müsse des französischen Volkes wegen.

Bismarck hätte nicht Bismarck sein müssen, hätte er dem nicht das deutsche Volksempfinden entgegengestellt. Die amtlichen Blätter durften sich mäßig halten, um eine doch immer noch mögliche Verständigung nicht zu erschweren; die nichtamtliche Presse ward von Varzin aus unermüdlich angespornt, mit mehr Selbstbewußtsein aufzutreten, die Franzosen und ihre Politik nicht zu überschätzen, ihr zudringliches, prahlerisches, rowdymäßiges Auftreten gebührend zu kennzeichnen. Am 8. Juli wurden Thile in Berlin sowie die Geschäftsträger in Paris und London angewiesen, an dem Standpunkt festzuhalten, daß Preußen mit der Kandidatur nichts zu tun habe, und auf das Ungehörige in Gramonts Auftreten hinzuweisen. „Seine Drohungen verschließen uns den Mund. Wir werden keine Händel beginnen; wollen aber die Franzosen uns angreifen, so werden wir uns wehren, wehren, daß ihnen die Augen übergehen."

Lebhafte Sorge erregte in Varzin, daß sich der König trotz des Gramontschen Ausfalls in Unterhandlungen mit Benedetti einließ; er hätte ihn nach Bismarcks Meinung an seine amtlichen Berater verweisen sollen. Daß der König vermittelnd nach Sigmaringen schrieb und dem Gesandten versprach, ihm Mitteilung von der Antwort zu machen, wollte dem Kanzler nicht gefallen. Gar zu leicht konnte das in Frankreich als eine Demütigung ausgelegt werden. Die französische Presse war in diesen Verhandlungstagen ohnehin auf den Ton gestimmt: „Preußen kneift" und fand für diesen Spott in Deutschland nicht nur im bayerischen „Vaterland" und im Stuttgarter „Beobachter" ein Echo. Bismarck ließ nach Ems wissen, sein Gesundheitszustand erlaube ihm wieder zu reisen, und er sei bereit, nach dort zu kommen. Am 11. abends erhielt er von Ems die Aufforderung dazu. Am nächsten Morgen reiste er.

„Als ich durch Wussow fuhr, stand mein Freund, der alte Prediger Mulert, vor der Tür des Pfarrhofes und grüßte mich freundlich; meine Antwort im offenen Wagen war ein Lufthieb in Quart und Terz, und er verstand, daß ich glaubte in den Krieg zu gehen", erzählt Bismarck. Nach zehnstündiger Reise war Berlin erreicht; am gleichen Tage traf Moltke aus Schlesien ein. Noch im Wagen, in den Hof der Kanzlerwohnung einfahrend, erhielt der Kanzler Depeschen, aus denen er ersah, daß der König „mit Benedetti zu verhandeln fortfuhr, ohne ihn in kühler Zurückhaltung an seine Minister zu verweisen. Während des Essens, an dem Moltke und

Roon teilnahmen, traf von der Botschaft in Paris die Meldung ein, daß der Prinz von Hohenzollern der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte. Mein erster Gedanke war, aus dem Dienst zu scheiden, weil ich nach allen beleidigenden Provokationen, die vorhergegangen waren, in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht amtlich verantworten wollte. Dieser Eindruck der Verletzung des nationalen Ehrgefühls durch den aufgezwungenen Rückzug war in mir so vorherrschend, daß ich schon entschlossen war, meinen Rücktritt aus dem Dienst nach Ems zu melden. Ich war sehr niedergeschlagen, denn ich sah kein Mittel, den fressenden Schaden, den ich von einer schüchternen Politik für unsere nationale Stellung befürchtete, wieder gutzumachen, ohne Händel ungeschickt vom Zaun zu brechen und künstlich zu suchen. Ich telegraphierte an die Meinigen nach Varzin, man solle nicht packen, nicht abreisen, ich würde in wenigen Tagen wieder dort sein. Ich glaubte nunmehr an Frieden. Da ich aber die Haltung nicht vertreten wollte, durch welche dieser Friede erkauft gewesen wäre, so gab ich die Reise nach Ems auf und bat Graf Eulenburg, dorthin zu reisen und Sr. Majestät meine Auffassung vorzutragen. In gleichem Sinne sprach ich auch mit dem Kriegsminister von Roon; wir hätten die französische Ohrfeige weg und wären durch die Nachgiebigkeit in die Lage gebracht, als Händelsucher zu erscheinen, wenn wir zum Kriege schritten, durch den allein wir den Flecken abwaschen könnten. Meine Stellung sei jetzt unhaltbar und das eigentlich schon dadurch geworden, daß der König den französischen Botschafter unter dem Drucke von Drohungen vier Tage hinter einander in Audienz empfangen und seine monarchische Person der unverschämten Bearbeitung durch diesen fremden Agenten ohne geschäftlichen Beistand exponiert habe. Zum Rücktritt entschlossen trotz der Vorwürfe, die mir Roon darüber machte, lud ich ihn und Moltke zum 13. ein, mit mir zu drei zu speisen, und teilte ihnen bei Tische meine An- und Absichten mit".

So berichtet Bismarck.

Während die Herren bei einander waren, kam aus der Kanzlei — es war etwas nach 6 Uhr — die Meldung, daß ein aus Ems eingetroffenes Telegramm entziffert werde. Bismarck hatte inzwischen von Werther erfahren,

was ihm in Paris zugemutet worden war, und hatte die Nachricht sofort mit einem scharfen Tadel, daß eine solche Mitteilung überhaupt entgegengenommen worden sei, und mit der Weisung beantwortet, unverzüglich den erteilten Urlaub anzutreten. Er hatte mittags auch dem englischen Botschafter, Lord Loftus, auseinandergesetzt, daß man sich genötigt sehe, von Gramont Erklärungen über seine Drohungen zu fordern. Das Telegramm eröffnete eine neue Möglichkeit, den Gegner zur Rechenschaft zu ziehen und ihn vor die Wahl: Demütigung oder Krieg zu stellen.

Der Wortlaut des Telegramms ist unendlich oft wiedergegeben worden; er kann hier doch nicht entbehrt werden. Es lautete:

„Se. Majestät der König schreibt mir: ‚Graf Benedetti fing mich auf der Promenade ab, um auf zuletzt sehr zudringliche Art von mir zu verlangen, ich sollte ihn autorisieren, sofort zu telegraphieren, daß ich für alle Zukunft mich verpflichtete, niemals wieder meine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkämen. Ich wies ihn zuletzt etwas ernst zurück, da man à tout jamais dergleichen Engagements nicht nehmen dürfe noch könne. Natürlich sagte ich ihm, daß ich noch nichts erhalten hätte, und da er über Paris und Madrid früher benachrichtigt sei als ich, er wohl einsähe, daß mein Gouvernement wiederum außer Spiel sei.‘ Se. Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten bekommen. Da Se. Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe, mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen, daß Se. Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti aus Paris schon gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe. Se. Majestät stellt Euer Exzellenz anheim, ob nicht die neue Forderung Benedettis und ihre Zurückweisung sogleich sowohl unseren Gesandten als in der Presse mitgeteilt werden sollte“.

Das Telegramm ist von Abeken formuliert. Daß es eine Fassung erhalten hat, die des Königs Unmut deutlich erkennen läßt, auch daß der König sich „auf des Grafen Eulenburg und Abekens Vortrag“ entschlossen hat, Benedetti nicht mehr zu empfangen, das kann man wohl, ohne irrezugehen, schon als eine Folge der Auffassung Bismarcks ansehen, die in Ems durch

den Grafen zur Kenntnis gebracht war. Es hat zuerst eine gewisse Bestürzung hervorgerufen. Bismarck sagt von seinen Gästen: „Ihre Niedergeschlagenheit wurde so tief, daß sie Speise und Trank verschmähten". Des Kanzlers Aufmerksamkeit richtete sich aber alsbald auf den Schluß. Er stellte Moltke einige Fragen die Kriegsbereitschaft betreffend und erhielt die Antwort, daß von einem Hinausschieben des Krieges Frankreich mehr Vorteil haben werde als Deutschland. Er hat dann der königlichen Anheimstellung in der „Emser Depesche" Folge gegeben. Sie lautete:

„Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich Französischen Regierung von der Königlich Spanischen amtlich mitgeteilt worden sind" (darauf legte der König wie sein Kanzler Gewicht!), „hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät den König noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Se. Majestät der König hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Se. Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe".

Die gekürzte Depesche enthält nichts, was nicht schon in der vollständigen gestanden hätte. Sie läßt nur aus, beschränkt sich auf das Wesentliche: Die neue Forderung, die Ablehnung des Empfanges und neuer Eröffnungen. Dazu hatte der Kanzler ein volles Recht. Die Entscheidung über das Ob und Wie der Veröffentlichung war ja in seine Hände gelegt worden. Durchaus zutreffend sagt Bismarck, daß ihre Wirkung „kein Ergebnis stärkerer Worte war, sondern der Form, welche die Kundgebung als eine abschließende erscheinen ließ". Die ursprüngliche war ja gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Er hat sogar noch Schärfen des eingelaufenen Textes beseitigt. Es ist weder von „zuletzt sehr zudringlicher Art" noch von „etwas ernstem Zurückweisen" die Rede. Wenn trotzdem von einer Fälschung gesprochen worden ist, und die alberne Mär noch heute bei Feinden Deutschlands und der Reichsgründung, besonders im Auslande, eifrige Verbreiter und Gläubige findet, so ist das nur ein Beleg, bis zu welchem Grade von Bosheit und Blindheit politischer und nationaler Haß führen kann.

Bismarck bemerkt, daß Moltke, als die „konzentrierte Redaktion“ verlesen war, bemerkt habe: „So hat das einen andern Klang; vorher klang es wie Chamade, jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung“. Das ist richtig. Aber das ist es, was Bismarck wollte und in seiner Stellung wollen mußte. Es ist eine der glänzendsten Leistungen seiner staatsmännischen Meisterschaft, daß er sich dabei nicht „stärkerer Worte“ bediente, sondern sich begnügte, „die Kundgebung als eine abschließende erscheinen zu lassen“, nicht wie ihre Vorlage als ein „Bruchstück einer schwebenden und in Berlin fortzusetzenden Verhandlung“. Er „erläuterte“ sogleich, daß die Übermittlung der Depeschen an alle Gesandtschaften, ihre Ankunft in Paris noch vor Mitternacht „den Eindruck des roten Tuches auf den gallischen Stier machen“ werde und fügte hinzu: „Schlagen müssen wir, wenn wir nicht die Rolle des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen“. Dieser Überzeugung hat er auf der Niederschrift durch die plattdeutsche Randbemerkung Ausdruck gegeben: „Dat walt Gott und kolt Isen“.

Seine Gäste „fanden die Lust zu essen und zu trinken wieder“. Roon sagte: „Der alte Gott lebt noch und wird uns nicht in Schande verkommen lassen“, und Moltke „trat so weit aus seiner gleichmütigen Passivität heraus, daß er sich, mit freudigem Blick gegen die Zimmerdecke und mit Verzicht auf seine sonstige Gemessenheit in Worten, mit der Hand vor die Brust schlug und sagte: ‚Wenn ich das noch erlebe, in solchem Kriege unsere Heere zu führen, so mag gleich nachher die alte Karkasse der Teufel holen‘“. Frankreich stand jetzt unter dem Zwange, zwischen Demütigung oder Krieg zu wählen.

Wer diese Vorgänge als Zeitgenosse mit Bewußtsein miterlebt hat, der weiß, was Bismarcks Vorgehen für unser Volk bedeutete. Man hatte die hohenzollernsche Thronkandidatur bei ihrem ersten Bekanntwerden angesehen als das, was sie in Wirklichkeit war, eine dynastische Frage. Auch wo man eine kriegerische Auseinandersetzung mit Frankreich für unvermeidlich hielt und im Interesse der nationalen Einigung herbeiwünschte, zweifelte man doch, daß gerade diese Frage geeignet sein werde, das deutsche Volk zu sammeln. Gramonts Auftreten vom 6. weckte aber das Gefühl, daß für

Deutschland etwas auf dem Spiele stehe, daß es eine nationale Ehrensache sei, vor Frankreichs Drohungen nicht zurückzuweichen. Es steigerte sich während der Verhandlungen in Ems. Als Prinz Leopolds Verzicht bekannt wurde, griff in weitesten Kreisen eine große Enttäuschung Platz. Was preußenfeindlich war, höhnte und spottete, befriedigt, ja erfreut über Preußens Niederlage; denn als solche ward der Rückzug allgemein empfunden. Dem Verfasser dieses Buches ist es immer im Gedächtnis geblieben, wie der preußengegnerische Gervinus, des Ausgangs in seinem Sinne sicher, dem Studenten in den Heidelberger Schloßanlagen am 13. Juli sagte: „Nun wollen wir sehen, was unsere enragés sagen". Bismarcks Depesche hat die richtige Antwort gegeben. Sie bewirkte einen völligen Umschlag der öffentlichen Meinung. Niemand konnte mehr zweifeln, daß auch Preußens Politik durch einen Willen vertreten war, daß deutsche Ehre unter ihrer Obhut nicht Not leiden werde. Die Wohlgesinnten atmeten wieder auf; die Widerwilligen bekamen Respekt. Es waren diese Stimmungen, welche die Emser Hergänge unter dem Eindruck der Depesche in einem Lichte erscheinen ließen, in dem sie sich doch nicht vollzogen hatten. Im Liede „König Wilhelm saß ganz heiter" spiegelt es sich am besten wider.

Bismarcks Depesche hat auch tatsächlich die Schale des Krieges zum Sinken gebracht. Im Ministerrat, der in Paris am 14., nachdem die Nachricht von der Ablehnung einer Zukunftsversicherung eingetroffen war, unter Vorsitz des Kaisers gehalten wurde, hatte die Friedenspartei die Oberhand. Napoleon fand den Ausweg, auf einem Kongreß die Großmächte sich verpflichten zu lassen, in Zukunft keinem Angehörigen ihrer Dynastien wieder die Annahme einer Thronkandidatur zu gestatten. Man beschloß, entsprechend vorzugehen. Als am Abend aber Versendung und Veröffentlichung der Depesche bekannt wurden, glaubte man Krieg führen zu müssen. Man war mit einem Schlage in eine Lage versetzt, aus der die Regierung ohne schwere Schädigung ihres Ansehens nicht mehr heraus konnte. Die geflissentlich geschürte Aufregung der Massen, der Straße durch die Presse rächte sich. Gramont und Ollivier haben dann am nächsten Tage ihre persönliche Schuld noch dadurch vermehrt, daß sie die Kammer gröblich täuschten, indem sie ihr vorspiegelten, daß die Mitteilung, die in Wirklichkeit an die Vertreter des Norddeutschen Bundes gegangen war, allen auswärtigen Kabinetten

gemacht worden sei, und daß es außer ihr, die durch die Zeitungen jedermann bekannt war, noch eine zweite gebe, die das beweise. Obgleich man über die Vorgänge in Ems durch Benedetti vollkommen unterrichtet war und wußte, daß er sich in keiner Weise beleidigt fühlte, nahm man doch Bismarcks Depesche zur Grundlage für die Darstellung der Hergänge.

Kein Zweifel, daß Bismarcks Formulierung der Emser Depesche nicht weggedacht werden kann aus der Reihe der Anlässe des Deutsch-Französischen Krieges, ja, daß ihr eine wesentliche Bedeutung zuzuschreiben ist. Kann man deshalb sagen, daß er eine Hauptschuld trägt am Kriege?

Wer will, mag das bejahen; aber er mag beileibe keinen Tadel daran knüpfen. Ist er ein Fremder, so beweist er Mangel an Verständnis für die Erfordernisse erfolgreicher Staatslenkung, wenn ein Deutscher, auch noch Mangel an vaterländischem Empfinden. Der Krieg mit Frankreich war unvermeidlich; der Gegner hatte begründete Aussicht, seine Kraft durch Bündnisse zu stärken. Auch für seine militärischen Vorbereitungen hatte er von einem Hinausschieben der Entscheidung den größeren Vorteil. Den hohenzollernschen Verzicht konnte er für sein Ansehen in Europa und insbesondere in Deutschland selbst als einen Erfolg buchen. Dazu kam, daß Gramonts Auftreten in den europäischen Kabinetten nirgends gebilligt wurde, Frankreich sich ins Unrecht gesetzt hatte, besonders seitdem es den geleisteten Verzicht als ungenügend erklärt hatte. Der Leiter der deutschen Politik hatte anderseits keinerlei Anlaß, dem Kriege aus dem Wege zu gehen oder gar ihn zu fürchten. Gegenüber der am 13. vorgebrachten neuen Forderung Gramonts bedurfte er durchaus einer Genugtuung, sollte seine und Preußens Stellung nicht erschüttert, Preußen nicht für lange Zeit unfähig gemacht werden, Deutschland zur Einheit zu führen. Nicht Tadel, nein Dank, unauslöschlichen Dank verdient der Kanzler des Norddeutschen Bundes, daß er mit raschem und richtigem Entschluß die Entscheidung herbeiführte, an der Deutschlands Zukunft hing.

Es würde übrigens falsch sein, wollte man glauben, daß die Empfindungen, mit denen Bismarck dem Gang der Dinge folgte, dem Könige fremd gewesen wären. Seine Friedensliebe hatte ihn bewogen, sich mit Benedetti in Unterhandlungen einzulassen, die sein erster Minister nicht billigte. Sie sind doch völlig verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der König

in der Sache eine Familien-, nicht eine Staatsangelegenheit sah. Er hat geglaubt, ihr diesen Charakter wahren zu müssen, auch als die französische Regierung ihr einen anderen gab. Man kann darüber streiten, ob der König oder sein Minister im Rechte war, und in welchem Augenblicke die Behandlung hätte geändert werden sollen. Sicher ist, daß der König das Ungebührliche des ihm gestellten Ansinnens lebhaft fühlte, vielleicht nicht weniger lebhaft als der Kanzler. Er hat sich darüber am 13. in Briefen an die Königin, die in Koblenz weilte, deutlich ausgesprochen. Er schreibt, daß Benedetti am Morgen „immer dringender und fast impertinent" geworden und wohl instruiert gewesen sei, die Forderung ihm „abzupressen". Über die von Werther berichtete Zumutung sagt er: „Hat man je eine solche Insolenz gesehen? Ich soll also als reuiger Sünder auftreten in dieser Sache, die ich gar nicht angeregt, geführt und geleitet habe, sondern Prim. Leider hat Werther nicht sofort nach solcher Zumutung das Zimmer verlassen und seine Interlokuteure an den Minister Bismarck verwiesen. Leider muß aus diesen unbegreiflichen procédés geschlossen werden, daß sie uns coûte qu'il coûte herausfordern werden, und daß der Kaiser malgré lui von seinen unerfahrenen faiseurs überflügelt ist. Somit wird die Lage in wenig Stunden wieder sehr ernst".

Die Auffassung des Königs war doch nicht so sehr weit entfernt von derjenigen, die Bismarck durch seine Depesche gemeingültig gemacht hat.



4. Bis Sedan.

Am 15. ist der König unter dem brausenden Jubel seines Volkes nach Berlin zurückgekehrt. Mit dem Kronprinzen sind ihm Bismarck, Roon und Moltke bis Brandenburg entgegengefahren. Nachts wurde im Schlosse die Mobilmachung verfügt; der 16. sollte ihr erster Tag sein. Er fand auch den Bundesrat versammelt. Bismarck berichtete über die Hergänge. Er verfehlte nicht, auf die Mitteilungen des spanischen Ministers in den Cortes am 11. Juni hinzuweisen, und betonte scharf, daß die Regierung des Königs in keiner Weise beteiligt gewesen, daß aber die Beziehungen der spanischen Regierung zu Frankreich und des hohenzollernschen Fürstenhauses zu Napoleon einem „unmittelbaren Benehmen der wirklich Beteiligten den einfachsten Weg eröffnet hätten". Am 19. trat der Reichstag zusammen. Unmittelbar nach seiner Eröffnung (2¼ Uhr) erteilte der Präsident Simson dem Kanzler zu einer Mitteilung das Wort. Sie war Frankreichs Kriegserklärung, die eine Stunde zuvor eingetroffen war. Am nächsten Tage erbat Bismarck am Schluß der Sitzung wiederum das Wort zu einer Mitteilung. Er wünschte die Aktenstücke über die Entwicklung des Kriegsfalles vorzulegen. Eingangs konnte er bemerken: „Wir haben von der Kaiserlich Französischen Regierung nur eine einzige amtliche Mitteilung erhalten; es ist dies die gestrige Kriegserklärung". In dem gleichen Sinne sind die Vertreter im Auslande unterrichtet worden.

So war das Nötige geschehen, im In- und Auslande der Überzeugung Raum zu schaffen, daß Frankreich den Streit gesucht hätte, daß es „den Traditionen Ludwigs XIV. und des Kaiserreichs" treu bleibe. Mochte man deutsche oder französische Sympathien haben, Deutschlands Recht, zum Schwert zu greifen, konnte nirgends mehr bestritten werden und ist nicht bestritten worden. Bismarck begnügte sich aber nicht mit der Klarstellung der jüngsten Hergänge, Frankreichs Beginnen ins rechte Licht zu setzen. Am 25. Juli brachte er in der Times einen Vertragsentwurf zur Veröffentlichung, der, von Benedetti eigenhändig geschrieben, aus den Verhandlungen des August 1866 in seinem Besitz geblieben war. Er schlug ein Schutz- und Trutzbündnis vor, nach welchem Preußen berechtigt sein sollte, die deutsche Einigung auch auf die Südstaaten auszudehnen, dafür aber verpflichtet sei, Frankreich in der Erwerbung Belgiens und Luxemburgs zu unterstützen. Benedetti hat später eingestanden, daß er sich damals „herbeigelassen habe, die Kombinationen gleichsam nach Bismarcks Diktat aufzuschreiben". Er versucht allerdings, den Inhalt anders darzustellen, aber die beigebrachten Gründe sind zu fadenscheinig, als daß sie überzeugen könnten.

Der Eindruck der Veröffentlichung war vernichtend. Daß sie in der Times erfolgte, war wohl berechnet, wegen der Gefährdung Belgiens. Bismarck gab im Anschluß an die Veröffentlichung seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch noch während des schwebenden Streites eine Verständigung mit Frankreich möglich gewesen wäre auf der Grundlage einer Überlassung Belgiens gegen freie Hand Preußens in Deutschland. Wenn je ein Krieg staatsmännisch nach allen Seiten hin wirkungsvoll eingeleitet und vorbereitet worden ist, so war es der, welcher zur Begründung des Deutschen Reiches führen sollte.

Der Kanzler hat am 31. Juli Berlin mit dem Hauptquartier verlassen; erst im März sollte er mit diesem zurückkehren. In der Zwischenzeit hat er die Heimat und die Gattin nicht gesehen.

Er sollte und wollte wie 1866 den Hergängen des Krieges in nächster Nähe folgen; sie erfaßten ihn aber noch persönlicher als vor vier Jahren.

Seine beiden Söhne standen als Einjährige beim 1. Garde-Dragonerregiment; es hatte teil an den schweren Reiterkämpfen, die sich gegen

Abend des 16. August nördlich der Senke von Mars-la-Tour abspielten. Früh am Morgen des 17., zwischen 3 und 4 Uhr, brach das Hauptquartier von Pont-à-Mousson nach dem Schlachtfelde von Rezonville auf, weil man eine Erneuerung der gestrigen Kämpfe erwartete. Oben hörte Bismarck von großen Verlusten der 1. Garde-Dragoner und ritt querfeldein, das Regiment zu suchen. Nach vielen Fragen fand er in einem Pachthofe die beiden Söhne, Herbert durch einen Fleischschuß am Schenkel verwundet, Bill, der mit seinem Pferde gestürzt, sonst wohlbehalten war, bei ihm. Die Kunde hatte anfangs Schlimmeres befürchten lassen. Des älteren Sohnes Wunde hat mehr zu schaffen gemacht, als anfangs angenommen werden konnte. Erst nach Monaten ist sie unter der Pflege der Mutter in Nauheim vollständig geheilt.

Bismarck war auch am 18. bei Gravelotte in der Umgebung des Königs; er verbrachte dort die folgende Nacht und mühte sich um die Verwundeten. Seine Liebe zum deutschen Soldaten drängt in den Briefen immer wieder zu kräftigem Ausdrucke. Er preist die hohenzollernschen Füsiliere, von denen ein Bataillon bei Saarbrücken drei ganze französische Divisionen aufhielt: „Leonidas ist ein Lump gegen unsere Füsiliere". Er findet nach Wörth und Spicheren, daß „die Infanterie sich das berserkerartige Draufstürzen auf den Feind doch etwas abgewöhnen muß, denn so gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt". Er meint am 14. August, es sei gut, daß noch keine Eisernen Kreuze ausgegeben seien, denn „wenn erst einige damit gehen, so sind die andern gar nicht mehr zu halten und stecken die Köpfe in die Mündungen der französischen Kanonen", und am 19.: „Gestern viel Garde geblieben, viel zu tapfer die herrlichen Leute, um leben zu bleiben; es jammert mich fast mehr, als der Sieg mich freut." Seine innige Teilnahme reißt ihn zu scharfen Urteilen über die Führung hin. Er spricht von „Mißbrauch der todesmutigen Tapferkeit unserer Leute" und von „Verschwendung der besten Soldaten Europas".

Natürlich fehlte es auch an Strapazen und Entbehrungen nicht. Da gab es Quartiere — und nicht bloß immer für eine Nacht — mit Matratzen- oder Strohlager, fichtenem Tisch zur Arbeit und Strohstuhl, mit Flaschenhälsen als Leuchtern und fast regelmäßig mit der dunkelsten Seite französischer Zivilisation, dem Fehlen jeglicher Commodité in den Wohnungen. „Sehr



Generalfeldm. Graf Hellmuth von Moltke,
Generalstabschef.
Nach einer Photographie

nett ist es hier nicht," schreibt er am 28. aus Clermont-en-Argonnes, „mit dem einzigen Binsenstuhl; Generalstab mit Nachtdienst unter mir, Bureau mit dito über mir, 20 Leute, die in dem dünnen, schallenden Hause wohnen, 5 schreiende Kinder neben mir und nicht einmal ein — — — — —; man muß sich daran gewöhnen, angesichts des Publikums schamlos zu verfahren, wie es eben geht, und die Schildwachen zu bewegen, daß sie wenigstens nicht mit präsentiertem Gewehr dabeistehen. Verzeih dieses Detail; aber es ist die unangenehmste der kriegerischen Entbehrungen". Auch in Versailles wurde später das Mittagessen beim Schein von Kerzen eingenommen, die in Flaschenhälsen steckten.

Gelegentlich hat er sich aus solchem Anlaß zu zornigen Äußerungen über die vornehmen „Schlachtenbummler" hinreißen lassen. „Es ist wahrhaft empörend," schreibt er gleich am 8. August, „wie die fürstlichen Zuschauer jeden Platz wegnehmen und Roon und mich nötigen, unsere Arbeitskräfte zurückzulassen, damit diese zuschauenden Königlichen Hoheiten mit ihren Dienern, Pferden und Adjutanten Platz finden." Aber der Humor geht ihm doch nicht aus, auch nicht über die leidenschaftliche Schmäh- und Verleumdungssucht der Franzosen. „Die Leute müssen mich für einen Bluthund halten", schreibt er am 16. August. „Die alten Weiber, wenn sie meinen Namen hören, fallen auf die Knie und bitten mich um ihr Leben. Attila war ein Lamm gegen mich". Nach den Pariser Zeitungen prügelte er seine Frau mit der Karbatsche, konnte kein Berliner Bürgermädchen sicher davor sein, in seinen Harem verschleppt zu werden, spekulierte er mit Dienstgeheimnissen an der Börse. Geifernde blinde Wut, die von Recht und Wahrheit nichts mehr weiß, beseelte das Nachbarvolk damals wie heute. Bismarck war natürlich der Brennpunkt seines Hasses.

Den Glanzpunkt der Erfolge brachte die Schlacht von Sedan. Der Kanzler war an den ihr folgenden Hergängen bemerkenswert beteiligt.

Er hatte sich am Abend des Schlachttages auf des Königs Befehl nach Donchery begeben, das abwärts von Sedan wie dieses am rechten Maasufer gut 5 Kilometer entfernt liegt. Nahe der Landstraße, die eines großen Maasbogens wegen die Verbindung zwischen beiden Orten links vom Flusse herstellt, liegt, etwas näher bei Donchery als bei Sedan, Frénois. Auf der

Höhe über dem Orte war das Hauptquartier dem Gange der Schlacht gefolgt. In Donchery sollten die Kapitulationsverhandlungen geführt werden. Bismarck hat am 1. September bis 1 Uhr nachts an ihnen teilgenommen, ohne daß es zu einem Abschluß kam.

Am nächsten Morgen gegen 6 Uhr ließ sich der General Reille bei ihm melden, um mitzuteilen, daß der Kaiser ihn zu sehen wünsche und sich bereits auf dem Wege befinde. „Ich ritt ungewaschen und ungefrühstückt gegen Sedan, fand den Kaiser im offenen Wagen mit drei Adjutanten und drei zu Pferde daneben auf der Landstraße". Es war in der Nähe von Frénois auf halbem Wege nach Sedan. „Ich saß ab, grüßte ihn ebenso höflich wie in den Tuilerien und fragte nach seinen Befehlen. Er wünschte den König zu sehen". Bismarck erwiderte, daß Se. Majestät zur Zeit in Vendresse, drei Meilen entfernt, sei; auf Napoleons Frage, wohin er sich begeben solle, stellte ihm der Kanzler sein Quartier in Donchery zur Verfügung. Als man sich aber der Maasbrücke vor dem Orte näherte, scheute der Kaiser „die mögliche Menschenmenge" und wünschte in einem einsamen Arbeiterhause am Wege abzusteigen. Bismarck ließ es durch den Legationsrat von Bismarck-Bohlen, seinen Vetter, der ihn im Felde begleitete und ihm nachgeritten war, besehen und erhielt die Auskunft, daß es ärmlich und unreinlich sei. N'importe, meinte der Kaiser, trat ein und forderte Bismarck auf, ihm zu folgen, „eine gebrechliche, enge Stiege hinauf. In einer Kammer von 10 Fuß Gevierte, mit einem fichtenen Tisch und zwei Binsenstühlen, saßen wir eine Stunde; die anderen waren unten. Ein gewaltiger Kontrast mit unserem letzten Beisammensein, 67 in den Tuilerien. Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten."

Von Napoleon ist um milde Kapitulationsbedingungen angehalten, von Bismarck gefragt worden, ob der Kaiser zu Friedensverhandlungen geneigt sei; beide Anregungen mußten ergebnislos bleiben. Zwischen 9 und 10 Uhr konnte Bismarck den Kaiser mit einer Eskorte vom Leib-Kürassierregiment nach dem Schloß Bellevue bei Frénois geleiten, wo die militärischen Unterhändler die Kapitulation zum Abschluß brachten. Bismarck ritt darauf dem Könige eine Meile weit bis Chéhéry entgegen; unterwegs traf er Moltke mit der genehmigten Kapitulation. Vor ihrem Abschluß hatte der König

den Kaiser nicht sehen wollen. Nachmittags beritt der Kanzler im Gefolge des Königs das Schlachtfeld. Am 3. in der Frühe ging Napoleon „mit allen seinen Hofleuten, Pferden und Wagen nach Wilhelmshöhe bei Kassel ab".

Beim Mittagsmahl hat der König „auf das Wohl seiner braven Armee getrunken: „Sie, Kriegsminister von Roon, haben unser Schwert geschärft; Sie, General von Moltke, haben es geleitet, und Sie, Graf von Bismarck, haben seit Jahren durch die Leitung der Politik Preußen auf seinen jetzigen Höhepunkt gebracht".



5. Vor Paris.

Seit dem 19. September war Paris von den deutschen Truppen umstellt. Am 5. Oktober ward das Hauptquartier nach Versailles verlegt. Die Zwischenzeit hat Bismarck in Schloß Ferrières in „alten Rothschilds grünem Damast gelegen". Versailles sollte ihn volle fünf Monate aufnehmen. Wohnung hatte er im Hause der Witwe Jessé, Rue de Provence 14. Für seine Person standen ihm dort zwei Zimmer zur Verfügung, von denen das eine als Arbeits- und Schlafraum diente. Gegen die Unbilden des für die Pariser Gegend recht strengen Winters schützte das Haus nur dürftig.

Vom Siege bei Weißenburg bis zur Schlacht von Sedan verflossen genau vier Wochen; es war die Zeit überraschend schneller und glänzender Erfolge. Aber sie hatten wohl das Kaisertum, nicht Frankreich niedergeworfen. Es bestätigte sich, was Bismarck schon einmal im norddeutschen Reichstage bemerkt hatte, daß das Auftreten eines Feindes auf französischem Boden immer Erscheinungen hervorrufe, wie sie sich beim Herumstochern in einem Ameisenhaufen zu zeigen pflegen. Es vergingen fast zwei Monate, bis der Fall von Metz wieder ein wirkungsvolles kriegerisches Ergebnis brachte. Man mußte sich mit dem Zurückschlagen der Ausfälle von Paris und mit dem Abwehren der erstaunlich schnell zusammengebrachten Entsatzarmeen

begnügen, die von Westen, Norden und Süden heranrückten. Durch alle die Monate blieb die Signatur der Kriegsberichte die Meldung: „Vor Paris nichts Neues". Für die Daheimgebliebenen, die an die vier Wochen zwischen Langensalza und Nikolsburg zurückdachten, war es eine nicht überall würdig bestandene Geduldsprobe.

Sie ist auch für den verantwortlichen Leiter der Staatsgeschäfte eine Prüfungszeit gewesen, mit Tagen und Wochen ängstlichen Harrens und Bangens. Der Krieg war staatsmännisch wohl vorbereitet, die öffentliche Meinung ganz überwiegend gegen den Angreifer. Aber je länger er dauerte, desto schwerer wurde es, die günstige Stimmung zu behaupten. In Europa waren nicht viele, die Frankreich einen vollen Sieg wünschten, aber noch weniger, die Deutschland einen solchen gönnten. Er mußte zur vollen Einigung der europäischen Mitte und zu einer gewaltigen Steigerung preußischer und deutscher Macht führen. Die aber sehnten wenige herbei; denn es gibt, um mit Bismarck zu reden, „wenig Länder, die nach ihrer geographischen Lage und ihrem politischen Bedürfnis keinen Grund haben, antideutsche Politik zu treiben".

Auf Rußland durfte man noch am meisten bauen. Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Besuch König Wilhelms bei Kaiser Alexander in Ems in den Tagen vom 1. bis 4. Juni dahin auslegt, daß er bestimmt war, die freundlichen Beziehungen, die zum Zarenreiche bestanden, zu festigen. Das ward erreicht; aber es blieb doch dabei, daß Gortschakow eine andere Politik vertrat als sein Herr. Er ist niemals Bismarcks Freund gewesen, und „Eitelkeit und Eifersucht waren bei ihm größer als sein Patriotismus". War der Zar den Franzosen wenig geneigt, so fühlte sich sein leitender Minister zu ihnen hingezogen und stand damit nicht allein unter seinen Landsleuten. Benedetti hat noch vor dem Kriege geäußert, die Preußenfreundschaft Rußlands werde nicht über den Zaren hinaus dauern.

Beust verharrte in seiner alten Gegnerschaft gegen Preußen und den überlegenen und glücklicheren Rivalen. „Jeder Intrige fähig, im Trüben zu fischen aus persönlichem Ehrgeiz und aus Rachegefühl, während er das Gegenteil im Munde führt", so charakterisierte ihn König Wilhelm selbst 1868. Österreich in den Krieg zu treiben, vermochte er nicht. Das hinderten, abgesehen vom Widerstand Ungarns die preußenfreundliche Haltung Ruß-

lands und besonders die raschen deutschen Siege. Aber Ziel seiner Politik blieb unentwegt, Preußen nicht an die Spitze von ganz Deutschland gelangen zu lassen. So ward Beust Hauptträger der Bestrebungen, eine „kollektive Mediation" herbeizuführen, durch europäische Vermittlung „die Forderungen des Siegers zu mildern, beim Besiegten das Gefühl der Bitterkeit zu lindern".

Für solche Wünsche war man auch in Italien empfänglich. Daß Rom dem geeinigten Königreiche durch die deutschen Siege in den Schoß fiel, ward uns nicht angerechnet. Die Sympathien des englischen Volkes und der englischen Regierung waren mindestens geteilt. Das liberale Regiment eines Gladstone und Granville brachte der deutschen staatlichen Neubildung nicht allzu große Neigung entgegen; es hat in den Tagen der Krisis mehr in französischem als in deutschem Sinne einzugreifen versucht. Die Erwerbswelt freute sich des guten Verdienstes an den Kriegslieferungen und stärkte Frankreich in seinem Widerstande. Nicht anders war die Haltung der Vereinigten Staaten, soweit ihre Bevölkerung nicht deutschen Ursprungs war. Man hat in all diesen Ländern die glänzenden Waffentaten der deutschen Heere wohl mit einer gewissen Anerkennung, auch Bewunderung, aber recht wenig mit freudiger Teilnahme verfolgt.

Die laue Stimmung gegenüber Deutschland kühlte noch mehr ab, ja machte einer gewissen Gereiztheit Platz, als Frankreichs Kaisertum gestürzt war. Was republikanisch dachte oder empfand, sah jetzt in dem Kampfe nur noch ein Ringen der Freiheit gegen ihren grundsätzlichen Unterdrücker. Mit gewohntem rednerischen Schwunge verfochten die Franzosen diese Auffassung. Selbst geistig so hochstehende Führer wie Thiers verkündeten der Welt wieder und wieder — man tut ihnen nicht unrecht, wenn man sagt, gegen besseres Wissen —, daß ihr Volk den Krieg nicht gewollt habe, daß Deutschland kein Recht habe, ihn fortzusetzen, nun sein Urheber beseitigt sei. Kaum war die republikanische Regierung notdürftig eingerichtet, so zog Thiers aus, „Europa zu finden". Es gelang ihm nicht; aber er stieß doch auch bei keinem der europäischen Kabinette auf entschiedene Ablehnung, in Wien jedenfalls auf den besten Willen, in London nicht wesentlich anders. In Deutschland selbst gab es Leute, welche die Republik mit anderen Augen ansahen als das Kaiserreich.

Für Bismarck war es von vornherein klar — und er vertrat damit die Ansicht der erdrückenden Mehrzahl seiner politisch urteilsfähigen Landsleute —, daß der Zusammenstoß mit Frankreich den Abschluß einer langen geschichtlichen Entwicklung bedeute, daß er als glücklich beendet nur gelten könne, wenn er nicht allein zur vollen Einigung Deutschlands, sondern auch zur Sicherung des zu begründenden Reiches gegen französische Angriffs- und Eroberungsgelüste führte. Die Erinnerungen der Jahrhunderte sprachen zu deutlich. Schon in den Tagen nach Spicheren und Wörth vertrat Bismarck die Meinung, daß man sich mit der Beseitigung Napoleons nicht werde begnügen können. Paris war noch nicht erreicht, als er die Vertreter des Norddeutschen Bundes im Auslande wissen ließ, daß die Grenze zurückverlegt werden und Straßburg und Metz, mit denen Frankreich seinen Nachbar bedrohe, „als defensive Bollwerke" in dessen Hand kommen müßten. Ob Republik, Kaisertum oder Königtum, erklärte er für Frankreichs Sache, aber Deutschland bedürfe fester Bürgschaften einer friedlichen und segensreichen Zukunft. Es ist eine überaus unerfreuliche Erscheinung, daß von einer Seite, die es wahrlich besser wissen sollte, in diesen Tagen (August 1916) allein aus politischen Augenblicksgründen behauptet wird, Bismarck sei gegen die Rückgabe Elsaß-Lothringens gewesen.

Der Erreichung dieses Zieles standen vor allem drei Hindernisse im Wege: Die Neigung der Mächte zur Einmischung, die Dauer des Krieges erheblich über die nach Sedan angenommene Zeit hinaus und die Schwierigkeit, in Frankreich ein zuständiges Organ für Verhandlungen zu finden.

Schon am 12. September spricht der Kanzler im Briefe an die Gattin von den „Friedenstauben, die umherschwirren" und ihn „heuchlerisch angirren"; einige Tage später nennt er sie „Friedens-, nicht Tauben, sondern -Aaskrähen, die nach mir zu stoßen beginnen". Er hatte 1866 aus Rücksicht auf Napoleon auf halbem Wege stehen bleiben müssen; ein erzwungenes Aufgeben oder auch nur ernstliches Gefährden des Kriegszieles gegen Frankreich bedeutete Scheitern oder langjähriges Hinausschieben gesunder deutscher Neuordnung.

Daß die Gefahr stieg mit jeder Woche, um die der Krieg sich verlängerte, war klar. Unablässig betrieb und befürwortete daher Bismarck alles, was geeignet schien, Frankreichs Widerstand zu brechen. Er sah ihn mit Recht

konzentriert in dem der Hauptstadt. Noch ein Vierteljahrhundert später erinnerte er sich, daß er „in schlaflosen Nächten von der Sorge gequält worden sei, unsere politischen Interessen könnten nach so großen Erfolgen durch das zögernde Hinhalten des weiteren Vorgehens gegen Paris schwer geschädigt werden". Er drängte unausgesetzt auf Beginn der Beschießung und ärgerte sich schwer über „Einflüsse, die ihre Wirksamkeit nicht politischen Erwägungen, sondern Gemütseindrücken verdanken, welche die Redensarten von Humanität und Zivilisation, die aus England bei uns importiert werden, auf deutsche Gemüter noch immer haben". Ihm war nicht verborgen, daß England „Betätigung von Humanitätsgefühlen von allen andern Mächten erwartet, sie aber seinen Gegnern nicht immer zugute kommen läßt". Das „Mekka der Zivilisation" gehörte ihm zum englischen cant. Es ist eine Auffassung, deren Berechtigung die allerjüngste Vergangenheit unwiderleglich erwiesen hat. Er betonte mit gutem Grunde, daß Paris eine Festung sei und als solche behandelt werden müsse; es sei unrecht, kostbare deutsche Leben durch seine Schonung weiter zu gefährden. „Die Leute frieren und erkranken", schreibt er Ende Oktober, „der Krieg verschleppt sich; die Neutralen reden uns drein, weil ihnen die Zeit lang wird, und Frankreich waffnet mit den Hunderttausenden von Gewehren aus England und Amerika", und Anfang Dezember: „Unsere große Pariser Armee sitzt nach wie vor still, ob fest ‚gemauert' oder ob ihr wie Thor ‚ein weiblich Gewand die Knie umwallt' und am Gehen hindert, Gott weiß es". Auch Rücksicht auf Frankreich selbst gebiete, den Widerstand seiner Hauptstadt zu brechen mit allen zu Gebote stehenden kriegerischen Machtmitteln; den Parisern selbst werde es zugute kommen, wenn sie durch die Kanonen, nicht durch Hunger bezwungen würden.

Bismarck sieht die Frage in ihrer politischen Tragweite; sie war aber zunächst eine militärische. Und da ist von größter Bedeutung, daß anfangs alle Militärs einig waren über die Notwendigkeit eines artilleristischen Angriffs. Erst Mitte Oktober kamen andere Ansichten auf, zunächst vertreten im Hauptquartier der Armee des Kronprinzen, welcher die Operationen gegen die Südfront der Stadt zufallen mußten, dann auch von Moltke selbst. Sie stützten sich besonders auf die Schwierigkeit, das erforderliche Material herbeizuschaffen.

Bismarck hat Bedenken geäußert gegen den Marsch auf Paris und dessen Einschließung; als am Geschehenen aber nichts mehr zu ändern war, ist er bei der ursprünglichen Meinung über die Form des Angriffs geblieben und mit ihm unentwegt Roon, dem die Materialbeschaffung ja zunächst oblag. Weit deutlicher und heftiger als Bismarck hat er von hindernder nichtmilitärischer Einmischung geredet. Er schreibt von „Weiberintrigen" und von „ganz unberechtigten Einflüssen sentimentaler Damen"; er „ärgert sich krank", weil man seinen Vorschlägen nicht folgt, die vom Könige gegebenen Befehle unter allerlei Vorwänden nicht ausgeführt werden. Der König ist selbst stets „Schießer" gewesen, nur zeitweise durch die Meinungsverschiedenheit der Berater in seinen Entschließungen beirrt worden. Eine Eingabe Bismarcks vom 22. November hat ihn zu entscheidenden Maßnahmen gebracht, Befehle veranlaßt, die nicht mehr unbeachtet bleiben konnten. Es war aber zu spät, als daß die Beschießung für die Übergabe von Paris noch die Bedeutung hätte gewinnen können, die ihr in einem früheren Stadium wohl zugekommen wäre; ernstlich begann sie erst im Januar. So ist Paris dem Hunger erlegen. Roon schreibt zu Weihnachten, daß man das Fest hätte zu Hause feiern können, wenn schon vor acht Wochen Ernst gezeigt worden wäre. Es ist lebhaft bestritten worden, aber es ist doch kaum anders, als daß Bismarck in dieser an sich militärischen Frage von seinen politischen Gesichtspunkten aus wieder einmal „den Nagel auf den Kopf getroffen" hatte, wie nach seiner Erzählung der König selbst es ihm für 1866 bezeugt hat.

Bismarck klagt in den „Gedanken und Erinnerungen" über ablehnendes Verhalten seitens leitender Militärs während des französischen Feldzuges. Er sei nicht, wie 1866, zu den Generalsvorträgen von dem Könige zugezogen worden. Schwerlich liegt der Grund allein darin, daß diese alltäglich vormittags stattfanden, wo Bismarck, der in Versailles besonders spät zum Schlafen zu kommen pflegte, noch der Ruhe bedurfte. Sein Unmut hat sich während des Krieges wiederholt und gelegentlich in recht scharfen Äußerungen über die „Ressorteifersucht" der Militärverwaltung Luft gemacht, denen gegenteilige Vorwürfe gegenüberstehen. Daß er mit seinen Klagen immer im Rechte war, mag bestritten werden; sicher hatte er aber in seiner Stellung Anspruch darauf, über die militärischen Maß-

nahmen nicht nur gut unterrichtet zu sein, sondern auch einen gewissen Einfluß auf sie zu üben. Der Krieg hat sein Recht in sich, aber er ist und bleibt doch ein Mittel der Politik, und Bismarck betont mit gutem Grunde, daß staatsmännische und kriegerische Arbeit während eines Feldzuges in enger Fühlung miteinander bleiben sollten. Wenn Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" bemerkt, daß der Gegensatz nur zu den „Halbgöttern" bestanden habe, so ist das nicht ganz richtig. In der Beschießungsfrage ist es auch Moltke gegenüber zu tiefergehender Verstimmung gekommen. Daß Königin und Kronprinzessin versucht haben, im Sinne einer „humaneren" Kriegführung einzuwirken, muß als erwiesen angesehen werden. Gegen Ratschläge und Wünsche der Gattin in diesem Sinne hat sich der König in einem inzwischen bekannt gewordenen Schreiben nachdrücklich und nicht ohne eine gewisse Erregung gewehrt.

Das Fehlen einer anerkannten Regierung nach Napoleons Gefangennahme machte eine Verständigung zunächst unmöglich. Solange in Metz eine Armee stand, die als kaiserlich gelten mußte, waren Verhandlungen mit Napoleon nicht ausgeschlossen. Die Frau des Marschalls Bazaine, „eine sehr reiche und sehr schöne Mexikanerin", ist in Versailles erschienen, Bismarck für Zugeständnisse an den Gemahl zu gewinnen. Roon behielt recht, wenn er meinte, er werde „auch wohl mit ihr fertig werden". Metz hat sich bedingungslos ergeben. Versuche der Kaiserin Eugenie, Unterhandlungen zu beginnen, konnten Erfolg nicht haben, weil ihre nominelle Regentschaft irgend welche Bürgschaft für Durchführung getroffener Vereinbarungen nicht bieten konnte. So blieben nur die Pariser Machthaber und, als Gambetta am 8. Oktober aus der Stadt entkommen war, die Leitung der „Nationalen Verteidigung", die er zunächst in Tours, dann in Bordeaux ins Leben rief.

Bismarck hat schon in Ferrières Unterredungen mit Jules Favre gehabt, dann in den Tagen vom 30. Oktober bis 7. November mit Thiers, nach dessen europäischer Rundreise fast täglich. Sie scheiterten an der Verschiedenheit des Standpunkts. Die Franzosen wollten von Gebietsabtretungen nichts wissen, den „heiligen Boden Frankreichs nicht zerstückelt" sehen, höchstens Geld zahlen; auch verlangten sie einen Stillstand mit dem

Recht der Verproviantierung von Paris. Bismarck beharrte natürlich auf der Landforderung; die Verproviantierung der Hauptstadt konnte nur zugestanden werden, wenn beherrschende Forts übergeben wurden. Er sah in diesen Anknüpfungen nur Scheinverhandlungen, um den Neutralen Gelegenheit zur Einmischung zu geben. Die Luft war „wieder dick" von Vermittlungsversuchen der „Europäer". Zu einem Stillstande unter annehmbaren Bedingungen war er bereit, um Raum zu schaffen für die Wahl einer neuen Abgeordnetenversammlung als eines unentbehrlichen Erfordernisses einer anerkannten Regierung.

Neben diesen Verhandlungen liefen im Oktober und November die mit den süddeutschen Staaten. Die Zeit für die Vollendung der deutschen Einheit war gekommen. Davon war man auch im Süden durchdrungen. Aber für ein völliges Aufgehen in der neuen Bildung, für eine einfache Erweiterung des Norddeutschen Bundes zu einem Deutschen Reich war doch bei Regierung und Volk nur in Baden entschieden Stimmung, weniger schon in Hessen, obgleich dessen nördliches Drittel Teil des Bundes war. In Württemberg und Bayern glaubte man Sonderrechte wahren zu sollen.

Bismarck blieb den Grundsätzen treu, die ihn bei Aufrichtung des Norddeutschen Bundes geleitet hatten. Er wollte keine erzwungenen Verträge; insbesondere die Bayern sollten „gern unterschreiben". Ihm „lag daran, daß die Leute innerlich zufrieden waren". Er hat sich später gegenüber der Andeutung, daß „Preußen seine Stärke nicht gekannt habe", mit der Bemerkung gewehrt, daß „die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden wäre", der gleichen Überzeugung auch schon am Abend des Tages Ausdruck gegeben, an dem man einig geworden war: „Wer einmal in der gewöhnlichen Art Geschichte schreibt, kann unser Abkommen tadeln. Er kann sagen: ‚Der dumme Kerl hätte mehr fordern sollen; er hätte es erlangt, sie hätten gemußt' und er kann recht haben mit dem ‚Müssen'. Mir aber lag mehr daran, daß die Leute mit der Sache innerlich zufrieden waren; was sind Verträge, wenn man muß!"

Für Bismarck ist die Politik stets die Kunst des Möglichen, des dauernd Möglichen gewesen. Was aber Dauer versprach, das hat er so klar erkannt, wie wenige vor oder nach ihm.

So sind die Verträge mit den Regierungen in den Tagen vom 15. bis 25. November zum Abschluß gekommen; sie sind vom norddeutschen Reichstag, der seit dem 24. versammelt war, am 9. Dezember genehmigt worden. Als das gleiche in den Kammern der vier sich anschließenden Staaten geschehen war, gab es eine deutsche Einheit.

Die Verhandlungen sind nicht ohne vielerörterte Schwierigkeiten und Zwischenfälle verlaufen. Wohl am bekanntesten sind die, welche sich an die Umwandlung des Bundespräsidiums in eine Kaiserwürde knüpften. König Wilhelm wollte Deutschlands Einheit; aber sie baute sich ihm auf, wie es ja auch tatsächlich war, auf Macht und Größe Preußens. Das wollte er auch in der Form des Neuen ungern verwischt sehen; ein Kaiser erschien ihm als „Charaktermajor".

Für Bismarck war das „Präsidium" ein „Abstraktum"; in dem Worte Kaiser aber lag ihm „eine große Schwungkraft". Zweifellos ging er da einig mit den Empfindungen des deutschen Volkes und hatte recht, wenn er bestrebt war, sie im Titel zum Ausdruck zu bringen. Er hat die Entscheidung herbeigeführt, indem er den in Versailles anwesenden bayerischen Oberststallmeister Graf Holnstein am 27. November mit dem Entwurf eines Schreibens, das König Ludwig an König Wilhelm richten sollte, nach Hohenschwangau schickte. Der Graf hat die weite und in der Kriegszeit sehr erschwerte Reise in sechs Tagen vollbracht. Bismarck betonte, daß „der deutsche Kaiser aller deutschen Stämme Landsmann, der König von Preußen ein Nachbar ist, dem unter diesem Namen Rechte, die ihre Grundlage nur in der freiwilligen Übertragung durch die deutschen Fürsten und Stämme finden, nicht zustehen". König Ludwig hat sich einem Bismarck nicht versagen wollen. Er bat Preußens König um die Annahme der Kaiserwürde und forderte gleichzeitig die deutschen Fürsten und Freien Städte auf, sich diesem Wunsche anzuschließen.

„Verdruß ist viel wie überall, wo viel unbeschäftigte Fürsten sind", hat Bismarck inmitten dieser Verhandlungen der Gattin geklagt; „aber ich härte mich ab". Er findet „ein geputztes Diner mit allen Prinzen und Orden angreifend", weil er „mit den Herren besonnen und höflich reden muß". Er hat aber nicht nur bei Diners, sondern jederzeit ausgezeichnet

verstanden, „besonnen und höflich" mit ihnen zu reden, und unser Reich verdankt dem nicht zuletzt seine innere Festigkeit.

In unmittelbarem Anschluß an den Schritt des Bayernkönigs haben Bundesrat und Reichstag sich mit der Frage beschäftigt, sich mit dem „Deutschen Reich" und dem „Deutschen Kaiser" einverstanden erklärt. Am 18. Dezember empfing König Wilhelm in Versailles eine Abordnung des Reichstags unter der Führung des Präsidenten, nicht ohne inneres Widerstreben und doch nicht ohne Befriedigung. Über seine Bedenken und Skrupel war Bismarck handelnd hinweggegangen. Am Weihnachtstage schickte ihm der König doch das Eiserne Kreuz I. Klasse mit der Zuschrift „Aus dankbarer Anerkennung des 18. Dezember 1870".

Noch war eine weitere Meinungsverschiedenheit auszutragen zwischen König und Kanzler, die Frage, ob „Kaiser von Deutschland" oder „Deutscher Kaiser". Geschichtlich war keiner der beiden Titel zu belegen. Es hatte nie einen „Kaiser von Deutschland" und nie einen „Deutschen Kaiser" gegeben. Durch die Beschlüsse von Bundesrat und Reichstag war letzterer Titel eigentlich schon festgelegt. Wenn Bismarck für ihn eintrat, so traf er doch auch geschichtlich das Richtigere, da „Deutscher König" eine gebräuchliche Bezeichnung gewesen ist. König Wilhelm konnte sich gleichwohl mit dem „Deutschen Kaiser" nicht befreunden; seine Zustimmung war noch nicht erlangt, als er am 18. Januar im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles als Kaiser ausgerufen wurde. Der Großherzog von Baden brachte das Hoch auf „Kaiser Wilhelm" aus; Bismarck erzählt, daß der Kaiser, als er von dem erhöhten Platz der Fürsten heruntertrat, ihm, der die Proklamation an das deutsche Volk verlesen hatte und allein vor den Versammelten stand, nicht die Hand reichte, sondern an ihm vorüber zu den Generalen ging.

Er ist doch an dem Tage Generalleutnant geworden, und der Kaiser hat nicht lange gegrollt. Unter den Starken, die das Reich begründeten, konnte nicht alles in ungestörtem Einvernehmen zustande kommen; zu fest und zu selbständig waren die Persönlichkeiten geprägt, jede Herrscher in ihrem Kreise. Aber alle hatten sie doch den Blick zu sehr aufs Ganze gerichtet, um sich nicht zu fügen, wo dieses in Frage stand. Die Unterstützung des Kron-

prinzen hat Bismarck in der Kaiserfrage genossen, nicht aber in den Verhandlungen um die Verträge; der Thronfolger war ein Gegner der Sonderrechte. Zwischen Vater und Sohn hat der Kanzler das Mögliche, das Dauerhafte, das Zukunftsichere zur Geltung gebracht.

Am Tage nach der Kaiserproklamation haben die Pariser ihren letzten Ausfall versucht. Vom 23. bis 27. Januar hatte Bismarck wieder täglich, an zwei Tagen sogar zweimal, mit Jules Favre zu verhandeln; am 28. kam es endlich zur Kapitulation und zum Waffenstillstand. Auch die Friedensverhandlungen hatte Bismarck zu führen, mit Thiers und Favre in den Tagen vom 21. bis 25. Februar. Als der sonst gemessene und formensichere Thiers bei der Nennung der fünf Milliarden als Kriegsentschädigung aufbrauste: „Mais c'est une indignité", fing Bismarck an, Deutsch zu sprechen, und schlug, da Thiers nur Französisch konnte, die Zuziehung eines Dolmetschers vor, da seine Kenntnis des Französischen nicht ausreiche. Thiers verstand und mäßigte sich. Am 26. sind die Friedensbedingungen unterzeichnet worden. Am nächsten Tage wünschte der König seinem Ministerpräsidenten Glück „zu den Prämissen des Friedens, den ich wiederum nur Ihrer Umsicht, Festigkeit und Ausdauer verdanke".

Schon am 1. März wurden die Vereinbarungen von der Versammlung in Bordeaux genehmigt. An demselben Tage erfolgte der Einmarsch in Paris, an dem Bismarck im Gefolge des Königs teilnahm. Am 6. konnte er Versailles verlassen, um am 9. früh in Berlin zu sein. Die Sehnsucht nach der Gattin, den Kindern und der Häuslichkeit, die Sorge um das Ergehen der Seinigen findet in den Briefen aus der Kriegszeit je länger, desto stärkeren Ausdruck. Am 21. März, am Tage der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags, erhob der König den Grafen in den Fürstenstand.

Es waren Monate äußerster Anspannung gewesen. Bismarcks getreuer Abeken schreibt: „Für den armen Minister gibt es eigentlich niemals Ruhe. Es ist doch ungeheuer, was ein einzelner Mann alles leisten muß; man muß Gott danken, daß er es alles leisten kann. Es gehört eine fast beispiellose Kraft des Geistes und des Wollens dazu, so verschiedene Sachen neben einander zu führen: Diplomatie, deutsche Verhandlungen, russische Vermittlung".

Mitten aus einem Urlaub, den er voll zu bedürfen glaubte, war der Bundeskanzler hineingerissen worden in die verantwortungsvollsten Geschäfte. Die glanzvollen ersten Wochen steigerten die Spannkraft des Körpers, aber die lange Zeit des Harrens in Versailles stellte sie auf eine harte Probe. Alle alten Leiden, vor allem quälende Schlaflosigkeit, kamen wieder zum Vorschein. Bismarck führte die schwierigsten, auch peinliche Verhandlungen mit äußerer Ruhe; aber die innere Anspannung war dafür um so größer, und dem entsprach der Verbrauch an Kraft. Nach den Verhandlungen mit Thiers und Favre war, wie Abeken am Abend des 25. Februar schreibt, „der Minister so herunter, wie ich ihn kaum je gesehen habe, selbst in den schlimmsten Zeiten nicht; er hat mich tief gedauert, und der König, dem ich ein Bild davon zu geben hatte, ließ ihm auch seine herzlichste Teilnahme ausdrücken. Todmüde, wie er ist, kann er nun doch nicht schlafen". Der bayerische Vertrag hatte ihm „mehrere Nächte und viel Kraft gekostet". Er hat „sich wunderbar zusammengenommen", fügt der wackere Helfer hinzu.

Entsprechend war oft die Stimmung. Moritz Busch' bekanntes Buch „Bismarck und seine Leute während des französischen Krieges" läßt uns den Kanzler besonders in dieser Zeit als angeregten und unterhaltenden Plauderer und Erzähler erkennen; aber der trüben, verdrießlichen, sorgenvollen Stunden und Tage waren doch auch nicht wenige. Am 21. Oktober schreibt er der Gattin im zweiten Teil eines Briefes: „So weit war ich heute früh gekommen, und nun ist es schon wieder Mitternacht. Delbrück, Bennigsen, König, Papiere, Telegramme und Depeschen lesen und schreiben! Und die Herren vom Militär machen mir meine Geschäfte erschrecklich schwer! Sie reißen sie an sich, verderben sie, und mich trifft die Verantwortung", und am 23. setzt er den angefangenen Brief fort: „Ich schneide ab, was ich im mitternächtigen Zorn weiter geschrieben, da die Post doch mitunter in Feindes Hände fällt und dann meine Klagen zu öffentlichen Anklagen werden können. Heut, am Sonntag Morgen, will ich auch auf das Thema nicht zurückkommen".

Mitte Dezember fand er sich „gequält mit Arbeit über alles Maß, durch Schuld der Personen, nicht durch sachliches Bedürfnis; sonst wollte ich nicht klagen". Sehr bitter ergießt er sich am 7. Dezember: „Wenn man

zu lange Minister ist und dabei nach Gottes Willen Erfolge hat, so fühlt man deutlich, wie der kalte Sumpf von Mißgunst und Haß einem allmählich höher und höher bis ans Herz steigt; man gewinnt keine neuen Freunde; die alten sterben oder treten in verstimmter Bescheidenheit zurück, und die Kälte von oben wächst, wie das die Naturgeschichte der Fürsten, auch der besten, so mit sich bringt; alle Zuneigungen aber bedürfen der Gegenseitigkeit, wenn sie dauern sollen. Kurz, mich friert, geistig, und ich sehne mich, bei Dir zu sein und mit Dir in Einsamkeit auf dem Lande. Dieses Hofleben erträgt kein gesundes Herz auf die Dauer".

Auch glückliches Gelingen vermochte diese Stimmung nicht immer zu verscheuchen. Roon fand ihn am 20. Januar „kränker, als er selbst und andere glauben, wiewohl er ausreitet und ausfährt", und fügt hinzu: „Ich hoffte, das nun glücklich gelegte Kaiser-Ei würde ihm vorläufige Befriedigung gewähren; aber es ist leider nicht der Fall". Am nächsten Tage schrieb Bismarck der Gattin in seiner Weise: „Diese Kaisergeburt war eine schwere, und Könige haben in solchen Zeiten ihre wunderlichen Gelüste wie Frauen, bevor sie der Welt hergeben, was sie doch nicht behalten können. Nötige Geschäfte greifen mich wenig an, aber die unnötigen verbittern".

Man darf doch zweifeln, daß Bismarck sich hier selbst richtig einschätzt. Abeken, der dem Meister mit hingebender Bewunderung diente, hatte doch auch Verständnis für die Mängel und Schwächen. Er bemerkt, daß seine Natur nichts anderen überlassen könne, daß er immer nur seinem Kopfe folge, alles allein mache, die Sachen nie bespreche, keinen Menschen frage und doch nicht immer alles allein bedenken könne. Nicht einmal die speziellen Militaria habe er bei den Stillstandsverhandlungen den Militärs übergeben. Er fügt aber auch hinzu: „Daß Bismarck mit Nichtachtung aller Hindernisse gerade auf sein Ziel losgeht und nur auf seinen Willen hört, darin liegt freilich seine Macht, und dadurch macht er oft auf die wunderbarste Weise Fehler und Irrtümer, die ja auch bei dem allerintelligentesten Menschen mit unterlaufen, wieder gut, ja zu Staffeln und Mitteln des Erfolges. Es ist eine große Sache, wenn man die Kühnheit hat, sich um eigene, vergangene Fehler und Irrtümer nicht zu kümmern. Regrets kennt er, glaube ich, gar nicht".

So ist auch in dieser gewaltigen Zeit, die Sehnen, Sinnen und Handeln des Mannes zu großartigster einheitlicher Gestaltung brachte, sein Schaffen nicht aus einem seelischen Grunde zu erfassen. Schroffe Gegensätze ruhen neben einander in seiner Brust. Wenn sie alle zum Segen unseres Volkes demselben Ziele entgegenführten, so wird das menschlicher Einsicht nie völlig verständlich werden. Eine höhere Gewalt griff ein, lenkte und leitete und erwies sich mächtig in diesem ihren Werkzeug. So hat es der Mitarbeiter aufgefaßt, dessen Worte soeben ins Gedächtnis zurückgerufen wurden, und hat damit nicht nur der eigenen Meinung Ausdruck gegeben, sondern eine dauernde Wahrheit ausgesprochen. Unter solcher Leitung ist Bismarck Schöpfer eines Werkes geworden, ohne das man sich ein deutsches Volk nicht mehr denken kann, ohne das es auch nicht möglich ist, ist das geworden über alle Hindernisse hinweg, die ihm die eigenen Landsleute, die ihm die Fremde entgegentürmten. Deutschland wird sein, wie er es mit Gottes Hilfe auf die Füße stellte, oder es wird nicht sein. Diese Wahrheit erkennt die Gegenwart; sie durchdringt ihr Denken und Empfinden und festigt sie in dem Glauben, daß Gott nicht untergehen lassen kann, was er gnädig hat schaffen wollen. „Welch eine Wendung durch Gottes Führung!“



Reichskanzler.



1. Neue Aufgaben.

Wer den Deutsch-Französischen Krieg mit Bewußtsein durchlebte, wird noch heute mit Gefühlen des Glückes der jubelnden Begeisterung gedenken, die er immer und immer wieder weckte, im Beginn, in den Glanztagen seines Verlaufes, in seinem endlichen glücklichen Abschluß. Die lang ersehnte Einheit war erstritten, ein Deutsches Reich begründet.

Die Nachfahren, die von diesen Hergängen und denen der Folgezeit hören, werden verstehen, daß die helle Freude, die im ganzen Volke lebendig war, sich in ruhige Zufriedenheit wandeln mußte, nicht aber so leicht, daß sie sich unerwartet rasch in weiten Kreisen des deutschen Volkes in Unmut und Verdrossenheit verkehrte, in Vergnügen am Tadeln und Mäkeln. Die Tatsache steht für den Mitlebenden fest und ist auch der Nachwelt durch Zeugnisse aller Art genügend beglaubigt. Was Vaterlandsliebe in lodernder Begeisterung mit den Waffen errungen hatte, bedurfte in mühsamer, langwieriger Friedensarbeit des Ausbaus und der Befestigung, und es konnte nicht anders sein, als daß da wiederum die Hauptlast auf die Schultern des Mannes fiel, der in raschem Fortschreiten sein Volk mitgerissen hatte zu den drei Kriegen, durch die mit steigendem Einsatz und mit steigendem Gewinn die Fundamente des Neubaus gelegt worden waren.

Allzu verschieden waren doch die Grundanschauungen, aus denen heraus die deutsche Einheit von den einzelnen erstrebt worden war und jetzt aus-

gestaltet werden sollte. Die politischen Hauptströmungen des 19. Jahrhunderts waren national und liberal. Das nationale Ziel war erreicht; so trat naturgemäß das liberale in den Vordergrund. Die Bundesverfassung, jetzt Reichsverfassung, war auf diesem Boden geworden; die Einzelstaaten, das Deutsche Reich wurden konstitutionell regiert. Der Liberalismus aber hatte, seinem Ursprunge entsprechend, westeuropäisches Gepräge; konstitutionelles Regiment bedeutete für ihn parlamentarisches. Dem stand die deutsche dynastische Tradition im Wege, insbesondere die der starken preußischen Monarchie. Daß der Baumeister des Reiches gar nicht anders konnte, als sie mit seiner gewaltigen Persönlichkeit vertreten, war gegeben. Aus diesem Gegensatz waren die Konfliktsjahre geboren. Die kurze Zeit des Norddeutschen Bundes hatte ihre Spuren nicht verwischen können; der Gegensatz verpflanzte sich ins Reich.

Die Kernfrage im Streit um die Macht zwischen Regierung und Volksvertretung ist immer die der Verfügung über das Heer gewesen und wird es immer bleiben. Wenn schon die Überlieferung der Krone jede Nachgiebigkeit auf diesem Gebiete erschwerte, so mußte die ausgesetzte geographische Lage Deutschlands sie geradezu verbieten; denn sie war ohne Schädigung der Schlagfertigkeit nicht möglich. So hat der Zankapfel der Konfliktszeit wie im Norddeutschen Bund so auch im Deutschen Reich seine Bedeutung nicht verloren.

Mächtig entwickelte sich durch die wunderbare Entfaltung der Technik der Weltverkehr. Er stellte auch der Leitung des deutschen wirtschaftlichen Lebens neue Aufgaben. Es konnte gar nicht anders sein, als daß die Meinungen über ihre Lösung auseinander gingen, um so weiter und schärfer, je größer die Werte waren, um deren Verlust oder Gewinn es sich handelte. Die Reichsleitung des Kanzlers glaubte auch hier andere Bahnen wandeln zu müssen, als festgewurzelte und weitverbreitete, zeitweise fast allgemein herrschende Anschauungen für richtig hielten. Auch daraus ergaben sich schwere Kämpfe.

Der Gegensatz klein- oder großdeutsch hatte Jahrzehnte bewegt. Er beruhte nicht zuletzt auf der Verteilung der Bekenntnisse. Nun war das Kaisertum ein evangelisches geworden. Seine Begründung entschied sich,

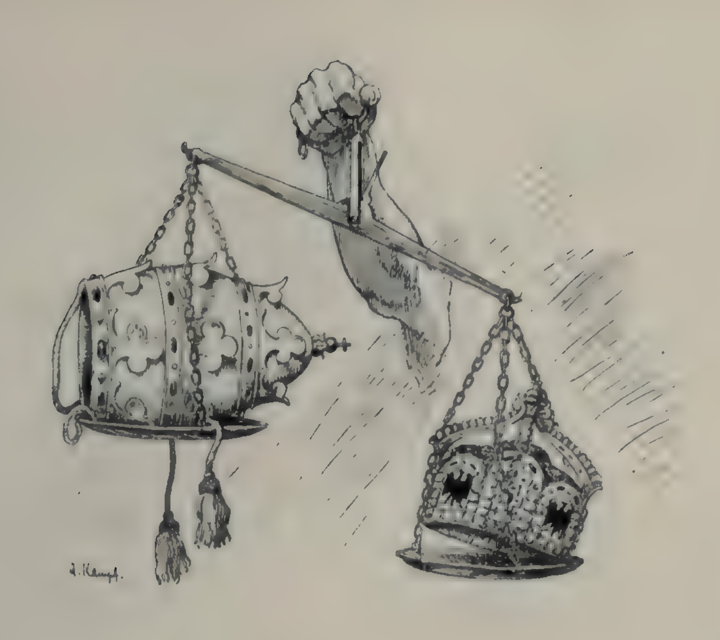
als eben die katholische Kirche in der Erklärung des Unfehlbarkeitsdogmas ihre Kräfte fester zusammengefaßt hatte. Sie stand dem neuen Staatswesen selbstbewußt gegenüber; es war doch nicht das, was die Mehrzahl der deutschen Katholiken gewünscht oder erstrebt hatte. Sie glaubte sich ihm gegenüber vorsehen, ihre Rechte, ihre Ansprüche eifersüchtig wahren zu müssen. Die Verschiedenheit des Bekenntnisses schien noch einmal Deutschland in zwei getrennte Lager spalten zu sollen.

Mächtig hatte der gesteigerte Verkehr auf die Entfaltung städtischen und industriellen Lebens gewirkt. Er hatte in früher nie gekanntem Maße Arbeitermassen räumlich zusammengeführt und unter gleiche Lebensbedingungen gebracht. Daß sich daraus Mißstände ergeben hatten, war zweifellos; sie konnten um so weniger übersehen werden, als die Möglichkeit engeren Zusammenschlusses der sich bedrängt Fühlenden gegeben war. Schon dem norddeutschen Reichstag hatten Sozialdemokraten angehört. Streben nach politischer Macht zwecks Hebung der sozialen Stellung ergriff mehr und mehr die Millionen des Arbeiterstandes und führte zu schweren Konflikten mit den unerläßlichen Erfordernissen geordneter Staatslenkung.

Dazu kamen die unabweisbaren Anforderungen des preußischen Staatswesens. Es war bisher, abgesehen von dem kurzen 48er Zwischenspiel, konservativ regiert worden, konservativ im guten, allein richtigen Sinne, der Fortschritt nicht ausschließt, ihn vielmehr als unentbehrlich erkennt und demgemäß fördert. So war Bismarck konservativ gewesen und ist es so immer geblieben. Nach alter Überlieferung hatte die Leitung des Fortschritts in der Hand der Beamten gelegen; daran hatte auch die Einführung der Verfassung nicht allzuviel geändert. Unverkennbar aber war, daß neue Kräfte im Staat emporgewachsen waren, die mit gutem Grund nach Betätigung verlangten. Für das Wirtschaftsleben hatten sie die größte Bedeutung gewonnen und drängten mit Recht auf vermehrte Geltung in der Verwaltung. Die Gesetzgebung konnte diese Forderungen nicht unberücksichtigt lassen. Sie wurden aber vor allen Dingen getragen vom Liberalismus, insbesondere vom Bürgertum. Gleichzeitig wurden die Beziehungen zu den Konservativen erschwert durch die unabweisbare Notwendigkeit, neue Formen zu finden für die Beziehungen des Staates zur Kirche.

So fehlte es nicht an schwierigen innerstaatlichen Aufgaben, erheblich schwierigeren, als sie älter gefestigten Reichen gestellt waren. Die gewaltigen Erfolge hatten der Persönlichkeit des Reichskanzlers autoritatives Ansehen in seltenem Umfange erworben; es hat doch durch ungeheuere Anstrengungen gestützt und immer wieder neu erworben werden müssen, um durchzusetzen, was dem zweifellos weisesten und besten Deutschen und Preußen für die Zukunft von Reich und Staat notwendig erschien. Selbst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wo die überlegene Meisterschaft hätte unbestritten sein sollen, hat sie immer aufs neue gegen Zweifel und Tadel zur Geltung gebracht werden müssen.

Sucht man nach einer einigenden Gesamtauffassung in diesem Durcheinander von Wollen und Handeln, von Angriff und Abwehr, Unterliegen und Gelingen, so kann man sie nur in einem finden, in der Sorge um den Bestand der neuen Schöpfung. Wegweisend für alle Zeiten, für alles politische Denken bleibt aber die Tatsache, daß diese Sorge sich vor allem richtete auf das rechte Verhalten und Gebaren inmitten der vorhandenen Staatenwelt, nicht allein der außenstehenden, sondern auch der zum Reiche selbst zählenden. Das ist der Leitstern, der dem Strebenden leuchtet auf all den dunklen und verschlungenen Wegen des inneren wie äußeren Entwicklungsganges. Da ist nichts Wichtigeres, das vom Begründer des Reiches nicht an diesem Maßstabe gemessen worden wäre. Hier stellt sich ihm immer die erste und vornehmste Frage bei allen entscheidenden, verantwortungsvollen Erwägungen.



2. Zentrumsfraktion und Kulturkampf.

Am 21. März 1871 ist der erste Deutsche Reichstag zusammengetreten. Die Wahlen waren schon von Versailles aus, wenige Tage nach der Kaiserproklamation, auf den 3. März ausgeschrieben worden. Sie hatten ein Ergebnis gehabt, das die Wirkung des Krieges in nationalem Sinne nur recht teilweise erkennen ließ. Wäre Süddeutschland nicht gewesen, so wären die Parteien, die den Gedanken der Einigung unter preußischer Führung vertreten hatten, erheblich geschwächt in den ersten Reichstag eingezogen; ihre Angehörigen hatten im Norden zahlreiche Mandate eingebüßt zugunsten von Männern, die sich verpflichtet hatten, einer zu begründenden katholischen Partei beizutreten. Von dieser Seite her zogen die ersten Wolken am Himmel des neuen Reiches auf.

Wie oft ist Bismarck in den folgenden Jahren und Jahrzehnten und gelegentlich bis auf den heutigen Tag verschrien worden als ein abgesagter Feind des katholischen Glaubens und der katholischen Kirche! Zweifellos geschieht ihm damit bitteres Unrecht. Er war ein evangelischer Christ und als solcher katholischem Glauben und Kirchenwesen abhold. Das hat ihn nie abgehalten, ihnen überall, wo immer sie ihm näher traten, die schuldige Rücksicht und Ehrerbietung zu erweisen. Von grundsätzlicher Gegnerschaft über das Maß desjenigen hinaus, was ihm zur Wahrung staatlicher Autorität notwendig erschien, kann nicht die Rede sein. Nie und nirgends hat er

den katholischen Glauben bekämpft, nur kirchliche Einrichtungen und Ansprüche, wenn er sie als Übergriffe in das berechtigte Machtgebiet des Staates ansah.

Der Deutsch-Französische Krieg und die Begründung des Reiches fallen zeitlich zusammen mit zwei tief einschneidenden Ereignissen im Leben der Kirche. An demselben 18. Juli, an dem in Frankreich der Krieg beschlossen wurde, ward in Rom die Lehre von der päpstlichen Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben, und noch nicht drei Wochen nach der Katastrophe von Sedan ward der weltlichen Herrschaft des Papstes durch das Einrücken italienischer Truppen in Rom ein Ende gemacht. Eine Wirkung dieser Hergänge auf Deutschlands katholische Bevölkerung konnte nicht ausbleiben.

Bismarck hat es grundsätzlich vermieden, Einfluß auf die Verhandlungen des Konzils zu suchen, obgleich der preußische Gesandte am päpstlichen Stuhl, Harry von Arnim, wiederholt dazu aufforderte. Er hatte „ein lebhaftes Interesse daran, daß die Elemente des religiösen Lebens, verbunden mit geistiger Freiheit und wissenschaftlichem Streben, welche der katholischen Kirche in Deutschland eigentümlich sind, auch in Rom auf dem Konzil zur Geltung kommen", wollte ihnen das aber selbst überlassen, unter allen Umständen etwaige Schritte katholischer Mächte abwarten. Er ist von dieser Haltung auch nicht abgewichen, als das Konzil beschloß, auch dogmatische Fragen durch Mehrheitsbeschlüsse zu entscheiden, und die Minderheit durch Ausschluß von den Kommissionen einflußlos machte. Er war der Überzeugung, der er in einem Briefe an Abeken Ausdruck gab: „Den Kampf über katholisches Dogma auf dem römischen Terrain aufnehmen, hieße für uns den Leviathan im Wasser angreifen; lassen wir ihn aufs Trockene kommen, d. h. auf den Boden der praktischen Durchführung des Dogmas innerhalb des preußischen Staatsrechts; da sind wir ihm überlegen". Von irgend welcher grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Kirche und das Papsttum ist nichts zu erkennen. Mit Rücksicht auf die katholische Bevölkerung des Staates verwandte sich Bismarck am 8. Oktober 1870 bei der italienischen Regierung für die unbehelligte Abreise des Papstes aus Rom.

Es wurden aber aus diesen Kreisen der Bevölkerung bald weitergehende Wünsche geäußert.

Im November erschien Erzbischof Ledochowski von Posen in Versailles, eine deutsche Intervention in Italien zu betreiben. Am 18. Februar richtete Bischof Ketteler von Mainz mit 56 katholischen Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses eine Adresse an den Kaiser, in der um Wiederherstellung des Kirchenstaats gebeten wurde. Die Wahlen im November hatten die Zahl der katholischen Vertreter im Hause bedeutend vermehrt und zur Bildung einer katholischen Fraktion geführt, dem Beginn der „politischen Parteibildung auf der Basis der Konfession“. Mit der Eröffnung des ersten deutschen Reichstags trat das „Zentrum“ mit 63 Abgeordneten ins Leben. Die Thronrede betonte die Nichteinmischung in die Angelegenheiten fremder Völker; die vorgeschlagene Antwort, die diese Erklärung nachdrücklich guthieß, ward vom Zentrum heftig bekämpft. Auch vertrat es die Aufnahme von „Grundrechten“ in die Reichsverfassung zu dem Zweck, der katholischen Kirche als Kirche eine größere Freiheit der Bewegung zu sichern. Schon am 1. Oktober des vorigen Jahres hatte Bischof Ketteler in einem Briefe an Bismarck empfohlen, die Artikel der preußischen Verfassung über die Stellung der Kirche in die zukünftige Reichsverfassung aufzunehmen, ein Schreiben, das der Bundeskanzler unbeantwortet ließ. Bei seiner sorgfältigen Rücksichtnahme auf die Verhältnisse der Einzelstaaten war es für ihn ganz ausgeschlossen, auf dem Wege durch die Reichsgesetzgebung eine ganze Reihe von ihnen zur Änderung ihrer Verfassung zu zwingen, was notwendig geworden wäre.

Die Verquickung mit politischen Fragen, und zwar mit solchen, die mit der inneren Festigung des Reiches im engsten Zusammenhang standen, verschärfte bald den Gegensatz. Bei den Urteilen über den Ursprung des „Kulturkampfes“ wird heute im allgemeinen viel zu wenig beachtet, daß er eine jahrzehntelange Vorgeschichte hat. Seit den Tagen des Kölner Kirchenstreits wurde Preußen als die führende protestantische Macht von katholischer Seite heftig angefeindet, um so heftiger und leidenschaftlicher, je mehr diese Macht hineinwuchs in die deutsche Vormachtstellung. Die Nachricht von Königgrätz hatte dem Rheinländer August Reichensperger, einem hochgebildeten und zweifellos deutsch fühlenden Manne, die Worte ausgepreßt: „Es kostet sehr viel Mühe, sich in solche Ratschlüsse Gottes zu fügen“.

In katholischen Volkskreisen fand antipreußische Gesinnung einen viel schärferen und derberen Ausdruck und wurde mit erfinderischer Rührigkeit durch planmäßige Hetzarbeit mittels Wort und Schrift befestigt und verbreitet. Bismarck hat während seines Frankfurter Aufenthalts reichlich Gelegenheit gehabt, diese Tätigkeit und diese Stimmung aus nächster Nähe nach verschiedenen Seiten hin kennen zu lernen; es war die Zeit des Kampfes um die Konkordate in den südwestdeutschen Staaten. Er hat ihre Vertreter weiterhin stets auf der Seite der Gegner gefunden. Die Einheit, die gewonnen worden war, war nicht die, welche diese Männer erstrebt hatten. Nichts berechtigte anzunehmen, daß sie ihre Hoffnungen aufgegeben hatten; der Begründer des Reiches konnte nur Feindschaft von ihnen erwarten. Noch ehe es zustande gekommen war, hat der Preßfeldzug begonnen. Die „Germania" ist am 1. Januar 1871 ins Leben gerufen worden. Das Ziel schien unverhüllt zutage zu treten, als die neue Partei die offenbaren Feinde Preußens, Welfen und Polen, unter ihre schützenden Flügel nahm. Der Hannoveraner Windthorst ward ihr Führer; man vertrat die Ansprüche der Polen, die sowohl gegen die preußische wie gegen die norddeutsche Verfassung protestiert hatten. Bismarck hat von vornherein ihre Begründung als „Mobilmachung gegen den Staat" angesehen, mußte sie so auffassen.

Die deutschen Bischöfe haben, trotz früheren Widerstandes, schon Ende August 1870 die Angehörigen ihrer Kirche „mit vollem, rückhaltlosem Glauben" zur Annahme des Unfehlbarkeitsdogmas ermahnt. Es konnte aber nicht ausbleiben, daß sie vielfach verweigert wurde; der Altkatholizismus nahm seinen Ursprung. Der Staat wurde unmittelbar hineingezogen, als Universitätsprofessoren und Religionslehrer an höheren Schulen die Anerkennung ablehnten und infolgedessen von ihren Bischöfen gesperrt, geistliche Amtsgeschäfte ihnen untersagt wurden. Schon im Sommer 1871 sind Bannsprüche für nötig befunden worden. Der Staat stand vor der Frage, ob er seine Beamten schützen, ob er sie auf Geheiß der Kirche durch neu Angestellte ersetzen wollte. Die Antwort, die er zu geben hatte, konnte nicht zweifelhaft sein, und die Hemmung vermehrte den Unwillen der Kirche. Die katholische Agitation in die Massen nahm zu an Umfang und Heftigkeit; sie hat in den nächsten Jahren ihren Höhepunkt erreicht. Hinweise auf die kirchenräuberischen Hohenzollern, aus deren Geschlecht der letzte Hochmeister

und zugleich Totengräber des Deutschen Ordens entsprossen, die nur im Ungehorsam gegen Kaiser und Reich emporgekommen seien, waren an der Tagesordnung. Pius IX. hatte im Gespräch mit Graf Tauffkirchen, der vertretungsweise die Geschäfte an der Kurie führte, auf die Gefahren hingewiesen, die von den sich verbreitenden kommunistischen Anschauungen drohten. Fürst Bismarck fand sich veranlaßt, am 30. Juni 1871 dem Grafen zu schreiben, daß gerade die Organe der Kirche und die Angehörigen des Zentrums durch ihre Agitation die Entwicklung des Kommunismus begünstigten und den Einfluß der Regierung untergrüben, die aggressive Tendenz der Partei nötige ihn zur Abwehr.

Durch Friedrich Wilhelm IV. war 1841 eine katholische Abteilung im Kultusministerium ins Leben gerufen worden. Sie sollte die Beziehungen zu Rom erleichtern, fand aber bald ihre Haupttätigkeit in der Regelung von Schul- und Kirchensachen, soweit sie das katholische Bekenntnis berührten. Es war ein Zugeständnis, das der kirchenfreundliche, gerechte und milde Sinn des Königs seinen katholischen Untertanen glaubte machen zu sollen nach der Erregung, die im Anschluß an den Kölner Kirchenstreit in weiten Kreisen Platz gegriffen hatte. Das Zugeständnis hatte sich zu einem fühlbaren Schaden im Staate ausgewachsen, zu einem Organ, das die Kirche gegen ihn vertrat. Besonders empfindlich hatte man das in den polnischen Bevölkerungsteilen zu spüren bekommen. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß in unseren Ostmarken deutsche Gemeinden in der Zeit der Wirksamkeit der katholischen Abteilung des Kultusministeriums in erheblichem Umfange durch den Einfluß der Geistlichkeit auf die Schule polonisiert worden sind. Bismarck hat nicht erst in den „Gedanken und Erinnerungen" in den Vordergrund gestellt, daß in diesen Hergängen der Anlaß gelegen habe zu seinen ersten Maßnahmen gegen den gesteigerten Einfluß der katholischen Geistlichkeit; er hat das gleich bei deren Beginn betont. Die Abteilung wurde durch Erlaß vom 8. Juli 1871 aufgehoben.

Es war natürlich, daß das neuen Sturm erregte. Es verschlug wenig, daß der König im Oktober in seiner Antwort auf eine Eingabe des Erzbischofs Melchers von Köln darauf hinwies, daß die katholische Kirche sich anerkannt in Preußen einer so günstigen Stellung erfreue wie in keinem anderen

Lande. Die getroffene Maßnahme konnte einen unmittelbaren Erfolg gar nicht haben; weitere Schritte waren daher unvermeidlich. Im Dezember ward ein Gesetzentwurf über die Ordnung der dem Staate nach Artikel 23 der Verfassung zustehenden Schulaufsicht eingebracht. Er brach mit dem Grundsatz der geistlichen Schulaufsicht und gab Anlaß zu heftigen Debatten, in denen am 10. Februar 1872 der Abgeordnete Mallinckrodt durch seine Äußerung: „Man hat eine Perle annektiert, und wir haben die Perle in die richtige Fassung gebracht" Anlaß gab, daß sein Fraktionsgenosse Windthorst seitdem als „Perle von Meppen" je nachdem gepriesen oder bespöttelt wurde. Noch ehe der Entwurf Gesetz wurde, hatte der Kultusminister von Mühler, der den Klerikalen zuneigte, seinen Platz geräumt, und der liberale Falk war am 22. Januar an seine Stelle getreten. Schon im Dezember war auch durch Reichsgesetz dem Strafgesetzbuch der sogenannte Kanzelparagraph eingefügt, der den Angriffen geistlicher Personen auf die staatliche Ordnung Schranken setzen sollte; am 4. Juli 1872 folgte die Ausschließung der Jesuiten aus dem Deutschen Reiche, weil sie vor allem Rufer im Streit gewesen waren.

Inmitten dieser und all der folgenden Kämpfe ist es unablässig Bismarcks Bemühen gewesen, zur Kurie selbst in tunlich besten Beziehungen zu bleiben. Hier galten für ihn die Gesichtspunkte der großen Politik; das Papsttum war und blieb für ihn eine auswärtige Macht. Seine Bemühungen sind aber durch Jahre erfolglos geblieben. Im April 1872 ward Kardinal Fürst Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst zum Botschafter des Deutschen Reiches beim Päpstlichen Stuhl ernannt; Arnim war Botschafter in Paris geworden. Man wünschte die Wahl eines Kardinals für diesen Posten in Rom als einen Beleg aufgefaßt zu sehen, daß man Frieden mit der Kurie wolle. Der Papst ließ aber auf die Anfrage, ob genehm, erwidern, daß er dem Kardinal die Erlaubnis zur Übernahme des Auftrags nicht erteilen könne: „Der erste und einzige Fall, den ich erlebt, daß eine solche Anfrage verneinend beantwortet wird", wie Bismarck am 14. Mai im Reichstage erklärte, als Bennigsen anfragte, ob der betreffende Posten im Etat des Auswärtigen Amts nicht abgesetzt werden könne.

Es war diese Rede, in der er das Wort prägte: „Nach Canossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig". Er sprach seine Überzeugung da-

hin aus, daß es, bei der vom gegenwärtigen Papste gegenüber den weltlichen Dingen grundsätzlich eingenommenen Stellung, einer weltlichen Macht nicht möglich sein werde, ohne Schädigung ihrer Rechte zu einer Verständigung zu gelangen. Er stellte daher in Aussicht, daß man versuchen werde, die strittigen Fragen durch staatliche Gesetzgebung zu ordnen. Er bedauerte die Ablehnung, hielt sich aber nicht für „berechtigt, dieses Bedauern in die Farbe einer Empfindlichkeit zu übersetzen, denn die Regierung schuldet unseren katholischen Mitbürgern, daß sie nicht müde werde, die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der geistlichen und der weltlichen Gewalt, der wir im Interesse unseres inneren Friedens absolut bedürfen, in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise gefunden werden könne".

Im November trat der preußische Landtag zusammen. Die in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe wurden nacheinander von Falk eingebracht, zunächst ein solcher über den Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel, dann weitere über Vorbildung und Anstellung der Geistlichen, über Austritt aus der Kirche, über kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Sie waren nach der Meinung der Kommission ohne vorgängige Änderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung nicht annehmbar. Man hat diese Änderung beschlossen, und die Entwürfe sind, nachdem auch das Herrenhaus sie gutgeheißen, im Mai 1873 Gesetz geworden, der Anfang der „Maigesetze". Da sich unter den neuen Verhältnissen die Erlangung der kirchlichen Trauung nicht selten schwierig, ja unmöglich gestaltete, so ward dem nächsten Landtage ein Gesetzentwurf betreffend die Beurkundung des Zivilstandes und die Form der Eheschließung — Einführung der obligatorischen Zivilehe — eingebracht, den zu vertreten Bismarck zum 17. Dezember 1873 eigens von Varzin nach Berlin herüberkam; er ward am 9. März 1874 Gesetz. Am 6. Februar 1875 ist die obligatorische Zivilehe auch im Reiche in Kraft getreten. Am Tage zuvor hat Pius IX. alle diese Gesetze kraft seiner apostolischen Gewalt für ungültig erklärt, „eines edlen Volkes unwürdig, eher für Sklaven gemacht". Der Streit spitzte sich zu: Hie Staat, hie Kirche!

Es ist im Verfolg der Dinge, um Gehorsam gegen die erlassenen Gesetze zu erzwingen, als notwendig angesehen worden, besondere „Kampfgesetze"

zu machen, so von Reichs wegen im Mai 1874 ein solches, das Aufenthaltsbeschränkungen und Landesverweisungen für widerspenstige Geistliche vorsah, in Preußen im April 1875 das Sperr- oder Brotkorbgesetz und weiterhin eins, das die Orden beschränkte, und ein anderes über kirchliche Vermögensverwaltung, Gesetze, deren strikte Durchführung nicht geringe Schwierigkeiten schuf und zu mancherlei Härten Anlaß gab. Am 18. Juni 1875 wurden die Artikel 15, 16, 18 der preußischen Verfassung ganz aufgehoben.

Bismarck hat später stets geltend gemacht, daß er für die Einzelheiten dieser Gesetzgebung und ihre Durchführung nicht verantwortlich gemacht werden dürfe, da sie allein juristischen Erwägungen entsprungen seien. In der Tat hat er den Kampf in allen seinen Stadien stets als einen politischen aufgefaßt und geführt, bestimmt, die Grenzen des staatlichen Verfügungsrechts vor Einbrüchen kirchlicher Gewalt zu sichern. Gern und richtig hat er darauf hingewiesen, daß es sich um einen uralten Gegensatz handele, daß das Papsttum jederzeit eine politische Macht gewesen sei, und daß „nicht um Bedrückung der Kirche, sondern um Verteidigung des Staates" gestritten werde. Diese tiefbegründete, wahrhaft geschichtliche Einsicht hat ihm auch völlig klar gemacht, daß von der Erringung eines ewigen Friedens nicht die Rede sein, daß man höchstens einen modus vivendi, ein gegenseitiges Anerkennen und Rücksichtnehmen erlangen könne, hat ihm aber dadurch in der Folge die Beendigung des Kampfes erleichtert. Von der Anschauung, die sich in dem von Virchow 1873 geprägten Worte „Kulturkampf" verkörperte, die in der katholischen Kirche den unversöhnlichen Feind aller Kultur und alles Fortschritts sah, war Bismarck weit entfernt. Dafür stand er geistig zu hoch, und seine geschichtliche Bildung ging zu tief.

Daß der Haß des Zentrums sich steigerte, je schärfer die staatlichen Abwehrmaßregeln wurden, und daß es Zuzug leistete, sobald nur irgendwo Bismarckgegner auftraten, lag in der Natur der Dinge. Die grellste Beleuchtung fand die durch die Hetzpresse entfesselte Leidenschaft in dem Versuch des Böttchergesellen Kullmann, am 13. Juli 1874 in Kissingen den Reichskanzler „um der Maigesetze willen" zu ermorden. Sicher, daß kein Zentrumsmann irgendwie beteiligt war an der Anstiftung zu dieser Tat,

aber gleichwohl hatte Bismarck recht, als er am 4. Dezember im Reichstage der Partei entgegenhielt: „Er hängt sich an Ihre Rockschöße". Die Gesinnung, aus der die Tat floß, entstammte der maßlosen Agitation, von der Deutschland erfüllt war. Mußte doch eine Vorstellung der Fuldaer Bischofsversammlung im Auftrage des Kaisers am 9. April 1875 mit dem Ausdruck des „Erstaunens und Bedauerns" beantwortet werden, „daß Geistliche in der hohen Stellung der Bischöfe sich zum Organ einer Behauptung machen konnten, als ob es in Preußen eine Verleugnung des Glaubens sei, die Befolgung solcher Gesetze zu versprechen, welche in anderen deutschen und fremden Staaten seit Jahrhunderten und noch heute von der katholischen Geistlichkeit und ihren Kirchenoberen bereitwilligst befolgt werden, und deren Befolgung dort von katholischen Geistlichen mit heiligem Eide bedingungslos gelobt wird".

Den Liberalen war Bismarcks Kirchenpolitik noch aus anderen Gründen annehmbar als aus dem der Verteidigung staatlichen Selbstbestimmungsrechts. Anders bei den Konservativen. Für sie bildeten nahe Beziehungen zwischen Staat und Kirche einen Grundpfeiler ihrer politischen, ja ihrer Welt- und Lebensanschauungen. Bekämpfung kirchlicher Autorität schloß für sie die Gefahr der Schwächung staatlichen Ansehens in sich, letzten Endes die Auflösung der bürgerlichen und privaten Moral. Es kam hinzu, daß Reformen der Verwaltung in liberalem Sinne, vor allen eine neue Kreisordnung, sich als unvermeidlich erwiesen. So haben sie dem alten Genossen nicht weiter folgen mögen. Hatte schon sein erstes Einlenken in neue Bahnen sie stutzig gemacht, so schlug er jetzt Wege ein, die sie nicht gehen wollten. Aus den Reibungen in den Jahren nach 1866 wurde jetzt offener Kampf. Alte Freunde wurden Gegner; zu den neuen Gefolgsgenossen hatte der Kanzler ein inneres Verhältnis nicht. Es wurde einsam um den Gewaltigen. Was an körperlicher und seelischer Kraft noch in ihm war, mußte er zusammenraffen, durchzuhalten im Dienste seines Staates und Volkes. Es wurde ihm um so schwerer, als er auch um den Einfluß auf seinen Herrn wiederum hart zu ringen hatte.

---

3. Überarbeitet. Kämpfe mit den Konservativen.

Die mancherlei Leiden, die Bismarck körperlich plagten, standen in ununterbrochener Wechselwirkung zu den Mühen und Erfolgen seiner Arbeit, kamen und gingen mit ihnen. Sie waren etwas zurückgewichen mit dem glücklichen Ausgang des Krieges. Lust zu neuen Taten schwellte die Brust. Im Juli 1871 fand Roon den Fürsten „voll heiligen Eifers des Dienstes, ganz kurbrandenburgischen Vasall". Er war am 16. Juni mit Moltke und Roon dicht vor seinem Herrn in Berlin eingeritten. Am 8. Juli aber schrieb der Kaiser an seinen Kanzler: „Das Vaterland und ich verlangen von Ihnen gebieterisch Ruhe". Die Widerstände, die zu überwinden waren, lähmten bald wieder die aufgepeitschte Kraft. Die Stimmungen wechselten jäh. In einem Briefe an den Bruder vom 23. Juli heißt es: „Meine amtliche Stellung ist bei allem äußeren Glanze dornenvoller als irgend jemand außer mir weiß, und meine tägliche Fähigkeit, alle die Galle zu verdauen, die mir das Leben hinter den Kulissen ins Blut treibt, ist nahezu erschöpft".

Ein Vertrag, den Manteuffel als Befehlshaber der Besatzungstruppen in Frankreich eigenmächtig mit dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier abgeschlossen hatte, nötigte den Kanzler, Mitte August seine Karlsbader Kur in Varzin zu unterbrechen und zum Kaiser nach Gastein zu reisen, wo er die Nichtbestätigung durchsetzte. Im Spätherbst befiel ihn längere Krankheit. Am 4. Dezember konnte er zum ersten Male wieder mit der Familie essen, am 16. das erste Mal wieder eine Ausfahrt in den Tiergarten wagen. Gegen den Ersatz Mühlers durch Falk hatte der König schwere Bedenken; Einflüsse der nächsten Umgebung arbeiteten entgegen. Im Herrenhause erhoben sich im März Kleist-Retzow, der dem Kanzler einst so nahe gestanden hatte, und Senfft-Pilsach gegen das Schulaufsichtgesetz. Bismarck beteuerte vergeblich, daß „keine Regierung je ein Interesse daran habe, mit einer konservativen Partei zu brechen", fügte allerdings bitter hinzu, die Partei „besorge das mitunter selbst".

Das Jahr 1872 war weiterhin kein gutes für ihn. Er brachte vom 18. Mai bis 3. September in Varzin zu und weilte, nach kurzem Aufenthalt in

Berlin zum Besuch der Kaiser von Rußland und Österreich, wieder vom 19. September an dort. Am 16. August schrieb ihm Motley, der mit seiner Tochter am 26. Juli zu Bismarcks silberner Hochzeit in Varzin gewesen war, aus dem Haag: „Ein Mann, der 193 Telegramme und 86 Briefe an einem Tage erhält — in seiner Zurückgezogenheit —, kann keine prompte Privatkorrespondenz unterhalten". Selbst die Nächststehenden machte seine Reizbarkeit irre. Am 1. September berichtete Roon an Blanckenburg vom „Eremiten von Varzin, der alles selber machen will und dennoch die schärfsten Verbote erläßt, daß man ihn nicht belästige". Als Ältester vertrat er Bismarck in der Leitung des Staatsministeriums, meinte aber, „kaum länger mit ihm auskommen zu können".

Es war doch kein direkter Konflikt, der es zur Krisis brachte.

Der Widerstand des Herrenhauses in der Frage der Kreisordnung sollte gebrochen werden. Bismarck hatte schon lange an eine Reform des Hauses gedacht; die Minister, mit alleiniger Ausnahme Roons, wollten durch einen Pairsschub helfen. Die Liste, die sie dem Könige gegen Roons Willen am 30. November vorlegten, erhielt sogleich die Bestätigung. Im Zusammenhang mit dieser Frage hatte Bismarck schon am 13. November dem Könige geschrieben, daß seine Kräfte ihm nicht erlaubten, die Geschäfte in dem bisherigen Umfange weiterzuführen. Roon reichte am 8. Dezember seine Entlassung ein.

Fünf Tage später schrieb ihm Bismarck, daß am 15. auch er seine Entlassung als preußischer Ministerpräsident nachsuchen und nur die Leitung des Auswärtigen behalten werde: „Ich habe Goltz und Usedom jahrelang getragen; es wird mir aber sauer und unwürdig im Gefühl, mich mit einem so leichtfertigen und gewissenlosen Egoisten wie Harry Arnim vor dem Könige über mein Recht als Minister streiten zu sollen. Das muß ich tragen, wenn ich auswärtiger Minister bleiben und der König mich noch schneller aufreiben will, als ich ohnehin zu Grunde gehe. Im Innern habe ich aber den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die landesfeindliche Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung, nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas für diese Welt Entmutigendes, was bis zur Lähmung geht, wenn die Sorge um meine

Frau dazutritt, wie das seit einigen Monaten verstärkt wiederkehrt. Meine Federn sind durch Überspannung erlahmt. Der König, als Reiter im Sattel, weiß wohl kaum, daß und wie er in mir ein braves Pferd zuschanden geritten hat; die Faulen halten besser aus. Die Verantwortung für Kollegen, auf die ich nur bittweise Einfluß habe, und die Verantwortung für solche Ansichten und Willensmeinungen Sr. Majestät, die ich nicht teilen kann, vermag ich in meiner deprimierten Gemütsverfassung nicht mehr durchzufechten. Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig, und die ruchlose Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Das Zeugnis gegen das Ministerium, welches in Ihrem Abschiedsgesuch liegt, hat meinen seit Monaten keimenden Entschluß schnell gereift."

In Bismarcks Briefen führt nicht selten tiefe Verstimmung das Wort; schärfer als in diesem doch in wenigen. Harry von Arnim hatte andauernd versucht, in Paris eigene Politik zu treiben und seine Auffassung unmittelbar beim Monarchen zur Geltung zu bringen.

Die Schwierigkeiten sind doch in Bismarcks Sinne zunächst überwunden worden. Roon hat die volle Leitung des Ministeriums übernommen; im Kriegsministerium, das er dem Namen nach beibehielt, ward Kameke die Geschäftsführung übertragen. Bald kamen aber neue Prüfungen.

Am 14. Januar 1873 griff der Abgeordnete Lasker, einer der Führer der Nationalliberalen, gelegentlich eines Gesetzentwurfs betreffend die Aufnahme einer Eisenbahnanleihe von 120 Millionen Talern, den mit Eisenbahnkonzessionen betriebenen Schwindel heftig und mit großem augenblicklichen Erfolge an. Seine Beschuldigungen trafen neben dem Fürsten Putbus und dem Prinzen Biron von Kurland den Geheimrat Hermann Wagener, den ehemaligen Schriftleiter der Kreuzzeitung, jetzt vortragenden Rat im Staatsministerium, zu dem Bismarck seit mehr als zwei Jahrzehnten in Beziehung gestanden hatte, der ihm vielfach auch Mitarbeiter gewesen war. In der Volkszeitung ward angedeutet, daß Bismarck selbst an den gerügten Manipulationen nicht ganz unbeteiligt sei, und Bismarck fand, daß ihn Roon als Ministerpräsident gegen diesen Vor-

wurf nicht genügend decke. Es kam im Februar zu einem erregten Briefwechsel zwischen den beiden Freunden. Bismarck wollte sich nicht verdächtigen lassen, „unredlichen Vorteil durch sein Amt und auf Kosten des Staates zu suchen“. Er ist während seiner gesamten Amtsführung peinlichst bemüht gewesen, solchem Vorwurf auch nicht den blassesten Schein der Berechtigung zu bieten. Er klagte bitter, „daß sich keine Stimme eines Kollegen, eines Blattes, eines Freundes habe vernehmen lassen, ihm gegen unverdiente und schwere Kränkung freiwillig beizustehen“. Er müsse sich in der offiziösen Presse selbst verteidigen. Er hatte „Andeutungen, daß die Angriffe der Volkszeitung aus hohen Kreisen stammen“. Er bat, Geduld mit ihm zu haben: „Es wird nicht auf lange nötig sein. Den Kampf für meinen guten Ruf will ich noch durchfechten mit der letzten Nervenfaser, die Gott mir läßt“.

Der Freund durfte auf den leidenschaftlichen Erguß wohl mit der Bitte antworten, doch auch Nachsicht zu üben und ihm nicht zuzumuten, „als stumme Scheibe zu dienen, wenn es Ihnen unvermutet von der Pfanne brennt“.

Mit größerer Berechtigung als gegen Roon wandte sich Bismarck am 20. März gegen seinen alten Gönner Senfft-Pilsach, der ihn zur Demut und zur Buße ermahnt hatte, damit sein großes Werk nicht Schaden leide und er nicht dem Gericht Gottes verfalle: „Ich hätte gern Gewißheit, daß Ihre mahnende Stimme auch den Ihnen nahestehenden Gegnern der Regierung Sr. Majestät des Königs nicht vorenthalten werde, welchen die Demut unseres Erlösers, den Sie mir mit Recht vorhalten, so fremd geworden ist, daß sie im zornigen Dünkel eigner Weisheit und in heidnischer Parteiherrschaft es als ihre Aufgabe ansehen, das Land und die Kirche zu meistern und die Grundlagen beider zum Vorteil ausländischer und dem Evangelium feindlicher Gewalten tatsächlich zu erschüttern. In ehrlicher Buße tue ich mein Tagewerk ohne Eurer Exzellenz Ermahnung; aber wenn ich in Furcht und Liebe Gottes meinem angestammten Könige in Treue und mit erschöpfender Arbeit diene, so wird der pharisäische Mißbrauch, den die pommerschen wie die römischen Gegner mit Gottes Wort treiben, mich in meinem Vertrauen auf Christi Verdienst dabei nicht irre machen“. Unter Hinweis auf Psalm 12 Vers 4 und 5 schloß Bismarck mit den Worten:

„Ich bitte Eure Exzellenz, sich Ihrerseits vorzusehen, daß Sie dem Gericht Gottes nicht eben durch die Überhebung Ihrer an mich gerichteten Warnung verfallen", und vertraute für sich selbst dem Schluß von Psalm 3: „Ich fürchte mich nicht vor viel Hunderttausenden, die sich umher wider mich legen. Auf, Herr, und hilf mir, mein Gott! Denn Du schlägst alle meine Feinde auf den Backen und zerschmetterst der Gottlosen Zähne. Bei dem Herrn findet man Hilfe".

Als Edwin von Manteuffel, der Generalfeldmarschall, ihn im November erinnerte, der 25. Wiederkehr des Tages zu gedenken, an dem sein Vetter, der ehemalige Ministerpräsident, unter dem Bismarck seine Frankfurter Tätigkeit begonnen hatte, in seine Stellung eingetreten war, lehnte Bismarck das ab: „Ich habe hier" (in Varzin) „die Reden Ihres Herrn Vetters im Herrenhause gelesen. Einem Manne, der selbst ausreichend die Schwierigkeit des Regierens in Preußen kennen gelernt hat und dennoch so reden konnte in seinem hohen Ehrenalter, dem kann ich keinen Gruß senden. Er ist von der europäischen Höhe nicht in würdige Zurückhaltung, sondern in die Fraktion der malkontenten Velleitäten herabgestiegen, wie Kleist-Retzow und alle die ehemaligen Präsidenten und Staatssekretäre, die, wenn sie einen Stein brauchen, um den Gegner zu treffen, die clefs de voûte unseres Staatsgebäudes nicht schonen und ihrem Unmut auf Kosten der Zukunft des Landes und des Thrones unbedenklich die Zügel schießen lassen. Ich kann meinem früheren Chef weder brieflich noch persönlich die Hand reichen, nachdem ich seine Herrenhausrede gelesen habe". Dem Generalfeldmarschall stellte er das Zeugnis aus, daß er „unter allen Umständen dem Kompaß der Pflicht und Liebe für Dynastie und Vaterland folge und niemals persönliche Verstimmungen den Staat entgelten lasse".

Im Dezember erinnerte Ludwig von Gerlach im Abgeordnetenhause den einstigen Zögling an eine Rede, in der dieser im November 1849 an eben dieser Stelle die Zivilehe als „sprachlichen und materiellen Gallizismus" bezeichnet und die Hoffnung ausgesprochen hatte, „daß das Narrenschiff der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche scheitern werde", und schloß mit dem Wunsche, daß der Kanzler noch aus dem Schiff herausspringen, an den Fels der Kirche schwimmen und auf ihm Fuß fassen möge. Bismarck überschüttete die selbstherrliche Unfehlbarkeit des Mannes mit Hohn, betonte, daß

er „seine persönliche Meinung dem Staatsbedürfnis unterordne und sich nicht schäme zu lernen“, und schloß mit der Bitte, von ihm „auch nur einen geringen Grad von Bescheidenheit in Unterordnung des eigenen Urteils unter das Bedürfnis der allgemeinen Wohlfahrt zu lernen“.

Bismarck blieb Sieger in diesen Zusammenstößen; aber sie zehrten an seiner Kraft.

Er hatte inzwischen die Last der Geschäfte wieder auf sich nehmen müssen. Am 9. November 1873 war Roon die erbetene Entlassung erteilt worden. Eine gewisse Erleichterung bedeutete für Bismarck nur die Übertragung einer Vizepräsidentschaft im Staatsministerium an den Finanzminister von Camphausen. Moritz Blanckenburg, sein alter Gesinnungsgenosse, hatte jetzt wie früher abgelehnt, Landwirtschaftsminister zu werden, für Bismarck eine Enttäuschung. „Gefochten soll sein,“ schrieb er am 20. November an Roon, „das ist mir so klar, als ob Gott es mir auf deutsch direkt befohlen hätte. Ich stehe dienstlich an der Bresche, und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also Vexilla regis prodeunt, und ich will, krank oder gesund, die Fahne meines Lehnsherrn halten gegen meine faktiösen Vettern so fest wie gegen Papst, Türken und Franzosen. Vermüde ich, so bin ich anschlagmäßig verwendet, und der Verbrauch meiner Person ist vor jedem Rechnungshofe justifiziert“.

In der Nacht vom 5. zum 6. März 1874 erkrankte er an einem schweren rheumatischen Leiden. Im Mai fand Blanckenburg, der dem Einsamen doch ein Freund blieb und drei Tage an seinem Krankenstuhl und Krankenbett gesessen hatte, ihn „geistig ganz frisch, körperlich völlig hinfällig, unfähig, allein zu stehen vor Schwäche“.



4. Reichsgesetzgebung und Liberalismus.

In diesen Kämpfen konnte sich Bismarck auf den gesamten Liberalismus stützen, der weder ein klerikales noch ein konservatives Regiment wollte. Mit Hilfe der gemäßigteren Rechtsstehenden verfügte er über parlamentarische Mehrheiten. Aber er konnte doch nicht alles, was nach seiner Einsicht nottat, im Bunde mit dem Liberalismus durchsetzen oder festhalten. Wenn sein Zusammengehen mit dieser Richtung den Unwillen der Konservativen erregte, so fanden die neuen politischen Freunde ihn vielfach zu konservativ, ja reaktionär. Verbunden war man im Grunde nur durch nationale Gesinnung. In der weiteren Ausgestaltung von Staat und Reich strebte man verschiedenen Zielen zu, und es war natürlich, daß jede Opposition gegen den Reichskanzler sich der Unterstützung seiner grundsätzlichen Gegner, der Klerikalen und ihres polnischen, welfischen, reichsländischen Anhangs, erfreute. So fehlte es auch nach der liberalen Seite hin nicht an schweren Hemmungen. Eine einheitliche, allgemeinen politischen Doktrinen entsprechende Politik war im neuen Reiche unmöglich, ist auch später unmöglich geblieben, wird es vielleicht immer sein. Der Sache hat das weniger zum Nachteil gereicht, als die landläufigen politischen Vorstellungen anzunehmen pflegen, und auch das wird wohl so bleiben. Der Erbauer und erste Lenker des Reichsschiffs hat es mit fester, sicherer Hand durch die Wirrnisse von Strudeln, Klippen

und Untiefen, die es in Gestalt der buntesten doktrinären und partikularistischen Mannigfaltigkeit umgaben, wohlbehalten hindurchgesteuert.

Den Liberalen, insbesondere ihrem linken Flügel, lag der Ausbau der Verfassung in westeuropäischem Sinne am Herzen. „Erweiterung der Volksrechte" war die Losung. Demgegenüber hat Bismarck immer wieder dargelegt, daß es falsch sei, Regierung und Volksvertretung als zwei Körper mit verschiedenen Bedürfnissen anzusehen: „Wir haben das gleiche Interesse, zu bessern, wenn das Dach durchregnet"; er wollte nicht, daß gesagt werde: „Gib mir erst das, dann will ich dir jenes geben". Er ermahnte zur Ruhe in der Diskussion, da „niemand die Rechte des Reichstags in Frage stellen" wolle. Er warnte vor der häufigen, ununterbrochenen Kritik der Verfassung; sie sei noch jung, müsse, werde sich aber auch einleben. Machterweiterung solle man „lieber auf dem Gebiete der Territorialverfassungen" suchen. „Das Reich ist wirklich", bemerkte er im November 1875, „noch nicht genug in sich verwachsen, um der Boden zu sein, auf dem Kraftproben angestellt werden können".

Er hatte dabei zugleich das Volk mit den in ihm vertretenen, so verschiedenartigen Strömungen und die Regierungen im Auge. Peinlich wachte er, wie schon im Norddeutschen Bunde, über deren vertragmäßig zugestandene Rechte, auch über die kleinsten. Er trat für die kritisierte Münzhoheit der Einzelstaaten ein, verteidigte sächsische militärische Besonderheiten. „Eigentümlichkeiten, die unserem, an schematische Regelmäßigkeit gewöhnten Auge unangenehm ins Gesicht treten, gehören zu den Imponderabilien".

Tunlichste Schonung der bestehenden Verfassung, die nun einmal ein Kompromiß sei, ist auch immer der Hauptgrund gewesen, auf den er sich stützte bei Ablehnung von Tagegeldern, deren Einführung von 1871—1876 und wieder von 1884 an alljährlich von einer wachsenden Reichstagsmehrheit gefordert wurde. Dem Verlangen nach verantwortlichen Reichsministerien setzte er noch nachdrücklicheren und tiefer begründeten Widerstand entgegen. Wie im Norddeutschen Bunde vertrat er die Meinung, daß sie entweder machtlos sein oder die Einheitlichkeit der Regierung stören würden. Er verwies auf Muster, die liberalen Anschauungen sonst geläufig waren; er wünschte dem Reichskanzler die Machtvollkommenheit eines englischen kabinettbildenden Ministers oder eines Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Trotz der drei siegreichen Kriege, die den Wert eines starken, auf fester Ordnung beruhenden Heerwesens unerschütterlich hätten einprägen sollen, haben auch im neuen Reiche die Streitigkeiten in Heeresfragen fortgedauert. Lag doch hier der eigentliche Angelpunkt des Kampfes um die Machtverteilung zwischen Regierung und Volk. Dem Liberalismus schwebte die alljährliche Bewilligung, das Parlamentsheer, vor, seinen radikalsten Vertretern aus dem Süden gar ein Milizsystem. Daß die Regierung von den bewährten Traditionen nicht lassen wollte, verstand sich von selbst. Ihr Vorschlag, die Friedenspräsenzstärke nach dem Wortlaut der Verfassung auf ein Prozent der Bevölkerung festzusetzen, endete 1874 mit einem Kompromiß. Es wurden 401 659 Mann (hinter dem Zählungsergebnis von 1871 noch um 9000 Mann zurückbleibend) auf sieben Jahre bewilligt. Nur mit Mühe hat 1880 ein abermaliges Septennat mit der Präsenzziffer von 427 274, einem Prozent der Bevölkerung vom 1. Dezember 1875, erlangt werden können. Als es 1886 erneuert werden sollte, versagte die Volksvertretung; Auflösung mußte helfen. Durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes war die Heereslast gegenüber der bisherigen preußischen herabgesetzt worden; die Wehrpflicht dauerte im ganzen nur noch 12 Jahre. Erst 1888 ward sie unter dem Druck der europäischen Verhältnisse wieder auf die alte Höhe gebracht.

Alle diese Gegensätze konnten die innere Festigung und Weiterentwicklung des Reiches zwar erschweren, nicht aber hindern. Allzusehr drängten die Verhältnisse auf den verschiedensten Gebieten zu einheitlicher neuer und besserer Ordnung, als daß nicht Reichstag und Regierung sich hätten finden müssen. Ein norddeutsches Strafgesetzbuch war schon im Mai 1870 zustande gekommen; mit dem 1. Januar 1872 erlangte es unter geringen Veränderungen auch für Süddeutschland Gültigkeit. Rasch vollzog sich die Münzreform auf der Grundlage der Goldwährung; mit dem Ende des Jahres 1875 waren alle Landesmünzen mit Ausnahme eines Teils der Taler außer Kurs gesetzt. In diesem Jahre wurden auch das Bankwesen und der Notenumlauf gesetzlich geregelt. Bismarck ist gegenüber den späteren Anläufen, die auf Wiedereinführung der Doppelwährung zielten, stets fest geblieben. Sein Gleichnis von der zu kleinen Decke, von der jeder einen möglichst großen Teil an sich zu ziehen sucht, ist zwar heute gegenüber der gewaltigen Stei-

gerung der Goldgewinnung nicht mehr ganz zutreffend, war aber für die damalige Lage so richtig wie schlagend. Auch in dieser schwierigen Frage bewährten sich sein natürlicher Verstand, sein klarer Blick, sein gesundes Urteil.

Die Reformen auf dem Gebiete der Rechtspflege fanden am 1. Oktober 1879 mit der Einführung gleichartiger Gerichtsorganisation und einer gemeingültigen Zivil- und Strafprozeßordnung einen vorläufigen Abschluß; sie sind am 1. Januar 1900 durch das Bürgerliche Gesetzbuch gekrönt worden. Preußen verdankt der ersten Hälfte der siebziger Jahre vor allem die neue Kreis- und die neue Provinzialordnung für die fünf (sechs) östlichen Provinzen (außer Posen); 1876 sind Ost- und Westpreußen wieder von einander getrennt worden.

Diese vielseitige und weitgreifende Gesetzgebung, die sich in der Folgezeit als eine wertvolle Grundlage des Zusammenlebens im Reiche bewährt hat, ist besonders zustande gekommen unter starker Mitwirkung der liberalen Parteien, vor allem der Nationalliberalen, und trägt das Gepräge dieses Zusammenarbeitens. Die Nationalliberalen hatten im ersten Reichstage 116, im zweiten (seit 1874) 155 Sitze inne. Das Band, das sie mit der Regierung verknüpfte, sollte sich aber lösen. So wenig wie den Konservativen konnte Bismarck sich dauernd den Liberalen dienstbar machen. Des Reiches Wohl hing für ihn nicht an der Durchführung von politischen Doktrinen: „Die Bequemlichkeit, die Wohnlichkeit, die Sicherheit des Gebäudes der Schönheit der Fassade unterzuordnen, das ist eine politische Richtung, für die ich nie in meinem ganzen Leben Sympathie gehabt habe, und wenn ich mich von Jugend auf in juristischen und wissenschaftlichen Theorien auf Wahrung meines Standpunktes hätte beschränken wollen, so, glaube ich, wäre es mir nicht beschieden gewesen, eine irgend bemerkbare Rolle in den Ereignissen der letzten Jahrzehnte zu spielen", erklärte er vor dem Reichstage am 3. Dezember 1875.

Die Handels- und Wirtschaftspolitik, die unser Erwerbsleben so gestaltet hat, daß es heute die schwersten Belastungsproben erträgt, ist das Werk des Fürsten Bismarck, sein eigenstes so gut wie die Aufrichtung des Reiches selbst. Nur unter den schwersten Kämpfen, gegen eine Welt von Widersachern, hat er sie zur Geltung bringen können, nicht anders als zuvor den staatlichen Zusammenschluß.

---

5. Finanz- und Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu den Liberalen.

Preußens und des von ihm geleiteten Zollvereins Zoll- und Steuerpolitik läßt sich ihrem Gesamtcharakter nach als gemäßigter Freihandel oder auch als gemäßigte Schutzzollpolitik bezeichnen. Extreme Maßnahmen, wie die Geschichte Englands, Rußlands, der Vereinigten Staaten sie kennt, sind ihr stets fremd geblieben. Die Landwirtschaft vertrat naturgemäß freihändlerische Wünsche, Gewerbe und Industrie hegten schutzzöllnerische. Das begann sich für die Landwirtschaft zu ändern in den Jahren, als Deutschlands Einigung im Werden begriffen war. Die Erleichterung des Verkehrs fing an, die Arbeit des Landmannes hochentwickelter und dichtbevölkerter Kulturländer mit dem Wettbewerb von Gebieten zu bedrohen, die unter günstigeren Bedingungen erzeugten.

Bismarck ist aber zunächst nicht durch diesen Wandel in neue Bahnen gelenkt worden, obgleich er der Landwirtschaft persönlich nahe genug stand. Ihn leitete auch hier die Sorge, die immer und immer wieder Antrieb seines Wollens wurde, die Sorge um die Wohlfahrt, den Bestand des Reiches. Es war für seinen Bedarf an Geldmitteln auf die Zölle und Steuern und den Ertrag der Post angewiesen; das Fehlende mußte in Form von Matrikularbeiträgen aufgebracht werden. Das Reich war Kostgänger bei den Einzelstaaten und naturgemäß in steigendem Maße. Das konnte die Freude an der Einheit, der man sich doch nicht überall gern gefügt hatte, nicht mehren. Besonders in der Bevölkerung und bei den Regierungen der weniger wohlhabenden Bundesglieder machte sich der Druck fühlbar. Bismarck hat im März 1877 im Reichstag einmal die Äußerung getan: „Die Reichsflut ist rückläufig; wir gehen einer Ebbe entgegen". Es war seine Überzeugung, daß das Reich auf eigene Füße gestellt werden müsse.

Das war nur möglich durch Steigerung der indirekten Abgaben. Er hat diese Auffassung schon am 1. Mai 1872, als im Reichstage die Aufhebung der Salzsteuer beantragt war, nachdrücklich vertreten. Unbekümmert um Popularität bezeichnete er die Redensart von der „Pfeife des armen Mannes" als eine „politische Heuchelei", die man für erlaubt halte und sich und andern

konzediere; nur die Steuern, welche von der großen Masse gezahlt würden, könnten dem Finanzminister den Säckel füllen; die Reichen seien nicht zahlreich genug, den Hauptbedarf zu decken. Er hat das später wieder und wieder auseinandergesetzt und auf die andern großen Reiche, vor allem auf die, welche sonst immer im Meinungsstreit als Musterländer vorgeführt wurden, England, Frankreich, Amerika, verwiesen, die sämtlich einen außerordentlich viel größeren Teil ihres Staatsbedarfs aus indirekten Steuern deckten und decken.

Wenn so politische Erwägungen zunächst in neue Bahnen führten, so traten ihnen bald wirtschaftliche zur Seite.

Der allgemeine Aufschwung, der dem Kriege folgte, hielt nicht allzu lange an. Der Milliardensegen ist wohl Staatserfordernissen dienlich gewesen, nicht aber in gleichem Maße der Privatwirtschaft, wie weit auf Grund von Fehlgriffen, wie weit in gewissem Grade unvermeidlich, wird sich kaum jemals entscheiden lassen. Die Jahre 1874—1876 bedeuten einen Tiefstand des deutschen Wirtschaftslebens und damit eine Erhöhung der Schwierigkeiten in der richtigen Verteilung der Steuerlasten. Bismarck hatte der Wirtschaftspolitik bis dahin eine nähere Aufmerksamkeit nicht gewidmet, weder in Preußen noch im Norddeutschen Bunde oder im Reich. Sein bewährter Mitarbeiter Rudolf Delbrück, seit 1867 Präsident des Kanzleramts, Bismarcks „rechte Hand", war ihm Autorität in Handelssachen. Er verfolgte im Einklang mit der vorherrschend freihändlerisch gerichteten öffentlichen Meinung das Ziel eines allmählichen Abbaus der noch vorhandenen Schutzzölle. Am 1. Oktober 1873 hörte der Zoll auf Roheisen auf; vom 1. Januar 1877 an sollten auch fast alle anderen Eisenwaren frei eingehen. Aber in den schwierigen Jahren mehrten sich die Klagen so, daß sie nicht mehr überhört werden konnten. Die Industrie wollte nicht schutzlos der fremden Konkurrenz ausgesetzt sein, der englischen, die durch Erfahrung, Einrichtungen und Mittel einen mächtigen Vorsprung hatte, der amerikanischen, die hinter der Deckung einer sperrenden Zollgesetzgebung arbeitete. Dazu kam die veränderte Lage der Land- und Forstwirtschaft, deren Verhältnisse dem Reichskanzler so vertraut waren. Erleichterung des Verkehrs zu Wasser und zu Lande, dazu die Tarifpolitik deutscher Eisenbahnverwaltungen führten fremde Erzeugnisse bis in die innersten Gebiete des Reiches zu billigeren

Preisen, als sie dort hervorgebracht werden konnten. Unentbehrliche Erwerbszweige litten Not, fingen an zu verkümmern. War die landläufige Vorstellung denn wirklich richtig, die in möglichst verbilligtem Konsum das höchste zu erstrebende Ziel und in ihm eine sichere Bürgschaft für allgemeine Wohlfahrt sah? Die Zweifel sind langsam im Reichskanzler herangewachsen. Sein klarer Blick für das Tatsächliche des ihn umgebenden Lebens stärkte und mehrte sie bald. Sein Weg fing an sich von dem Delbrücks zu trennen. Der hochverdiente Mitarbeiter schied am 1. Juni 1876 aus dem Reichskanzleramt; der darmstädtische Minister Hofmann trat an seine Stelle. Schutz der nationalen Arbeit durch Zusammengehen von Landwirtschaft und Industrie, die beide solches Schutzes bedurften, ward das Programm der Wirtschaftspolitik Bismarcks, ist es unentwegt geblieben, so lange er die Zügel noch in Händen gehalten hat.

Gelegentlich einer Beratung über Ausgleichsabgaben als Kampfmittel gegen Ausfuhrprämien fremder Länder äußerte Bismarck im Dezember 1876 im Reichstag, daß er Zölle auf Einfuhren aus Rußland und Österreich, also auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, nicht völlig ablehne, Richters Erklärung gegen alle Retorsionen sie ihm allerdings in den Verhandlungen über den neuen russischen Goldzoll abschneide. Am 13. Februar 1877 forderte er Camphausen zur Ausarbeitung eines Reformentwurfs der Steuer- und Zollgesetzgebung auf. Es waren 24 Millionen Matrikularbeiträge mehr aufzubringen. Zölle und Steuern auf Tabak, Zucker, Wein, Bier, Branntwein, Kaffee, Petroleum, Gas, also auf Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs, sollten erhöht bzw. neu eingeführt werden, dazu mäßige Schutzzölle gegen die Industrie fremder Staaten.

Das Verlangen stieß im Ministerium auf Widerstand. Über die Schwierigkeit, sein Ziel zu erreichen, hat Bismarck sich wohl keinen Augenblick getäuscht. Aber er hatte sie bei den Volksvertretern, weniger bei den Kollegen erwartet. Er hat am 27. März 1877 um Entlassung aus allen seinen Ämtern in Preußen und im Reich nachgesucht, ein „müder Jäger", der vergebens nach „Jägerburschen" sucht, ihm „die Sauen zu stellen". Er zweifelte, ob seine Kraft der Aufgabe gewachsen sei; persönliche Reibungen, bei denen es sich wieder um Einflüsse beim Kaiser handelte, spielten mit.

Es ist das Gesuch, das Wilhelm I. mit der Randbemerkung: „Niemals" beantwortet hat. Am 10. April trat Bismarck einen längeren Urlaub an.

Doch waren damit die Hemmungen nicht beseitigt. Gegen Ende des Jahres schrieb der Kanzler an seinen Staatssekretär von Bülow: „Ich habe Feinde am Hofe; aber deshalb werde ich die Ehrerbietung gegen meinen allergnädigsten Herrn nicht verletzen. Die Hauptsache für mich ist, daß ich im Staatsministerium Kollegen finde, welche die Maßregeln, die für die Sicherheit und die Interessen Preußens und des Reiches notwendig sind, energisch und freiwillig fördern. Mir liegt nicht am Personenwechsel, sondern an der Sache; wenn diese aber nicht ausführbar ist, so will ich gehen." Camphausen gab selbst zu, daß man 50 Millionen brauche; es war, nach Bismarcks Meinung, die Aufgabe des Finanzministers, nicht des Reichskanzlers, sie zu schaffen.

Das verlangte Reformprogramm fiel anders aus, als es gewünscht war. An Stelle des Monopols brachte es eine Erhöhung der Steuer und des Zolles auf Tabak. Im Reichstag vertrat Bismarck am 22. Februar 1878 offen das Monopol. Nach Schluß der Sitzung erklärte Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, mit dem über Eintritt ins Ministerium verhandelt worden war, daß er ablehnen müsse. Am 27. reichte Camphausen seine Entlassung ein wegen seiner „Abschlachtung" im Reichstag durch die Nationalliberalen und den Fortschritt. Der Oberbürgermeister von Berlin Hobrecht wurde sein Nachfolger.

Da verschoben unerwartete Zwischenfälle die Lage vollständig. Innerhalb eines Zeitraumes von drei Wochen wurde zweimal versucht, Kaiser Wilhelm I. zu töten, am 11. Mai von dem Flaschnergesellen Hödel, am 2. Juni von einem Dr. Nobiling. Beide hatten sich bei ihrem Verbrechen von sozialistischen Vorstellungen und Wünschen leiten lassen. Schon am 17. Mai hat die Regierung dem Reichstage einen Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen vorgelegt; er ist am 24. mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Sofort nach dem zweiten Attentat beantragte Preußen im Bundesrat die Auflösung des Reichstags und die Anordnung von Neuwahlen; beides wurde genehmigt; die Neuwahlen setzte man auf den 30. Juli an. Das Ergebnis war eine wesentlich veränderte Zusammensetzung des Reichstags, besonders eine Stärkung der Konservativen, deren

Zahl von 78 auf 110 stieg. Sie bildeten jetzt zusammen mit dem Zentrum eine Mehrheit.

Die Wahlen waren unter dem Eindruck der Attentate erfolgt; für oder gegen Sozialistengesetz war ihre Hauptlosung gewesen. Aber sie waren doch auch durch die wirtschaftlichen Fragen stark beeinflußt. Als im Herbst der Reichstag wegen des Abwehrgesetzes zu kurzer Tagung zusammentrat, bildete sich aus seiner Mitte (17. Oktober 1878) die „freie volkswirtschaftliche Vereinigung", die 204 Mitglieder zählte, fast sämtlich den beiden genannten stärksten Fraktionen angehörig. Sie war bereit, dem Kanzler auf den neuen Bahnen der Steuer-, Handels- und Finanzpolitik zu folgen.

Der Reichstag des Jahres 1879 hat volle fünf Monate, vom 12. Februar bis zum 12. Juli, getagt. Vom Mai an ging der Kampf um den Zolltarif; er endete mit einem Siege der Regierung. Es waren Glanztage Bismarckscher parlamentarischer Tätigkeit.

In den für Bundesrat und Reichstag verfaßten Denkschriften wie in der Aussprache vor den Volksvertretern gehen des Kanzlers Darlegungen immer aufs Ganze, auf die unlösbaren Zusammenhänge von Wirtschafts- und Finanzpolitik in Reich und Staat. Sein Ziel ist: „Verminderung der direkten Steuerlast", die ja ausschließlich in den Einzelstaaten fühlbar wurde, „durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reiches". Er hatte dabei die richtige Verteilung der unvermeidlichen Leistungen im Auge — „der schwere Steuerrock müsse möglichst bequem sitzen" —, aber darüber hinaus und noch mehr die innigere Verschmelzung der Staaten mit dem Reiche. Nach Artikel 70 der Verfassung seien die Matrikularbeiträge als vorübergehend gedacht; das Reich sei ein mahnender Gläubiger, während es bei richtiger Benutzung der Quelle, zu denen der Schlüssel durch die Verfassung in des Reiches Hände gelegt sei, ein freigebiger Versorger sein könne. Die Last müsse in derjenigen Form aufgelegt werden, in der sie am leichtesten zu tragen sei, und das sei die indirekter Steuern. Die Gegner führten besonders die Belastung der unteren Klassen durch Auflegen auf unentbehrliche Verbrauchsartikel oder gewohnte Genußmittel ins Feld. Dem gegenüber verwies Bismarck darauf, daß in Preußen gerade den weniger Bemittelten durch Erlaß der Klassensteuer, die von den



Kaiser Wilhelm I.
Nach einem Gemälde von Paul Bülow
im Hohenzollernmuseum zu Berlin.

Einkommen bis zu 3000 Mark erhoben wurde, 42 Millionen erspart werden würden, wenn das Reich in der Lage wäre, aus seinen Einnahmen abzugeben. Er vertrat die Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer, die durch vermehrte Reichseinnahmen möglich werde, an die Gemeinden, Kreise und Provinzen, um deren Bedürfnisse zu decken, vor allem die Schul- und Armenlasten.

Besonders nachdrücklich trat er für die Landwirtschaft ein. Er verwies auf die starke Auswanderung, die in den letzten Jahren besonders in den landwirtschaftlichen Gebieten des Ostens Platz gegriffen hatte, in denen von Übervölkerung nicht die Rede sein konnte. Er wies nach, wie das Getreide auf einen Preis herabgedrückt werde, zu dem es in Deutschland nicht erzeugt werden könne; man benachteilige die eigene Arbeit gegenüber der fremden; fremdes Holz werde in Gegenden gebracht, wo das eigene im Walde verkomme und die im Forstwesen beschäftigte Bevölkerung brotlos sei. Er bestritt, daß der vorgeschlagene geringe Getreidezoll (50 Pf. auf den Doppelzentner für Roggen, eine Mark für Weizen) vom Inlande getragen werde. Eine Erhöhung der Brotpreise werde nicht eintreten; überhaupt sei billiges Brot keineswegs das erste und oberste Erfordernis aller Volkswohlfahrt. Er schlug herrschenden Vorstellungen, in deren Besitz sich jeder „Gebildete" befriedigt fühlte, keck ins Gesicht, nicht zuletzt auf sorgfältige und genaue Beobachtung der ihn umgebenden Verhältnisse, auf den außerordentlichen Reichtum seiner Erfahrungen gestützt: „Ich lasse mich auf einen Streit zwischen Schutzzoll und Freihandel überhaupt nicht ein. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt". Von der Statistik „halte er nicht viel mehr", seitdem er „näher hineingeblickt". Er faßte seine Meinung dahin zusammen: „Wir sind in einem Verblutungsprozeß; die Schutzzolländer wachsen im Wohlstande, besonders Rußland".

Die Reden vom 2. und 21. Mai des Jahres 1879 sind Meisterreden für die Frage der Wirtschaftsreform. Die Überzeugungen, die sie vertreten, sind durch die nachfolgenden Tatsachen als berechtigt erwiesen worden; ihren unschätzbaren Wert hat der Krieg auch dem Blödesten klargemacht. Es ist Bismarcks Verdienst, daß Deutschland wirtschaftlich auf eine gesunde Grundlage gestellt, das für einen kontinentalen Staat unentbehrliche Gleichgewicht industrieller und agrarischer Betätigung wenigstens einigermaßen gewahrt wurde.

Am 12. Juli ist das neue Zollgesetz mit 217 gegen 117 Stimmen vom Reichstag angenommen worden. Seine Tendenz hat sogar noch eine Steigerung erfahren, indem der Reichstag auch den Roggenzoll auf eine Mark festsetzte. Der Erfolg hätte nicht errungen werden können ohne das Zentrum, das mit der Regierung stimmte, weil das den Interessen des größten Teils seiner Wähler entsprach. Es verstand aber, der Reform, wie ihr Urheber sie meinte, einen Hemmschuh anzulegen. Es wurde ihr die Frankensteinsche Klausel angehängt, nach welcher an die Einzelstaaten überwiesen werden sollte, was aus Zöllen und Steuern mehr als 130 Millionen eingehen würde. Der Bedarf des Reiches war mit dieser Summe nicht gedeckt. Die Matrikularbeiträge blieben also bestehen und bestehen bis heute, obgleich sie zum großen Teil durch Überweisungen gedeckt werden. Das Reich sollte doch wieder von den Einzelstaaten abhängig, sein Vorhandensein ihnen fühlbar gemacht werden. So wollte es die partikularistische Tendenz gegenüber der zentralistischen des Reichsleiters. In Dingen, bei denen Sonderrechte der Einzelregierungen in Frage kamen, war Bismarck ein abgesagter Feind der Unifizierung; sie in einer Form zu vertreten, in der das Reich zur Wohltat für die Einzelstaaten wurde, hat er nachdrücklich versucht, ist ihm aber nur teilweise gelungen. Dem wirtschaftlichen Erfolge entsprach so nicht ganz der politische. Bismarck hat für die Klausel gesprochen, weil der Entwurf nur mit ihr eine Mehrheit gewinnen konnte.

Der Sieg hatte errungen werden müssen in scharfem Gegensatz zu den Liberalen. Die englischen Vorstellungen vom unbestreitbaren Segen des Freihandels bildeten bei ihnen fast durchweg einen Teil der politischen Grundüberzeugungen. Dazu kam, daß indirekte Steuern parlamentarische Aufsicht erschweren, der Ausbreitung parlamentarischer Macht hinderlich sind. Mit der Zeit, wo Bismarck schutzzöllnerische Gedanken äußerte, 1877, setzt auch die Klage über Reaktion ein. Die umstrittene Vorlage machte Bismarck in den Augen der Liberalen zum Abtrünnigen. So wiederholten sich Erfahrungen, die einige Jahre zuvor mit den Konservativen gemacht waren. In seiner Rede vom 9. Juli 1879 hat sich der Kanzler mit den politischen Freunden, von denen er sich diesmal trennen mußte, scharf auseinandergesetzt, dargelegt, daß er nicht im Dienst einer Fraktion regieren könne. „Ich habe von An-

fang meiner Karriere an nur einen Leitstern gehabt: Durch welche Mittel und auf welchem Wege kann ich Deutschland zu einer Einigung bringen und, soweit dies erreicht ist, wie kann ich diese Einigung befestigen, fördern und so gestalten, daß sie aus freiem Willen aller Mitwirkenden dauernd erhalten wird?"

In engsten Beziehungen zu den wirtschaftlichen Fragen stand das Eisenbahnwesen.

Bismarck hat gewünscht, daß die Verwaltung der Eisenbahnen wie die der Post und Telegraphen ans Reich übergehe. Im Einvernehmen mit ihm hat der Württemberger Elben im Juni 1873 im Reichstag einen Antrag auf Begründung eines Reichseisenbahnamtes gestellt, der auch angenommen worden ist. Aber die Entwürfe eines Reichseisenbahngesetzes scheiterten in den nächsten Jahren am Widerstande der vier nächst Preußen mächtigsten Bundesstaaten; sie bezogen aus ihren Eisenbahnen erhebliche Einnahmen und fürchteten deren Schmälerung.

Außerhalb Preußens herrschte überall in Deutschland fast ausschließlich das Staatsbahnsystem. In Preußen selbst waren die ertragreichen Bahnen der dichter bevölkerten und verkehrsreicheren Landesteile ganz überwiegend im Besitz von Privatgesellschaften; für den Osten der Monarchie hatte, wenn er nicht ganz ohne Schienenstränge bleiben sollte, der Staat den Bahnbau in die Hand nehmen müssen. Im März 1876 brachte Bismarck im Landtage einen Gesetzentwurf ein, der die Regierung ermächtigte, Eigentums- und sonstige Rechte des Preußischen Staates an Eisenbahnen durch entsprechende Verträge auf das Reich zu übertragen. Der Entwurf ward angenommen trotz heftigen Widerspruchs des Führers der Fortschrittspartei, Eugen Richters. Bismarck „glaubte nicht, daß die deutsche Freiheit und Einheit auf der ersten Reichslokomotive davonfahren werde". Im Herrenhause hat Kleist-Retzow dagegen gesprochen. Die Widerstände entflossen sehr verschiedenen Quellen. Bismarck erachtete es „als Pflicht, zuerst die Macht des Reiches, nicht die eines Großpreußentums zu erstreben".

Trotz des preußischen Entgegenkommens hat das neubegründete Reichseisenbahnamt aber nicht zur Geltung kommen können. Sein Leiter, Maybach, von dem Bismarck mit gutem Grunde viel erwartete, entsagte im Dezember 1876 der Stellung als durchaus unbefriedigend. Für die Durchführung und

den Erfolg der neuen Wirtschaftspolitik aber war es unbedingt erforderlich, daß Preußens Regierung Einfluß gewann auf die Tarifgestaltung der wichtigsten Verkehrsadern des Staates. Zu diesem Ziele gab es jetzt keinen anderen Weg mehr als die Verstaatlichung der Bahnen.

Den Reichstagsdebatten über Wirtschaftspolitik folgten im Oktober 1879 die Wahlen für ein neues preußisches Abgeordnetenhaus. Sie ergaben eine vollständige Niederlage der Liberalen; die Fortschrittspartei sank von 66 auf 35 Mitglieder, die Fraktion der Nationalliberalen von 177 auf 103; die Vertreter der neuen wirtschaftlichen Ziele brachten es von 156 auf 268 Stimmen. Die Zeit, Anträge auf Ankauf von Eisenbahnen zu stellen, war gekommen.

Ende März 1878 hatte Maybach an Achenbachs Stelle das Handelsministerium übernommen, im nächsten Jahre das von diesem getrennte Ministerium der öffentlichen Arbeiten. Unter seiner Leitung hat sich dann in den nächsten Jahren die Verstaatlichung aller wichtigeren Bahnlinien vollzogen. Noch während der ersten Session wurden im Westen die Köln-Mindener und die Rheinische, im Osten die Magdeburg-Halberstädter, die Berlin-Potsdam-Magdeburger, die Stettiner und Hamburger Bahn vom Staate erworben. Da das Netz der Gesellschaften sich vielfach über die Landesgrenzen hinaus auf das Gebiet kleinerer Staaten erstreckte, erlangte Preußens Regierung einen stark gesteigerten Einfluß auf das gesamte norddeutsche Verkehrswesen, der sich durch die natürliche Entwicklung weiterhin noch erheblich gemehrt hat. Reichseinheit im Eisenbahnwesen war nicht errungen, ist auch heute nicht erreicht; aber für einen entscheidenden Teil des Reichsgebiets war Einheitlichkeit durchgesetzt und hat seitdem Fortschritte gemacht.

Bismarck hat um dieselbe Zeit noch an einem anderen sehr wesentlichen Punkte die wirtschaftliche Einheit des Reiches hergestellt. Hamburg und Bremen, die beiden Augen, mit denen Deutschland aufs Weltmeer hinausblickt, standen außerhalb der Zolleinheit. Sie legten hohen Wert darauf, Freihäfen zu bleiben und dadurch im Besitz ganz ungehinderten Verkehrs mit dem Auslande. Die nicht gewollte, aber natürliche Folge war, daß sie sich zunächst als Vertreter der Einfuhr-, weniger als die der Ausfuhrinteressen ansahen. Außerdem entgingen dem Reich ganz erhebliche Zoll- und Steuereinnahmen, da der Ausfall durch das nach der Kopfzahl geleistete Aversum bei der besonders großen

Kaufkraft ihrer Bevölkerung nicht gedeckt wurde. Verfassungsmäßig war den drei Hansestädten zugesagt, außerhalb der Zollgrenze zu bleiben, „bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen". Lübeck hatte einen solchen Antrag gestellt und war 1868 Glied des Zollvereins geworden. Hamburg und Bremen huldigten der Auffassung, daß die Verfassung sie berechtige, den Anschluß überhaupt nicht zu beantragen.

Bismarck war anderer Meinung. Er fühlte sich verpflichtet, einem Zustand ein Ende zu machen, bei dem die beiden vornehmsten Handelsplätze des Reiches wirtschaftlich nicht nur vom Gesamtkörper gelöst, sondern zu ihm geradezu in Gegensatz gestellt waren. Am 24. Dezember 1879 richtete er an die Senate der beiden Städte die Anfrage, wann sie den in Artikel 34 vorgesehenen Antrag zu stellen gedächten. Da die Antwort unbefriedigend ausfiel, schritt er zu Zwangsmaßregeln.

Delbrück selbst ist ihm dabei als Reichstagsmitglied in den Weg getreten. Am 8. Mai 1880 kam der Elbschiffahrtsvertrag mit Österreich zur Verhandlung; Delbrück beantragte einen Zusatz, nach welchem die Zollgrenze auf der Elbe nur durch Gesetz sollte verlegt werden können. Bismarck antwortete scharf, die Reichsgrenze sei Zollgrenze; der Bundesrat könne die Zollgrenze legen, wohin er wolle; das habe Delbrück früher selbst vertreten. Am 14. Juni ward die Zollgrenze durch Verordnung von oberhalb Hamburg an die Elbmündung verlegt, eine Erschwerung des Hamburger Handels, welche die Stadt weder ertragen mochte noch konnte. Sie begann Verhandlungen und erlangte im Mai 1881 einen Vertrag, der sich als überaus vorteilhaft für den Handelsstaat erwiesen hat. In ähnlicher Weise und mit gleichem Erfolge ist Bremen durch Kündigung des auf Preußen übergegangenen hannoverisch-bremischen Eisenbahnvertrags, durch die es der Stadt unmöglich gemacht wurde, ihren Bahnverkehr aufrecht zu erhalten, genötigt worden, den Antrag auf Anschluß zu stellen.

In beiden Fällen schreckte Bismarck nicht davor zurück, zunächst bittere Empfindungen zu wecken; nachher wußte er durch sachliches Entgegenkommen ein Pflaster auf die Wunde zu legen. Am 15. Oktober 1888 ist durch die Einbeziehung der beiden Städte die Zoll- und Wirtschaftseinheit des Deutschen Reiches hergestellt worden. Umfassende Freihafenanlagen sicherten ihren Auslandsverkehr. Heute wissen sich ihre Bewohner kaum noch in die Zeit

zurückzudenken, wo sie als Privilegierte eine Sondergruppe von Deutschen darstellen zu müssen glaubten.

So waren die ersten Erfolge im Streben nach wirtschaftlichem Fortschritt in raschem Anlaufe erkämpft. Aber noch war es weit bis zum Ziele. Weder war für die Reichsfinanzen ein befriedigendes Ergebnis erreicht, noch konnte die Verteilung der Lasten als richtig bewirkt, der Schutz der nationalen Arbeit als genügend durchgeführt gelten. Bismarck hat beim weiteren Vorgehen neue Wege gesucht. Er hatte die Erfahrung machen müssen, daß auch auf wirtschaftliche Fragen alsbald der Parteistempel gedrückt wurde, und er lebte doch der Überzeugung, daß sie nur auf Grund rein sachlicher Erwägungen richtig beantwortet werden könnten. So kam er auf den Gedanken, fachmännischer Einsicht zu größerem Einfluß zu verhelfen, als ihr in den parlamentarischen Vertretungen zu Gebote stand.

Im November 1880 schuf er einen preußischen „Volkswirtschaftsrat", zusammengesetzt aus 75 Vertretern aller Erwerbsstände. Er hat seine Verhandlungen im Januar 1881 selbst eröffnet. Es war gegeben, daß die Opposition die Einrichtung bekämpfte; sie ward als verfassungswidrig gebrandmarkt. Der Reichstag lehnte es im Dezember 1881 mit 169 gegen 83 Stimmen ab, sie aus einer preußischen zu einer deutschen zu machen. Damit war ihr der Weg zu dem Ziele, das ihr gesteckt war, gesperrt. Der preußische Volkswirtschaftsrat ist nur noch zweimal in Tätigkeit getreten.

In gleicher Weise mißlang 1884 der Versuch, den preußischen Staatsrat wieder zum Leben zu erwecken. Dauernd blieb aber die Übernahme des Handelsministeriums, zu dem sich Bismarck im August 1880 entschloß, „um die Verfolgung widersprechender Anschauungen im Reich und in Preußen auszuschließen"; er ist bis kurz vor seiner Entlassung preußischer Handelsminister geblieben. Im Reichsamt des Innern, in das seit dem Dezember 1879 das bisherige Reichskanzleramt umgewandelt war, hat er im November 1880 ein Reichsamt für Handel und Gewerbe errichtet.

---

6. Soziale Gesetzgebung.

So blieben Reichstag und Landtag die Körperschaften, in denen Bismarck seine Sache durchzufechten hatte. Der Streit wurde härter und wilder durch die soziale Frage, die sich von Jahr zu Jahr stärker aufdrängte und ihrer Natur nach nicht zu trennen war von den Entscheidungen, um die gerungen wurde.

Schon der norddeutsche Reichstag hatte sozialdemokratische Mitglieder gehabt; bei der endgültigen Entscheidung über die Kriegsanleihe am 21. Juli 1870 hatten Bebel und Liebknecht sich der Abstimmung enthalten. Im deutschen Reichstag hat sich ihre Zahl rasch vergrößert, von 2 in der ersten auf 13 in der dritten Legislaturperiode; 1877 wurden nahezu eine halbe Million sozialdemokratischer Stimmen abgegeben.

Die Aufgabe, die damit für Staat und Gesellschaft gestellt war, hat Bismarck gleich im ersten Jahre des neuen Reiches beschäftigt. Die späteren Hergänge haben in weiten Kreisen des deutschen Volkes den Eindruck hinterlassen, als sei Bismarck stets nur der strafende Verfolger gewesen. Damit geschieht ihm bitter Unrecht. Seinem klaren Blick konnte nicht entgehen, daß es sich um eine unausbleibliche Erscheinung handelte, die sich aus der Entwicklung von Industriezentren und Großstädten mit Naturnotwendigkeit ergab. In einer Zuschrift an den Handelsminister Graf Itzenplitz vom November 1871 betont er als „einziges Mittel, der sozialistischen Bewegung in ihrer gegenwärtigen Verirrung Halt zu gebieten, die Realisierung dessen, was in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erscheint und in dem Rahmen der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung verwirklicht werden kann". Das ist noch heute richtig, und Bismarck hat an dieser Auffassung unentwegt festgehalten; sie entsprach seinen Lebensanschauungen, seinen Lebenserfahrungen. Daß er nicht für „berechtigt" hielt, was antinational und antimonarchisch war, und was ihm als staatsfeindlich und staatszerstörend erschien, ändert nichts an seinem ehrlichen, ernsten und festen Willen, Mißständen abzuhelfen, die Lage des kleinen Mannes zu bessern.

Die Attentate drängten die Pflicht der Abwehr in den Vordergrund. Sie konnte nur in der Form eines Ausnahmegesetzes versucht werden; so ist im Oktober 1878 nach der Reichstagsauflösung das Sozialistengesetz zustande gekommen. Es war nur als Aushilfsmaßregel gedacht, sollte daher nur drei Jahre dauern. Aber Bismarck hat wiederholt Verlängerung beantragt und erreicht, wenn auch nicht immer für die geforderte Frist. Der erwartete Erfolg ist nicht eingetreten. Die Zahl der sozialistischen Stimmen ist allerdings zunächst zurückgegangen, hat sich aber schon 1884 wieder über die von 1877 gehoben, betrug 1887 trotz der die vaterländischen Empfindungen aufrüttelnden Septennatsfrage um die Hälfte mehr als 10 Jahre früher, ohne allerdings nach dem Prozentsatz nennenswert gestiegen zu sein. Wenn Bismarck sich über die Wirkung des Gesetzes täuschte, so lag das vor allen Dingen daran, daß er den Anteil, den bloße Agitation einer-, wirkliche Mißstände andererseits an der Bewegung hatten, nicht richtig einschätzte entsprechend seiner alten, eingelebten, echt preußischen Vorstellung von der unerschütterlichen Königstreue der Masse der Bevölkerung. Daß die hemmende Gesetzgebung doch wesentlich dazu beigetragen hat, über die kritischen Jahre, in denen Gewaltsamkeiten gleichsam in der Luft lagen, hinwegzuhelfen, der neuen Partei das Hinüberlenken in eine gesetzliche Kampfweise zu erleichtern, kann ernstlich nicht bestritten werden, um so weniger, als die Reichsleitung entschlossen in den Weg sozialer Reformen einlenkte, sich gewillt zeigte, durchzuführen, was ihr „in den sozialistischen Forderungen als berechtigt erschien".

Schon 1871 war ein Haftpflichtgesetz zustande gekommen. Es sollte den Arbeiter schützen gegen die Folgen von Unfällen, hatte aber den großen Mangel, daß es vom Geschädigten den Nachweis einer Verschuldung des Unternehmers verlangte. Im März 1881 ward dem Reichstag ein Unfallversicherungsgesetz vorgelegt, das an die Stelle treten sollte. Der Entwurf war entstanden aus Vorlagen, die einerseits von einem Vertreter des Bundes der Großindustriellen, andererseits im Ministerium für Handel und Gewerbe, an dessen Spitze ja Bismarck selber stand, ausgearbeitet und dann in der Reichskanzlei durch den Geheimen Oberregierungsrat Tiedemann einheitlich gestaltet worden waren. Der Reichstag hat ihm in seiner Kommission einen neuen Entwurf entgegengesetzt, der von der Regierung abgelehnt wurde. So ist zunächst der besserungsbedürftige Zustand geblieben.

In der Rede, mit der am 15. Februar diese Reichstagssitzung eröffnet wurde, war gesagt worden, daß „die Heilung sozialer Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialistischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Forderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde". Die Eröffnungsrede des nächsten Reichstags (17. Nov. 1881) erinnerte daran und „legte der Volksvertretung diese Aufgabe von neuem ans Herz". Der Kaiser wünschte, „das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen". Im Verfolg dieses Wunsches ward ein umgearbeiteter Unfallversicherungsgesetzentwurf, ein Krankenkassengesetz und eine Vorlage über Alters- und Invaliditätsversorgung in Aussicht gestellt: „Auch diejenigen, welche durch Alter und Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zuteil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht". Die Aufgabe zu lösen, ward „der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und deren Zusammenfassen in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung" in Aussicht genommen.

Es ist die berühmte „Kaiserliche Botschaft". Ihre Gedanken sind die Bismarcks. Es ist seine Auffassung der sozialen Frage, die in ihrem gesetzgeberischen Niederschlage hier zum Ausdruck kommt in allerengstem Anschluß an die Grundgedanken hohenzollernscher Regierungsweise unter deren besten und stärksten Vertretern. Es ist Bismarck in dem Rest der Zeit, in der ihm noch mitzuarbeiten vergönnt war, allerdings unter harter schwerer Arbeit und unter dem lastenden Druck der Jahre, gelungen, die Grundlagen unerschütterlich festzulegen, so daß nachher nur noch weiter gebaut und ausgestaltet zu werden brauchte.

Im Juni 1883 gelangte ein Reichsgesetz über Krankenkassen und Krankenversicherung zur Verabschiedung. Der Reichstag des nächsten Frühlings

hatte sich wieder mit dem Unfallversicherungsgesetz zu beschäftigen. Es konnte am 27. Juni 1884 in Kraft treten. Auch hier hat Bismarck für die nötig gewordenen Veränderungen wieder die Leitsätze aufgestellt. Er ist für ausschließlich staatliche Versicherungen eingetreten, beim Krankengesetz allerdings nicht mit Erfolg. Für das Unfallversicherungsgesetz wurden Berufsgenossenschaften die Grundlage. Erst unter Kaiser Wilhelm II. konnte die soziale Gesetzgebung durch eine Vorlage über Alters- und Invaliditätsversicherung „gekrönt" werden (22. Nov. 1888); sie ward nach mannigfacher Umgestaltung in 41 Sitzungen der eingesetzten Reichstagskommission am 24. Mai 1889 mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen und am 27. Mai Gesetz. Auch in diesem Falle mußte sich Bismarck Wasser in seinen sozialen Wein schütten lassen, wollte er etwas zustande bringen. Er hatte ursprünglich an Rentenzahlung ohne Arbeiterbeitrag gedacht, mußte das aber bald aufgeben.

In den langen Debatten ist natürlich auch Bismarcks persönliche Stellung zum Arbeiterstande wiederholt zur Sprache gekommen, und es hat an Vorwürfen, ja Verdächtigungen nicht gefehlt. Einem solchen Angriff von seiten Windthorsts hat Bismarck am 12. Januar 1887 entgegengehalten: „Der Herr Abgeordnete sagte, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern. Nun, meine Herren, ich sehe gewöhnlich, in jedem Jahre glaube ich, mehr Arbeiter und spreche mehr Worte mit Arbeitern als mit anderen Menschen, wenn ich den Reichstag vielleicht ausnehme. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich lange lebe, so gibt es keine Arbeiterwohnung, die mir unbekannt wäre; die meisten Arbeiter kenne ich persönlich und spreche mit ihnen persönlich, und ich scheue die Berührung mit ihnen gar nicht. Es gibt keinen Arbeiter, der, wenn ich komme, nicht auf die Schwelle tritt, mir vertraulich die Hand gibt, mich bittet hereinzukommen, einen Stuhl abwischt und wünscht, daß ich mich setzen möchte".

Die Debatte stand unter dem Eindruck der Septennatsvorlage, deren Ablehnung zwei Tage später zur Auflösung des Reichstags nötigte. So gab der Reichskanzler seiner Auffassung noch mit den folgenden Anmerkungen Ausdruck: „Ich kenne die Stimmung der Arbeiter ziemlich genau. Die Frage, wieviel Geld das Heer kostet, habe ich von ihnen nie berühren gehört. Das aber kann ich Sie versichern, soweit ich sie kenne, für die Sicherheit des Reiches einzustehen mit dem Gewehr in der Hand und zu kommen

auf des Königs Ruf jedesmal, wo er sie ruft, dazu sind sie alle bereit jeden Tag und alle ohne Ausnahme. Sie beurteilen unsere Arbeiter ganz falsch, wenn Sie glauben, daß sie diese Finasserien über den Gewinn von parlamentarischem Übergewicht begreifen, und daß es ihnen lieber ist, von der parlamentarischen Oppositionsführung, von den Herren Windthorst und Richter, beherrscht zu werden als von der Regierung des Königs. Das haftet bei den Leuten nicht, das kommt ihnen nicht durch die äußere Haut. Sie müssen die Arbeiter nicht nach den paar Führern beurteilen, die von der Beredsamkeit ihre Stellung herleiten, und die sich Arbeiter noch nennen, aber längst nicht mehr sind; das sind nur Arbeiter in Stiftung von Unfrieden, aber ihr Handwerk haben sie längst aufgegeben; eigentliche Arbeiter sind sie nicht mehr". Wer möchte heute behaupten, daß Fürst Bismarck den innersten Sinn des deutschen Arbeiters falsch beurteilt hätte? Zwischen den „ehrlichen Bestrebungen nach Verbesserung des Loses der Arbeiter" und der Sozialdemokratie hat Bismarck stets unterschieden; ihre Führer sind ihm vor allem als gewerbsmäßige und gelegentlich gewissenlose Unruhstifter erschienen. Bebels Leichtfertigkeit im Behaupten hat er am 17. September 1878 humorvoll verspottet: „Wenn er diese Zusammenstellung von Wahrem und Falschem selbst erfunden hätte, nur dann hätte er vielleicht Talent, Korrespondent der Times oder sonst einer größeren Zeitung zu werden. Ich nehme nicht an, daß er mit der Unwahrheit alles dessen, was er gestern gesagt hat, bekannt gewesen ist".



7. Der Verächter der Doktrin.

Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen lassen sich nicht von einander trennen. Die bestimmenden Gesichtspunkte wechseln herüber und hinüber. Soziale Reformen waren nur durchführbar auf dem Boden einer einheitlichen Wirtschaftspolitik. So mußte der Kampf vor allem auf diesem Gebiete ausgefochten werden.

Dem Rückschauenden werden die Gegensätze ihrem Ursprunge und ihrem Wesen nach klarer, als sie den Mitlebenden waren. Es handelte sich doch vor allen Dingen um Überwindung der politischen Denkweise, die sich von Westen, insbesondere von England her im deutschen öffentlichen Leben eingebürgert hatte. Kein ruhig Urteilender kann ihren fördernden Einfluß verkennen; er ist auf nicht wenigen Gebieten zu verzeichnen. Aber die Frage war, ob seine weitere Geltung in dem bisherigen Umfange Berechtigung hatte, und die kann der Historiker nur verneinen. Weder parlamentarische Regierungsweise, noch Freihandel, noch Gehen- und Gewährenlassen im Erwerbsleben, „Manchestertum", konnte deutschen Verhältnissen frommen. Für sie mußten andere Wege zu gesunder Entwicklung gefunden werden.

Nun hatten sich aber diese Anschauungen in den weitesten Kreisen festgesetzt. Ihren Vertretern erschien jedes Abweichen von ihnen als verbohrte Beschränktheit oder strafwürdiger Egoismus, vor allem als „Reaktion". Ein Reaktionär war, wer die alleinseligmachende Wahrheit der Freihandelstheorien bestritt; „Schnaps- und Schweinepolitik" betrieb, wer für die Erhaltung einer gesunden Landwirtschaft eintrat; als zweifelloser Rückschrittler aber entpuppte sich jeder, der die Berechtigung der Volksvertretungen anzweifelte, durch Minister aus ihrer Mitte zu regieren. War es doch so klar, daß jeder das Recht hatte, da in der Welt zu kaufen, wo es am billigsten sei, daß ein Stand nicht erhalten werden dürfe auf Kosten der übrigen, auch nicht das sich entvölkernde Land durch Benachteiligung der wachsenden großen Städte, und vor allem daß regiert werde von Volkes wegen und deshalb nicht nur für, sondern auch durch das Volk. Bismarck hat die Einigung Deutschlands durchsetzen müssen gegen den Widerspruch der großen Mehr-

zahl der Deutschen; er mußte das neue Reich in die Bahn gesunder innerer Entwicklung hinüberdrängen gegen den nachhaltigen, den erbitterten Widerstand eines großen Teils seiner deutschen und preußischen Landsleute, die allen Ernstes der Meinung waren, „die Errungenschaften der Kultur und Zivilisation gegen eine rückwärtsgehende Bewegung zu verteidigen".

Ganz besonders ist ihm gewaltsames Vorgehen, „diktatorisches Regiment", vorgeworfen worden. In völliger Verzerrung der Sachlage hat man von Hausmeiertum gesprochen; von Absolutismus und Verfassungsbruch ist die Rede gewesen. Man hat sich heftig aufgeregt über das erneute Einbringen von Vorlagen, die vom Reichstag abgelehnt oder in einer Kommission begraben worden waren. Bis zu den Führern der Nationalliberalen hin taucht immer wieder der Anspruch auf, die Minister müßten zurücktreten, wenn ihre Vorlagen abgelehnt würden. Alle Linksstehenden — und zu ihnen gehörte, seitdem die „Sezessionisten" sich im Oktober 1880 von der nationalliberalen Partei getrennt, die „liberale Vereinigung" gebildet und sich gar im März 1884 mit der Fortschrittspartei zur „deutschen freisinnigen Partei" vereinigt hatten, die große Mehrzahl aller Liberalen — würden Bismarcks Rücktritt mit Jubel begrüßt haben. Lasker gab im November 1881 seiner großen Genugtuung Ausdruck, daß Bismarck die Absicht habe, sich auf das Äußere zurückzuziehen. Er fand, daß bei ihm „wohl vertreten sei, was die deutsche Nation an Macht und Klugheit brauche, nicht aber die ungeheuren Summen sittlicher Momente, welche eine Nation nicht entbehren könne, um zu der ganzen Höhe ihrer Fähigkeiten zu gelangen". Richter hatte im Februar erklärt, der Reichskanzler „ruiniere sich selbst und das Land".

Scharf und knapp hat Bismarck solchen Angriffen gegenüber auf die Richtschnur seines Handelns hingewiesen. „Ich tue nichts, als daß ich Vorlagen nach meiner Überzeugung mache". Er wollte sich das „von den freihändlerischen Fraktionen nicht verbieten lassen". Er verwies auf die so überaus häufige Wiederholung der gleichen Anträge im Reichstage und bestand darauf, daß „der Bundesrat das gleiche Recht habe". Er wollte nicht „mit seinen Vorlagen als Knecht in Parteidienste irgend einer Fraktion treten". Er verwies bitter auf seine wechselnden Beziehungen zu den Parteien: „Sie sind alle meine lieben Freunde, sobald ich einen Pakt mit ihnen schließen will und meine Person und meinen Einfluß zur Verfügung einer Fraktion

stelle. Sie haben mich aber alle angefeindet bis aufs Blut, von den Konservativen bis zu den äußersten Liberalen, das Zentrum nicht ausgeschlossen, sobald ich ihnen den Willen nicht tue. Ich habe mit allen Fraktionen in meinem Leben, wie ich glaube, in Vertretung der Einheit und des Fortschritts der deutschen Nationalentwicklung zu kämpfen gehabt und bis aufs Messer, kann ich wohl sagen. Es ist mir kein Vorwurf, der mich persönlich kränken oder politisch diskreditieren könnte, von irgendeiner Fraktion erspart worden, mit der ich gerade im Kampfe gelebt habe".

Mit überlegener Ironie und doch im Plaudertone, der ihm auch in der Debatte zur Verfügung stand, hat er Laskers Anerkennung seiner äußeren, Verurteilung der inneren Politik zurückgewiesen: „Ich möchte doch wissen, warum mir der Herr Abgeordnete jedes Urteil über innere Politik abspricht. Er hat gesagt, ein Mann kann nicht alles beurteilen. Ja, das möchte ich ihm zurückgeben. Es gibt keine Sache, über die wir nicht sichere und kompetente Urteile von dem Abgeordneten Lasker hier schon gehört hätten. Sollte ich nicht das auch können, was der Herr Abgeordnete Lasker kann? Ich halte mich nicht für begabter als der Durchschnitt der Menschen, aber auch nicht für unbegabter. Ich glaube, was Eure Alba können, das kann auch Karl, nicht mehr. Der Herr Abgeordnete möge mir die Vergleichung mit Alba verzeihen; allein, er glaubt alles beherrschen zu können. Er gibt hier ein sicheres Urteil als Abgeordneter über jede Frage, innere und äußere; seine Reden sind schneidig und vernichtend für den anders denkenden Gegner; sein umfassender Geist stellt den meinigen in den Schatten. Ich bin aber seit zwanzig Jahren als Ministerpräsident und Kanzler genötigt, mich mit allen inneren Fragen zu beschäftigen; da möchte ich ihn doch um die Nachsicht bitten, daß auch meine gegen die seinige weit zurückstehende und von Hause aus geringer veranschlagte Befähigung durch diese zwanzigjährige Schulung und Disziplin eine gewisse Gewohnheit des Urteils über diese Dinge erlangt hat, und daß ich sein Verdikt über meine Unfähigkeit, mit der ich geboren bin, ja vollständig annehme, aber doch durch mein Amt ein Menschenalter hindurch gezwungen gewesen bin, mich mit manchen Dingen auch im Innern vertraut zu machen; ich habe manches gehört; ich lese mit Nutzen, kurz, ich habe mich gezwungenerweise etwas vorgebildet, auch für die Beschäftigung mit der inneren Politik. Ich bin auch durch meine Ver-

gangenheit in der Lage gewesen, Landwirtschaft und Fabriken zu betreiben; ich habe die Welt von sehr vielen verschiedenen Seiten sehen können, von oben und aus der ländlichen Einsamkeit her; der Herr Abgeordnete kennt sie nur aus der Studierstube, und ich möchte bitten, daß er mir gestattet, auch wenn ich zu weiter nichts brauchbar bin, doch der Anwalt des praktischen Lebens bei ihm zu sein".

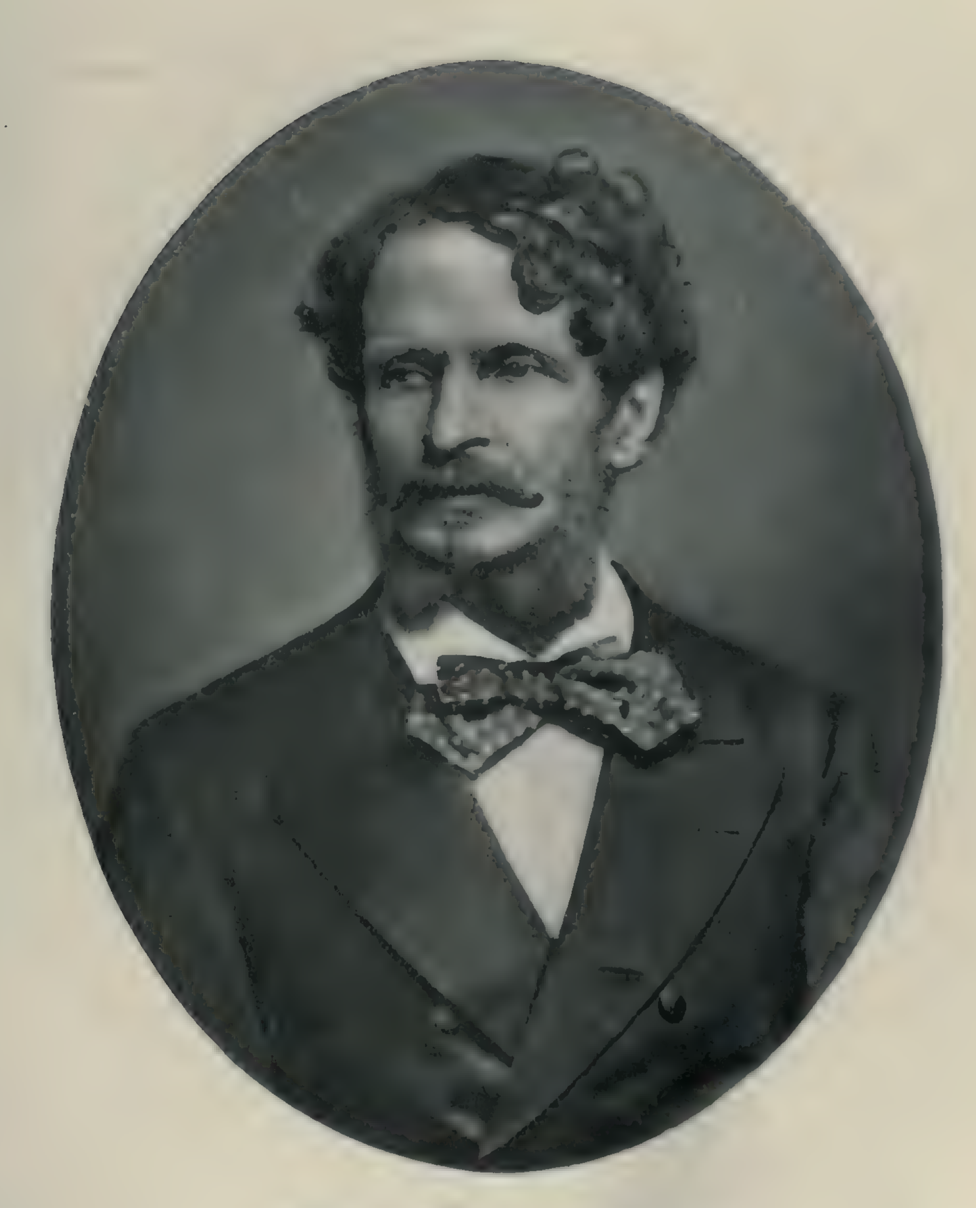
Unendlich oft ist ein früherer Bismarck gegen den späteren ausgespielt worden; es ist ja so leicht, in einem bewegten, kampferfüllten Leben Gegensätze und Widersprüche aufzudecken. Es hat ihn nie ernstlich angefochten; er konnte es überlegen zurückweisen: „Ich gehöre nicht zu denen, die jemals im Leben geglaubt haben oder heute glauben, sie könnten nichts mehr lernen. Wenn mir einer sagt: Vor 20 Jahren waren Sie mit mir gleicher Meinung; heute habe ich dieselbe Meinung noch, und Sie haben eine entgegengesetzte, so antworte ich ihm darauf: Ja, so klug, wie Sie heute sind, war ich vor 20 Jahren auch; heute bin ich klüger; ich habe gelernt in den 20 Jahren". Er will sich aber nicht damit entschuldigen, daß man mit der Zeit fortschreiten müsse: „Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica. Ich habe von Anfang meiner Tätigkeit an vielleicht oft rasch und unbesonnen gehandelt, aber wenn ich Zeit hatte, darüber nachzudenken, mich immer der Frage untergeordnet: Was ist für mein Vaterland, was ist — so lange ich allein in Preußen war — für meine Dynastie und heutzutage, was ist für die deutsche Nation das Nützliche, das Zweckmäßige, das Richtige? Doktrinär bin ich in meinem Leben nicht gewesen; alle Systeme, durch die die Parteien sich getrennt und gebunden fühlen, kommen für mich in zweiter Linie; in erster Linie kommt die Nation, ihre Stellung nach außen, ihre Selbständigkeit, unsere Organisation in der Weise, daß wir als große Nation in der Welt frei atmen können. Alles, was nachher folgen mag, liberale, reaktionäre, konservative Verfassung, meine Herren, ich gestehe ganz offen, das kommt mir in zweiter Linie, das ist ein Luxus der Einrichtung, der an der Zeit ist, nachdem das Haus fest gebaut dasteht. In diesen Parteifragen kann ich zum Nutzen des Landes dem einen oder

dem andern nähertreten; die Doktrin gebe ich außerordentlich wohlfeil: Schaffen wir zuerst einen festen, nach außen gesicherten, im Innern festgefügten, durch das nationale Band verbundenen Bau, und dann fragen Sie mich um meine Meinung, in welcher Weise mit mehr oder weniger liberalen Verfassungseinrichtungen das Haus zu möblieren sei, und Sie werden vielleicht finden, daß ich antworte: ja, ich habe darin keine vorgefaßte Meinung, machen Sie mir Vorschläge, und wenn der Landesherr, dem ich diene, beistimmt, so werden Sie bei mir prinzipielle Schwierigkeiten wesentlich nicht finden. Man kann es so machen oder so; es gibt viele Wege, die nach Rom führen. Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles; hier gibt es keine Ewigkeit. Aber von dem Bau des Deutschen Reiches, von der Einigkeit der deutschen Nation, da verlange ich, daß sie fest und sturmfrei dastehe und nicht bloß eine passagere Feldbefestigung nach einigen Seiten hin habe; seiner Schöpfung und Konsolidation habe ich meine ganze politische Tätigkeit vom ersten Augenblick, wo sie begann, untergeordnet, und wenn Sie mir einen einzigen Moment zeigen, wo ich nicht nach dieser Richtung der Magnetnadel gesteuert habe, so können Sie mir vielleicht nachweisen, daß ich geirrt habe, aber nicht nachweisen, daß ich das nationale Ziel einen Augenblick aus den Augen verloren habe".

Es sind Worte, die vielleicht nur ein Bismarck sprechen konnte; aber es bleiben goldene Worte für jeden Deutschen aller Zeiten. Und ihm hat der Erfolg recht gegeben.

Heftigen Tadel hat Bismarck über sich ergehen lassen müssen aus Anlaß der „Kaiserlichen Botschaft". Man warf ihm vor, er schließe anders gesinnte Männer vom Ohr des Kaisers aus, decke sich mit dem Königtum; der Kaiser solle nicht ohne die verantwortlichen Minister reden. Man verlangte Besprechung der Botschaft im Reichstag, verwies auf England.

Der Angegriffene blieb die Antwort nicht schuldig. Er lehnte englischen Brauch ab und kehrte den Spieß um. „Die Herren wünschen das Königtum hinter einem Vorhang zu verdecken". Dem Vorwurf der „ministeriellen"



Graf Julius Andrassy
österr.-ungar. Minister des Aeusseren
Nach einer Photographie

setzte er den einer „konstitutionellen Hausmeierei" entgegen. Er schilderte, was das Königtum von der Heeresreorganisation an alles geleistet habe, erinnerte daran, was geworden wäre, wenn die Mehrheiten die Staatsbildung in der Hand gehabt hätten. „Der Byzantinismus ist in unseren Zeiten nie so weit getrieben worden wie in der Anbetung der Majoritäten". Er erinnerte an die Lage von 1862: „Da waren sehr wenige, die bereit waren, die Deckung des Königtums, die ich damals leistete, zu übernehmen. Lesen Sie die Zeitungen Ihrer eigenen Partei! Da werden Sie finden — ich habe das schon einmal gesagt, aber Sie vergessen es so rasch —, daß die Wohlwollenden bezüglich meiner damals von Strafford und Polignac sprachen, die gemeineren Blätter aber von Wollekrempeln im Zuchthause, was mein natürliches und berechtigtes Ende sein würde. Ich selbst habe wenigstens geglaubt, daß man mir unter Umständen, wenn Gegner ans Ruder kämen, einen Prozeß machen würde, der mein Vermögen ruinieren würde. Wenn Sie auf diese Zeit zurückblicken, dann sollten Sie mir doch nicht solche Vorwürfe ins Gesicht werfen, als wenn je eine Feigheit im Dienste meines Herrn für meine Handlungen maßgebend gewesen wäre. Die Unwahrheit, die Ungerechtigkeit muß Ihnen doch die Röte auf die Stirn treiben, wenn Sie mir das ins Gesicht werfen. Ich möchte wissen, was haben denn die Herren ihrerseits für Beweise von Mut gegeben? Sie haben Reden ohne Risiko gehalten, die Sie zu gar nichts verbanden, und jemand, der zwanzig Jahre lang für das Königtum auf der Bresche stand, dem werfen Sie vor, er decke sich mit dem König. Ich hoffe, den Vorwurf nicht wieder zu hören". Als Widerspruch erfolgte: „Die Herren scheinen ihn wiederholen zu wollen. Kommen Sie doch heraus! Nennen Sie sich doch, wenn Sie den Vorwurf der Feigheit wieder aufnehmen wollen". Auf den Ruf von links: Den Vorwurf hat niemand gemacht: „Also dann sind Sie ja mit mir einverstanden, daß das ein unwahrer Vorwurf ist".

Der so sprach, der konnte auch am 26. November 1884, als wieder einmal über Diäten debattiert wurde, den Reichsboten die Worte entgegenschleudern: „Ich habe mir von ganz Europa nicht imponieren lassen; Sie werden die ersten nicht sein".

---

8. Volksmann, nicht Parteimann.

Wenn Bismarck so persönliche Angriffe überlegen abwehrte, so lag doch die weitaus größere Schwierigkeit in der Anfechtbarkeit des vertretenen Standpunkts. Er hat Geltung errungen und behauptet, aber bis auf die Schwelle der Gegenwart ist nachdrücklicher Widerspruch nicht verstummt. Erst die Prüfung, die er in unserer heutigen Lage besteht, wird diese Wirkung, so muß man hoffen, haben.

Das Wohl unseres Volkes war für Bismarck nicht vorzugsweise oder gar ausschließlich das der Besitzenden, sondern weit mehr das der breiten Massen; er hat beides nie von einander getrennt, wie es nicht von einander getrennt werden darf. Da aber lag der Einwand allzu nahe, daß die angestrebte neue Wirtschaftsordnung die Lage des kleinen Mannes verschlechtere. Die Klagen über „Brotwucher" sind ja nicht mehr verstummt; die „Pfeife des armen Mannes" ist unentwegt verteidigt, das „Agrariertum" ebenso hartnäckig bekämpft worden bis auf die Gegenwart herab.

Bismarck hat dem gegenüber mit staunenswerter Sachkenntnis die Ansicht vertreten, daß das Ausland die Getreidezölle trage, und daß, soweit sie wirklich die Brotpreise erhöhen würden, der Arbeiter in der Lage sei, die vermehrte Belastung auf den Arbeitgeber abzuwälzen. Er hat sich nicht irremachen lassen in der Überzeugung, daß ausreichende, sicher und gleichmäßig fließende Mehrung der Reichseinnahmen, deren Notwendigkeit niemand bestreiten konnte, in der Hauptsache nur zu erreichen sei auf dem Wege indirekter Besteuerung, insbesondere durch Auflegen auf Bedarfs- und Genußartikel der breiten Massen, daß der Arbeiter auch sie auf die Arbeitgeber abwälzen könne und werde, daß endlich die Landwirtschaft eines Schutzes notwendig bedürfe und eines solchen wert sei. Er hat diese Überzeugungen in der Hauptsache zum Siege geführt, und Deutschland verdankt diesem Siege einen wirtschaftlichen Aufschwung, wie ihn frühere Zeiten nicht erlebt haben, und gerade die weniger Bemittelten haben an diesem Aufschwunge den vornehmsten Anteil gehabt.

Wenn Bismarck für indirekte Steuern eintrat, so geschah das nicht, ohne eine Entschädigung durch Erlaß direkter zu bieten, ein Weg, den er natürlich nur in Preußen gehen konnte. An den Landtag des Winters 1880/81 kam eine entsprechende Vorlage. Zunächst sollten die vier untersten Stufen der Klassensteuer aufgehoben werden. Weiter dachte man den Verwaltungsverbänden die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer zu überweisen, besonders zur Erleichterung der Schullasten. Minderung der Steuerzuschläge in den Gemeinden war das Ziel. Die Vorlage hat im Abgeordnetenhause durch einen Antrag des Abgeordneten Richter eine erhebliche Veränderung erfahren; drei Monate der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der klassifizierten Einkommensteuer sollten nicht mehr zur Hebung gelangen. Bismarck ist auch in dieser Form für den Erlaß eingetreten, hat ihn im Herrenhause in scharfen Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen Kollegen Camphausen verteidigt und durchgesetzt.

Aus Einnahmen vom Tabak und von Getränken sollte der Ersatz fließen, den das Reich den Einzelstaaten für solche Erleichterungen zu leisten hatte. Am 4. Februar 1881 bekannte sich Bismarck abermals zum Tabakmonopol: „Der Tabak muß mehr bluten". Er wies darauf hin, daß in Frankreich die Getränke 450 Millionen jährlich einbrächten und der Tabak ebensoviel.

Im Februar 1886 brachte er den Entwurf eines Branntweinmonopols in den Reichstag. Er machte Mitteilungen über die Zunahme der Trinker. Er setzte einleuchtend auseinander, welch ungeheuerer Gewinn beim Verschenken des Branntweins erzielt werde. Er berührte die Abhängigkeit der Abgeordneten von den Schankwirten: „Sobald die Regierung beim Branntwein Vorschläge macht, ist er der Branntwein des armen Mannes, an den man nicht rühren darf, tabu; dann ist der Schankwirt ein sehr einflußreicher Mann in der Welt. Ich glaube, daß kaum eine Kategorie in der wählenden Bevölkerung einem Abgeordneten, der wiedergewählt werden will, so gefährlich werden kann wie der Schankwirt. Gefährlich ist es deshalb, den Schankwirt zu reizen"; aber „Deutschland kann weder im Interesse der Schankwirte noch durch die Schankwirte regiert werden", Worte, die, unter Ausdehnung auf die Tabakbetriebe, heute noch mahnend wiederholt werden dürfen.

Das Tabakmonopol ist in der zur Beratung der Vorlage eingesetzten Kommission im Mai 1882 mit 21 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden; selbst der preußische Volkswirtschaftsrat hat dagegen Stellung genommen. Richter triumphierte: „An diesem Monopol muß sich der Wille des Reichskanzlers brechen". Das Branntweinmonopol traf das gleiche Los. Der Kanzler durfte im März 1886 vor dem versammelten Reichstag wohl klagen: „Der erste Minister des Königs von Preußen steht seit 16 Jahren bettelnd vor der Tür und wird mit Steinen und mit höhnischen Phrasen abgewiesen". Man werfe ihm vor, daß er den König von Preußen nach Canossa führe: „Ein demütigenderes Canossa als das, dem ich hier an dieser Stelle schon in der Steuerfrage im Reichstage ausgesetzt bin, gibt es für meinen Herrn, den König von Preußen, nicht". Erst der nach der Septennatsauflösung gewählte Reichstag ist dem Kanzler entgegengekommen; er hat neben anderen Zöllen und Steuern eine ansehnliche Verbrauchsabgabe auf Branntwein bewilligt. Für das Etatsjahr 1887/88 ergab sich im Reiche ein Überschuß von 50 Millionen. Man konnte an die Alters- und Invaliditätsversorgung herangehen; mit der Entlastung der Kommunalverbände hatte schon früher, besonders in Folge der Getreidezölle, begonnen werden können.

Die Angriffe der Gegner richteten sich mit besonderer Schärfe gegen Bismarcks Vertretung der Landwirtschaft. Bismarck hat sich immer wieder bemüht nachzuweisen, daß sie nicht produzieren könne zu dem Preise, den der deutsche Markt ohne Schutz gegen das Ausland bot, daß ihr Bestehen aber eine Lebensfrage für unser Volk sei: „Wir haben kein Recht, die Kornerzeugung im Inlande zurückgehen zu lassen; wir würden dabei mit großen Gefahren für die Zukunft spielen, wenn wir die Grundbesitzer, die Landgemeinden nötigen, immer mehr von ihren geringeren Bodenklassen dem Waldbau oder der Vernachlässigung zu übergeben und den Kornbau einzuschränken. Es ist eine Pflicht gegen unsere Nachkommen, daß wir den inländischen Getreidebau nicht in Verfall geraten lassen, und die Äußerung, die der Herr Abgeordnete Richter nicht müde wird, immer zu wiederholen, ‚die Lasten des inländischen Getreidebaus womöglich zu erhöhen und die des ausländischen bei uns zu vermindern', kann ich nicht für patriotisch halten". Im Gegensatz zu seinem Nachfolger fand er es „nicht so ganz

unvernünftig, wenn in Preußen niemand Ministerpräsident werden dürfe, der nicht Landwirt sei". Er wollte nicht wie Bamberger den Landwirt achselzuckend mit einem „das kann man nicht ändern" abspeisen; nach seiner Überzeugung „ging mit dem Landwirt auch das Land zugrunde". Wenn man den Brotzoll als „Blutzoll" bezeichnete, so empfand er das als empörenden Frevel. Seine genaue Kenntnis des Landlebens bis ins kleinste und nach allen Seiten hin machte ihn in diesem Kampfe sachlich den Gegnern weit überlegen. Wie recht er gehabt hat, unsere Landwirtschaft lebensfähig zu erhalten, erweist wiederum die Gegenwart.

Es lag so nahe, den Reichskanzler gerade in diesem Zusammenhange persönlich anzugreifen; war er doch der Besitzer von Varzin, Friedrichsruh und, seit 1885, auch von ganz Schönhausen, und wollte er doch vor allem Landwirt sein. Er hat wiederholt Einspruch erheben müssen gegen die Verdächtigung, daß er persönliche Interessen vertrete. Die Mehrheit enthielt sich kleinlichster Gehässigkeiten nicht. Im Dezember 1884 versagte sie ihm 20 000 Mark für einen zweiten Direktor im Auswärtigen Amt; für eine Gehaltserhöhung von Unterbeamten in der Reichskanzlei im Betrage von 2700 Mark mußte Bismarck persönlich eintreten. Der zweite Direktor ward zweimal abgelehnt, obgleich der Reichskanzler auseinandergesetzt hatte, wie die Direktoren sich nacheinander krank oder zu Tode gearbeitet hätten. Erst in dritter Lesung ward die Stelle bewilligt, nachdem heftige Entrüstung im Reiche sich kundgegeben hatte und zahlreiche Anerbietungen erfolgt waren, den Betrag aufzubringen. Die Freisinnigen Löwe und Hänel bestritten die Notwendigkeit der Stelle, und der süddeutsche Sozialist von Vollmar äußerte sogar, Bismarck habe gesagt, er nehme sie gewissermaßen auf seinen Diensteid; mit dem habe man aber in Deutschland viele unangenehme Erfahrungen gemacht; er könne das ganze Budget auf seinen Diensteid nehmen.

Es war einer von den zahlreichen Fällen der „Abweichung von den Verkehrsformen Gebildeter, welche in den parlamentarischen Verhandlungen den Ministern gegenüber vorkommen". Bismarck ist immer bemüht gewesen, sich „innerhalb der Grenzen seiner Erziehung und seiner Gewohnheit zu halten"; aber er fand es doch schwer, „auf Vorwürfe und Argumente gewisser Art anders als in dem gleichen Tone zu antworten". In diesem Falle hielt er es für angezeigt, zu sagen, daß man ihn für unwürdig

oder unwissend und urteilslos halte, daß man ihm „das Leben sauer machen wolle". „Das steht Ihnen vollständig frei. Ich stehe und fechte hier im Namen des Königs als Soldat und deutscher Untertan meines angestammten Herrn, und ob ich dabei zu Schaden komme oder ungesund werde, das ist mir so gleichgültig wie Ihnen". Vollmar aber mußte hören: „Wenn ich meinerseits nicht mit stärkeren Schimpfworten und gleichen Vorwürfen des Eidbruchs antworte, so schreiben Sie das meiner Erziehung zu; sie schweben mir auf der Zunge, aber ich unterdrücke sie. Wenn Sie in der Politik eine Geltung überhaupt haben wollen, so lernen Sie die Formen der anständigen Gesellschaft respektieren und sich danach richten, und insultieren Sie nicht Ehrenmänner auf eine ehrlose Weise". Im Mai 1886 wies er beleidigende Insinuationen Richters mit der Aufforderung zurück, aus der Abgeordnetenimmunität herauszutreten. Die „niederträchtigen und infamen Angriffe in der Presse", bei denen ihm „mitunter die Galle überlaufe", veranlaßten ihn am 12. Februar 1885 zu der Erklärung: „Wenn ich in Zukunft noch einmal hier im Reichstag von Lügen sprechen sollte, so meine ich in Bezug auf Minister und Abgeordnete immer nur Irrtümer". In ähnlichem Zusammenhange hat Bismarck am 24. Januar 1882 in einer Reichstagsrede das Wort „politische Brunnenvergiftung" geprägt.

Bismarck hat es oft schmerzlich empfunden, daß „Regierung und Reichstag sich wie zwei Parteien in einem Prozeß gegenüberstehen", hat darüber gelegentlich auch bittere Worte gesprochen, vereinzelt vielleicht zu bittere. Das „Vorurteil, daß der Gegensatz zur Regierung die Grundlage parlamentarischer Politik sein müsse", ist ihm doch nur als „eine Kinderkrankheit" erschienen. Er glaubte vertrauen zu sollen auf „die Kraft der den vertretenen Gedanken innewohnenden Wahrheit".

9. Beendigung des Kulturkampfs.

In eine eigentümliche Stellung geriet im Verfolg dieser Kämpfe der „Zentrumsturm", wie Bismarck im Mai 1880 den eisernen Bestand der Opposition getauft hatte. Die Partei vertrat überwiegend ländliche Wähler, auch sonst mehr gewerbliche als Handelsinteressen. So konnte sie sich der neuen Wirtschaftspolitik nicht feindlich entgegenstellen. Mit Unterstützung des Zentrums ist sie zur Geltung gebracht worden; ihre ersten Erfolge wären ohne diese Hilfe unmöglich gewesen, und auch später, über Bismarcks Zeit hinaus, hat sie hier ihre Hauptstütze gefunden, auch für die anschließende Sozialgesetzgebung. Das konnte auf die Beziehungen nicht nur zur Partei, sondern auch zur katholischen Kirche nicht ohne Einfluß bleiben. Den Übergang des Pontifikats von Pius IX. auf Leo XIII., der seine Wahl am Tage, an dem sie erfolgt war (20. Februar 1878), dem Deutschen Kaiser anzeigte, gab Bismarck wieder die Möglichkeit, von Macht zu Macht zu verhandeln.

Schon im Sommer des Jahres konnte damit in Kissingen begonnen werden. Am Weihnachtsabend schrieb dann der Papst an den von der Regierung abgesetzten Erzbischof Melchers von Köln, er wende sich an die deutschen Bischöfe, damit sie sich bemühen, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen; dann würden die Gläubigen dank ihrer Haltung und dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruche mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, die Wohltaten des Friedens wieder erlangen und lange genießen. Es waren Worte, die zu nichts verpflichteten, die aber doch eingegeben waren von einer gewissen Geneigtheit zu einem Ausgleich.

Bismarck hat den sich zeigenden Weg um so williger betreten, als er für seine Politik des Zentrums bedurfte und hoffen konnte, daß Besserung der Beziehungen zu Rom, wenn auch nicht direkt auf die Haltung des Zentrums, so doch auf die Stimmung der katholischen Bevölkerung wirken werde. Er hatte nie den Kampf um des Kampfes, um der „Kultur" willen geführt und konnte geltend machen, daß sein Ziel stets nur ein für den

Staat erträglicher Friede gewesen sei; man habe „im Kampfe Gebiet okkupiert, von dem man einsehe, daß man es nicht notwendig brauche". Nachgiebigkeit in diesen Fragen war für ihn „keine Ehrensache".

Bismarck hat anfangs geglaubt, Zug und Zug mit Zugeständnissen der Kurie die Kampfgesetzgebung abbauen zu können. Er hat aber bald die Erfahrung machen müssen, daß es schwer ist, bindende Zusagen von Rom zu erlangen. Aus einer Mitteilung des Papstes an Erzbischof Melchers im Februar 1880 glaubte man schließen zu dürfen, daß Rom zur Anerkennung der Anzeigepflicht bei Anstellung der Geistlichen bereit sei, mußte sich aber schon im folgenden Monat durch den Nuntius in Wien belehren lassen, daß mit dieser Anzeigepflicht nur eine Anfrage gemeint sei, ob Bedenken gegen den Anzustellenden beständen. Man verlangte, daß Preußen zusichere, seine Gesetzgebung mit der Gesetzgebung der katholischen Kirche in Einklang zu bringen. So blieb nichts anderes übrig, als daß der Staat voranging. Es wurde geantwortet, daß man schon alle gesetzlich zulässigen Erleichterungen gewährt habe, gleichwohl aber bereit sei, sich weitere Befugnisse durch eine Vorlage beim Landtage zu holen.

Kultusminister Falk hatte schon im Juli 1878 die erbetene Entlassung erhalten; er sah sich nicht als die geeignete Persönlichkeit an, den Frieden herbeizuführen, erlitt auch Kränkungen bei Hofe. Puttkamer trat an seine Stelle. Bismarck hat stets den Standpunkt vertreten, daß er persönlich für die Einzelheiten der Gesetzgebung nicht verantwortlich sei, sie nicht habe überblicken und verfolgen können. Er ließ sich zunächst im Juli 1880 vom Landtag die Ermächtigung geben, die Bestimmungen der Maigesetze nach ministeriellem Gutdünken auszuüben. So sank bis zum Januar des nächsten Jahres die Zahl der verwaisten Pfarreien von 1103 mit 2085000 Seelen auf 150 mit 170000 Eingepfarrten herab.

Im April 1882 ist wieder ein preußischer Gesandter bei der Kurie beglaubigt worden, der feingebildete Lübecker Kuno von Schlözer. Die Zeit war vorüber, wo ein „Vertreter des Reiches der Möglichkeit ausgesetzt war, in seiner amtlichen Eigenschaft in Rom von amtlicher Stelle her eine Sprache zu hören, die das Deutsche Reich amtlich nicht entgegenzunehmen vermag". Ein Gesetz vom 31. Mai 1882 hat der Regierung neue Voll-

machten gegeben, und ihm sind dann bis zum Februar 1887 noch drei weitere Vorlagen gefolgt und Gesetz geworden. Nach einander wurde die Anzeigepflicht auf die fest beamteten Stellen beschränkt; die wissenschaftliche Staatsprüfung wurde beseitigt, Gymnasial- und Universitätskonvikte wieder zugelassen, der Gerichtshof für staatliche Angelegenheiten aufgehoben. Es war natürlich, daß er mit diesen Maßnahmen auf den nachdrücklichen Widerstand aller derer stieß, die in einem Kulturkampf zu stehen glaubten. Er hat seine Entwürfe gegen Männer wie Gneist und Beseler verteidigen müssen. Er bestritt, daß er Grundsätze preisgebe oder aus Not handele. Er lehnte es ab, sich auf irgend einen Parteistandpunkt zu stellen; er frage sich nur: „Was ist dem Vaterlande nützlich?" Er wolle von Regierungswegen tun, was er könne, „die religiösen Bedürfnisse des katholischen Volkes zu befriedigen". Es focht ihn auch nicht an, wenn ihm die Überlegenheit der kurialen Diplomatie vorgerückt wurde. Er zitierte Goethes Tasso: „Denn welcher Kluge fänd' im Vatikan nicht seinen Meister?" Er erklärte: „Mein Ziel ist gar nicht, mit dem Vatikan an Klugheit oder Schlauheit zu wetteifern; mein Ziel ist nur, auf einem Gebiete einen Meister nicht zu finden, auf dem der Fürsorge für das Wohl meines eigenen Vaterlandes. Es handelt sich nur darum, ob es uns gelingen wird, das Gefühl, daß wir alle Deutsche und Landsleute sind, höher und stärker in uns lebendig zu machen als das Gefühl, daß wir verschiedenen Konfessionen angehören".

Der eingeschlagene Weg des rein staatlichen Vorgehens wäre nicht gangbar gewesen, wenn nicht auch von päpstlicher Seite ein gewisses Entgegenkommen Platz gegriffen hätte. Bismarck hatte nicht unrecht, wenn er „zwar nicht dem Papsttum, wohl aber dem Papst Vertrauen schenkte". Schon 1881 hat Leo XIII. zur Wiederbesetzung der Bischofsstühle von Paderborn, Osnabrück, Trier und Fulda die Hand geboten. Er hat 1885 Melchers von seinem Amte entbunden und im folgenden Jahre Ledochowskis Verzicht gebilligt; in Köln ist dann der dem Staate genehme Ermeländer Bischof Krementz, in Posen der Deutsche Dinder gefolgt. Im April 1886 hat der Papst die Anzeige für die gegenwärtig vakanten Pfarreien gestattet, ehe noch die betreffende Vorlage Gesetz geworden war. Es ist Bismarck in Rom angerechnet worden, daß er 1885 im Karolinenstreit den

Papst als Schiedsrichter zwischen Deutschland und Spanien angerufen hatte; am letzten Tage des Jahres hat ihm Leo XIII. den Christusorden verliehen.

Die veränderte Haltung der Regierung konnte das Zentrum erfreuen, soweit es nicht von grundsätzlicher Feindschaft gegen Preußen und das Reich, wie es bestand, erfüllt war. Der Welfe Windthorst hat in all diesen Jahren seinen Widerstand unentwegt fortgesetzt und die von ihm geleitete Partei zum Anschluß an jede Opposition geführt, die sich erhob, sofern es sich nicht um Dinge handelte, in denen die Wünsche der katholischen Bevölkerung entschieden einig gingen mit denen der Regierung. So ist es auch in dieser Zeit zu schärfsten Zusammenstößen zwischen den beiden Männern gekommen, in denen Bismarck seine Persönlichkeit und seine Überzeugungen noch entschiedener und mächtiger einsetzte als gegen Richter und Lasker, Bamberger, Hänel und Virchow. Er hat es meisterhaft verstanden, die aalglatte Art des Widersachers zu kennzeichnen, ist aber, wie die Dinge lagen, nicht immer siegreich geblieben, insbesondere nicht im Septennatsstreit. Seine Beziehungen zur Kurie haben es ermöglicht, Leo XIII. nach der Reichstagsauflösung durch den Nuntius in München zu bestimmen, daß er den Wunsch kundgab, das Zentrum möge für die Regierungsvorlage stimmen. Der Parteivorstand hat aber unter Windthorsts Einfluß diese Äußerung nicht weitergegeben; nur 7 Angehörige des Zentrums stimmten für das Gesetz, 82 enthielten sich der Abstimmung. Der Papst hat das Verhalten der Partei gemißbilligt, auf das Anerbieten, sie aufzulösen, doch geantwortet, daß er ihr Fortbestehen wünsche.



10. Auswärtige Politik.

Über ihren Geist und ihre Ziele gibt die Thronrede vom 21. März 1871 kurz und bündig Aufschluß: „Es besteht keine Versuchung zum Mißbrauch der gewonnenen Kraft; das Reich wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein; die Ordnung seiner inneren Angelegenheiten aber betrachtet es als sein ausschließliches, doch auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil".

An diesen Grundsätzen hat Bismarcks Reichsleitung unentwegt festgehalten. Er hat die gewonnene Kraft pflichtmäßig gebraucht, wie es das Wohl des deutschen Volkes verlangte, in keinem Augenblick gemißbraucht. Das wunderbare Feingefühl des Mannes für das, was in den Beziehungen zum Auslande notwendig, wünschenswert und zugleich möglich war, hat ihn sicher geleitet.

Das neue Reich war für die europäische Welt eine unbekannte Größe. Drei rasch aufeinanderfolgende siegreiche Kriege hatten es begründet. Würde es weiter solche Erfolge suchen? Die Befürchtung war weit verbreitet in den zahlreichen kleinen Staaten, die Deutschland im Norden, Westen und Südwesten nahe liegen und zum Teil Stücke seines mittelalterlichen Bestandes sind. Auch in Österreich fehlte sie trotz der Mäßigung des Jahres 1866 nicht ganz. Langsam, aber sicher hat die Korrektheit der

deutschen Politik solchen Sorgen ein Ende gemacht; als Bismarck aus dem Amte schied, konnte nur noch Bosheit ihm derartige Absichten zuschreiben.

Schwieriger war es, die Beziehungen zu den Großmächten befriedigend zu regeln. Deutschland war an die Stelle Preußens getreten. Damit war die Lage Europas, der Welt verschoben. Was dem neuen Machthaber an Einfluß zuwuchs, mußte irgendwo entbehrt werden. Zunächst natürlich in Frankreich, aber unvermeidlich auch an anderen Stellen, an denen man gewohnt war, den eigenen Willen wenig gehemmt zu sehen. Ein Zusammenschluß gegen den unbequemen Neuling konnte leicht allen, denen er unbequem war, als angezeigt erscheinen. Im Juni 1882 hat Bismarck im Reichstag die Äußerung getan: „Wenn ich mir in der auswärtigen Politik irgend ein Verdienst beilegen kann, so ist es die Verhinderung einer übermächtigen Koalition gegen Deutschland". Er hat damit das vornehmste Ziel seiner weiteren Politik deutlich bezeichnet.

Er hat ihm zugestrebt auf einem Wege, den früheste politische Eindrücke ihm vertraut gemacht hatten: Zusammenstehen der Ostmächte, Dreikaiserbündnis. Gegenüber Frankreich war England kein sicherer Genosse. Das Verhältnis zu Frankreich war und blieb aber der dunkle Punkt in der politischen Lage, besonders in den ersten Jahren nach dem Kriege. Die Schwierigkeiten mit der katholischen Kirche haben die Gefahr gesteigert. In Frankreich ist nach der Niederlage von 1870 noch einmal eine kirchliche Strömung stark geworden; weite Kreise verlangten Rückkehr zum Glauben als einzige Rettung aus dem Unglück. Unter Mac Mahons Präsidentschaft ward an eine monarchische Restauration gedacht. In der überwiegend katholischen Bevölkerung des Reichslandes ward die Unzufriedenheit einerseits durch die Zentrumspartei, anderseits durch Hirtenbriefe französischer Bischöfe geschürt. Im Januar 1874 hat Bismarck es für angezeigt gehalten, die Vertreter des Reiches an den großen Höfen dahin zu verständigen, daß „die Trennung der französischen Regierung von der Sache der Ultramontanen die sicherste Bürgschaft für die Ruhe Europas" sei. Der Erlaß enthält die Wendung, daß Deutschland, „falls ein Zusammenstoß unvermeidlich sei, den Zeitpunkt nicht abwarten könne, der für Frankreich der passendste sei". Von ernstlicher Erwägung eines Angriffskrieges gegen Frankreich kann aber nicht die Rede sein, und die Behauptung hetzerischer

Deutschenfeinde, Fürst Gortschakow habe 1875 durch seinen Einspruch Frankreich davor geschützt, von Bismarck überfallen zu werden, muß als völlig unbegründet zurückgewiesen werden. Bismarck hat es vor dem Reichstage als Verleumdung erklärt, daß er den Krieg gewollt habe.

Von Rußland her ergaben sich aber bald ernste Schwierigkeiten.

Schon 1872 sind die beiden Kaiser von Österreich und Rußland vom 5.—11. September in Berlin gewesen; im folgenden Jahre war Bismarck mit Kaiser Wilhelm im April in Petersburg, im Oktober in Wien. Das gute Verhältnis ist aber getrübt worden, als sich Serben und Bulgaren nach einander auf Rußlands Anstiften gegen die Pforte erhoben und dann der Friede von San Stefano (3. März 1878) den größten Teil der Europäischen Türkei dem Zaren, der seinen unterliegenden Schützlingen beigesprungen war, zu Füßen legte.

England und Österreich sind Rußland in den Weg getreten. Als Richter im Dezember 1876 mit der Absicht, den Reichskanzler in Verlegenheit zu setzen, ihn wegen der in Rußland geforderten Zahlung der Eingangszölle in Gold interpellierte, hat Bismarck die oft wiederholte Äußerung von den „gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers" getan. Sie sollte jeden Verdacht beseitigen, daß sich Deutschland in die Balkanhändel einmischen werde. Bismarck hat aber klar genug erkennen lassen, daß er es nicht als ganz unbeteiligt ansehe. „Insofern sind wir allerdings der Mindestbeteiligte .... Ein Stückchen Wahrheit und a bisserle Falschheit ist allweil dabei". Doch konnte er mit gutem Gewissen der gewünschte Vermittler sein, „der ehrliche Makler, der das Geschäft wirklich zustande bringen will". Gegenüber dem Verlangen angesehener deutscher Preßorgane, die eine Einmischung zugunsten Österreichs und Englands verlangten, beharrte er darauf, „niemandem Deutschlands Willen aufzudrängen"; er wollte nicht „den napoleonischen Weg gehen, nicht der Schiedsrichter, nicht einmal der Schulmeister in Europa sein". Er wollte im Dreikaiserbündnis „keine Majorität von zwei zu eins bilden, nicht aus Gefälligkeit die eigenen unbestreitbaren staatlichen und nationalen Interessen hintanstellen. Das ist ein Opfer, was keine Großmacht pour les beaux yeux der anderen bringt". In diesem Sinne hat Bismarck die Verhandlungen des Berliner Kongresses im Juni

und Juli 1878 — er begann zwei Wochen nach Nobilings Attentat — geleitet.

Die Leiter der russischen Politik hat diese Haltung nicht befriedigt. Sie hatten mehr erwartet, wähnten das neue Deutschland zu mehr verpflichtet. So sah sich Bismarck doch gezwungen, zwischen den Freunden zu wählen. Am 7. Oktober 1879 ist das Bündnis mit Österreich geschlossen worden, das beide Staaten gegen einen russischen (nicht gegen irgend einen anderen) Angriff decken sollte. Ernste Bedenken Kaiser Wilhelms haben überwunden werden müssen. Die Besitzergreifung Tunesiens durch Frankreich führte zum Anschluß Italiens. Seit Anfang 1883 gab es einen mitteleuropäischen Dreibund.

Bismarck hat gleichwohl den Faden fortzuspinnen vermocht, der nach Rußland hinüber führte. Mit Alexander III. hat er 1884 den Rückversicherungsvertrag geschlossen, nach welchem Deutschland in den nächsten drei Jahren nicht zur Hilfe verpflichtet sein wollte, wenn Österreich Rußland, Rußland nicht, wenn Frankreich Deutschland angreife. Das Abkommen ist 1887 auf weitere drei Jahre verlängert worden, obgleich die Beziehungen zu Rußland inzwischen einer starken Belastungsprobe ausgesetzt gewesen waren. Fürst Alexander von Bulgarien war im August 1886 aus seiner eigenen Hauptstadt gewaltsam nach Rußland entführt und dort zur Abdankung bewogen worden, weil er eigenmächtig von Ostrumelien Besitz ergriffen hatte. Eine starke Volksströmung erwärmte sich für den Battenberger, der auch am preußischen Hofe einflußreiche Fürsprecher fand. Die Hinneigung des Zentrums zu Österreich, die Gegnerschaft der Radikalen und Linksliberalen gegen Rußland konnten sich den allgemeinen Unwillen über das geschehene Unrecht zu nutze machen. Bismarck hat auch diesem Drängen gegenüber standgehalten, jede Schärfe gegen Rußland vermieden.

Die Lage ist ihm aber Anlaß geworden zu der Septennatsvorlage, die das Maß der bisherigen Wehrvorlagen erheblich überschritt.

Gleichzeitig mit den Balkanwirren ward Frankreich unter Führung seines Kriegsministers Boulanger von einer Flutwelle der Revanchebewegung heimgesucht. In der Vertretung seiner Vorlage hat Fürst Bismarck mit außerordentlichem Geschick diese Schwierigkeiten zu benutzen verstanden,

um zu verdecken, daß doch auch Vorsicht nach Osten im Spiele war. Er hatte schon im November zuvor betont, daß zwar gute Beziehungen zur französischen Regierung beständen, die Stimmung des französischen Volkes aber Besorgnis erregen könne: „Bei den Parteien dort sind die Feindschaft gegen Deutschland und die Möglichkeit der Rache und der Wille dazu die besten Grundlagen für die Bewerbung um die öffentliche Gunst bei den Wahlen". Jetzt erklärte er: „Wenn Frankreich uns nicht angreift, ist der Friede für immer gesichert". Er wies auf die verschiedene Art eines siegreichen Frankreichs und eines siegreichen Deutschlands hin, auf den Unterschied der Zeit von 1807—1813 und der von 1870: „Wir würden dieselben Franzosen uns gegenüberfinden, unter deren Herrschaft wir 1807—13 gelitten haben und die uns ausgepreßt haben bis aufs Blut, — wie die Franzosen sagen: Saigner à blanc".

Sorgfältig vermied er es, auf die Stimmung der Reichstagsmehrheit gegen Rußland einzugehen. Er lehnte es ab, über Politik in der Kommission irgend etwas zu sagen, was nicht auch öffentlich gesagt werden könne; das könne den Frieden gefährden. Er verhöhnte das Berliner Tageblatt und die Germania, die ihn angegriffen hatten, weil er nicht gegen Rußland vorgehen wollte: „Ich habe diese ganze Preßhetzerei lächerlich gefunden, die Zumutung, daß wir nach Bulgarien laufen sollten, um hinten weit in der Türkei die Händel zu suchen, die wir hier nicht finden können. Ich hätte geradezu verdient, wegen Landesverrat vor Gericht gestellt zu werden, wenn ich auch nur einen Augenblick auf den Gedanken hätte kommen können, mich auf diese Dummheit einzulassen". Gegen Windthorst, der behauptete, daß die Interessen Österreichs und Deutschlands die gleichen seien, setzte er in klassischer Überlegenheit auseinander, daß beide Mächte ein gemeinsames Interesse hätten, was immer Leitstern unserer österreichischen Politik wird bleiben müssen, nämlich, beide Großmächte zu bleiben, sonst jede ihr besonderes: „Glauben Sie doch nicht, daß, wenn man solche Politik" (für Österreich am Bosporus) „instradiert, man auf jeder Station umkehren kann. Die politischen Wege sind nicht so, wie wenn man sich auf freiem Felde zu Fuß begegnet". Worte der Weisheit, die von den späteren Leitern unserer auswärtigen Politik leider nur zu oft unbeachtet gelassen worden sind.

Die Opposition spitzte die Frage wieder grundsätzlich zu. Richter verlangte Einführung der zweijährigen Dienstzeit; Windthorst wollte „jeden Mann, jeden Groschen" bewilligen auf ein Jahr. Niemals hätte Kaiser Wilhelm, hätte Bismarck den Bestand des Heeres „abhängig gemacht von der jedesmaligen Stimmung im Reichstag!" So wiederholte sich eine der Verhandlungen um Deutschlands Wehrkraft, die „jedesmal die Grundlagen unseres deutschen Verfassungslebens bis ins Unterste erschüttern". Die Vorlage wurde am 14. Januar 1887 mit 186 gegen 154 Stimmen abgelehnt. Erst im neuen Reichstag wurde sie Gesetz. Seine Kartellmehrheit hat auch sonst dem Reichskanzler die drei letzten Jahre seiner Amtsführung erleichtert. Bismarck hat noch parlamentarische Glanztage erlebt, die sich denen vom Juli 1870 zur Seite stellten.

Noch im Dezember des Jahres, in dem die Septennatsvorlage Gesetz geworden war, sah er sich veranlaßt, einen Gesetzentwurf betreffend Änderung der Wehrpflicht einzubringen. Die Landwehr zweiten Aufgebots, durch die Verfassung des Norddeutschen Bundes beseitigt, sollte wieder hergestellt, die Landsturmpflicht bis zum 45. Lebensjahr ausgedehnt, eine Ersatzreserve gebildet und eingeübt werden. Bismarck hat die Vorlage am 6. Februar 1888 erörtert, „mit Widerstreben", da „in dieser Sache ein Wort, welches ungeschickt gesprochen wird, viel verderben kann", aber es werde erwartet; er fürchtete, daß Schweigen „die Beunruhigung der öffentlichen Meinung eher steigern als mildern würde". Er wollte auch nicht „die Vorlage empfehlen", da er über deren Annahme „nicht in Sorge sei". Er erklärte, daß die Rüstung nicht im Zusammenhange stehe mit der europäischen Lage; seine Darlegungen ließen allerdings über das Gegenteil nicht in Zweifel.

Er ging wieder aus von der französischen Gefahr, doch aber bald hinüber zu Rußland. Er hatte am letzten 18. November, als Alexander III. in Berlin war, um eine Audienz gebeten und hatte den Kaiser aufklären können über orleanistische Fälschungen, die seine Politik in der Frage des Battenbergers verdächtigten; am 31. Dezember hat der Reichsanzeiger sie veröffentlicht. Er erinnerte daran, wie er stets russische Politik getrieben, zum Berliner Kongreß sich ungern, von Rußland gebeten, habe bestimmen lassen. Vor drei Tagen, am 3. Februar, hatte er den Text des deutsch-österreichischen Vertrages von



Fürst Alexander Michailowitsch Gortschakow
Russischer Reichskanzler
Nach einer Photographie.

1879 zugleich in Berlin, Wien und Pest bekannt geben lassen; er betonte, daß diese Veröffentlichung keine Drohung sei und bewies des längeren die Nützlichkeit des Vertrages. Er hob hervor, daß der Berliner Kongreß zweifellos Rußland einen Anspruch auf Einfluß in Bulgarien gegeben habe, erklärte sich auch bereit, Rußland auf Wunsch diplomatisch zu unterstützen. Auf Rußlands Absichten schließe man aus der Presse und den Truppenverschiebungen; aber die Presse wiege federleicht gegenüber dem Zaren: „Die russische Presse, die russische öffentliche Meinung hat einem alten mächtigen und zuverlässigen Freunde, der wir waren, die Tür gewiesen; aber wir drängen uns nicht auf, wir laufen niemand nach". Durch die Truppenverschiebungen wolle Rußland in der Lage sein, sein politisches Gewicht geltend machen zu können. Deutschland sei gefährdet durch seine Lage; aber es sei stark in sich. „Die Gerechtigkeit der Sache wird immer auf deutscher Seite bleiben nach der Sorge der Regierung. Gott hat uns in eine Situation gesetzt, in welcher wir durch unsere Nachbarn daran verhindert werden, irgendwie in Trägheit oder Versumpfung zu geraten. Wir bekommen gewissermaßen von beiden Seiten die Sporen und werden zu einer Anstrengung gezwungen, die wir vielleicht sonst nicht machen würden. Die Hechte im europäischen Karpfenteich hindern uns, Karpfen zu werden. Die französisch-russische Presse, zwischen die wir genommen werden, zwingt uns zum Zusammenhalten und wird unsere Kohäsionsfähigkeit auch durch Zusammendrücken erheblich steigern, so daß wir in dieselbe Lage der Unzerreißbarkeit kommen, die fast allen anderen Nationen eigentümlich ist. Wir müssen dieser Bestimmung aber auch entsprechen, indem wir uns so stark machen, daß die Hechte uns nicht mehr tun als uns ermuntern".

Begeisternde und doch so schlichte Worte fand der leidenschaftliche Soldatenfreund für die Tüchtigkeit des Heeres: „Wir haben das Material an Offizieren und Unteroffizieren, um diese ungeheure Armee zu kommandieren. Das ist, was man nicht nachmachen kann. Dazu gehört das ganz eigentümliche Maß der Verbreitung der Volksbildung in Deutschland, wie es in keinem andern Lande wieder vorkommt". Er pries in wärmsten Worten das Verhältnis zwischen Offizieren und Mannschaften: „Kein deutscher Offizier läßt seinen Soldaten im Feuer im Stich; er holt ihn mit eigener Lebensgefahr heraus und umgekehrt: Kein deutscher Soldat läßt seinen

Offizier im Stich; das haben wir erfahren". Er fand für die neuen Lasten die rechte Begründung: „Wir bilden eine Armee von Triariern, von dem besten Menschenmaterial, das wir überhaupt in unserm Volke haben, von den Familienvätern über 30 Jahre. Der feste Mann, der Familienvater, diese Hünengestalten, deren wir uns noch erinnern können aus der Zeit, wo sie die Brücke von Versailles besetzt hatten" (die Garde-Landwehr war dort verwandt), „müssen auch das beste Gewehr an der Schulter haben, die vollste Bewaffnung und die ausgiebigste Kleidung zum Schutz gegen Witterung und alle äußeren Vorkommnisse". Er betonte Deutschlands Friedfertigkeit: „Mit der gewaltigen Maschine, zu der wir das deutsche Heerwesen ausbilden, unternimmt man keinen Angriff. Werden wir angegriffen, dann wird das ganze Deutschland von der Memel bis zum Bodensee wie eine Pulvermine aufbrennen und von Gewehren starren". Worte, die wahr geworden sind! — Er wollte das Gesetz betrachtet wissen „lediglich als eine volle Herstellung der Verwendbarkeit der Kraft, die Gott in die deutsche Nation gelegt hat für den Fall, daß wir sie brauchen". Er verbat sich die Drohungen der fremden Presse: „Es ist eigentlich eine unglaubliche Dummheit, wenn man eine große und stolze Macht wie das Deutsche Reich durch eine gewisse drohende Gestaltung der Druckerschwärze, durch Zusammenstellung von Worten glaubt einschüchtern zu können. Man sollte das unterlassen; dann würde man es uns leichter machen, unseren beiden Nachbarn auch gefälliger entgegenzukommen. Jedes Land ist auf die Dauer doch für die Fenster, die seine Presse einschlägt, irgend einmal verantwortlich; die Rechnung wird an irgend einem Tage präsentiert in der Verstimmung des anderen Landes. Wir können durch Liebe und Wohlwollen leicht bestochen werden, vielleicht zu leicht, aber durch Drohungen ganz gewiß nicht. W i r D e u t s c h e f ü r c h t e n G o t t, a b e r s o n s t n i c h t s i n d e r W e l t, u n d d i e G o t t e s f u r c h t i s t e s s c h o n, d i e u n s d e n F r i e d e n l i e b e n u n d p f l e g e n l ä ß t. W e r i h n a b e r t r o t z d e m b r i c h t, d e r w i r d s i c h ü b e r z e u g e n, d a ß d i e k a m p f e s f r e u d i g e V a t e r l a n d s l i e b e, w e l c h e 1813 d i e g e s a m t e B e v ö l k e r u n g d e s d a m a l s s c h w a c h e n, k l e i n e n u n d a u s g e s o g e n e n P r e u ß e n s u n t e r d i e F a h n e n r i e f, h e u t z u t a g e e i n G e m e i n g u t d e r g a n z e n d e u t s c h e n N a t i o n i s t, u n d d a ß d e r j e n i g e, w e l c h e r d i e d e u t s c h e N a t i o n i r g e n d w i e a n g r e i f t, s i e e i n h e i t l i c h

gewaffnet finden wird und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!"

Es war die letzte große Rede, die Bismarck gehalten hat, und von allen die eindrucksvollste und wirksamste. Er hatte sich einmal setzen müssen: „Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich einen Augenblick setze; ich kann so lange nicht stehen".

Die Vorlage wurde in erster und zweiter und zwei Tage später auch in dritter Lesung debattelos und einstimmig angenommen. Als Bismarck das Haus verließ, empfing ihn der Jubel einer nach Tausenden zählenden Volksmenge, die den zu Fuß Heimgehenden bis zu seinem Palais geleitete.



11. Deutschland im Besitz von Kolonien.

Wiederholt ist dem Fürsten Bismarck in neuerer Zeit der Vorwurf gemacht worden, er habe sich nicht früh und nicht nachdrücklich genug für den Erwerb von Kolonien eingesetzt, wir wären weiter auf diesem Wege, wenn er es getan. Es ist nicht oft ein weniger berechtigter Tadel ausgesprochen worden. Bismarck hat die neue Bahn betreten, sobald sie zu Erfolgen führen konnte, und hat erreicht, was die Lage zu erreichen gestattete.

Er hat auch diese Frage unter dem Gesichtspunkt der großen Politik gesehen und wahrlich mit Recht; denn nur so konnte und durfte, darf sie noch heute allein von einem weitschauenden Staatsmann gesehen werden. In schweren Kriegen war dem neuen staatlichen Gebilde Daseinsrecht erstritten worden; wenn Bismarck „eine übermächtige Koalition gegen Deutschland verhindern" wollte, mußte er vor allem Sorge tragen, England nicht unter die Gegner geraten zu lassen. Daß England zu deutscher Kolonialerwerbung scheel sehen werde, war klar und hat die Folgezeit unwiderleglich erwiesen. Wenn Bismarck dem Abgeordneten Bamberger, der als Gegner von Kolonien im Juni 1884 „Nasenstüber" von England besorgte, widersprach, so geschah das nur, weil der entscheidende Beschluß schon gefaßt und die ersten Schritte getan waren, nicht, weil er die Sorge für unbegründet hielt. Als Leiter der deutschen Politik durfte er ihre Berechtigung nicht zugestehen; er fand, daß Bambergers Rede „sich im Munde eines

fremden Staatsmannes gut ausgenommen haben würde, im Munde eines Vertreters der deutschen Nation überraschend sei".

In eine Bahn, auf der schwere Gefahren begegnen konnten, durfte ein seiner Verantwortung bewußter Staatsmann nur einlenken, wenn er des Volkes hinter sich in vollem Umfange sicher war. Wohl waren die Wünsche nach Kolonialbesitz seit langem in deutschen Herzen lebendig, nach der Begründung des Reiches stärker und stärker laut geworden; aber sie hatten selbst in durchaus vaterländisch gesinnten Kreisen keineswegs eine sichere Mehrheit hinter sich. Allzusehr standen die Geister noch im Banne der englischen Freihandelsvorstellungen. Man verkehre doch überall in der Welt, im wesentlichen ungestört; der Deutsche könne auch in fremden Kolonien Geld erwerben, werde geschützt; wozu solle das Mutterland Opfer bringen, sich Verwicklungen aussetzen?

In den beiden Nordsee-Emporien, die zunächst berufen schienen, neue Wege zu weisen, war man mißtrauisch gegen staatliche Einmischung; man hatte sich aus eigener Kraft achtbar heraufgearbeitet. Man stand auch der neuen Handels- und Zollpolitik schroff gegenüber. Als es sich im April 1880 darum handelte, für die Südsee-Plantagengesellschaft, die auf den Samoainseln arbeitete, eine Reichsunterstützung zu erlangen, stimmten Hamburg und Bremen im Bundesrat gegen die Vorlage; im Reichstag fiel sie mit 128 gegen 112 Stimmen. Bereitwilligkeit der Regierung zu Subventionen für Errichtung regelmäßiger Dampferverbindungen fand keine Gegenliebe.

Die Samoasache hat Bismarck mit dem bitteren Wort vestigia terrent verabschiedet. Wenige Jahre später hat er doch die neue Bahn betreten.

In Frankreich ist die dritte Republik mit bewundernswerter Energie in sie eingelenkt, kräftiger, nachhaltiger, erfolgreicher als irgend eine frühere Regierung. Wie ihr Vorgehen in Tunis Italien an Deutschlands Seite geführt hatte, so weckten ihre Bestrebungen in Westafrika und Hinterindien die alte koloniale Eifersucht Englands. Die englische Besetzung Ägyptens (1882) verschärfte die Spannung. Die Weltlage war da, die einen Versuch gestattete. Ende 1883 ward Lüderitzland deutsch; weitere Besitzergreifungen sind gefolgt. Das Kolonialreich, was wir heute unser eigen nennen, verdanken wir bis auf einen geringen Zuwachs dem ersten Reichskanzler.

Englands Einspruch ist nicht ausgeblieben, als „die Landratte von Vetter auch zur See fahren wollte“; das Mutterland konnte an der Erregung des Kaplandes und der australischen Tochterstaaten nicht teilnahmlos vorübergehen. Bismarcks diplomatisches Geschick fand eine neue Gelegenheit, sich in glänzendstem Lichte zu zeigen; er erfocht einen vollständigen Sieg über die Leiter der englischen Politik, die Liberalen Gladstone und Granville. Mit überlegenem Humor beleuchtete er am 2. März 1885 das Verfahren der englischen Regierung. Er besprach die Vorteile mündlichen Gedankenaustausches, doch werde von englischer Seite der schriftliche Verkehr vorgezogen; er habe seit dem verflossenen Sommer von der englischen Regierung 128 Noten bekommen, mehr als von allen anderen Regierungen in den 23 Jahren seiner Geschäftsführung; sie lasse Aktenstücke drucken, die noch nicht an ihre Adresse gelangt seien, während schwebender Verhandlungen. Er bestritt, ihr Ratschläge über Ägypten gegeben zu haben, wie das in englischen Aktenstücken angedeutet sei; die englische Regierung habe wohl oft ersucht um einen Wink, was in Ägypten zu tun sei und was in Deutschland Billigung finde, habe aber stets ablehnenden Bescheid erhalten. Er schloß seine Rede mit den mahnenden Worten: „Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie über einander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabeistehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten Recken sich unter einander bekämpfen. Es liegt eine eigentümliche prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene Kollege Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen, respektive niederzustimmen“.

Er hat das einen Monat später, als es sich um eine für die Kolonialpolitik notwendige Dampfersubvention handelte, erläutert: „Es war nur

etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten 20 Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff ‚Völkerfrühling‘ mehr verstanden als die Kolonialpolitik; ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen: so niedrig — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bruderkriege, der zur Lösung eines verschürzten gordischen Knotens unabweislich und unentbehrlich war, der überstanden wurde und zwar ohne Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Überzeugung, daß diese — ich möchte sagen — chirurgische Operation zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten notwendig war, allgemein wurde. Sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bruderkrieges nicht gestört war, und daß wir alle als ‚ein einig Volk von Brüdern‘ den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten. Das schwebte mir als ‚Völkerfrühling‘ vor. Daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen, die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen Deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den Deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das alles schwebte mir als ‚Völkerfrühling‘ vor, nicht die heutige Kolonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff ‚Loki‘ verstand, der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in konfessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fraktionskämpfen seine Nahrung findet; der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und erhofft hatte, nicht zu finden ist,

sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurteilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall gerät und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde".

Der Reichstag, zu dem er so sprach, war der wegen Verweigerung des Septennats aufgelöste, der ungünstigste, den Bismarck erlebt hat.

Wieder und wieder hat Bismarck die Überzeugung ausgesprochen, daß die Kolonialbewegung getragen werden müsse von nationaler Begeisterung, die „solche Fragen nicht wie Additions- und Subtraktionsexempel behandle". Einwände, die man heute nicht mehr versteht, wurden ihm entgegengehalten. Richter erklärte Südwestafrika für einen Haufen von Steinen, eine Sandbüchse; ein Mann wie Virchow eignete sich den Ausspruch an, daß Ostafrika ungesund sei, wo es Wert habe, gesund nur, wo das nicht der Fall. Leichthin wurde über Landgebiete abgeurteilt, die an Umfang ein Mehrfaches des Deutschen Reiches darstellen. Um Hunderttausende, ja um Zehntausende wurde gefeilscht, ihre Bewilligung zur Beratung in Kommissionen verwiesen. Als das im Januar 1885 mit einer Nachtragsforderung von 180 000 Mark für einen Küstendampfer und eine Dampfbarkasse für den Gouverneur von Kamerun geschah, weigerte sich Bismarck, in der Kommission zu erscheinen: „Wir sehen andere überall beim tätigen Handeln" (in Kamerun, Samoa, Neuguinea); „währenddessen berufen wir Kommissionen und zitieren den Reichskanzler dorthin. Die Uhr der Welt geht vorwärts, und Sie sitzen hier als Hofkriegsrat und ich als Feldmarschall Daun. Unterdessen werde ich geschlagen, wenn ich mich dazu hergebe, Ihr Daun zu sein; das werde ich aber nicht".

Im Januar 1889 bemerkte er gegenüber ähnlicher Verzögerung gelegentlich des ostafrikanischen Aufstandes: „Zeit ist nicht Geld, wie die Leute sagen, sondern Zeit ist Blut". Er hat stets betont, daß es ihm darauf ankomme, deutschem Unternehmungsgeist Deckung zu gewähren, dem Kaufmann schützend zu folgen, hat das den Hemmenden wie den Drängenden

entgegengehalten. Als Windthorst in dieser Reichstagssitzung Mißtrauen äußerte gegen die Aussagen von Hamburger Firmen, entgegnete ihm Bismarck: „Sind die Hamburger so einfältig, daß sie nicht wissen, was sie tun? Glauben wir, daß die Leute die deutschen Interessen kaufmännisch nicht verstehen oder aus Egoismus falsch handeln? Ja, meine Herren, dann verzichten wir auf die Aktion, dann kriechen wir auf unseren Thüringer Bergen zusammen und sehen das Meer mit dem Rücken an". Treffend hat er Bambergers Geringschätzung der Kolonien ebenfalls im Januar 1889 mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß die Engländer nicht um nichts den Deutschen ihre Ansprüche bestritten.

Bei jeder Gelegenheit hat Bismarck darauf hingewiesen, daß Kolonialpolitik nicht auf raschen Erfolg rechnen könne: „Wer von einer Kolonie in drei Wochen oder drei Jahren ein glänzendes Resultat erwartet, der mag Reden halten; aber er ist kein Mensch von Urteil. Die Frage ist die, ob wir in 10, in 20, in 30 Jahren nicht vielleicht bereuen würden, den Besitztitel, der uns jetzt geboten wird, verschmäht zu haben". Gegenüber heutigen Tadlern sei an die Worte in derselben Rede vom 26. Januar 1889 erinnert: „Ich muß daran denken, ob man mir nicht nach 20, nach 30 Jahren den Vorwurf machen wird, daß dieser furchtsame Kanzler damals nicht die Courage gehabt hat, uns jenen Besitz zu sichern, der jetzt ein guter geworden ist". Wenn dieser Vorwurf jetzt doch erhoben wird, so trifft er wahrlich nicht den Begründer des Deutschen Reiches, sondern die hartnäckige Opposition, die ihm gerade in dieser Frage auf Schritt und Tritt mit den kleinlichsten und kurzsichtigsten Einwänden entgegentrat. Das Zentrum hat seine völlig ablehnende Haltung allmählich aufgegeben, nachdem der französische Kardinal Lavigerie im Oktober 1888 auf dem Kölner Katholikentage die Bedeutung deutscher kolonialer Mitarbeit für die Mission betont hatte.

Die Erfolge, die Bismarck errang, haben in den 25 Jahren, die nach seiner Amtsführung verflossen sind, nur in bescheidenem Ausmaß gemehrt werden können. Er verdankt sie seiner Meisterschaft in der großen Politik. Englands anfänglich systematischen Widerstand hat er im Verein mit Frankreich überwunden. Er brachte es im November 1884 nach Berlin auf die Kongokonferenz, und die Beherrscherin der Meere und des Welt-

handels mußte sich Bestimmungen auferlegen lassen, die andere Mächte in Mittelafrika gleichberechtigt neben sie stellten. Nachher hat Bismarck immer die Fiktion aufrecht erhalten, daß nur die kolonialen Behörden Schwierigkeiten machten, das amtliche England das nicht billige. „Ich betrachte England als den alten und traditionellen Bundesgenossen, mit dem wir keine streitigen Interessen haben", erklärte er am 26. Januar 1889. So entwaffnete er den Gegner, schob ihm die Schuld zu für Unfreundlichkeiten; mit Deutschland zu brechen, so lange es mit Frankreich in kolonialen Fragen einig ging, war doch kein leichter Entschluß. Dem Nachfolger im Amte ist das Gewebe dieser Politik, wie auch jenes der russischen, zu fein gewesen.

---

12. Die Reichsfremden.

Die Kriege von 1864 und 1870 haben Deutschland zu den fremdsprachigen Bewohnern an seiner Ostgrenze auch noch solche im äußersten Norden und Südwesten gebracht. Bismarcks Politik gegenüber diesen Reichsangehörigen ist nicht maßgebend bestimmt von dem Gedanken des Eindeutschens. Dänen waren zum Reich gekommen, weil man den altüberlieferten Gebietsbestand der Herzogtümer aus Rücksicht auf deren Geschichte ungern erheblich schmälern wollte. Napoleons Einmischung hat dem Prager Frieden den Artikel 5 eingefügt, der für Nordschleswig eine Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit in Aussicht nahm. Die mit Dänemark geführten Verhandlungen über die nähere Abgrenzung des Bezirks haben zu einem Ergebnis nicht geführt, weil die dänische Regierung die nötigen Bürgschaften für die Erhaltung der in den abzutretenden Gebieten wohnenden deutschen Bevölkerung nicht geben konnte. Die Annäherung an Österreich nach dem Berliner Kongreß hat am 11. Januar 1879 das Zugeständnis dieser Macht zur Aufhebung des Artikels 5 gezeitigt.

Im Reichslande war es nicht allein der fremdsprachige Teil der Bevölkerung, der Schwierigkeiten bereitete. Bismarck hat die Erwerbung zunächst als unentbehrliche Grenzsicherung, als „Glacis", angestrebt; er hat aber auch gehofft, daß die Bewohnerschaft sich wieder zum Deutschtum zurückfinden werde, wie alle Mitlebenden das gehofft haben, und wie es ja auch in ziemlichem Umfange eingetreten ist. Sein Verhalten in reichsländischen Angelegenheiten ist vom ersten Augenblicke an ununterbrochen geleitet worden von diesem Gedanken. Er hat dazu geführt, Härten tunlichst zu vermeiden, doch aber auf fester Eingliederung in die Reichsordnung zu bestehen. Schon zu Neujahr 1874 ist die Reichsverfassung in Kraft getreten, mit dem Jahre 1872 schon die deutsche Wehrpflicht.

Die Folgezeit und insbesondere die jüngste Vergangenheit hat lebhaften Tadel laut werden lassen über die Einrichtung eines Reichslandes. Sicher hätte Anschluß an Preußen rascher zum gewünschten Ergebnis geführt; die Elsaß-Lothringer wären aus einem großen Staatswesen in ein anderes über-

gegangen, anstatt in einer Absonderung zu verkümmern, der sie seit einem Jahrhundert völlig entwachsen waren, und in der sie in dieser Form nie gelebt haben. Aber wer sich in die Tage der Aufrichtung des Reiches zurückdenkt, wird zweifeln, ob der von allen deutschen Staaten einheitlich errungene Sieg so ausschließlich zur Vergrößerung Preußens hätte führen dürfen, ohne bedenkliche Verstimmungen zu erregen, wie sie ja noch heute einer Neuordnung dieser Verhältnisse im Wege stehen. Auch hier hat Bismarck gehandelt unter den Gesichtspunkten der großen Politik, der Beziehungen zu den anderen beteiligten Machtfaktoren.

Ganz anders und sehr viel gefährlicher für Preußens und Deutschlands Bestand lagen die Verhältnisse im Osten. In Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringen war ein Zehntel der Bevölkerung oder weniger fremder Nationalität, in Posen mehr als die Hälfte, in Westpreußen rund ein Drittel; dazu war solche vertreten einerseits in Oberschlesien, andererseits in Ostpreußen. Und die Polen hatten keine Gelegenheit vorübergehen lassen, zu bekennen, daß sie sich nicht als Preußen und Deutsche ansahen. Sie hatten 1850 Protest erhoben gegen die preußische Verfassung, 1867 gegen die Einbeziehung in den Norddeutschen Bund. Am 1. April 1871 stellte ihre Fraktion im Reichstag einen Antrag auf Nichtanschluß der „polnischen Landesteile" an das Deutsche Reich. Trotz des fast siebenhundertjährigen Zusammenlebens mit den Deutschen auf demselben Boden im buntesten Durcheinander war nach ihrer Auffassung in den „polnischen Landesteilen" nur der Pole ein „Eingeborener". Ihre Ansprüche waren unvereinbar mit dem Bestande des preußischen Staats, deren Durchführung gleichbedeutend mit seiner Vernichtung.

Bismarck hat das klar und scharf erkannt vom ersten Beginn seiner politischen Tätigkeit an, und bewunderswert, vorbildlich, ist die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse und ihrer geschichtlichen Grundlagen, von der seine Äußerungen immer und immer wieder Zeugnis ablegen. So konnte ihm nicht entgehen, daß die Tätigkeit der katholischen Abteilung im Kultusministerium im Osten in bedrohlichster Weise polonisierend wirkte. Hier liegt der vornehmste Grund ihrer Aufhebung und ein Hauptanlaß zur antikirchlichen Gesetzgebung, wie Bismarck noch wieder in den Gedanken und Erinnerungen hervorhebt.

Die Gefahr wurde erheblich gemehrt durch die zunehmende Einwanderung von Zeitarbeitern aus Galizien und Russisch-Polen, die immer zahlreicher auf deutschem Boden dauernde Wohnsitze gewannen. Schon im Februar 1875 ist im Staatsministerium über die Aufteilung von Domänen zur Begründung deutscher bäuerlicher Stellen in den polnischen Teilen von Posen, Westpreußen und Schlesien beraten worden. Zehn Jahre später erfolgte zum ersten Male eine größere Ausweisung russischer und österreichischer Polen. Sie führte zu einer Interpellation im Reichstage, zu der sich die gesamte Opposition vereinigte: Zentrum und Sozialisten, Fortschritt und Sezession, Polen, Elsässer, Dänen und Welfen. Das Zentrum hat sich in den polnischen wie in den reichsländischen Verhältnissen zum vornehmsten Wortführer der Opposition gemacht.

Bismarck antwortete am 1. Dezember 1885 mit einer kaiserlichen Botschaft, welche die Interpellation für einen Eingriff in die Rechte des Königs von Preußen erklärte; er verließ mit den Bundesratsmitgliedern den Saal, als eine Besprechung der Interpellation zu beginnen schien. Es erfolgte noch in derselben Sitzung die Beratung des Etats, beginnend mit Reichskanzler und Reichskanzlei; es war von Kürzung des Gehalts die Rede. Bismarck erklärte: „Wenn Sie einem Reichskanzler, der bei der Polonisierung der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mithelfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir — um mit einem gemeinen Berliner Ausdrucke zu sprechen — die Reichsbude überhaupt zumachen".

Die Mehrheit des Reichstags hat gleichwohl am 16. Januar 1886 eine Erklärung angenommen, daß die Ausweisungen nach Art und Umfang nicht gerechtfertigt seien, der Bundesrat aber abgelehnt, die Resolution entgegenzunehmen.

Zwei Tage zuvor hatte die Thronrede zur Eröffnung des preußischen Landtags erklärt, daß „der Regierung die Pflicht aufliege, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung in einigen östlichen Provinzen sicher zu stellen geeignet seien". Am 28. Januar setzte Bismarck im Landtage auseinander, daß das Jahr 1815 dem preußischen Staate eine Grenze gegeben habe, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen könne. Er erinnerte an Grolmans Wort von 1832, daß jeder

Gedanke einer Trennung der 1815 erworbenen Länder vom preußischen Staate als wahrer Hochverrat angesehen werden müsse. Er geißelte die deutsche Ausländerei, die „eigentümliche Befähigung des Deutschen, aus der eigenen Haut nicht nur heraus, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren“. Er erinnerte an die Polenschwärmerei, an die Dichtungen zu ihrer, zu Napoleons Verherrlichung, „der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisieren mag“. Er wies darauf hin, daß „die polnischen Herren nicht schüchtern gewesen seien in der Ausbeutung“ der deutschen und preußischen Gesetze, sie aber nicht anerkannten: „Sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf 24stündige Kündigung, an. Wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal mit 24stündiger Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen“. Als diese Äußerung „große Unruhe“ bei den Polen erregte, fügte er hinzu: „Ja, meine Herren, ist einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist, daß alle die Herren zuhause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken? Dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich. Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrtum, meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht“. Windthorst bezeichnete er am folgenden Tage als „gepanzert durch das dreifache Erz des Welfen, des Führers im Kulturkampf und seiner fortschrittlichen Sympathien“.

Am 9. Februar 1886 wurde der Entwurf des Ansiedlungsgesetzes betr. die „Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen“ eingebracht und wurde im April nach Zustimmung beider Häuser Gesetz. Im Herrenhause betonte Bismarck gegenüber Herrn von Koscielski abermals, daß es sich darum handle, die Deutschen vor Polonisierung zu bewahren, nicht, die Polen auszurotten.

Es war der Beginn einer Politik, von deren erfolgreicher Durchführung mehr als von der Behandlung irgend einer anderen inneren Frage Wohlfahrt und Bestand Preußens und Deutschlands abhängen, weil keine in so enger Beziehung zur internationalen Lage steht; der vom Begründer des

Reiches vorgezeichnete Weg kann nicht ohne schwere Gefährdung seines Werkes verlassen werden.

Alle diese Jahre hindurch hat sich an Bismarcks äußerer Lebensführung wenig geändert. Er mied, soweit die Geschäfte das erlaubten, die Reichshauptstadt, mit der Zeit Friedrichsruh bevorzugend vor Varzin. Dort erfrischten ihn Wald und Feld; den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben der beiden Besitzungen wandte er die regste Aufmerksamkeit zu. Seine Gesundheit blieb stets eine schwankende; sie war zu abhängig von den Aufgaben, die er zu lösen unternahm, oder die er sich stellte. In seinem Verhalten Rücksicht auf den Körper zu nehmen, hat er erst einigermaßen gelernt, als Dr. Schwenninger in den achtziger Jahren sein ärztlicher Berater wurde. Auch schwere Krankheitsanfälle haben ihn aber nicht bewegen können, seine Kräfte zu schonen; er hat sie rücksichtslos eingesetzt bis auf den letzten Rest. Bitter hat er es empfunden, wenn die Reichstagsopposition wenig Rücksicht nahm auf den Zustand der Überarbeitung, in dem er sich fast unausgesetzt befand. Er hat im Februar 1878 gebeten, die „kleinen, persönlichen Häkeleien doch ruhen zu lassen, bis ich wieder gesund bin". Man hatte ihm Vertretung in der Gegenzeichnung versagt. Er erklärte: „Ich habe manchen Tag 40 bis 50 Bogenseiten selbst zu redigieren gehabt, dictando und, wenn ich schreiben konnte, selbst schreibend. Ich habe mit einem einzigen Beamten, meinem Sohne, bis zu sieben- und achthundert Chiffern in einem Tage lösen oder chiffrieren müssen; wer weiß, was das für eine Arbeit ist, der wird wissen, daß ich nicht unbeschäftigt, sondern im Gegenteil sehr beschäftigt war". Gegen die Hinweise, daß ihn seine schwache Gesundheit an der Erfüllung seiner Pflichten hindere, und die daran geknüpften Rücktrittswünsche hat er sich scharf gewehrt: „Ich kann das nicht leugnen; es ist mir nur überraschend, daß jemand, der nachdenkt, mir meine Krankheit zum Vorwurf macht. Ich habe sie mir ehrlich verdient im Dienste des Landes und des Königs und sie gewonnen durch Überanstrengung meiner Kräfte in diesem Dienst. Ich möchte doch dafür dasselbe Benefizium in Anspruch nehmen wie ein Soldat, der verwundet und invalid ist, und dem man den geforderten Abschied verweigert, und der aus Gründen, die man achten sollte, in seiner Stellung bleibt. Ich verbleibe

auf Wunsch Sr. Majestät des Kaisers und Königs; sonst wüßte ich nicht, was mich hielte und veranlaßte, für die Herren die Unannehmlichkeiten unserer gegenseitigen Beziehungen zu verlängern".

Es ist dem Reichslenker in diesen Jahren doch auch zum Bewußtsein gebracht worden, daß die „Häkeleien" im Reichstag nicht die Stimmung des deutschen Volkes gegen ihn widerspiegelten. Seit dem siegreichen Ausgange des deutsch-französischen Krieges sind ihm Beweise der Dankbarkeit in erdrückender Fülle dargebracht worden. Da war kaum eine größere Stadt, die ihn nicht zum Ehrenbürger ernannt hätte; es hat kaum eine Form der Huldigung gegeben, die ihm nicht gewidmet worden wäre. Seitdem er so nachdrücklich für das Gedeihen der Landwirtschaft eintrat, ließen ihn deren Kreise auch nicht im Zweifel über ihre Zustimmung. Überwältigend kam die Hochschätzung zum Ausdruck gelegentlich des 70. Geburtstags. Unzählige kleinere und größere Spenden waren zu einer Summe von 2 379 143 Mark 94 Pfennig angewachsen, von denen 1 150 000 Mark verwandt worden sind, das zweite Schönhauser Gut wieder anzukaufen. Der Besitz der Väter wurde Bismarck an dem Tage zurückgegeben. Den Rest des Geldes hat der Fürst durch Stiftung vom 21. Mai 1885 zu Unterstützungen für Kandidaten des höheren Lehramts vor besoldeter Anstellung und zu Beihilfen an Witwen von Lehrern des höheren Lehrfachs bestimmt, ein untrügliches Zeugnis für die vor allem doch durch die Erfahrungen der Jugend begründete Gesinnung, die ihn gegen diesen Stand beseelte.

Unentwegt ist der Fürst im Besitz des königlichen Vertrauens geblieben. Mit Beweisen der Huld seines Herrn in Form äußerer Ehrungen und Auszeichnungen ist er überschüttet worden. Der Kaiser nahm aber auch innerlich Anteil an allem, was seinen treuen Diener anging, an jeder persönlichen Feier. Zum 70. Geburtstag schrieb er ihm: „Es ziert die Nation in der Gegenwart, und es stärkt die Hoffnung auf ihre Zukunft, wenn sie Erkenntnis für das Wahre und Große zeigt, und wenn sie ihre hochverdienten Männer feiert und ehrt". Vorübergehende Erregungen des Monarchen haben den Kanzler innerlich nicht mehr berührt. Er hat sich darüber in den Gedanken und Erinnerungen ausgesprochen: „Ein Herrscher, der mir in dem Maße Vertrauen und Wohlwollen schenkte wie Wilhelm I., hatte in seinen Unregelmäßigkeiten für mich die Natur einer vis major, gegen die zu reagieren mir nicht gegeben



Kaiser Wilhelm II.
Nach einer Photographie.

war, etwa wie das Wetter oder die See, wie ein Naturereignis, auf das ich mich einrichten müsse; wenn mir das nicht gelang, so hatte ich eben meine Aufgabe nicht richtig angegriffen. Dieser mein Eindruck beruhte nicht auf meiner generellen Auffassung der Stellung eines Königs von Gottes Gnaden zu seinem Diener, sondern auf meiner persönlichen Liebe zu Kaiser Wilhelm I. Ihm gegenüber lag mir persönliche Empfindlichkeit sehr fern; er konnte mich ziemlich ungerecht behandeln, ohne in mir Gefühle der Entrüstung hervorzurufen. Das Gefühl, beleidigt zu sein, werde ich ihm gegenüber ebenso wenig gehabt haben wie im elterlichen Hause. Es hinderte das nicht, daß mich sachliche, politische Interessen, für die ich bei dem Herrn entweder kein Verständnis oder eine vorgefaßte Meinung vorfand, die von Ihrer Majestät oder von konfessionellen oder freimaurerischen Hofintriganten ausging, in der Stimmung einer durch ununterbrochenen Kampf erzeugten Nervosität zu einem passiven Widerstande gegen ihn geführt haben, den ich heut in ruhiger Stimmung mißbillige und bereue, wie man analoge Empfindungen nach dem Tode eines Vaters hat in Erinnerung an Momente des Dissenses".

Am 9. März, wenige Wochen nach Bismarcks großem Erfolge im Reichstage, ist Kaiser Wilhelm I. aus dem Leben geschieden. Er ging hinüber, „gestärkt und erfreut durch den Beweis der Einheit der gesamten deutschen Nation." So konnte der Kanzler dem Reichstage berichten, als er mittags den Tod des geliebten Herrn anzeigte. Noch am Nachmittage zuvor hatte er ihn sprechen können. Der Kaiser hatte der Erwartung Ausdruck gegeben, daß er auch seinen Nachfolgern zur Seite stehen werde, und die Erklärung, daß er ihnen mit dem gleichen Eifer zu dienen bereit sei wie ihm selber, mit einem „etwas fühlbaren Druck der Hand" erwidert.

Während der kurzen Regierungszeit Kaiser Friedrichs galt in weiten Kreisen des deutschen Volkes, insbesondere in denen, die Bismarcks Leitung ablehnend gegenüberstanden, des Kanzlers Stellung für erschüttert. Er hat es sich in den „Gedanken und Erinnerungen" angelegen sein lassen, seine Beziehungen zu dem unglücklichen Herrscher und dessen Charakter in helles Licht zu rücken und sicherlich mit gutem Grunde die Unrichtigkeit der weitverbreiteten Auffassung betont. Die Schwierigkeit, die sich in den ersten Wochen

durch die geplante und besonders von der Kaiserin Friedrich gewünschte Verlobung der Prinzessin Viktoria mit dem 1886 entthronten Bulgarenfürsten Alexander erhob, ist dank der Nachgiebigkeit beider kaiserlichen Eltern rasch überwunden worden. Aus Rücksicht auf die Beziehungen zu Rußland hat Bismarck sein Verbleiben im Amt vom Aufgeben des Planes abhängig gemacht.

Schon am 15. Juni 1888 hat der Tod dem schweren Leiden Kaiser Friedrichs III. ein Ende gemacht. Im Alter von 29 Jahren folgte ihm Wilhelm II. In der Beurteilung des neuen Herrschers ist oft die Jugend betont worden. Er hat die Regierung doch in reiferem Alter angetreten als der Große Kurfürst, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große, die drei Herrscher, denen Preußen am meisten verdankt.

Doch lag etwas Richtiges in der Hervorhebung dieses Umstandes. Es erhoben sich bald Schwierigkeiten zwischen dem neuen Herrn und dem alten Diener, die wesentlich dieser Quelle entsprangen.

Die weitverbreitete Meinung, daß der Wechsel der Regierung die Stellung des Kanzlers sichere, hat sich bald als irrig erwiesen. Es hat zwar nicht an Äußerungen der Huld gefehlt; in der zweiten Hälfte des Jahres 1888 hat der Kaiser noch zweimal in Friedrichsruh übernachtet. Aber der Tatendrang des Monarchen fühlte sich bald beengt durch die Überzeugungen des im Staatsdienst ergrauten Ratgebers. Kaiser Wilhelm II. wollte nicht darauf verzichten, die eigene Persönlichkeit zur vollen Geltung zu bringen. Da aber zeigte sich bald, daß es keinen anderen Weg gab als die Entfernung des Mannes, der sich so unvergleichliche Verdienste um das Haus der Hohenzollern, um Preußen, um Deutschland erworben hatte. Die Tätigkeit des größten deutschen Staatsmannes endete mit einem Konflikt von erschütternder Tragik.

Es ist unmöglich, heute schon die Fäden zu erkennen, die sich zum unlösbaren Knoten schürzten. Als Bismarck am 11. Oktober 1889 gelegentlich des Gegenbesuchs Kaiser Alexanders III. in Berlin die nachgesuchte Audienz gewährt wurde, ist es ihm leicht geworden, die gegen ihn ausgestreuten Verdächtigungen und des Zaren Befürchtungen über Deutschlands Politik durch seine Erklärungen zu zerstreuen; aber er hatte aus dem Munde des fremden Kaisers Zweifel hören müssen, ob er noch lange Reichskanzler sein

werde. Daß er sich an höchster Stelle nicht mehr der alten Geltung erfreute, war besonders seinen Gegnern nicht unbekannt, blieb ihm selbst auch nicht verborgen. Er hat sich nicht lange danach schon mit der Nachfolgerfrage beschäftigt.

Eben die Beziehungen zu Rußland, besonders die Gestaltung des persönlichen Verkehrs der beiden Herrscher, haben zunächst Anlaß zu tiefer greifenden Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Frage der Erneuerung des Sozialistengesetzes, das mit dem 30. September 1890 ablief, führte zu weiteren Differenzen. Der Kaiser glaubte „mit der Sozialdemokratie allein fertig zu werden", keiner Ausnahmegesetze zu bedürfen. Bismarck konnte die Erlasse vom 4. Februar 1890, in denen eine Arbeiterschutzgesetzgebung auf Grund internationaler Verständigung in Aussicht genommen wurde, nicht billigen; er war von der Ungangbarkeit dieses Weges überzeugt. Sie sind ohne seine Gegenzeichnung veröffentlicht worden.

Es konnte dem Fürsten nicht entgehen, daß Ratgeber an höchster Stelle Einfluß übten, zu Maßregeln drängten, für welche er die Verantwortung nicht übernehmen konnte. Er brachte die Kabinettsorder von 1852 in Erinnerung, nach welcher den Fachministern in wichtigen Angelegenheiten Vortrag beim Könige ohne Verständigung mit dem Ministerpräsidenten nicht gestattet sein sollte, stieß aber auf Widerstand. Anderseits stellte der Kaiser den Kanzler zur Rede, als dieser am 12. März Windthorst auf dessen Ansuchen empfangen hatte; er beanspruchte, über Besprechungen mit Parteiführern vorher unterrichtet zu werden. Eine Unterredung zwischen Herrn und Diener im Reichskanzlerpalais am 15. März endete mit der Aufforderung an den Kanzler, im Schloß Vortrag zu halten über seine Entlassung.

Als Bismarck dem nicht nachkam, erschien am Vormittag des 17. der Chef des Militärkabinetts, General von Hahnke, gegen Abend der des Zivilkabinetts, Herr von Lucanus, im Reichskanzlerpalais, beide mit dem Befehl Sr. Majestät, das Entlassungsgesuch noch an demselben Tage einzureichen. Vergebens hat der Fürst eingewandt, daß die Ausarbeitung eines solchen Gesuches Zeit erfordere, da es eingehend begründet werden müsse, auch erklärt, daß er bereit sei, seine schlichte Verabschiedung sogleich zu unterzeichnen. Er sah sich genötigt, in der Nacht vom 17. zum 18. das Gesuch auszuarbeiten; am 20. wurde es genehmigt, der Fürst gleichzeitig

zum Herzog von Lauenburg und zum Generalobersten der Kavallerie mit dem Range eines Generalfeldmarschalls ernannt. Wenn es in der Herzogsurkunde heißt: „Die von Ihnen für Ihren Entschluß angeführten Gründe überzeugen Mich, daß weitere Versuche, Sie zur Zurücknahme Ihres Antrages zu bestimmen, keine Aussicht auf Erfolg haben", so steht dem Bismarcks bestimmte Erklärung gegenüber, daß solche Versuche über-



haupt niemals gemacht worden seien. Sein Sohn Herbert, Mitglied des Staatsministeriums, wurde am 20. „einstweilen" mit der Leitung des Auswärtigen Amts betraut, reichte aber schon am folgenden Tage seine Entlassung ein. Am 29. fuhren Fürst und Fürstin nach Friedrichsruh. Bismarck hat sich noch in den „Gedanken und Erinnerungen" beklagt, zu völlig überhasteter Räumung des Reichskanzlerpalais gezwungen worden zu sein. Genau 42 Jahre nach dem folgenschweren 18. März 1848 hat die Krone den Diener verloren, der weitaus am meisten getan hatte, das Unheil, das aus dem damals gefaßten Entschluß hervorzugehen drohte, abzuwenden. Das Schiff Deutschland hatte „den Lotsen abgesetzt", wie die Zeichnung des Punch es faßte.

Im Sachsenwalde.



Es gibt noch heute Millionen, die diese Hergänge in vollem Bewußtsein miterlebten. Es möchten nicht allzuviel politisch Denkende unter ihnen sein, die nicht ergriffen worden wären von der Empfindung, daß sich mehr als ein persönliches, daß sich ein weltgeschichtliches Ereignis unter ihren Augen vollzog. Die zahlreichen inner- und außerdeutschen Gegner und Feinde des gewaltigen Mannes atmeten erleichtert auf; auf die Freunde und Verehrer legte sich banger Druck. Der Träger der Krone zerfallen mit ihrem einsichtigsten und treuesten Diener! Hunderttausende fühlten sich innerlich zerrissen. Würde der Bau sich halten auch ohne die Obhut seines Meisters? An Stürmen, inneren und äußeren, würde es ja auch weiterhin nicht fehlen.

Bismarck selbst hat den Wechsel schmerzlichst empfunden. Er war zu sehr mit seinem Werke verwachsen, als daß er sich ruhigen Herzens so von ihm hätte trennen können: „Die Entlassung ist mein Todesurteil; die Trompete ist durchschossen; sie gibt keinen Ton mehr." Er hatte dem Kaiser vorgeschlagen, ihn aus Gesundheitsrücksichten auf ein halbes Jahr zu beurlauben; er wünschte zur Hand zu sein, wenn Schwierigkeiten sich einstellten. Im Anschreiben vom 20. März war die Entlassung erteilt worden „in der Zuversicht, daß Ihr Rat und Ihre Tatkraft, Ihre Treue und Hingebung auch in Zukunft Mir und dem Vaterlande nicht fehlen werden". Bis an sein Lebensende sind Bismarck politische Fragen vom Herrscher nicht mehr gestellt worden. Ein schier unerschöpflicher Schatz von Staatsweisheit blieb für Deutschlands und Preußens Leitung ein totes Kapital.

Bismarck hat so oft und so warm in seinem Leben von seiner Liebe zum Lande und zur Landwirtschaft gesprochen und gewiß nie anders als aufrichtig. Die ausgedehnte Herrschaft Friedrichsruh und der herrliche Sachsenwald boten ausgiebigste Gelegenheit, sich während des Restes seiner Tage nach dieser Richtung hin voll auszuleben. Aber selbst das hohe Greisenalter konnte durch diesen Wesenszug und diese Neigungen nicht ausgefüllt werden. Die Seele des Mannes hing an seinem Staate und an seinem Volke, denen sie dienstbar gewesen war, seitdem sie sich zu männlicher Selbständigkeit entfaltet hatte. Er konnte ihrer weiteren Entwicklung nicht teilnahmlos zusehen. Schon seine bisherige Stellung gestattete das nicht, sollte das Vaterland nicht Schaden leiden. Er durfte dem Geschehenen keine Deutung geben lassen, die ein falsches Licht auf die Absichten der Reichsleitung hätte werfen können.

Der entlassene Kanzler kann nicht nachdrücklich genug in Schutz genommen werden gegen den Vorwurf, in seinem Verhalten bestimmt worden zu sein durch das Verlangen, Vergeltung zu üben für das, was ihm geschehen war. Bismarck hat auch in diesen letzten Jahren seines Lebens ausschließlich und allein politisch gedacht, und in der Politik verschwand ihm alles Persönliche hinter der Sache. Der „alte Kurs" blieb in Wirklichkeit nicht der alte. Alle die gegnerischen Parteien, gegen deren erbitterten Widerstand er das Reich hatte aufrichten müssen in der Form, in der es bestand, in einer Form, die ihnen nicht zusagte, empfanden seine Entlassung wie eine Erlösung, und die neue Regierung hat den Beifall, der ihr von dieser Seite gespendet wurde, nicht verschmäht. Als Windthorst im März 1891 starb, wurde er amtlich und nichtamtlich als einer der Begründer des Reiches gefeiert. Caprivi suchte und fand Stützen, nach seines Vorgängers Überzeugung nicht zum Vorteil des Reiches, wo dieser sie nie hätte haben mögen. Bismarck fühlte sein Werk gefährdet.

Weit tiefer griff die Bedeutung, die der Kanzlerwechsel naturgemäß für die Beurteilung der deutschen Politik im Auslande haben mußte. Auf diese Seite der Entwicklung war Bismarcks Blick von jeher zunächst eingestellt. So hat er in Unterredungen, die ausländische Berichterstatter nachsuchten, bald nach der Entlassung zu beruhigen gesucht über die Politik der deutschen

Regierung; sie werde friedlich bleiben, wie sie seit der Reichsgründung gewesen sei. Zur Abwehr wurde er geradezu herausgefordert, als gegnerische Organe, darunter auch solche, die der Regierung nicht fern standen, ihn verantwortlich zu machen suchten für Schwierigkeiten, die sich in den auswärtigen Beziehungen als Folge seiner Entlassung bald hier, bald dort ergaben, weil nach deren eigenem Geständnis „das mit Furcht gemischte Prestige, dessen die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch den Fürsten Bismarck sich zu erfreuen gehabt habe, nicht als Erbe auf den Nachfolger hätte übergehen können". Bismarck bestritt, freiwillig gegangen zu sein, und wollte wissen, „welches denn die Gründe seien, warum seine Entlassung habe erfolgen müssen, wenn sie das Interesse des Landes geschädigt habe". Der „in Ungnade Gefallene" war zunächst außer Fühlung mit der Presse. Im April haben ihm die „Hamburger Nachrichten" ihr gesamtes „weißes Papier" zur Verfügung gestellt. Wir sind jetzt in der Lage, alles was in diesem Blatte vom Reichskanzler herrührt, genau übersehen zu können, und da muß das Urteil, wie überall bei Bismarckschen Auslassungen, lauten, daß seine Artikel stets sachlich, wohl durch den Gegenstand, nie aber persönlich scharf sind. Ein Reichstagsmandat, das ihm der Wahlkreis Neuhaus-Geestemünde bei einer Nachwahl übertrug, hat er nicht ausgeübt. „Wenn ich nach Berlin käme und im Reichstage den Mund auftäte, müßte ich der herrschenden Politik schärfer entgegentreten, als ich es bisher meiner Stellung und meiner Vergangenheit angemessen finde. Ich müßte entweder schweigen oder so reden, wie ich denke."

Gerade Überlegenheit in der Sache pflegt aber Gegner, deren vornehmste Triebfeder der Ehrgeiz ist, zu reizen. So stand es mit Caprivi. Bismarck hat ihn selbst als möglichen Nachfolger genannt, schon Monate vor dem Bruch. Er hat sich getäuscht sowohl über den Charakter wie über die politischen Fähigkeiten des Mannes. Das kann heute nicht mehr bezweifelt werden. Ein Reichskanzler, der es als eine Empfehlung für seine Stellung ansehen konnte, weder „Ar noch Halm" zu besitzen, der erklären konnte: „Je weniger Afrika, desto besser", der es als seine Aufgabe ansah, „die Nation in ein Alltagsdasein zurückzuführen", der die russisch-französische Verbrüderung in Kronstadt im Juli 1891 als eine „Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts" begrüßte, der die Erneuerung des so wertvollen deutsch-russi-

schen Rückversicherungsvertrages alsbald nach seinem Amtsantritt ablehnte und so den mit Rußland verbindenden Faden durchschnitt, der die Handelsverträge von 1892 durchpeitschte mit der Begründung, es sei nötig, „die Bundesgenossen zu stärken“, spann an Bismarcks feinem Gewebe nicht fort, sondern zerstörte es mit ungeschickter Hand. Mit der Skrupellosigkeit, die aus Eitelkeit und Unfähigkeit entspringt, verwandte er eine vom Fürsten zu einem Aktenstück gemachte Randbemerkung: „England ist uns wichtiger als Sansibar und ganz Ostafrika“, um im Reichstage seine Afrikapolitik zu verteidigen.

Das Gefühl der Schwäche und Unsicherheit, das aus eben dieser Quelle entsprang, war es, was die Regierung schon am 23. Mai 1890 zu einem Rundschreiben an die Vertreter des Reiches und Preußens im Auslande führte, in dem darauf hingewiesen wurde, daß „Fürst Bismarck der aktuellen Reichspolitik vollständig entrückt sei, und daß daher seine Äußerungen lediglich als die eines Privatmannes zu betrachten wären“. Dem Gegensatz wurde zwecklos eine Schärfe gegeben, die seine Natur nicht erforderte. Die Hamburger Nachrichten konnten am 11. Juni die Richtigkeit der Nachricht, die der Wiener „Neuen Freien Presse“ entstammte, anzweifeln, da „die maßgebenden Kreise zu sehr beschäftigt“ seien, um so „Allbekanntes und Selbstverständliches kundzugeben“, und konnten darauf hinweisen, daß der „Kurs“ ja „der alte“ sei, Bismarck aber sicher dessen bester Kenner und anerkannt der erfahrenste der lebenden Staatsmänner. Das Rundschreiben hatte dem Fürsten „zweifellos absichtliche Entstellungen“ vorgeworfen.

Seinen Höhepunkt erreichte der Streit im Sommer 1892. Herbert Bismarck hatte sich am 4. Mai des Jahres mit der Gräfin Hoyos verlobt; die Hochzeit sollte in Wien gefeiert werden. Der Fürst hatte Einwände geltend gemacht gegen den Helgoland-Afrika-Vertrag vom Juni 1890; es war dabei eingeflossen, daß man in Berlin „keine Fähigkeit des Wartens“ habe. Er hatte im nächsten Jahre die geplante neue Landgemeindeordnung und die Handelsverträge mit Österreich und Italien bekämpft; jene lief auf dem Gebiet der inneren, diese auf dem der äußeren Politik dem alten Kurs strikt entgegen. Der Unmut der Regierenden hatte in der Kölnischen Zeitung Ausdruck gefunden, die vom Altreichskanzler sprach, der „nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herlaufe“. Als Bismarck am 18. Juni 1892

in Wien eintraf, an der Vermählung des Sohnes teilzunehmen, und durch Vermittlung der Fürstin Reuß, der Gemahlin des Botschafters, einer Tochter des Großherzogs von Weimar, eine Audienz bei Franz Joseph nachgesucht und bewilligt erhalten hatte, stieß er auf den „Uriasbrief". Der Reichskanzler hatte am 9. Juni den Fürsten Reuß angewiesen, sich bei einer „Annäherung Bismarcks und seiner Familie auf die Erwiderung der konventionellen Formen zu beschränken, einer etwaigen Einladung zur Hochzeit aber auszuweichen". Die Audienz beim Kaiser wurde hintertrieben.

Der Altreichskanzler hat dieses Vorgehen „eine enorme Dummheit" genannt, und es hat in der Tat bei allen vaterländisch Gesinnten dem Ansehen des Caprivischen Regiments den Todesstoß gegeben. In Millionen Herzen loderte der Zorn auf. Daß der „Reichsanzeiger" am 7. Juli beide Erlasse, den vom 23. Mai 1890 und den vom 9. Juni 1892, veröffentlichte, goß nur Öl ins Feuer. Noch vor seiner Abreise von Wien hatte Bismarck sich gegen einen Vertreter der Neuen Freien Presse rückhaltlos über die Reichsregierung ausgesprochen, und als die Norddeutsche Allgemeine Zeitung dann in einer Antwort den früheren Leiter der deutschen Politik von oben herab behandelte, als sie erklärte, „daß seine Erinnerungen bereits anfingen, sich zu verwirren", daß die Regierung sich vor die „peinliche Wahl" gestellt sehe, entweder den Zug über die Hindernisse brausen zu lassen, die von dem früheren Führer auf die Schienen geworfen würden, um damit den Zug dem Zerschellen auszusetzen, oder die Hindernisse fortzuschleudern und damit den Mann zu treffen, der die lenkbare Kraft erst geschaffen", da mußten ihre Inspiratoren bald erkennen, daß sie ihren Meister gefunden hatten. Der überlegene Kämpfer offenbarte sich noch einmal in Wort und Schrift in seiner ganzen zermalmenden Gewalt; die Drohungen, die man gewagt hatte, zerstoben in nichts.

Fürst Bismarck hatte sich von Wien über München und Augsburg nach Kissingen begeben. Er war schon auf der Hinreise überall, wo er nur erreichbar war, mit stürmischen Huldigungen begrüßt worden. Jetzt wollten die Ovationen kein Ende nehmen. Jeder Deutschgesinnte empfand es als eine Pflicht, dem Gründer des Reiches zu bezeugen, wie tief er im Herzen seines Volkes verankert war. Die obere Saline in Kissingen und auf der Rückreise der Markt von Jena haben damals Szenen gesehen, die allen

Teilnehmern unvergeßlich bleiben werden, und die einzig dastehen in der deutschen Geschichte. Das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit kam mit wahrhaft elementarer Gewalt zum Ausdruck, und Zehntausende deutscher Männer und Frauen überzeugten sich, daß dieser Greis noch unter ihnen weile in seltener Frische des Körpers und des Geistes, immer noch der sicherste Wegweiser in allem, was Reich und Volk frommen konnte. Das Gekläff der offiziellen Meute verstummte vor dem Aufschrei des deutschen Rechtsgefühls, des deutschen Gewissens. In jenen Wochen ist Bismarcks Persönlichkeit Gemeingut unseres Volkes geworden; es drängte sich herbei, wer nur immer konnte, ihn zu sehen, ihn zu ehren.

Von den Zwistigkeiten, die so für jedermanns Blick offengelegt wurden, konnte das Verhältnis des Altreichskanzlers zum Kaiser nicht unberührt bleiben. Es wäre wunderbar, wenn einen Hergang, wie den der Iden des Märzes 1890, nicht alsbald die Sage umrankt hätte. Was ist nicht alles erzählt worden über Auftritte zwischen den beiden Männern! Bismarck hat nie zugestanden, irgend etwas getan zu haben, was die Ehrerbietung gegen den Kaiser hätte verletzen können, und niemand hat ein Recht, seine Aussagen zu bezweifeln. Insbesondere hat er stets nachdrücklich bestritten, die Äußerung: Le roi me reverra, die bald nach der Entlassung gefallen sein soll, je getan zu haben. Er war, wie er selbst bekennt, „Royalist bis auf die Knochen“, der Kaiser „sein Kaiser und Herr“. Er wollte daher auch nicht von „Versöhnung“ reden hören; die völlig verschiedene Stellung mache „Versöhnung“ unmöglich. Es war für ihn allein Sache des Monarchen, seine Gunst zu schenken oder zu versagen. Das lebensgroße Bild des Monarchen, das die Entlassung und die Ernennungen begleitet hatte, hat im Speisesaal des Friedrichsruher Hauses alsbald den Ehrenplatz erhalten.

Das alles konnte aber nichts an der Tatsache ändern, daß die Trennung durch tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten hervorgerufen war. Mochte der Fürst Angriffe auf den Kaiser vermeiden, sie den „Hamburger Nachrichten“ untersagen, so wollte und konnte er sich doch das Recht der Kritik an den verantwortlichen Ministern nicht nehmen lassen. „Gerade Patriotismus gebietet mir, unter Umständen im Interesse der Monarchie und der Dynastie auf die Fehler meiner Nachfolger aufmerksam zu machen“.

Er fühlte es als die „Pflicht eines treuen Dieners, seinen Herrn zu warnen, wenn er ihn auf einem Wege sieht, der in einen Sumpf führt". Er konnte nicht schweigen; es war ihm, „als ob jemand mit der Pistole auf sein Gewissen zielte". Die Nation erwartete das auch von ihm; sie beanspruchte es als ihr Recht, seine Pflicht. Sie wollte, sie konnte seine Meinung nicht missen, hat sie hochgehalten, als er längst dahin war, wird sie immer hochhalten und hochhalten müssen. Ein Ausländer hat für die Lage das richtige Wort gefunden: „Die Autorität des Fürsten Bismarck beruht nicht darauf, ob er noch Kanzler ist oder nicht; sie ist das historische Ergebnis eines Menschenalters voll von Ruhm, Erfolgen und Verdienst. Sie hängt am Manne, nicht am Amt."

Es konnte aber gar nicht anders sein, als daß der Kaiser sich getroffen fühlte, wenn seine Ratgeber belehrt wurden. Die Warnungen des „getreuen Eckart" waren ja auch eingestandenermaßen an ihn gerichtet. Das Gegebene in dieser Lage wäre gewesen, die Lösung im Gedankenaustausch zu suchen. Diesen Weg hat der Herrscher nicht betreten. Er hat nach der Entlassung Gespräche politischen Inhalts mit Bismarck nicht mehr geführt, Bismarck solche nicht gesucht, sie nicht suchen können. So ward die Entwickelung der Beziehungen ein Spiegelbild der Stimmung des Monarchen. Der Neujahrswunsch zu 1890 enthielt noch die Bitte zu Gott, daß er dem Kaiser „in seinem schweren und verantwortungsvollen Herrscherberufe den treuen und erprobten Rat des Fürsten noch viele Jahre erhalten möge"; zu den nächsten drei Jahresanfängen sind Glückwünsche nach Friedrichsruh nicht ergangen. Im Februar 1892 glaubte der Kaiser die Nörgler, Mäkler und Hetzer auffordern zu sollen, den deutschen Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln.

Es waren Aufwallungen des Augenblicks. Es ist nicht des Kaisers Art, nachzutragen. Als der Fürst im Herbst des nächsten Jahres in Kissingen nicht unbedenklich erkrankt war, sprach ihm der Kaiser aus Güns in Ungarn, wo er verspätet von der Krankheit unterrichtet worden war, am 19. September seine Teilnahme aus und bot ihm für den Winter den Aufenthalt in einem seiner mitteldeutschen Schlösser an, die klimatisch günstiger gelegen seien als Varzin und Friedrichsruh. Bismarck hat das in „ehrfurchtsvoller Dankbarkeit" abgelehnt, da er seine „Herstellung, wenn sie ihm nach Gottes

Willen überhaupt in Aussicht stehe, am wahrscheinlichsten in der altgewohnten Häuslichkeit und deren Zubehör an Einrichtung und Umgebung zu finden glaube".

Am nächsten Ordens- und Krönungsfeste nahm zum ersten Male wieder Herbert Bismarck teil, und einige Tage danach, am 22. Januar 1894, erschien des Kaisers Flügeladjutant Graf Moltke in Friedrichsruh, mit „einer Flasche alten Rheinweins" eine Einladung zur Feier des kaiserlichen Geburtstags zu überbringen. Als Bismarck bat, vor oder nach dem Tage danken zu dürfen, bestimmte der Kaiser sofort den 26. Januar. Der Fürst ward vom Prinzen Heinrich, dem Generalobersten von Pape und dem Stadtkommandanten von Berlin am Lehrter Bahnhof empfangen, unter ungeheurem Jubel der Bevölkerung von einer Schwadron Gardekürassiere ins Schloß geleitet und dort vom Kaiser, der Kaiserin und den Prinzen freundlichst begrüßt. Er ward zum Chef des Magdeburgischen Kürassierregiments von Seydlitz ernannt, dem er schon à la suite angehört hatte. Abends begleitete ihn der Kaiser selbst auf den Bahnhof zurück. In einem Erlaß vom 31. Januar sprach er „innige Befriedigung" darüber aus, daß die bei seinem Geburtstage „entgegengebrachte freudige Teilnahme durch den Besuch des um Kaiser und Reich so hochverdienten Staatsmannes noch eine besondere Steigerung erfahren habe". Er machte am 19. Februar dem Fürsten einen dreistündigen Gegenbesuch in Friedrichsruh, zu dem er einen Grenadier des Alexander-Regiments in der neuen Uniform mit Klappe statt Stehkragen und mit erleichtertem Gepäck mitbrachte, ihn dem „Generalobersten" vorzustellen.

Am 26. Oktober 1894 hat Caprivi seine Entlassung nehmen müssen; der Nachfolger, Fürst Hohenlohe, machte alsbald in Friedrichsruh einen Besuch. Eine erfreuliche Kundgebung des Kaisers erfolgte zu Bismarcks 80. Geburtstag.

Das Unerhörte hat sich gelegentlich dieser Feier ereignet. Der Reichstag hat am 23. März mit 163 gegen 146 Stimmen die beantragte Beglückwünschung abgelehnt. Die alten Oppositionsparteien waren in der Mehrheit. Sie befleckten die deutsche Geschichte mit einem unauslöschlichen Denkzeichen blindester, verbissenster Parteileidenschaft. Sie machten geltend, daß man dem Reichskanzler nicht huldigen könne, ohne politische Anschauungen zu stärken, die sie nicht vertreten wollten. Das einfache Verdienst der Reichs-

gründung galt ihnen dem gegenüber nichts. Man kann sich nicht wundern, daß das Ausland nicht hat lernen wollen, an Deutschlands feste Einheit zu glauben, daß sie ihm erst unter ungeheueren Opfern mit den Waffen zum Bewußtsein gebracht werden muß.

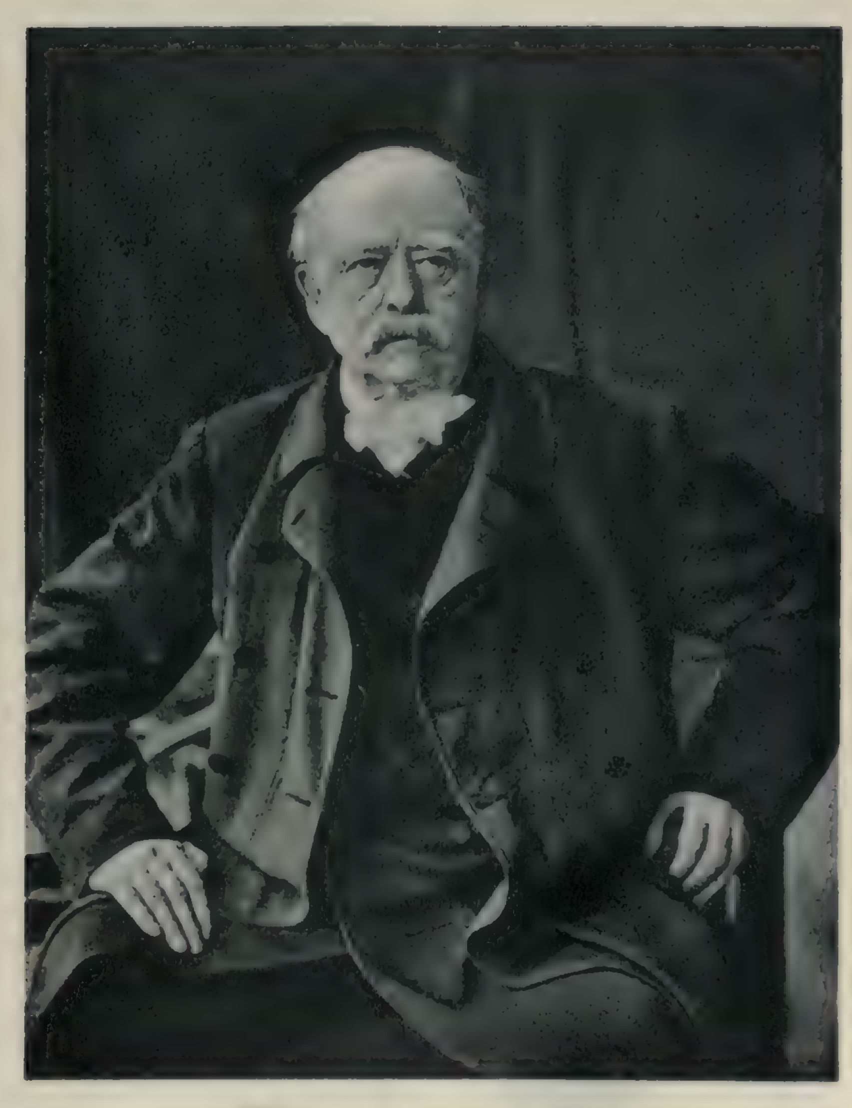
Das gesunde Gefühl des Kaisers bäumte sich auf gegen diese Äußerung politischen Hasses. Er ließ noch an demselben Tage nach Friedrichsruh melden: „Euer Durchlaucht spreche ich den Ausdruck tiefster Entrüstung über den eben gefaßten Beschluß des Reichstags aus. Derselbe steht in vollstem Gegensatz zu den Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker.“

Doch hat die geneigte Stimmung nicht gedauert. Als in den Tagen vom 11. bis 13. Juni 1895 der Nordostseekanal mit einer glänzenden Feier eröffnet wurde, ward Bismarck, der seit mehr als 30 Jahren um dieses nationale Werk bemüht gewesen war, es schon in der Konfliktszeit vertreten hatte, nicht geladen. Sein Name ward nicht genannt; dagegen ward der Minister von Bötticher durch kaiserliches Handschreiben wegen seiner Verdienste um den Kanal ausgezeichnet, eben der Mann, der allgemein und mit gutem Grunde als wesentlich mitschuldig am Sturze Bismarcks angesehen wurde. Der Altreichskanzler hatte am 9. Juni bei einer Begrüßung durch den neubegründeten Bund der Landwirte aus seinem abfälligen Urteil über die neue Wirtschaftspolitik kein Hehl gemacht.

Indes besuchte der Kaiser den Fürsten wieder am 16. Dezember auf der Rückreise von der Vereidigung der Rekruten in Kiel; auch der 25. Erinnerungstag des Friedens mit Frankreich ward 1896 Anlaß zu einem huldvollen Telegramm. Als aber im Oktober dieses Jahres nach den französisch-russischen Verbrüderungsfesten in Cherbourg, Paris und Chalons die „Hamburger Nachrichten“ Aufklärungen über die früheren deutsch-russischen Beziehungen und über die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages im Jahre 1890 brachten, schlug die Stimmung abermals um. Bei der hundertjährigen Gedächtnisfeier für Kaiser Wilhelm I. am 22. März 1897 ward sein getreuer Diener völlig übergangen. Dasselbe Jahr hat doch noch Beweise kaiserlicher Huld gebracht, am 16. Dezember wieder einen Besuch auf der Rückreise von Kiel. Es war das letztemal, daß der Kaiser den Mann, gegen den er das Gefühl dankbarer Verpflichtung doch nie aus dem Herzen verlor, am Leben sah.

Der „Alte im Sachsenwalde" hat noch länger als acht Jahre den Zeitereignissen folgen können. Sein Leben spielte sich ab in der gewohnten Weise, wie er es auf dem Lande zu führen pflegte. Bis in seine letzten Tage liebte er den Aufenthalt und vor allem die Bewegung im Freien. Einen Regenschirm aufzuspannen, Überschuhe anzuziehen, anders als im offenen Wagen zu fahren, blieb ihm ungewohnt. Des Reitens wurde aber weniger; das Jagen hörte auf; doch sah man in Wald und Feld täglich die hohe Gestalt mit dem kräftigen Krückstock, der wohl durch beide Arme quer über den Rücken gelegt wurde, begleitet von den beiden mächtigen Doggen. Das Aussehen blieb bis in die letzten Tage frisch und gesund; den Wangen ist das durchschimmernde Rot nie entschwunden; die großen Augen leuchteten so blau wie nur je in den besten Jahren. Die alten Krankheitsanfälle sind doch auch jetzt nicht ausgeblieben, besonders das schmerzhafte Gesichtsreißen, das nicht selten in der Nacht sich einstellte. Ende August 1893 erkrankte der Fürst noch einmal schwer an Lungenentzündung und Gürtelrose, so daß das Schlimmste befürchtet und der Kissinger Aufenthalt bis in den Oktober ausgedehnt werden mußte. Das Reiten hat er seitdem aufgeben müssen. Allsommerlich hat ihm sonst das Bad willkommene Erfrischung gebracht; die königliche Saline öffnete sich ihm und den Seinen als behagliches Heim. Prinzregent Luitpold hat das Erdenkliche getan, ihm den Aufenthalt angenehm zu machen.

Friedrichsruh und Kissingen sind in diesen Jahren das Ziel zahlloser Pilgerfahrten einzelner und ganzer Gesellschaften und Vereine geworden. Man wollte den Alten hören und sehen, manchmal, um die Neugier zu befriedigen, unendlich viel häufiger und zahlreicher aber, ihm zu huldigen und zu danken, sich zu festigen in vaterländischer Gesinnung, an seinen Worten sich aufzurichten, von seinem Rat, seiner Mahnung sich führen zu lassen. Auch auf den Reisen von und nach Kissingen — andere hat er außer der Wiener und Berliner 1892 und 1894 nicht mehr gemacht — wurde die Gelegenheit benutzt, ihn an Bahnhöfen zu begrüßen und seinen Worten zu lauschen. Mehr als eine Begrüßungsfahrt hat sich zu einem Akte von weitreichender politischer Wirkung gestaltet, so die des 1894 begründeten Bundes der Landwirte und des in demselben Jahre ins Leben getretenen Ostmarkenvereins. Handelte es sich doch bei beiden um Fragen, an denen Bismarcks Herz hing, und in denen



Der Altreichskanzler
Nach einer Photographie.

er sich von jungen Jahren an Kenntnisse und Erfahrungen gesammelt hatte weit über das Maß aller bei Mitlebenden vorhandenen hinaus. Wenige sind von Friedrichsruh oder von Kissingen hinweggegangen, ohne gestärkt und erbaut zu sein an dem Eindruck der noch im höchsten Greisenalter so machtvollen, so überwältigenden Persönlichkeit.

Daß der Inhalt seines Lebens blieb, der er von jeher gewesen war, versteht sich von selbst. Die Politik, die vaterländische Politik, füllte ihm Sinn und Gedanken. Abgesehen von den zahlreichen und meistens nicht kurz gefaßten Ansprachen bezeugen es der Mit- und Nachwelt die in Friedrichsruh diktierten „Gedanken und Erinnerungen" und die zahlreichen Auslassungen in den „Hamburger Nachrichten" und gelegentlich auch in anderen Zeitungen. In den „Gedanken und Erinnerungen" hat er seinem Volke ein Buch geschenkt, das noch in Jahrhunderten kein gebildeter Deutscher ungelesen lassen wird. Es zählt nach Form und Inhalt zu den wertvollsten Schätzen unserer Literatur; daß geschichtliche Kritik dieses oder jenes im Buche ablehnt, ändert nichts an seinem Gesamtwert. Nur schamlose Vermessenheit kann versuchen, es mit einer abfälligen Bemerkung bei Seite zu schieben. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß Bismarck auch in nichtamtlicher Stellung fortgesetzt auf dem laufenden blieb. Ihm flossen Nachrichten von allen Seiten zu, und Friedrichsruh sah nicht nur Patrioten, sondern auch Politiker und Staatsmänner aus allen Ländern und bis zum russischen Botschafter hinauf als Gäste. Völlig falsch haben aber Gegner aus dieser fortgesetzten tätigen Anteilnahme an der Politik auf ein Zurückstreben in die frühere Stellung geschlossen. Der Fürst sah viel zu klar, als daß er jemals einen solchen Gedanken gefaßt hätte. Er beschränkte sich darauf, „das Stück, das auf dem Welttheater gespielt wurde, als unbeteiligter, wenn auch kritischer Zuschauer von der Loge aus zu verfolgen".

Ein schwerer Schlag traf den Fürsten, als ihm am 27. November 1894 die Lebensgefährtin entrissen wurde. Er hat auch im hohen Alter Trennung von der Gattin immer nur schwer ertragen, wie ihm denn in seinem ganzen Leben die Familie der sichere Zufluchtsort, ihr Glück sein Daseinsanker gewesen war. Vom Ende des Jahres 1897 an nötigte ihn ein Beinleiden, einen Rollstuhl zu benutzen. In trüben Stunden sprach er über das Herannahen des Endes. Doch blieb ihm die geistige Frische bis zum letzten

Lebenstage bewahrt, und er konnte den gewohnten Interessen nachgehen. Nachdem die Ärzte des alten Lungenleidens wegen einige Zeit um ihn besorgt und bemüht gewesen waren, glaubte Dr. Schweninger ihn am 29. Juli dem Hilfsarzt Dr. Chrysander überlassen zu können. An der Abendtafel dieses Tages nahm der Fürst noch teil, unterhielt sich lebhaft, trank Champagner und rauchte seine Pfeife. Auch am nächsten Vormittag las er noch und sprach über Politik. Nachmittags aber wurde er wiederholt bewußtlos. Dicht vor 11 Uhr abends am 30. Juli 1898 ist er ruhig und schmerzlos entschlafen.

Der Kaiser war auf der Nordlandsreise, als der Tod eintrat. Benachrichtigt, ist er sofort zurückgekehrt. Kaiser und Kaiserin standen am 2. August in Friedrichsruh an der Bahre, als die Leiche eingesegnet wurde. In einem Erlaß an den Reichskanzler von diesem Tage hat der Monarch „vor der Welt der einmütigen Trauer und der dankbaren Bewunderung Ausdruck gegeben, von welcher die ganze Nation erfüllt ist". Das Mausoleum zu Friedrichsruh bewahrt die vergänglichen Reste des Mannes, dessen Name mit der Geschichte des deutschen Volkes enger verknüpft ist und sein wird als der irgend eines anderen Sterblichen.



Schlußworte.

„Bismarcks Name ist mit der Geschichte des deutschen Volkes enger verknüpft als der irgend eines anderen Sterblichen.“ Ein Wort genügt, dies Urteil zu begründen: Er gab uns das Reich!

Auch unsere Vorfahren einigte ein Staatswesen, zeitweise — wenn auch nur kurz — in Glanz und Herrlichkeit. Nie aber waren Deutsche in so umfassender Zahl und so fest zu einem Ganzen verbunden wie seit 1871 im neuen Deutschen Reich. Was ihm im letzten Jahrhundert voraufging, konnte bange Zweifel erwecken, ob uns ein Staat beschieden sein werde, ob wir uns nicht würden begnügen müssen, Menschen zu sein. Wir schwebten in Gefahr, heimatlos zu werden auf Gottes Erde. Denn heimatlos ist jedes Volk, dem staatlicher Zusammenschluß versagt ist, das nur unter fremdem Dache wohnen darf. Wenn wir uns retten konnten aus dieser Gefahr, so verdanken wir das Bismarcks Führung.

Aber es ist das nicht alles, was uns an den Mann kettet. Jedes Volk, das zu stärkerem Selbstbewußtsein erwacht ist, trägt sein Ideal in sich. Es wird, es ist, was es sein will. In seinen Großen, die sein Wollen und Können darstellen, sieht es sich verkörpert; sie werden ihm Muster und Vorbilder von unerschöpflicher Zeugungskraft. Solange noch Leben in ihm ist, strebt es ihnen nach. So ist uns Bismarck als deutscher Mann ein Führer geworden, Wegweiser und Richtschnur deutschen Denkens und Handelns.

Er war das als Staatsmann. Unendlich oft hat er als solcher seinem deutschen Bewußtsein Ausdruck gegeben. Es in einer Form zu tun, die fremder Volksart zu nahe trat oder gar sie geringschätzig behandelte, hat er selten, und dann nur aus guten politischen Gründen, Anlaß genommen; aber es klingt durch alles hindurch, was er über Beziehungen zum Ausland äußert, daß für ihn als Staatsmann nur Deutsch maßgebend war, wie er es einmal schroff in die Worte gekleidet hat: „Was die Fremden als richtig erklären, das ist sicher dem Deutschen schädlich.“

Er war aber deutsch nicht nur durch seine unübertroffene vaterländische Gesinnung, sondern auch durch die besondere Färbung, die seine Vater-

landsliebe trug. Unsere Geschichte hat es mit sich gebracht, daß jedem rechten Deutschen noch ein landschaftlicher, stammesmäßiger Sonderstempel aufgedrückt ist. Er ist gleichsam der Erdgeruch, den wir nicht missen möchten. In Bismarck war preußischer Stolz eher lebendig als deutscher. Wohl hatte er recht, wenn er nahe den Siebzigern betonte, daß ihm von jeher die deutsche Einheit als Ziel vorgeschwebt habe; aber die Mitlebenden konnten in ihm zunächst nur den Preußen sehen. Zahlreichen Gegnern ist er Zeit seines Lebens nie etwas anderes gewesen, auch nicht, als das Preußentum in ihm längst im Deutschtum aufgegangen war. Sein Preußentum aber war auch wieder landschaftlich bestimmt, und er machte das mit Bewußtsein geltend. Kurz vor seinem Eintritt in den Vereinigten Landtag schreibt er einmal: „Ich bin ein Altmärker, der Gründe wissen will, seit meinem zweiten bis zum siebenten Jahre in Pommern erzogen; darum verstehe ich mitunter keinen Spaß". Er fühlte die klare, feste, streitbare Art seiner besonderen Landsleute in sich lebendig. Aus solchem Gefühl ziehen die besten Deutschen gern einen guten Teil ihrer Kraft.

Deutsche Art ist aber auch außerhalb des Staatlichen in seltener Reinheit und Frische in diesem Sohne der norddeutschen Ebene verkörpert. Das Mannhafte in ihm, der unerschrockene, trotzige Mut ergreifen jeden. Das Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt" war im Munde dieses Mannes lauterste Wesenskündung. Er durfte sagen, daß „der Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet", und jeder Deutsche ist ihm Dank schuldig dafür, daß er, was ihn beseelte, sich nur als Gemeingut seines Volkes denken wollte. Dem heldenhaften Sinn entsprach das heldenhafte Können. Gott hat uns in diesem Manne einen Recken von übergewaltiger Kraft in jeder Beziehung geschenkt. Lederers Hamburger Standbild wird ihm nur gerecht; es verkörpert den Eindruck, den er auf die Mitlebenden machte, der bei den Nachfahren fortwirkt. Niemand hat ihm gegenübertreten können, ohne von der Persönlichkeit ergriffen zu sein, besonders nicht in den späteren Lebensjahren, wo auch in der äußeren Erscheinung des Mannes sichtbar ausgestaltet war, was in ihm lebte. Den Reichtum seines Geistes belegen die Bände seiner Reden und Schriften. Die Fülle des Wissens, die Klarheit der Gedanken, die Sicherheit des Urteils, die Formvollendung im Ausdruck, der Reichtum an Bil-

dern, an treffenden, stets eigenartigen Vergleichen sind geradezu beispiellos inmitten der Fülle von Geistesäußerungen, die man als Maßstab heranziehen könnte. Man erkennt an jedem Zuge, daß dieser Mann nur er selber ist, niemandem vergleichbar, niemandem nachgebildet, eine Schöpfung der Natur, die sich in einem Meisterwerke gefiel.

Könnte man so von einsamer Größe reden, so ist wiederum das Bewunderenswerte, daß sie nicht abstieß, sondern anzog. Bismarck war Zeit seines Lebens von einem starken Geselligkeitstrieb beseelt; Verkehr mit Menschen war ihm Bedürfnis; er hat ihn stets gesucht. Er ist in solchem Verkehr, wie es bei seiner öffentlichen Stellung und Tätigkeit nicht anders sein konnte, auf manche, auch auf unversöhnliche Gegnerschaften gestoßen. Selten haben sie dazu geführt, daß die Beziehungen ganz abgebrochen wurden. Er konnte Haß erwidern; man hat ihn einen starken Hasser genannt. In persönlicher Begegnung blieb er doch immer in den Schranken zulässiger Ausdrucksweise, stets Meister seiner Haltung, trotz drastischer Redewendungen Muster urbanen Benehmens. So konnten die „parlamentarischen Abende" den Reiz gewinnen und bewahren, dem sich keiner ihrer Teilnehmer hat entziehen können. Der Wirt verstand es, alle zu hören, mit allen zu reden. Er war ein Meister im Plaudern, ein überaus gewandter Causeur, auch mit Damen. Sein Sinn für Humor und seine echt niederdeutsche Ausstattung mit dieser Gabe gaben dem Verkehr mit ihm einen besonderen Reiz.

Daß ihm in solchem gesuchten und doch immer natürlich ungezwungenen Verkehr eine seltene Menschenkenntnis zuwuchs, kann nicht Wunder nehmen. Bismarck besaß in ganz ungewöhnlichem Grade die Begabung, mit allen Ständen und Berufen, mit jeder Menschenklasse, jeder landschaftlichen und Stammesart Ansichten und Wünsche auszutauschen, ihre Auffassungen und Empfindungen zu verstehen. Die unendliche Vielseitigkeit menschlichen Lebens ist kaum je einem Manne stärker zum Bewußtsein gekommen als unserem ersten Reichskanzler. Wer mit ihm in persönliche Berührung trat, konnte kaum anders als mit der Empfindung von ihm scheiden, daß Fäden herüber, hinüber führten. Zwei Berufe sind es doch gewesen, für die sein Herz besonders schlug, der des Landmanns und der des Soldaten. Hier trat die

Familien-, die Heimatsüberlieferung voll in Kraft. Seine Vorliebe für den Soldaten bricht immer wieder durch. Es ist ihm der Stand, in dem der Mann sich ganz ausgestalten kann. Keiner hat stolzer sein können auf das vaterländische Heer, keiner schmerzlicher das Blut bedauern können, das vergossen werden mußte, des Vaterlandes Einheit zu erringen. „So gutes Blut wie das unserer Soldaten ist selten in der Welt", schreibt er nach der Erstürmung der Spicherer Höhen. Er freut sich herzinniglich über die aufrichtig freundliche Gesinnung, die in Baden zwei Jahre nach der Niederwerfung des Aufstandes sich für das preußische Militär kundgibt. Landmannsleben hat er vom Kindes- bis zum Greisenalter als höchste Daseinsfreude geschätzt. Der 72jährige schreibt einem rheinischen Obstzüchter: „Es war das Ideal meiner jungen Jahre, mich als Greis im Garten mit dem Okuliermesser sorgenfrei vorzustellen. Die Pflanzenwelt ist für die ihr gewidmete Pflege empfänglicher und dankbarer als die Politik". Einen starken Wahrheitskern enthält, was die Gräfin einmal zu Lothar Bucher äußerte: „Glauben Sie mir, eine Wruke interessiert ihn viel mehr als Ihre ganze Politik". Sein Herz hing am Landleben, seinen Freuden, seinen Mühen und Pflichten.

Es versteht sich von selbst, daß Landmannsart auch in der Gestaltung seines Haushalts den bestimmenden Einschlag bildete. „Es schien, als sei man in einem großen Landhause versammelt", sagt Keudell von Bismarcks „eigentümlich anmutendem" Salon. Der Fürst war und blieb „der vornehme Landedelmann im besten Sinne". Die Ungezwungenheit, mit der er sich selbst gab, verbreitete sich auf seine Umgebung. Was zugegen war, schien familienartig zusammen zu gehören, wie ja das Landleben mit seinem längeren und näheren Zusammensein unter einem Dach vertrauter vereinigt als die naturgemäß flüchtigeren, mehr der Form unterliegenden Berührungen im städtischen Dasein. Weitherzige Gastfreiheit, wie rechtes Landleben sie auch mit sich bringt, hat den Reiz noch erhöht.

Ganz besonders haben das Bismarcks Mitarbeiter empfunden. Was früher zur Gesandtschaft und Botschaft, später zur Minister- und Kanzlerstellung gehörte, hat sich als Glied des Bismarckschen Familienkreises gefühlt. Bismarck hat als Staatsleiter erlesene Kräfte um sich vereinigt: v. Keudell, Bucher, Abeken, v. Thile, v. Tiedemann, auch schon früher

mehr als einen tüchtigen Mann. Es wurde viel von ihnen verlangt, und es war nicht leicht, den Heischenden zu befriedigen; er maß nach sich. Es ist das als Last empfunden worden, gelegentlich auch verbunden mit dem Gefühl, drohenden Fehlgriffen des Selbstherrlichen vergeblich entgegen zu arbeiten; an der Empfindung, zu Unrecht verletzt zu sein, hat es nicht gefehlt, andererseits aber auch nicht an Anerkennung. So haben sich die Mitarbeitenden immer wieder gebeugt, nicht nur vor der Überlegenheit des Mannes, die ihnen ungezwungen und ungesucht stets wieder zum Bewußtsein gebracht wurde, und vor der „festen Zügelfaust", sondern auch vor dem bestrickenden Zauber der inneren Beziehungen, dem kein edel Denkender diesem Manne gegenüber widerstehen konnte. Dem haben verärgerte Stimmungen, Ausbrüche der Gereiztheit, denen Bismarck ja nicht so selten unterlag, höchstens vorübergehend Eintrag tun können. Man erkannte doch immer wieder den unvergleichlichen Meister, der seine riesenhafte Arbeitskraft in rastloser Anstrengung bis zur äußersten Erschöpfung einsetzte, den man nicht verlassen durfte, dem man nacharbeiten mußte, erkannte den mitfühlenden Führer, der die Werkgenossen nicht bloß ausnutzte, sondern den Wert ihrer Mitarbeit in der Schätzung ihrer Persönlichkeit würdigte. So haben sie sich ihm selbstlos hingegeben, dem Mann, „den Gott sich so recht zum Werkzeug gebildet". Es ist wie das Verhältnis der altgermanischen Gefolgsleute zum Herrn. Es fehlt nicht an Gegensätzen; aber es lebt in ihnen ein Geist, und ein Wille einigt sie. Abekens Aufzeichnungen lassen das Verhältnis besonders klar erkennen.

Es ist deutsche Art, die Dinge nicht allein mit dem Verstande, sondern auch mit dem Gemüt zu erfassen. Man darf sagen, daß die Tätigkeit des Staatsmannes nicht gerade geeignet ist, sie zu besonderer Geltung zu bringen. In Bismarck ist sie gleichwohl kraftvoll geblieben. Mußte sie in seinen dienstlichen und politischen Beziehungen nicht so selten zurücktreten, so durchdringt sie sein Familienleben um so wärmer und inniger. Sein Heim ist das Muster eines deutschen Hauses, durchleuchtet von warmer und reiner Liebe. Die Seinigen bilden die Grundlage seines Glückes; sie sind es, die ihn an diese Welt ketten; in ihrem Kreise sucht und findet er Ruhe von den Stürmen, die ihn draußen umbrausen. Und das Bedürfnis, hier

Glück und Frieden um sich zu wissen, erstreckt sich über den Kreis der unmittelbaren Angehörigen hinaus auf alle, die dem Haushalt angeschlossen sind. Was in seinem Dienst und Brot steht, ist auch seinem Herzen nahe. Das in unserer Zeit so oft gering eingeschätzte, nicht selten geflissentlich herabgesetzte patriarchalische Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer war ihm überliefert und ist von ihm treu gepflegt worden. Bitter unrecht tut dem Begründer des Deutschen Reiches, wer die so oft ausgesprochene Beschuldigung wiederholt, daß er kein Herz gehabt habe für den kleinen Mann. Seine Stellung ist nicht nur gekennzeichnet durch die Kaiserliche Botschaft und was sich daran knüpft, sondern auch durch sein persönlichstes Verhalten. Es haben sich würdige Notleidende nicht leicht vergeblich an ihn gewandt; er hat geholfen, nicht etwa aus staatlichem Dispositionsfonds, sondern aus seinen Privatmitteln: „Wer sich in Not bittend an mich wendet, dem helfe ich, soweit ich es mit meinen geringen Mitteln vermag". Es entsprach das seinem lebendigen, tatbereiten Mitgefühl mit dem Geschick anderer. Als Bundestagsgesandter ist er in Frankfurt einmal drei Treppen in die Wohnung eines jungen Mannes hinaufgestiegen, der wegen politischer Umtriebe verhaftet werden sollte, hat ihn gewarnt und ihm einige Goldstücke gegeben, damit er ins Ausland entkommen konnte.

Die Mittel, die ihn befähigten, so zu handeln, sind ihm, bis in die Kanzlerzeit hinein, nicht reichlich geflossen. Wie berührt, hat er das väterliche Erbe nicht in glänzendem Stande übernommen. Er kam vorwärts, doch nach Maßgabe der Zeitverhältnisse nur langsam; nicht so selten haben ihm die Zinstermine Sorge gemacht. Er hat gelegentlich Geld ausgegeben, was hätte gespart werden können; von verschwenderischer Lebensweise kann aber in keinem Zeitabschnitt seines Daseins, wenn man etwa von Aachen absieht und ihm Studentenschulden nicht anrechnet, die Rede sein, andererseits aber auch nicht von ängstlicher Zurückhaltung in Geldsachen. Die Einnahmen mehrten sich, als er Gesandter war, aber zugleich der unvermeidliche Aufwand; besonders Petersburg hat Geld gekostet: „3000 Taler geben sie für den Umzug, und 13000 kostet er." Die Repräsentationspflichten, die ihm seine Stellung auferlegte, hat Bismarck stets restlos erfüllt; das war ihm ein Teil der Staatsmannskunst, die er zu üben hatte und in der er lebte, ein unumgänglicher, nie allerdings der wesentlichste, ge-

schweige denn alles. Zu Wohlstand gelangte er erst durch die Dotationen, wenn auch nicht unmittelbar; sie erforderten zunächst erhebliche Aufwendungen. Das Geburtstagsgeschenk des deutschen Volkes in Gestalt des zweiten Schönhauser Familienguts hat ihn dann auch unter den Standesgenossen zum besitzenden Manne gemacht.

Bismarck hat gelegentlich geklagt über Mangel an Zeit, sich seinen Privatangelegenheiten zu widmen. Er hat ihre Leitung doch immer in fester und sicherer Hand gehalten, auch in dieser Beziehung Landedelmann besten Stiles. Mit den ländlichen Betrieben jeder Art hat er dauernd Fühlung behalten, Fortschritten und Neuerungen zu folgen verstanden, auf diese Weise seine großen Besitzungen mit der Zeit wesentlich gehoben. Seine Gegner haben nicht verfehlt, hier den hauptsächlichsten, ja den alleinigen Antrieb zu suchen für sein kräftiges Eintreten für die deutsche Landwirtschaft, wahrlich eine Verunglimpfung gröblichster Art. Ihn zu verdächtigen, als nutze er sein Wissen von staatlichen Dingen zur Mehrung seines Vermögens aus, hat man doch kaum je ernstlich gewagt. Dazu stand der Mann sittlich zu hoch, als daß er so hätte erreicht werden können. Er hat der in seiner Stellung so naheliegenden Versuchung Widerstand nicht zu leisten brauchen; sie ist innerlich nicht an ihn herangetreten.

Einen Führer unseres Volkes denken wir uns nicht gern ohne Beziehungen zu deutscher Bildung. Bismarck und Goethe werden heute gelegentlich in Gegensatz gestellt, als hätten wir Deutsche gleichsam zu wählen zwischen beiden, hätten dem einen oder dem andern zu folgen, Mensch oder Staatsbürger zu sein. Es ist eine seltsame Verwirrung der Begriffe, die sich allein aus der Zeit erklärt, in der wir staatenlos dahinlebten. Als wenn jemand ein Mensch sein könnte, ohne einem Volkstum anzugehören, und ein Volk eine menschenwürdige Gesittung zu erringen und zu behaupten vermöchte, ohne zu staatlicher Gestaltung vorgeschritten zu sein! Bismarck ist kein Gegensatz zu Goethe, sondern ein rechter, echter Mensch in Goethes Sinne. Dazu gehört nicht Aufgehen in schöngeistigem Leben und Streben, sondern Entfaltung des Eigenen, was in des Menschen Brust schlummert. Diese Bedingung aber hat Bismarck erfüllt wie nur wenige, die unter den Sternen wandelten.

Wenn man so urteilt, so braucht nicht das Hauptgewicht darauf gelegt zu werden, daß Staatsmannschaft auch eine Kunst ist, eine wahre, echte und eine schwere Kunst, die im großen, im weltgeschichtlichen Stil zu üben nur vereinzelte Sterbliche vermochten. Bismarck kann sich auch in außerstaatlichem Geistesleben den Besten an die Seite stellen. Was er zur deutschen Literatur beisteuerte, bleibt ihr ein unvergänglicher Schatz. Es gibt nicht allzuviel, was seinen Urheber so in klarstem Abbild widerspiegelt. Reden und Schriften belegen den staunenswerten Umfang der Kenntnisse, die so manchen in Verwunderung versetzt haben, der sich mit ihm unterhalten durfte. Und es handelte sich dabei nicht um Vielwisserei, sondern um Verarbeitetes, zu eigen Gewordenes. Das war insbesondere auch mit den Werken der Klassiker, nicht nur der deutschen, sondern auch fremder, der Fall. Ihre Gedanken standen ihm zur Verfügung; ihre Worte bewahrte er im Gedächtnis. Er sagt selbst, daß er „viel und mit Nutzen gelesen" habe, und man kann hinzufügen: Mit Urteil. Daß er sich klar war über den unlöslichen Zusammenhang zwischen Gedankeninhalt und Muttersprache, beweist die Tatsache, daß er sogleich nach seinem Amtsantritt als Ministerpräsident im Dienst des Auswärtigen die deutsche Sprache an die Stelle der französischen setzte; mangelnde Kenntnis spielte da nicht mit. Er lernte und gebrauchte fremde Sprachen mit Leichtigkeit; er konnte mit vollem Recht spotten über „Diplomaten, die keinen andern Befähigungsnachweis haben als Sprachkenntnisse, wie Oberkellner sie besitzen".

Die Bildung, die ihm so eigen wurde, war nicht von der im damaligen wie im jetzigen großstädtischen Leben verbreiteten Art, die sich dürftig vorkommt, wenn sie nicht über alles zu reden weiß. In Bismarck lebte die Voraussetzung aller wahren Bildung, Klarheit über die Grenzen des eigenen Wissens und Könnens. Man hat Mangel an Kunstsinn an ihm gefunden. Er soll gesagt haben, daß er Apoll nicht leiden könne, weil er aus Einbildung und Neid den flötespielenden Marsyas geschunden und aus ähnlichen Gründen die Kinder der Niobe totgeschossen habe; sein Mann sei der ehrliche Vulkan und noch besser Neptun. Für die Einschätzung von Bildung war ihm das Sittliche maßgebend, nicht das Künstlerische, der Inhalt, nicht die Form. Das ist deutsch, echt deutsch, unsere Stärke. Man kann ablehnen, seine Bildung eine ästhetische zu nennen. Aber ist das, was die Gegen-

wart darunter zu verstehen pflegt, nicht eher eine Verirrung als eine Vertiefung geistigen Lebens? Es gilt, zunächst das Edle, das Wahrhaftige im Menschen zu entwickeln; das Schöne kann weder allein noch entscheidend Ziel des Strebens sein. Beides einander gleichzusetzen, ist ein mehr als bedenkliches Fehlgreifen. Neigung und Fähigkeit, alles anzuempfinden, besaß Bismarck nicht, hat sie auch nicht erstrebt; sie kann aber auch nicht Kennzeichen wahrer Geisteskultur sein. Bismarck hat, was in ihm lag, zu glänzender Entfaltung gebracht und sich damit einen Platz gesichert unter den geistigen Führern unseres Volkes, auch in Goethes Sinne: „Höchstes Glück der Erdenkinder sei nur die Persönlichkeit." Bismarck hat nie auch nur einen Versuch gemacht, in irgend einer Richtung selbst Kunst zu üben. Daß er aber z. B. guter Musik mit warmer Empfindung folgte, dafür haben wir zahlreiche und unwiderlegliche Zeugnisse.

Und noch eins: Grundlage seiner Geistesbildung war dem beginnenden Dreißiger der Christenglaube geworden und ist es bis zum Lebensende unerschüttert geblieben; er hat es oft bekannt, werktätiges, dem Leben zugewandtes Christentum. Hier fand er Stecken und Stab zur Stütze auf langer, mühereicher, gefahrvoller Wanderung. Hier liegen die Wurzeln seines Pflichtbewußtseins: „Für einen Menschen, der nicht an Pflichten glaubt, die ihm im Wege göttlicher Offenbarung auferlegt sind, sehe ich nichts in der Welt, was ihn abhalten sollte, nach seiner Phantasie das Leben zu genießen". — „Wir sind nicht auf dieser Welt, glücklich zu sein und zu genießen, sondern um unsere Schuldigkeit zu tun". Daß in einem Manne von so überreichem Gedankenleben die verschiedenartigsten Regungen sich kreuzten, kann nicht überraschen: „Faust klagt über die zwei Seelen in seiner Brust; ich beherberge aber eine ganze Menge, die sich zanken. Es geht da zu wie in einer Republik".

Bismarcks Größe liegt in seinen staatlichen Leistungen; aber weit darüber hinaus hat er durch seine Persönlichkeit und seine ganze Lebensführung unserem Volke dauernde Werte geschaffen.

Der Begründer des Reiches hat es für möglich erklärt, daß die Vorsehung es nützlich finde, die deutsche Nationalkraft „noch einem Feuer europäischer Koalitionen größerer benachbarter Nationen, noch einem härten-

den und läuternden Feuer auszusetzen". Seitdem das Reich begründet war, blieb es unentwegt Kern seines Denkens und Handelns, sein Werk vor solcher Gefahr zu bewahren, zu bewahren zugleich durch innere Festigung und durch weise Leitung der Beziehungen zu den auswärtigen Mächten. Die Gefahr hat in der Folgezeit nicht beschworen werden können; wenn wir ihr heute begegnen festen Mutes und in sicherer Zuversicht auf Bestehen, so verdanken wir das vor allem anderen der weitschauenden Umsicht und Besonnenheit, mit welcher der Begründer des Reiches dessen Fundamente legte, den Bau aufführte, sein Inneres ausstattete. Es ist dahin gekommen, daß kein Deutscher das Haus mehr missen mag, in dem so mancher Landsmann einst wider seinen Willen Wohnung nehmen mußte; das Dach, das vor den Wettern draußen schützt, ist jedem zum kostbaren Eigen geworden.

Unendlich oft ist die Wendung vom Kürassierstiefel wiederholt worden. Sie droht zum Emblem Bismarckscher Handhabung der Politik zu werden. Und doch könnte kaum eine falschere Vorstellung Platz greifen. Bismarck hat drei Kriege führen müssen, das gegebene Ziel zu erreichen. Was unumgänglich in den Verhältnissen lag, kann man nicht verwenden, um Neigung zu gewaltsamem Durchgreifen zu belegen. Das sollte man dem Auslande überlassen, das fortgesetzt mit dieser Entstellung krebsen geht. Wie in den Auseinandersetzungen mit den inneren Gegnern, so hat der Begründer unseres Reiches auch in allen auswärtigen Fragen sich ausnahmslos einer ruhigen, sachlichen Behandlung befleißigt. Er ist in keiner Weise eine napoleonische Natur. „Kürassierstiefel" und „kalter Wasserstrahl" sind selten und nur dann in Erscheinung getreten, wenn sie als angezeigte Mittel der Diplomatie am Platze waren. Ohne Not hat Bismarck niemanden brüskiert; die starke Faust ist nicht das Kennzeichen seiner Politik.

In seinen Äußerungen fließt ein schier unerschöpflicher Born staatsmännischer Weisheit, gleichmäßig für Regierende wie für Regierte; die Gegenwart hat Anlaß, dessen zu gedenken. Er lehrt in den „Gedanken und Erinnerungen": „Irrtümer in der Kabinettspolitik der großen Mächte strafen sich nicht sofort; aber unschädlich sind sie nie. Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihren Revisionen als die Oberrechnungskammer". Als Ministerpräsident mahnte er den Landtag: „In der auswärtigen Politik gibt es Momente, die nicht wiederkommen". Er wußte, worauf es ankam:

„Das Vorüberrauschen der Gottheit vernehmen und einen Zipfel ihres Gewandes erfassen, das ist alles.“ Er hat andererseits sein Volk wieder und wieder ermahnt, in allen Fragen der inneren Ordnung sich stets bewußt zu bleiben der unentbehrlichen Voraussetzungen für den äußeren Bestand. Inmitten Europas kann der Deutsche nur Deutscher bleiben in einem mächtigen, auf eigener Kraft sicher ruhenden Staatswesen. Keine Kulturleistung, welcher Art auch immer, kann unserem Volke den Mangel eines starken, die Entscheidung seiner Geschicke in eigener Hand haltenden Reiches ersetzen. Aus diesem Grundgedanken Bismarckscher Politik ergibt sich klar und deutlich die Haltung, die er in unserer gegenwärtigen Lage annehmen würde. Wie 1864, wie 1866, wie 1870 würde er die Gegenwart ordnen mit dem Blick auf die Zukunft und zwar die ferne Zukunft, wie sie sich geschichtlicher Einsicht darstellt, Mäßigung üben, wo sie zur Dauer führt, aber auch entschlossen zugreifen, wo nur die starke Hand die Nachkommen davor sichern kann, die Erfahrungen wiederholen zu müssen, die uns nicht erspart geblieben sind.

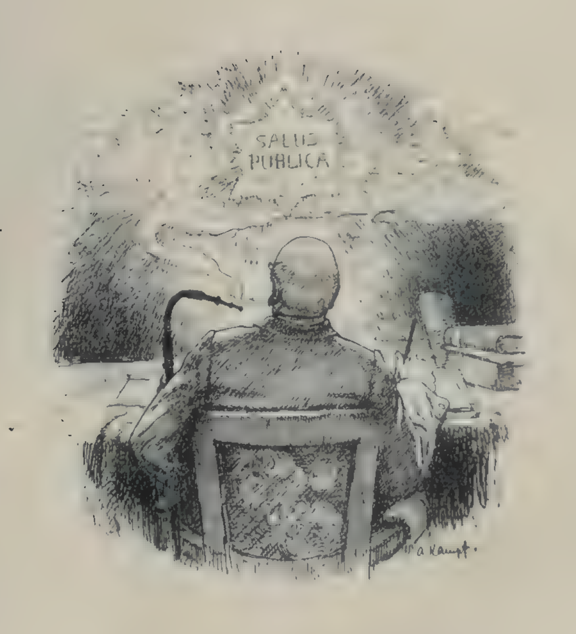
Vor allem aber würde es ihm am entschlossensten Siegeswillen nicht fehlen: „Wenn auf irgend einem Gebiet, so ist es auf dem der Politik, daß der Glaube handgreiflich Berge versetzt, daß Mut und Sieg nicht im Kausalzusammenhang, sondern identisch sind, wenigstens für einen König von Preußen“, schreibt schon der Frankfurter Bundestagsgesandte. Er würde sich sein Volk in gleicher Entschlossenheit und in gleichem, starkem Wollen wünschen: „Würde die Nation bei uns so stark von preußischem Ehrgeiz erfaßt, daß die Regierung sich nicht mehr belebend, sondern mäßigend dazu zu stellen hätte, so würde ich diesen Zustand durchaus nicht beklagen“, betont er während der Londoner Konferenzen von 1864.

Horst Kohl hat dem zweiten Band seiner Bismarck-Regesten als Motto die Verse aus Goethes Epilog zu Schillers Glocke vorgesetzt:

So feiert ihn! Denn was dem Mann das Leben
Nur halb erteilt, soll ganz die Nachwelt geben.

Daß der Gedanke, den die Mahnung ausspricht, in deutschen Herzen lebendig ist, offenbaren die Bismarcksäulen, die von unseren Höhen winken, hat die Jahrhundertfeier bewiesen. Aber Feiern und Nachfolgen ver-

halten sich zu einander wie Denken und Handeln. Die Gegenwar lehrt leider nur zu deutlich, daß die Grundwahrheiten aus Bismarcks Leben unserem Volke noch nicht in Fleisch und Blut übergegangen sind, weder den Regierenden noch den Regierten. Man freut sich der Frucht seiner Arbeit, hat auch gelernt, ihren Wert zu erkennen, vergißt aber, daß sein Werk allein erhalten werden kann durch die Mittel, deren Anwendung es schuf. Nur wenn jetzt alles Streben sich richtet auf das eine Ziel, das Reich in voller, jedem anderen Reiche ebenbürtiger Macht zu erhalten, nur wenn in Zeiten der Bedrängnis, wie wir sie jetzt durchleben, alle anderen Wünsche und Begehren verblassen und dahinschwinden vor diesem einen Gedanken, nur dann kann man sagen, daß Bismarck unserem Volke zu eigen geworden ist. Allein darin kann es sein Heil suchen, soweit menschliches Wollen in Frage kommt. Tut es das nicht, so hat Bismarck umsonst gelebt, so ist er umsonst, um mit Abeken zu reden, „das Werkzeug in Gottes Hand gewesen", das „ausersehen" war, uns zu einigen. Die Begründung unseres Reiches wäre ein Satyrspiel der Weltgeschichte. Das kann Gott nicht wollen. Sein Wille kann aber in den Menschen nur mächtig bleiben, wenn sie sich nicht selbst aufgeben. Nichts kann dem deutschen Manne in gleicher Weise die unentbehrliche innere Stärke sichern, als immer tiefer einzudringen in das Verständnis für Bismarcks gewaltiges Wollen und Können, immer fester zu wurzeln in seinen Überzeugungen von dem, was uns not ist. Nie hat ein Lebender größeres Recht gehabt, von sich zu sagen: „Für mich hat immer nur ein einziger Kompaß, ein einziger Polarstern, nach dem ich steuere, bestanden: Salus publica", und nie haben solcher Gesinnung größere Kraft und besseres Verständnis gedient. Was sie erreichten, kann uns nur erhalten bleiben, wenn wir uns in seinem Sinne dafür einsetzen.


SALUS
PUBLICA
a Kampf

Inhaltsverzeichnis.

I. Band.

Der Werdegang (1815—1847).

Der Parlamentarier (1847—1851).

Gesandter (1851—1862).

Ministerpräsident bis zur Auflösung des Deutschen Bundes (1862—1866).

II. Band.

Ministerpräsident und Bundeskanzler (1866—1870).

Der Deutsch-Französische Krieg.

Reichskanzler.

Bildtafeln des II. Bandes.

Die Bilder des Reichskanzlers Fürst Bismarck, Roons und Moltkes entstammen dem Corpus Imaginum der Photographischen Gesellschaft in Berlin-Charlottenburg, die des Grafen Andrassy und des Fürsten Gortschakow der „Galerie der Zeitgenossen" des Verlags Fr. Hanfstaengl in München.

Gedruckt in der Reichsdruckerei.

